

endgültige Fassung*

**STENOGRAPHISCHES
PROTOKOLL**

(öffentlicher Teil)

der 13. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 2. Juli 2009, 10:00 Uhr
Sitzungssaal 4.900
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD)

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen von	
Prof. Dr. Hans Tietmeyer, Beweisbeschluss 96 <i>(Korrekturen und Ergänzungen zu den Seiten 7 – 35)</i>	6 - 35
Stéphane Wolter, Beweisbeschluss 110	36 - 66
Klaus-Dieter Jakob, Beweisbeschlüsse 60, 61, 95 <i>(Korrekturen und Ergänzungen zu den Seiten 71, 72, 74, 78, 80 – 81, 87 und 92)</i>	67 - 103
Karl Schnitzler, Beweisbeschlüsse 60, 61, 95 <i>(Korrekturen zu den Seiten 105 – 106 und 116)</i>	104 - 123
Holger Techet, Beweisbeschluss 83 <i>(Korrekturen zu den Seiten 126, 129, 133, 138 und 148)</i>	124 - 149
Gero Wiechens, Beweisbeschluss 93	150 - 158

* Hinweis:

Korrekturen des Zeugen Prof. Dr. Hans Tietmeyer s. Schreiben v. 09.07.2009, Anlage 1, S. 159 – 188.
Der Zeuge Stéphane Wolter hat keine Korrekturen vorgenommen.
Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Klaus-Dieter Jakob s. Schreiben v. 22.07.2009, Anlage 2, S. 189 – 197; Korrekturen des Zeugen Karl Schnitzler s. Schreiben v. 22.07.2009, Anlage 3, S. 198 – 201;
Korrekturen des Zeugen Holger Techet s. Schreiben v. 31.07.2009, Anlage 4, S. 202 – 203.
Der Zeuge Gero Wiechens hat keine Korrekturen vorgenommen.

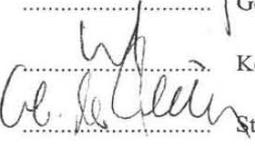
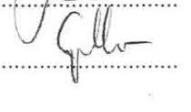
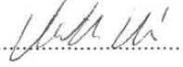
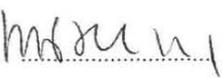
Donnerstag, 2. Juli 2009, 10:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
CDU/ CSU		CDU/ CSU	
Dautzenberg, Leo		Bareiß, Thomas	
Hirte, Christian	Götzer Dr., Wolfgang
Raab, Daniela		Kolbe, Manfred	
Willsch, Klaus-Peter	Stetten, Christian Frhr. von
SPD		SPD	
Hauer, Nina		Frechen, Gabriele
Krüger Dr., Hans-Ulrich		Kahrs, Johannes
Schultz (Everswinkel), Reinhard		Miersch Dr., Matthias	
Spiller Dr., Jörg-Otto	Westrich, Lydia
FDP		FDP	
Wissing Dr., Volker		Schäffler, Frank	
DIE LINKE:		DIE LINKE:	
Troost Dr., Axel		Claus, Roland
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Schick Dr., Gerhard		Wieland, Wolfgang

2. Untersuchungsausschuss

Öff.

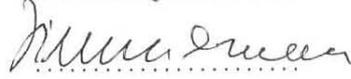
Donnerstag, 2. Juli 2009, 10:00 Uhr

<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:
(Name bitte in Druckschrift)

Fraktion:

Unterschrift:

Seiler	CDU/CSU	
Heerborn	FDP	
HEYER	SPD	
Katzen	SPD	
ZIMMERMAN	CDU/CSU	
von Cassel	CDU/CSU	
MAYER	u	

2. Untersuchungsausschuss

Öff.

Donnerstag, 2. Juli 2009, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

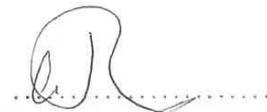
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Boeker

SPD



Lehmann

LINKE



MARGW

GRÜNE



RUTTER

FDP



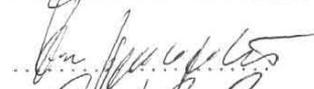
Breuninger

FDP



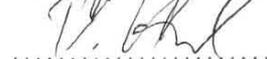
v. Wangen Karin

SPD



T. Hessel

Linke



R. Didier

"



(Beginn: 10.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich möchte Sie alle herzlichst zur heutigen 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses begrüßen, insbesondere natürlich auch die auf der obigen Tribüne anwesenden Pressevertreterinnen und Pressevertreter und Interessierten.

Zur heutigen Sitzung ist Folgendes zu sagen: Wir werden sechs Zeugen vernehmen, deren Vernehmung wir auf durchschnittlich mindestens zwei Stunden terminieren. Bei einigen Zeugen wird es möglicherweise auch eine nichtöffentliche Beweisaufnahme geben. Diese nichtöffentliche Beweisaufnahme wird entsprechend der Praxis des Untersuchungsausschusses im Anschluss an die öffentliche Vernehmung aller Zeugen stattfinden.

Ich bitte, sofern Sie Geräte für Ton- und Filmaufnahmen mit sich führen sollten - dies gilt auch für diejenigen auf der Tribüne -, die Aufnahmen einzustellen und mit Ihren Tonwiedergabe- und Filmwiedergabegeräten den Saal zu verlassen. Ein Zuwiderhandeln bedeutet einen Verstoß gegen das Hausrecht des Deutschen Bundestages. Weil die Gefahr von Übertragungen aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann leider auch die Benutzung von Handys, und zwar während der gesamten Sitzung, nicht gestattet werden. Ich bitte Sie daher nun darum, die Handys allesamt auszuschalten.

Wir haben heute, wie gesagt, sechs Zeugen geladen. Ich denke, wir sollten gleich mit dem ersten Zeugen, Herrn Professor Dr. Hans Tietmeyer, beginnen und ihn in den Sitzungssaal hineinbitten.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Hans Tietmeyer**

Herr Professor Tietmeyer, ich begrüße Sie auf das Herzlichste hier vor dem Untersuchungsausschuss. Herzlichen Dank für Ihr Erscheinen. Sie sind hier heute als Zeuge vor den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages geladen worden.

Von Ihrer Aussage als Zeuge wird eine Tonaufnahme gefertigt werden, die aber ausschließlich dem Zwecke dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufzeichnung selbst wird anschließend gelöscht. Das Protokoll der

Zeugeneinvernahme, zu der ich gleich noch einiges zu sagen habe, wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls gewünscht, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. Sollte allerdings ein Teil Ihrer Aussage nicht im öffentlichen Teil erfolgen können, sondern gegebenenfalls unter Gesichtspunkten wie Vertraulich oder VS-Vertraulich stattfinden, dann müssten Sie diesen Teil der Zeugenaussage gegebenenfalls in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages einsehen, um ihn dann zu korrigieren.

Vor Ihrer Aussage habe ich Ihnen nun - wie bei jedem Zeugen - folgende allgemeine Belehrungshinweise zu erteilen. Einmal: Mit der Ladung wurden Ihnen Beweisbeschluss, Untersuchungsauftrag und Beweisthema übermittelt. Als Zeuge, der Sie zu diesem Beweisthema eine Aussage treffen sollen, sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein, das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Geschieht dies nicht, hätten Sie mit strafrechtlichen Konsequenzen oder Folgen zu rechnen. Ich darf darauf verweisen: Nach § 153 des Strafgesetzbuches ist die uneidliche Falschaussage mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe belegbar.

Nach § 22 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu sein.

Außerdem gelten natürlich die Zeugnisverweigerungsrechte aus beruflichen Gründen nach den §§ 53 und 53 a vor dem Untersuchungsausschuss entsprechend. Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um Hinweis, damit der Ausschuss dann einen entsprechenden Beschluss fassen und Ihre Einvernahme in nichtöffentlicher Sitzung fortsetzen kann. Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen. - Herr Tietmeyer, zwei Bemerkungen. Die eine, bevor wir zur Sache kommen, ist: Nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie die Möglichkeit, aus Ihrer Sicht zu dem Beweisthema zusammenhängend ein Statement, eine Zusammenfassung, eine Erklärung abzugeben. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich dafür zu entscheiden, dass Sie ausschließlich auf meine Fragen bzw. die meiner Kollegen aus dem Ausschuss antworten möchten. Haben Sie dazu eine Entscheidung getroffen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Sie einverstanden sind, würde ich ein paar einleitende Bemerkungen machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr gerne.

(Zuruf: Bitte das Mikrofon benutzen!)

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich bitte um Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist vollkommen in Ordnung.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sehen Sie, ich kenne den Deutschen Bundestag zwar schon lange, aber noch nicht in dieser Umgebung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ferner darf ich Sie bitten, Herr Tietmeyer, das Mikrofon ein wenig zu sich heranzuziehen, weil wir ansonsten Schwierigkeiten hätten, Ihren Ausführungen zu folgen.

Zunächst zur Person: Wenn Sie mir bitte Ihren vollständigen Namen und eine ladungsfähige Anschrift nennen möchten.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mein Name ist Hans Tietmeyer. Ich wohne in ...*[Anschrift hier nicht wiedergegeben]*. Sie haben mich richtig angeschrieben, und ich habe den Brief erhalten. Insofern kann ich das nur bestätigen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann danke ich Ihnen. Es war auch mehr fürs Protokoll als aus Unkenntnis des Sekretariats. - Dann bitte, Herr Tietmeyer, Ihr Statement.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich wollte nur ein paar Bemerkungen machen. Zunächst bedanke ich mich für die Begrüßung und auch für die Belehrung über die Aufgabe des Ausschusses. Ich habe das übersandte Mandat natürlich sorgfältig gelesen und habe mich dann gefragt: Was kann ich eigentlich dazu leisten? Denn ich bin seit Ende 1989 nicht mehr im Bundesministerium der Finanzen tätig und habe auch keinen Kontakt dahin - wie sollte ich, und warum sollte ich auch? -, und zweitens: Seit dem September 1999 bin ich nicht mehr in der Bundesbank tätig, sondern bin außer Diensten, sozusagen als ein Pensionär.

So habe ich weder Kenntnisse - das will ich sagen - über Vorgänge in und zwischen den Häusern, noch habe ich Kontakte zu den für die Aufsicht Zuständigen gehabt. Ich habe lediglich im Oktober 2008 zwei kurze Telefongespräche mit Herrn Weber und Herrn Zeitler geführt. Dabei ging es jedoch nur um deren Einschätzung zu dem Hilfspaket für HRE und zur vorgesehenen Mitwirkung der Bundesbank an der vorgesehenen Übergangsfazilität von 200 Milliarden.

Zur Hypo Real Estate selbst hatte ich im Übrigen nur eine recht kurze Beziehung. Ich war zwar rund sechs Monate Mitglied im dortigen Aufsichtsrat - ich bin nämlich am 27.05.08 gewählt worden und am 16.11.08 zurückgetreten -, ich hatte jedoch eigentlich nur knapp zwei Monate engeren Kontakt mit den Vorgängen bei Hypo Real Estate, und zwar in der Zeit zwischen der Sitzung am 22./23. September bis zu meinem Rücktritt.

Ich will erläutern, warum das der Fall ist. Ich bin, wie ich schon sagte, am 27.05. durch die Hauptversammlung gewählt worden. Die erste Aufsichtsratssitzung fand am 24.06. in München statt. Dabei wurde über vieles gesprochen; es war ein relativ positiver Bericht über die Entwicklung der Bank. Dabei wurde auch über das DEPFA-Kreditportfolio gesprochen, mit Hinweis auf ein positives Refinanzierungsprofil, aber keinerlei Hinweisen auf Probleme. Ich habe noch mal im Protokoll nachgesehen. Ich kann jedenfalls nicht entdecken, dass dort irgendein Hinweis war.

Dagegen war die zweite Aufsichtsratssitzung am 22. September 08. Ich brauche

Ihnen ja nicht zu sagen, dass am 15.09. der berühmte Lehman-Brothers-Fall war. An diesem Abend, am 22.09., habe ich erstmals über die HRE-Liquiditätsprobleme eine Offenlegung erfahren und auch Hinweise auf Berichtstermine in Irland. Das war meine erste Information über die Problemlage.

Wir haben dann bis spät am Abend zusammengesessen, weil am nächsten Tag - und das wurde uns am Abend gesagt - offensichtlich ein Treffen in Frankfurt stattfinden sollte, zu dem Herr Funke und ich weiß nicht, wer sonst noch aus der Administration, aus dem Management, dort hingehen wollte und sollte. Auch der Herr Flowers wollte offenbar dort hingehen. Es ging dort jedenfalls offensichtlich um Hilfsmaßnahmen und um das Bemühen um eine gemeinsame Lösung mit den Banken.

Zwischen Ende September und Oktober 2008 gab es dann eine Vielzahl von Telefonkonferenzen; und zwar deswegen Telefonkonferenzen, weil ja auch die Mitglieder des Aufsichtsrates zu einem erheblichen Teil im Ausland wohnten. Ich weiß gar nicht - es waren über zehn Telefonkonferenzen, und es wurde dann - -

(Zwischenruf: Das Mikrofon, bitte!)

- Entschuldigung, bitte. - Wir hatten dann, wie gesagt, die Telefonkonferenzen, viele Telefonkonferenzen, weil eben Mitglieder des Aufsichtsrates ja auch im Ausland lebten.

Während dieser Zeit haben wir dann immer den jeweils neuesten Stand der Verhandlungen erfahren und auch einige Entscheidungen treffen müssen - zum Beispiel am 06.10. die Entlassung von Herrn Funke nach dem Rücktritt von Herrn Heide-Ottosen -, und dies auf Vorschlag des, wenn ich es richtig sehe, Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Dann haben wir zum ersten Mal den Auftrag zur Untersuchung seines Handelns als CEO gegeben, nämlich ob er richtig gehandelt hat oder nicht. Ich habe meinerseits noch - das habe ich noch in den Unterlagen gefunden - eine Bitte an das Management um einen täglichen Bericht über die Entwicklung von Liquidität und Rettungspaket geäußert.

Dann am 07.10. die Personalie: Berufung von Dr. Wieandt, Dr. Franzmeyer usw. Dann kam am 10.10. wieder eine Personalie, und zwar der Rücktritt Viermetz und der Ersatz durch den Vizepräsidenten des Aufsichtsrates, Professor Pohle. Wir haben dann an

dem Tag übrigens auch noch einen Auftrag zur Untersuchung etwaiger Amtspflichtverletzungen des Managements in Auftrag gegeben.

Dieser Untersuchungsauftrag wurde dann später noch erweitert. Es sollten nämlich noch die Fragen der Vorwürfe von BaFin und Bundesbank über nicht korrekte Berichte, die inzwischen in der Presse aufgetaucht waren, angebliche Gespräche mit der irischen Aufsicht, was auch in der Presse aufgetaucht war, sowie eine Untersuchung des Verhaltens aller Management-Board-Mitglieder, und zwar *aller* Management-Board-Mitglieder, stattfinden.

Dann gab es am 24.10. eine dritte Aufsichtsratssitzung mit den neuen Vorständen in München: Berichte über die Liquidität. Im Ergebnis haben wir dann Zustimmung zu den Details der Fazilität gegeben. Es gab dann weitere Telefonkonferenzen, auf die ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen will, sondern will nur sagen, dass wir dann mehrfach über das weitere Business-Modell diskutiert haben, über die Frage, welche Möglichkeiten es hier gebe, und dann auch die Diskussion: Ist das eigentlich noch ein Going Concern? Denn wir hatten ja vorher ein Signal bekommen, dass es Zweifel gab, und deswegen haben wir den Auftrag gegeben, dies zu prüfen. Dann hat uns damals am 16.11. der Professor Klaas (?) über das Ergebnis informiert, dass es noch ein Going Concern sei. Die Grundlage dafür war natürlich die SoFFin-Hilfe, die inzwischen ja beschlossen war.

Aber an diesem Tage - und das will ich sagen - gab es dann den Rücktritt des gesamten Aufsichtsrates. Professor Pohle informierte uns zunächst. Ich habe noch mal im Protokoll nachgesehen und will das noch mal sagen, was ich dort - - Ich lese das, wenn Sie gestatten, einfach eben vor.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ja, bitte.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das ist allerdings Englisch. Dort heißt es:

Tietmeyer stated that he was for the first time informed of liquidity problems in the meeting on September, 22nd 2008. Only then he was also informed that there had been an investigation at DEPFA by IFSRA regarding the liquidity breach. Thereafter he had considered stepping down but had been

asked by senior and important personality from the banking community to remain in his position. In his view the supervisory board was not always appropriately informed, especially not before 22nd of September.

Und dann habe ich gesagt:

He reiterated his independent decision to step down and clarified that in his view he acted appropriately at all times.

Und dann haben sich auch die anderen Herren - Korteweg, Heintzeler, Kolbeck, van der Ende und Quinn - diesem Rücktritt angeschlossen. Das gilt auch für Professor Casper, der das schon am Tag vorher aus USA mitgeteilt hatte.

Wichtig ist mir, dass in dieser Sitzung auf unsere Initiative hin festgelegt wurde - und ich zitiere -:

The supervisory board in its present composition shall receive a copy of the report on the investigation against the management board as initiated in October.

Um es deutlich zu sagen: Uns lag daran, dass wir sozusagen durch eine neutrale Instanz eine Information über diese Untersuchung bekommen, wie weit das Management richtig gehandelt hat oder nicht. Ich muss sagen: Bis heute habe ich allerdings keine Information darüber erhalten. Ich wende mich im Augenblick auch gar nicht dorthin.

So viel zu meiner Tätigkeit bei HRE.

Möglicherweise werden Sie mich ja auch noch fragen wollen, wie meine Beziehungen zur DEPFA waren. Da will ich nur so viel sagen: Zunächst einmal habe ich nach meinem Ausscheiden aus der Deutschen Bundesbank kein einziges Mandat angenommen, weil es in der Bundesbank eine Karenzfrist für zwölf Monate gibt.

Erst nach Ablauf der zwölf Monate habe ich dann ein Angebot angenommen, und zwar bei DEPFA. Man hatte mich dort gebeten, und ich bin dort Mitglied geworden. Aber es kam dann schon im Jahre 2002 zu einer Trennung zwischen der alten DEPFA - - nicht der Trennung der alten DEPFA, sondern Aufspaltung der alten DEPFA in zwei Gesellschaften: Aareal auf der einen Seite, die in Wiesbaden blieb, und DEPFA plc, die nach

Dublin ging. Man hatte mich dann gebeten, nicht in den Aufsichtsrat, sondern als Non-Executive Board Member zur DEPFA plc in Dublin zu gehen.

Jetzt will ich zunächst nur so viel zur DEPFA-Entwicklung sagen: Zunächst einmal gab es in den Jahren 2002 bis 2004 eine sehr gute Performance, und zwar besser als der Durchschnitt der europäischen Banken. 2005/2007 gab es ein bisschen geringere Ergebnisse. Das war sicher auch das Ergebnis der relativ flachen Zinskurve. Dann haben wir im Jahre 2006/2007 mehrfach eine Strategiediskussion gehabt. Auch die Non-Executive Members haben sogar in einer Sondersitzung darüber nachgedacht: Ist es eigentlich richtig, die DEPFA plc weiter so zu führen? Und wir kamen zu dem Ergebnis: Nein, wir müssen hier ernsthaft wohl doch breiter ansetzen. Die DEPFA plc, so gut sie ist, ist aber verwundbar. Und genau das ist der Punkt.

Wir haben dann einen Auftrag an Goldman Sachs gegeben, und zwar im Frühjahr 2007. In einer Sondersitzung des Boards im Juli 07 wurde dann dem Vorschlag von Goldman Sachs zugestimmt. Übrigens: Das Projekt hieß damals „Symphonie“ (?). Und das Interessante - so ist das ja immer bei solchen Dingen, da wird dann ja ein Name gesucht - ist: Dann werden die Namen bewusst auch ein bisschen verzerrt. Da hieß Hypo Real Estate „Händel“ - in dieser „Symphonie“ (?) ist das natürlich eine besonders aparte Geschichte - und die DEPFA hieß „Debussy“. Man musste immer, wenn man etwas las, genau daran denken: Wer ist das eigentlich, wer da gemeint ist?

Wie auch immer, das Ergebnis war Zustimmung zu diesem Vorschlag. Den Vorschlag von Goldman Sachs habe ich mir noch mal genau angesehen, mit all den Argumenten für/gegen, Untersuchungsergebnissen, Due Diligence usw. usw. Wir haben dann gesagt: Okay. Wir sind damit einverstanden, dass es zu diesem Merger kommt. - Übrigens gab es da auch insgesamt zwölf Kontakte von Goldman Sachs mit verschiedenen anderen Banken.

Ich selbst will sagen - und das ist für mich schon wichtig -: Am 5. Oktober 2007 habe ich dann mein Mandat bei DEPFA niedergelegt - selbstverständlich, denn das endete dann ja. Ich bin seit dem 5. Oktober 07 bis formal zum 27. Mai 08 - „formal“ sage ich deswegen, weil ich dann dort als Aufsichtsratsmitglied gewählt wurde - - Ich habe Ihnen

zuvor schon gesagt, dass ich in Wahrheit erst im September erfahren habe, wie die Situation bei HRE war, sodass ich jedenfalls in dieser Zeit in gar keiner Weise mit dieser Thematik befasst war und diese Themen dann sozusagen erst im September in der neuen HRE-Problematik auf mich zukamen.

Ich will jetzt im Einzelnen nicht sagen, wie es bei HRE ist; dafür weiß ich nicht genug im Detail. Ich könnte Ihnen nur etwas sagen über das, was ich nach der sozusagen erstmaligen ernsthaften Information im September nach dem Vorgang Lehman Brothers und dem Kollaps der Finanzmärkte erfahren habe.

Das ist das, was ich zu der Sache im Augenblick sagen möchte. Ich will nur so viel sagen: Das DEPFA-Finanzierungskonzept ist an sich nach meiner Meinung früher durchaus in Ordnung gewesen, nämlich „Aus Kurz mach Lang“; das ist wie alle Staatsfinanzierer das machen. Aber es muss -- Man hängt natürlich immer von der Marktentwicklung ab. Solange die Märkte funktionieren, ist alles keine Frage. Aber genau das war es, was uns dann dazu gebracht hat, zu sagen: Wir brauchen eine breitere Grundlage bei DEPFA und wollen deswegen auch einem Merger, auch einer Übernahme durch einen anderen nicht im Wege stehen. Denn hier muss es in der Tat eine Stabilisierung auf Dauer geben.

Ich will so sagen - es ist so -: Es funktioniert ja nur nicht bei inversen Zinskurven; das ist klar. Bei inversen Zinskurven funktioniert es nicht. Nun, inverse Zinskurven - ich glaube, ich kann ein bisschen diese letzten 50 Jahre übersehen - hat es so gut wie nicht gegeben. Es hat flache Kurven gegeben. Flache Kurven bedeuten in der Tat weniger Chancen in der Gewinnerzielung; das ist keine Frage. Insofern hat ja die Abflachung der Zinskurve in den Jahren 2004, 2005, 2006 gezeigt, dass langsam der Gewinn zwar noch immer ein guter Gewinn war, aber nicht mehr so stark war.

Aber ich muss dazusagen - und wir haben darüber mit dem Management oft gesprochen -: Das Management hat uns immer gesagt, dass sie den größten Teil ihrer Anlagen mit flexiblen Zinsen machen. Und dann in der Tat, mit flexiblen Zinsen kommt diese Problematik nicht auf den Tisch.

Ja, meine Damen und Herren, dies waren nur ein paar Bemerkungen. Sie sehen, dass ich bei Hypo Real Estate nur relativ kurz involviert und auch informiert war. Dagegen

zuvor bei DEPFA - das war alles auf gutem Wege, aber DEPFA brauchte eine breitere Grundlage. Das war unsere Vorstellung. Ich will so viel sagen, dass ich mich, als dann die Problematik bei Hypo Real Estate deutlich wurde, sehr stark dafür eingesetzt habe, zunächst eine Lösung mit den privaten Banken zu suchen und nicht sofort zur Politik zu gehen. Aber genau das ist dann ja offenbar nicht ganz so leicht gewesen.

Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, dass ich ein paar Bemerkungen machen wollte, aber ich wollte Ihnen das nur einmal sagen, damit Sie sehen, dass ich bei Hypo Real Estate oder bei DEPFA sozusagen nicht unmittelbar im vorderen Feld involviert war - im Gegenteil - und dass ich vor allen Dingen in gar keiner Weise in der kritischen Phase zwischen dem Herbst 2007 und dem Frühjahr 2008 in irgendeiner Weise weder bei DEPFA noch bei Hypo Real Estate involviert war. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. Vielleicht einige ergänzende Fragen von mir, bevor ich das Wort an meine Kollegen weitergebe.

Ich möchte noch mal auf Ihre Zeit bei der DEPFA seit 2002 zurückkommen, als Sie dort im Board of Directors tätig waren. Welche Gründe waren es eigentlich 2001/2002, die die DEPFA Ihrer Kenntnis nach bewegen haben, nach Irland zu gehen? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, das erste, die Trennung, um das zu sagen: Warum die Trennung?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und dann der Umzug nach Irland.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Genau. - Es ist so, dass die Geschichte „Trennung“ damit zusammenhing, dass die Reputation der alten DEPFA an den Märkten nicht sehr gut war, weil sie immer mit den gesamten Immobilienproblemen belastet war. Denn - vielleicht darf ich daran erinnern - wir hatten ja in den 90er-Jahren auch in Deutschland Immobilienprobleme. Diese Immobilienprobleme haben der Refinanzierung doch erheblich geschadet. Insofern gab die Separierung der DEPFA eine bessere Möglichkeit, sozusagen die Refinanzierung zu erreichen.

Die Entscheidung nach Dublin: Ich habe sie nicht getroffen, sondern ich bin darüber

nur informiert worden, dass das vorgesehen wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, war die Tatsache entscheidend, dass man erstens möglichst in den englischsprachigen Bereich hineinwollte. Man wollte in den internationalen Bereich hinein. Dann wurde natürlich auch gesagt: Die Steuersituation für die Bank ist dort offenbar noch immer günstiger. Sie wissen ja, dass Irland ein Steuerprivileg angeboten hatte, was hinterher allmählich abgebaut wurde. Aber mir ist nicht bekannt gewesen, dass es irgendwo aufsichtsrechtliche Gründe oder so etwas -- Jedenfalls ich habe davon nie etwas gehört.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also die möglicherweise laxere - das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen - oder gar irische Aufsicht ist nicht als Argument sozusagen --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jedenfalls ist das bei mir nicht gelandet. Ich bin darauf nie angesprochen worden, und für mich war das auch kein Thema.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gab es denn während Ihrer Zeit Ihnen bekannte Beanstandungen der irischen Aufsicht gegenüber der DEPFA plc?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mir nicht bekannt, nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihnen nicht bekannt. - Als nun im Jahre 2007 das Marktumfeld schwierig wurde, wie hat denn der Aufsichtsrat darauf reagiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wann?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: 2007. Sie sagten, Sie hätten sich einmal zusammengesetzt, weil Sie gesagt hätten, aus Ihrer Sicht sei das DEPFA-Modell in sich gesehen korrekt, allerdings nicht, wie Sie eben auch hinzugefügt haben, in inversen Zinssituationen. Ab 2007 wurde das Marktumfeld ja - so sehe ich das jedenfalls - ein wenig angespannter oder enger. Was ist da passiert? Haben Sie da als Aufsichtsrat reagiert, haben Sie da zu dem damaligen Vorstand gesagt: Mach weiter so? Oder welche Möglichkeiten der Umsteuerung haben Sie dort gesehen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Zunächst einmal sage ich: Wir haben darüber nachgedacht, das Strategiekonzept ein bisschen weiterzuentwickeln. Da kam das Thema: Sollen wir nicht statt nur in die Staatsfinanzierung auch in die Infrastrukturfinanzierung hineingehen? Das war die andere Frage: international.

Aber es kam dann die Frage: Sind wir eigentlich auf Dauer nicht doch gefährdet? Denn es gibt ja Dexia und Fortis; das waren ja die beiden großen anderen. Sind wir auf Dauer nicht gefährdet, wenn wir uns nicht mit jemand anders in einem größeren Verbund bewegen? Deswegen das Mandat an Goldman Sachs, nun zu versuchen, ob und welche möglichen Partnerschaften oder Kooperationen es im Einzelnen gibt. Ich könnte Ihnen sogar sagen, wie das Mandat an Goldman Sachs aussah.

Jetzt weiß ich es nicht mehr genau, ich hatte es --

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Aber wie auch immer, dort hatten wir genau gesagt, welche Punkte geprüft werden sollten. Die haben dann insgesamt mit einer ganzen Reihe von Banken informelle Kontakte aufgenommen und haben uns dann die gesamte Unterlage hier präsentiert, indem sie auch die Kontakte mit der gesamten Liste der Banken aufgezeigt haben. Das war sozusagen -- Unsere Zielrichtung war eine breitere: Die Bank aus dieser Isolierung oder aus dieser Staatsfinanzierung und der Abhängigkeit von den Bankenverhältnissen in einen größeren Verbund hineinzubringen, um stärkere Balancen zu haben. Das war eigentlich die Motivation, die wir hatten. Ich gestehe, dass ich persönlich etwas überrascht war, als Goldman Sachs dann mit dem Vorschlag „Hypo Real Estate“ kam. Das hatte bei mir jedenfalls nicht auf den Vorstellungen gestanden, die ich hatte, sondern da standen einige Londoner Banken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Grundsätzlich war bis 2007 auch Identität zwischen Vorstand und Aufsichtsrat in der Auffassung: Ja zur kurzfristigen Refinanzierung?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja. Wir haben diese Problematik aber gesehen und haben sie auch diskutiert. Dann wurde uns aber immer wieder gesagt, dass man vor

allem mit flexiblen Finanzierungen, mit flexiblen Refinanzierungen und flexiblen Finanzierungszusagen operierte. Wir haben mehrfach darüber gesprochen: Ist das nicht eine riskante Geschichte?

Nun muss ich allerdings sagen: Niemand hat zu dieser Zeit daran geglaubt, dass die Geldmärkte insgesamt so kollabierten, wie sie dann kollabiert sind. Nun, darüber könnten wir jetzt lange reden, und darüber könnte ich Ihnen gerne einen Vortrag halten, wie es denn eigentlich zu dieser Krise gekommen ist, warum es denn dazu gekommen ist. Dann sind wir aber bei einer ganzen Reihe von ganz anderen Themen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Jetzt noch eine Geschichte zum Abschluss des Komplexes DEPFA. Ich habe gleich noch ein, zwei weitere Fragen, Herr Tietmeyer. Wir, sprich: der Ausschuss, hören heute noch einen Zeugen namens Stéphane Wolter. Herr Stéphane Wolter hat in einem Interview mit *Spiegel-Online* am 17. Juni Folgendes gesagt - Herr Stéphane Wolter ist nach eigenen Angaben Risikocoordinator bei der HRE gewesen; das muss ich da vielleicht noch hinzufügen -:

Mit dem Kauf der DEPFA war das Umfallen der HRE programmiert. Die Welle an kurzfristigen Verbindlichkeiten war schon beim Erwerb der irischen Tochter so stark, dass man nur noch beten konnte: Hoffentlich trocknet der Geldmarkt für die DEPFA nicht aus.

Teilen Sie diese Auffassung? Oder können Sie dazu Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kenne ja nicht die Situation von HRE. Jedenfalls kannte ich sie zu dieser Zeit überhaupt nicht. Ich dachte, die HRE hätte eine solche Finanzierung, die davon nicht abhängig sei; deswegen ja auch der Verbund mit DEPFA und HRE. Ich sage noch einmal: DEPFA hatte ein, wie ich glaube, sehr gutes Portefeuille. Das heißt, die Risikolage im Portefeuille - alle Risikoberichte, die ich gesehen habe, haben das gezeigt - war nicht ernsthaft gegeben, sondern die Problematik war die Finanzierungsstruktur. Die hing natürlich von der Marktentwicklung ab. Aber wenn sozusagen zwischen den dortigen Zinsen und den Zinsen dort -

(Der Zeuge macht eine Handbewegung)

- in der Tat eine Flexibilitätsregelung ist, dann ist das auch kein Risiko. Nichtsdestotrotz, wir haben gesagt, wir brauchten eigentlich - - wir sind verwundbar, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Profitentwicklung. Wir sind verwundbar, und deswegen ist es günstig, in einen größeren Kontext hineinzukommen. - Das war ja der Auftrag an Goldman Sachs.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Jetzt noch mal ein oder zwei Fragen zu Ihrer Tätigkeit bei der Hypo Real Estate. Der Ausschuss hat sich schon mehrfach auch mit Fragen - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vielleicht darf ich noch mal eben sagen: Die strategischen Optionen, die wir aus dem letzten Board Meeting von DEPFA hatten, und die wir dann in Auftrag gegeben haben, waren Joint Venture Add On Acquisition, Mergers of Equal, Strategic Partner Sale. So, und dann wurde es im Grunde diese dritte Variante. Da ist es so, dass sich vor allen Dingen Goldman Sachs darauf konzentriert hat. Ich wollte das nur sagen. Der Auftrag war nicht nur ein Merger mit irgendeinem, sondern wir hatten sehr wohl eine breitere Geschichte im Kopf, wobei ich schon gesagt habe, dass ich zunächst überhaupt nicht an Hypo Real Estate gedacht hatte. Nun gebe ich aber gerne zu, dass mir Hypo Real Estate zu dieser Zeit auch gar nicht sehr bekannt war; denn das war ja eine relativ neue Bank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. - Jetzt noch ein oder zwei Fragen zur Hypo Real Estate. Wann - Sie haben eben auch die zeitlichen Eckpunkte Ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit dort geschildert - wurde eigentlich der Aufsichtsrat über eine Sonderprüfung bei der Hypo Real Estate informiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe - - Ich weiß nämlich nicht einmal, ob ich sogar im September davon erfahren habe oder ein paar Tage später. Da müsste ich jetzt genau nachsehen. Aber mit Sicherheit wusste ich nichts vorher, vor dieser berühmten Offenlegung im September. Der Abend dieser, wenn Sie so wollen, dramatischen Offenlegung der HRE-Liquiditätsprobleme - - Ich

bin nicht sicher, ob schon in dieser Sitzung etwas gesagt worden ist oder in einer der späteren Sitzungen. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Jetzt gibt es eine hypothetische Frage - das weiß ich -, aber einem ehemaligen Bundesbankpräsidenten darf man sie vielleicht stellen. Hätte das Wort „Sonderprüfung“ von vornherein Ihre Alarmglocken klingeln lassen, oder hätten Sie gesagt: „Sonderprüfung ist etwas, was ich in meinem Leben auch schon zigfach kennengelernt habe“, um zu schauen, was denn letzten Endes dabei rumkommt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mindestens hätte ich nachgefragt, wenn ich das Wort „Sonderprüfung“ gehört hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber ich habe das Wort „Sonderprüfung“ vorher nicht gehört.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Sie haben das Wort „Sonderprüfung“ nicht gehört. - Okay.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vorher. Entschuldigung, nach der dramatischen Nachsitzung und den dann folgenden Telefonkonferenzen, da kam das dann, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das habe ich auch so verstanden, Herr Tietmeyer, dass nach dem Zeitpunkt des ersten Rettungspaketes bzw. der vorbereitenden Daten die Frage der Sonderprüfung bekannt war. Wissen Sie denn noch aus Ihrer Tätigkeit, wie denn dann der Vorstand versucht hat, die Vorschläge, die Anweisungen, die Anforderungen der Banken auf sich umzusetzen? Hat es da auch Aussagen von Herrn Funke oder seinen Kollegen gegeben, wenn sie dann zu der Sonderprüfung etwas sagten? Oder haben sie einfach gesagt: Da ist alles im grünen Bereich?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe - ich weiß gar nicht genau, in welcher Sitzung - gehört, dass diese Sonderprüfung so gewesen sei, dass das nichts Tiefgehendes, Ernsthaftes, Weitergehendes ist, sondern

dass eine Reihe von Kritiken da sind, aber dass man sich darüber einig sei, dass man diese Kritiken schnell beseitigen könnte und wollte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ist Ihnen denn auch bekannt, dass Herr Fell, der damalige Finanzchef der HRE, noch am 25. September in einer Analystenkonferenz die Refinanzierungslage der Bank, also der HRE, als stabil bezeichnet haben soll? Haben Sie davon etwas gehört?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich da die Zeitung gelesen habe. Ich weiß nur eines: dass ich am 22.09. abends jedenfalls zum ersten Mal über die dramatische Situation bei HRE informiert wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Hat man Sie dann auch darüber informiert, dass die HRE bereits seit Februar wöchentlich und ab März täglich Liquiditätsberichte an die Bankenaufsicht übersenden musste?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, jetzt muss ich sagen: Das wurde uns dann immer in den Telefonkonferenzen mitgeteilt. Ich habe ja den Antrag gestellt: Ich möchte sogar eine Kopie dieses täglichen Berichtes haben. Leider kam der dann - - Der war dann hinterher wieder so zwei, drei Seiten. Da habe ich gesagt: Nein, ich will eine einseitige Information haben. Die habe ich als solche - kann ich mich nicht erinnern - nie bekommen. Ich habe immer Kopien des internen Liquiditätsstatus bekommen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ist Ihnen während - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber wie gesagt, erst immer später, in der dramatischen Situation. Ich rede jetzt über Oktober.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ja, okay.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich rede jetzt über Oktober.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen. - Jetzt noch eine Frage: Ist Ihnen während Ihrer HRE-Tätigkeit auch

noch etwas von Risiken aus der alten Abspaltung von der HVB bekannt geworden? Hat das noch mal eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, das -- Ich sage einmal: Am Rande habe ich so den einen oder anderen, die da von früher tätig waren, mal immer gefragt: Sitzen da eigentlich noch alte Risiken - ja oder nein? Und ich gestehe, dass ich, als ich überhaupt HRE als Partner von Goldman Sachs in dem Goldman-Sachs-Papier gehört habe, da war bei mir -- Ein bisschen klingelte es. Ein ganz klein bisschen klingelte es, dass ich sagte: Sind die denn schon wirklich voll raus aus dieser Situation? Denn mir war ja klar, dass die Hypobank in den 90er-Jahren erhebliche Immobilienprobleme gehabt hatte und dass deswegen auch die Spaltung stattgefunden hatte. Ich wusste ja nicht genau, wie weit bei Hypo Real Estate noch irgendetwas war; denn ich hatte mich mit Hypo Real Estate überhaupt nicht befasst.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Noch ein, zwei Fragen, so auch heute noch mal zum Abschluss aus der DEPFA-Dublin-Zeit: Hätte die DEPFA Dublin Anfang 2008 eigentlich irgendetwas tun können, um gegen die Lehman-Insolvenz bzw. die Konsequenzen, die daraus entstanden, gewappnet zu sein?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ob sie das alleine hätte tun können, das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht. Denn in der Tat, das Konzept war -- ich sagte ja, es basierte auf „Aus Kurz mach Lang“, aber das in einer seriösen Weise mit seriösen Relationen und auch mit angeblich relativ flexiblen Zinsen auf der einen Seite und auf der anderen Seite. Insofern kann ich das nicht genau beantworten, ob ich da andere Möglichkeiten gesehen hätte. Nur, ich will ganz deutlich sagen: Wenn es schon vorher Probleme gegeben hatte, dann hätte ich dies als Mitglied des Aufsichtsrates bei Hypo Real Estate gerne auch sofort erfahren. Aber ich habe es nicht erfahren. Ich sage noch mal: Ich bin gewählt am 28. Mai und habe per saldo zum ersten Mal von der Liquiditätsproblematik am 22.09. abends erfahren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Ich danke Ihnen. - Noch ein oder zwei Fragen zum 28. Mai oder zum April/Mai, Herr Tietmeyer. Und zwar hat Herr Flowers im

April 2008 1,1 Milliarden Euro in die HRE investiert, das heißt also salopp gesagt: Der Beauftragte und Vertraute von Herrn Flowers ist praktisch zeitgleich oder nahezu zeitgleich mit Ihnen in den Aufsichtsrat der HRE -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Etwas später.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - etwas später - eingezogen. Okay. - Wie war der Aufsichtsrat der HRE in diese Investition eingebunden, und wie war das Prüfungsverfahren von Herrn Flowers bei der HRE? Kannte Herr Flowers das Geschäftsmodell der DEPFA Dublin? - Das wären so noch die Fragen aus diesem Bereich.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht, ob Herr Flowers das kannte. Aber ich gehe davon aus, dass, wenn sich jemand mit 24 Prozent an einer Bank beteiligen will, er sich die Sache dann auch mal genau anguckt. Er hat ja wohl auch Due Diligence gemacht. Insofern gehe ich davon aus, dass er das übersehen hat.

Ich kann nur sagen: Wir sind nur informiert worden - ich glaube in der Junisitzung -, dass Flowers inzwischen das Angebot gemacht hatte und dass Flowers jetzt dieses öffentliche Angebot gemacht hatte und dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem entsprechenden Ergebnis kommen würde, dass hier 25 Prozent erreicht würden und er dann eintreten würde. Das hatte dann nämlich gewisse Rückwirkungen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Insofern mussten dann natürlich auch zwei oder drei Plätze freigemacht werden.

Und da sind einige gefragt worden. Ich bin nicht gefragt worden, ob ich zurücktreten sollte, aber einige sind gefragt worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. - Ich habe einstweilen keine Fragen mehr an Sie und möchte an meinen Kollegen Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion übergeben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Tietmeyer, können Sie noch etwas über die Abspaltung der HRE von der HypoVereinsbank sagen? Sie haben ja schon erwähnt, dass es da branchenbekannte Probleme gab, was riskante Immobilienkredite angeht. Wissen Sie etwas da-

rüber, wie dieses Problem bei der HRE und ob dieses Problem bei der HRE gelöst worden ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, dazu weiß ich gar nichts.

Dr. Volker Wissing (FDP): Was wissen Sie --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Dazu kann ich nur sagen, dass ich die Presse gelesen habe und natürlich auch immer wieder mal was gehört habe. Das war ja einer der Gründe, weswegen - ich habe das eben angedeutet -, als der Name HRE als Partner für DEPFA oder als Übernehmer von DEPFA in Frage kam, es jedenfalls bei mir ein bisschen klingelte. „Ist das alles schon gelöst oder nicht?“, das war ja meine Frage. Ich habe mich dann noch mal im Aufsichtsrat erkundigt, beim Management von DEPFA, und die haben mir gesagt: Das ist, soweit wir erfahren konnten - und auch die Goldman-Sachs-Leute haben das gesagt -, alles geregelt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und haben die Ihnen auch erklärt, wie das geregelt wurde?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß es nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie haben auch nicht nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, verzeihen Sie bitte. Das war ja nun ein Vorgang, der völlig anders war, nämlich die Frage, wie eigentlich hier die Aufgliederung zwischen den beiden Münchner Banken und den neuen Banken stattfand. Ich bin da überhaupt nicht involviert gewesen. Mich interessierte nur: Trägt die Hypo Real Estate noch alte Lasten? Und danach habe ich gefragt. Da wurde mir gesagt: Nein, das ist geklärt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie schätzen Sie das heute ein?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Weiß ich nicht. Verzeihen Sie, ich bin kein Wirtschaftsprüfer, um das genau zu sagen, wie die Bilanz dieser beiden Institutionen aussieht. Das kann ich nicht sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie in der Zwischenzeit noch mal mit Leuten gesprochen, die Ihnen Informationen hinsichtlich der alten Risiken der HRE gegeben haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie nach dem Zusammenbruch noch mal mit Leuten gesprochen oder mit Personen gesprochen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich darüber noch mal mit jemandem gesprochen habe. Weiß ich nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, Sie wissen nichts darüber, ob diese Risiken heute noch bestehen oder nicht?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann das nicht sagen. Ich habe darüber keine Informationen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Professor Tietmeyer, können Sie uns darlegen, weshalb ein Zusammenbruch oder eine Insolvenz der DEPFA die HRE mit in den Abgrund gerissen hätte?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Was soll ich --

Dr. Volker Wissing (FDP): Weshalb hätte eine Insolvenz der DEPFA die gesamte HRE in den Abgrund gerissen? Weshalb war das nicht möglich?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ob es die gesamte HRE -- Erstens war es ja nun Bestandteil -- Entschuldigung bitte, sie war zwar eine rechtlich eigenständige Institution, aber sie gehörte voll und ganz der Hypo Real Estate. Insofern wären sozusagen alle Schulden letztlich dann immer auf die Hypo Real Estate übertragen worden. Das ist die eine Geschichte. Aber die zweite Geschichte ist --

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich dazwischenfragen: Gab es eine Patronatserklärung oder Ähnliches, die das --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mir ist nichts bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber weshalb sollten die Verbindlichkeiten der DEPFA immer auch Verbindlichkeiten der gesamten HRE sein?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich vermute es einfach deswegen, weil -- Ich müsste noch genau nachsehen, wie die Konditionen waren. Aber für uns war es so, um es deutlich zu sagen, dass die Hypo Real Estate sozusagen die DEPFA kauft. Das heißt natürlich, dass sie dann auch alle Verpflichtungen der DEPFA übernimmt.

Aber jetzt zurück zu dieser Frage, die Sie hatten, nämlich wieweit die DEPFA oder Hypo Real Estate und DEPFA -- wieweit wir darüber informiert waren. Ich kann Ihnen nur noch mal sagen: Ich habe das Ergebnis nur bekommen im Vortrag von Goldman Sachs. Ich habe das Ergebnis bekommen im Vortrag in der Bestätigung oder der Erläuterung durch das Management. Und ich habe dann natürlich in dem Vertrag, der abgeschlossen worden ist, diese Information bekommen. Aber Hypo Real Estate - und schon gar die Vorgänger - war für mich in keiner Weise in besonderer Weise bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie ausschließen, dass die Aussagen des Bundesfinanzministers, die Hypo Real Estate müsse abgewickelt werden, die Refinanzierungsmöglichkeiten und die Refinanzierungsbedingungen der HRE erschwert habe?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Viermetz uns gesagt hat, dass das eine Erschwernis sei, und dass uns dies auch einige Mitglieder des Management Boards gesagt haben. Aber ich habe kein eigenes Urteil darüber.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wurden Sie seitens --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mal ganz abgesehen davon steht es mir auch nicht zu, hier Bemerkungen des Finanzministers zu kommentieren.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein, das ist auch nicht meine Frage gewesen, ob Sie die für klug oder unklug halten, sondern meine Frage war einfach, ob das zu einer Verschlechterung der Refinanzierung geführt hat. Sie saßen damals ja im Aufsichtsrat und kannten die rechtlichen --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, es gab den einen oder anderen Hinweis im Gremium, aber wir haben das nie als entscheidend angesehen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Okay. - Hat die deutsche Bankenaufsicht oder die Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt Ihren Sachverstand als Mitglied des Aufsichtsorgans nachgefragt und wenn ja, wann?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ich habe von der Bundesregierung keinerlei Nachfragen und Informationen bekommen, überhaupt nicht.

Die Bundeskanzlerin hat mich mal wegen einer ganz anderen Sache angerufen. Sie hat mich mal angerufen, wie ich die gesamte weltwirtschaftliche Situation nach der Krise beurteilte, damals, als die Krise virulent wurde. Da hat sie mich mal angerufen, wie ich das beurteilte. Da stellten wir ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in der Beurteilung fest.

Dr. Volker Wissing (FDP): Da war die Hypo Real Estate aber nicht Gegenstand des Gesprächs?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, überhaupt nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Kann man sagen, dass zu dem Zeitpunkt, in dem Sie sich mit dem Thema „Altlasten der Hypo Real Estate“ beschäftigt haben, das in der Branche noch ein Thema war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß nicht. Meine Nähe zur Branche ist nicht so -- Ich gehöre zur Central Banking Community. Das ist nicht unbedingt die Banker Community. Ich habe darüber nichts Besonderes erfahren - ganz abgesehen davon, dass ich ja nun als Pensionär außerhalb stehe.

Dr. Volker Wissing (FDP): Die Bankenaufsicht hat ja zunächst wöchentlich und

dann später tägliche Liquiditätsberichte von der HRE über die DEPFA angefordert. Kann man sagen, dass das eine - - Wie muss man das verstehen? Ist das eine Zuspitzung der Situation, eine Dramatisierung der Situation, wenn man auf tägliche Liquiditätsberichte zugeht?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jedenfalls steht man dann unter besonderer Sicht und Einsichtsbemühungen. Das ist ja auch richtig, und das verstehe ich ja auch. Ich sage ja, ich habe davon nach diesen Vorgängen im Herbst 2008 erfahren, und ich habe dann darum gebeten, dass auch wir diese Liquiditätsberichte bekommen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Professor Tietmeyer, wenn wir - nur zur Begrifflichkeit - über HRE sprechen, ist das dann immer auf die Holding bezogen, oder ist das auch auf die einzelnen Beteiligungsgesellschaften bezogen, auf die unter der Holding?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Darf ich noch mal eben - - Ich habe es akustisch nicht verstanden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Der Begriff „HRE“ wird ja immer verwandt. Ist damit definitiv ausschließend die Holding gemeint, oder betrifft das auch die einzelnen unter der Holding befindlichen Beteiligungsgesellschaften, die auch Banken sind?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe über die Beteiligungsgesellschaften keine näheren Informationen, sondern ich - ich! - habe nur eben etwas von der Holding gehört.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und das, was im Grunde Ihre Aufsichtsratsstätigkeit angeht, bezog sich auch rein auf die HRE Holding?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja. Wir haben immer das Management gefragt, und das Management musste uns Auskunft geben. Das ist selbstverständlich. Das ist ja die Funktion eines Aufsichtsrates.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich wollte nur diese Klarstellung, damit es da keine Vermischung hinsichtlich der Begrifflichkeit gibt, was HRE ist. - Sie betonten eben: Wir haben die beiden Bereiche DEPFA plc und HRE-Holding-Aufsichtsratsmitgliedschaft als zwei Komplexe betrachtet. - Sie haben gesagt, das erste Mal als Aufsichtsratsmitglied hätten Sie im Herbst, also im September, von den Liquiditätsschwierigkeiten erfahren. Von daher kann ich davon ausgehen, dass zu dem Zeitpunkt den Aufsichtsratsmitgliedern der Prüfungsbericht Bundesbank und auch BaFin noch nicht bekannt war.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Er war mir nicht bekannt, und bis heute habe ich ihn noch nicht gesehen. Später ist dann darüber berichtet worden, dass es so etwas gibt und dass es das gibt. Aber ich habe vorher nie etwas davon gewusst.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich dann zurückkommen darf - und Sie haben sich ja auch zur Informationspflicht des Managements sehr kritisch geäußert -, würden Sie darin also auch von Ihrer Sicht aus ein Versäumnis sehen, dass Sie darüber im Aufsichtsrat nicht zeitnah informiert worden sind?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich will es so sagen: Ich gehe davon aus, dass ein Aufsichtsrat normalerweise regelmäßig informiert wird. Ich hatte den Eindruck - das habe ich in meiner Schlusserklärung auch gesagt -, dass die Information nicht so war, wie ich sie mir jedenfalls gewünscht hätte; das will ich sehr deutlich sagen. Das wurde am deutlichsten dadurch, dass ich von der Liquiditätsproblematik und schon gar von all den Untersuchungen, die von den Aufsichtsbehörden schon initiiert waren, überhaupt erst etwas nach dem Dezembertreffen erfahren habe.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil Sie in Ihrer Eingangsbemerkung schon präzise bestimmte Punkte Ihrer Tätigkeit beschrieben haben, erübrigen sich einige Fragen. - Ich will aber jetzt mal zu dem Komplex DEPFA plc kommen. Ist Ihnen bekannt oder haben Sie Erkenntnisse darüber, ob da jemals - sagen wir mal - das Geschäftsgebaren der DEPFA plc - Sie haben ja besonders darauf hingewiesen, in der Aktivseite lag im Grunde nicht das Problem, sondern es war die Pas-

sivseite, was die Refinanzierung angeht - von der Bankenaufsicht geprüft wurde?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mir ist das nicht bekannt, denn ich habe ja auch in der DEPFA keine Informationen bekommen, dass es Prüfungen in der DEPFA gegeben habe, solange ich da war; Verzeihung: solange ich da war. Ich war aber da. Ich sage sehr deutlich: Ich bin ja am 5. Oktober 2007 zurückgetreten. Ob es dort vorher schon Untersuchungen gegeben hat durch die irische Aufsicht oder so, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Eine Kleinigkeit: Bei der vorletzten Frage des Kollegen Herrn Dautzenberg haben Sie meines Erachtens versehentlich von einer Dezemberbesitzung gesprochen.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Er meinte September!)

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: September. Verzeihen Sie.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich sage das nur für das Protokoll.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich bitte um Entschuldigung, dass es einem älteren Menschen passiert, dass er mal September meint, aber Dezember sagt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Mir war das schon bewusst, dass Professor Tietmeyer den Bereich meinte, weil er ja sagte, da sei er zum ersten Male im Grunde damit konfrontiert worden. - Noch mal zur DEPFA plc: Sie sprachen darüber, dass ein Gutachten von Goldman Sachs erstellt worden ist. Können Sie etwas zu den Inhalten des Gutachtens sagen, was Sie im Grunde zur Kenntnis bekommen haben, und was im Grunde eigentlicher Auftrag des Gutachtens war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann dazu sagen: Ich habe die Präsentationsmappe vorliegen. Die habe ich mir natürlich angesehen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Da könnte ich Ihnen jetzt einfach den Background to the Transaction - - Was ist die Strategie von DEPFA gewesen? Was war

das Goldman Sachs Market Testing? Welche interessierten Parteien mag es denn geben, und was waren die letzten Board Meeting's Conclusions, die strategischen Optionen, die zur Verfügung standen? Da habe ich Ihnen schon eben die drei genannt, die wir in Auftrag gegeben hatten, das sozusagen weiter zu prüfen. Dann wird hier über die Reaktion anderer potenzieller Partner gesprochen. Ich bitte um Verständnis, dass ich das jetzt nicht sage. Das ist eine lange Liste, wer da alles gefragt worden ist, mit wem da Gespräche stattgefunden haben usw. Das ist die offizielle Seite.

Dann wird hier der Vorschlag von „Händel“, also von Hypo Real Estate, im Einzelnen dargelegt, welche Überlegungen man haben könnte, wie das ablaufen sollte. Ich will das jetzt alles gar nicht vertiefen. Dann die verschiedenen Fragen für den Board, die rechtlichen Fragen, die ökonomischen Fragen - das alles haben wir diskutiert -: Wie sieht dann das Ergebnis der beiden insgesamt aus? Wie stehen sie? Wie sind die Profiterwartungen für die nächsten Jahre bei beiden? Das ist alles hier in dem Papier drin. Wenn Sie es brauchen, können Sie es sicher auch bekommen; nur, ich kann es nicht herausgeben, denn mir ist es seinerzeit so gegeben worden.

Ich kann insgesamt nur sagen, dass wir nach sorgfältiger Diskussion zu dem Ergebnis gekommen sind: Okay, wir gehen diesen Weg, und dieser Weg bringt uns auf eine breitere Grundlage. - Auf der anderen Seite will ich nicht bestreiten, dass es sogar im Aufsichtsrat oder bei den Non-Executive Direktoren des Boards Überlegungen gab: „Gehen wir nicht wieder zurück in die alte Verbindung?“, nämlich mit einem - - Wir hatten uns ja sozusagen getrennt. Es war ja bei DEPFA zu einer Trennung gekommen zwischen der Aareal Bank, die in der Hauptsache ihr Engagement im Immobilienbereich hatte, und der DEPFA plc, die ihr Engagement in der Staatsfinanzierung hatte.

Jetzt gibt es wieder einen Zusammenschluss, und dieser Zusammenschluss bringt sozusagen wieder die alten Dinge zusammen, nämlich den Immobilienbereich. Aber - so wurde dann gesagt - diese Hypo Real Estate ist in einer viel modernisierteren Fassung und viel besseren Verfassung. Die hatten hier also Einkommensprognosen - da kann ich nur sagen -, Profitprognosen, die außerordentlich günstig waren. Das alles ist das Ergebnis der Due Diligence, die sie ge-

macht haben. Ob dabei die Risiken alle richtig gesehen worden sind, darüber kann man lange streiten.

Nur, ich war überrascht. DEPFA hatte nach meiner Meinung auf der Asset-Seite eine positive Geschichte. Bei DEPFA gab es im Grunde nur die Frage der Marktfinanzierung: Funktioniert die dauerhaft? Das ist die eigentliche Frage. Jetzt sage ich mal: Je steiler die Kurve, umso größer ist normalerweise der Profit; je flacher die Kurve, umso weniger. Eine inverse hätte Probleme gemacht. Aber über eine längere inverse Entwicklung hatte niemand bei uns ernsthaft spekuliert. Ich kann mir keine längerfristige inverse Zinskurve vorstellen. Wenn es nur eine deflationäre, um es mal so zu sagen -- Das muss ja eine Deflationssicht sein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich darf aber noch mal nachfragen --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Ben Bernanke jetzt hier wäre, der hätte das früher vielleicht möglicherweise anders gesehen, aber er würde es heute mit Sicherheit genauso sehen. Aber das ist eine andere Sache.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich darf noch mal eben nachfragen: Wir hatten schon einen Vorgang Mitte des Jahres auch in Deutschland - die IKB -, wo erkennbar wurde, dass bestimmte Geschäftsmodelle schwieriger wurden und zu dem Zeitpunkt auch die Refinanzierungsseite, was kurzfristig anbelangt, schon in Schwierigkeiten kam. Ist das auch in diesem Gutachten oder bei Ihren Beratungen schon mit einbezogen worden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, wir müssen jetzt separieren. Die Diskussion innerhalb der DEPFA war eine Sache. Die andere war, dass wir zu einer Beschlussfassung kamen: Wir müssen prüfen, ob wir nicht in einen größeren Verbund die DEPFA hineinbringen können. Die Frage ist: Was ist der richtige größere Verbund? Da hatte dann die Goldman Sachs den Auftrag bekommen, und die haben diesen Vorschlag, nachdem sie alle anderen Vorschläge nicht weiter verfolgt haben, so verfolgt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber wäre die Reduktion zulässig, dass man für den größeren Verbund die Braut besser schmücken musste, als sie von der Faktelage und von der Marktlage her gegeben war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die DEPFA meinen Sie?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Die DEPFA ist nicht -- Wieso sollte sie denn die DEPFA -- Goldman Sachs hatte ja auch vollen Zugang zu den DEPFA-Unterlagen. Das sind ja alles neutral -- Ich könnte Ihnen jetzt übrigens, weil ich das in dieser Mappe zufällig gefunden habe -- UBS hatte eine -- ich glaube, insgesamt 67 Seiten -- Untersuchung über die DEPFA gemacht, und zwar mit Datum vom 4. Juli, und kommt übrigens zu dem Ergebnis: Rating: Buy to ... (akustisch unverständlich) und dann Price Target: 16 Euro.

Dann gibt es eine Stellungnahme von der WestLB, die nicht ganz so optimistisch ist, aber auch zu dem positiven -- Ich könnte Ihnen jetzt im Einzelnen daraus vorlesen und daraus zitieren, welche Analysen die zugrunde legten. Es gibt noch eine mir vorliegende von Standard & Poor's und von Sal. Oppenheim.

Das heißt, die alle hatten zwar im Kopf: Die DEPFA ist möglicherweise nicht mehr so profitgünstig, wie sie in den Jahren zuvor war. Aber sie kamen alle nicht zu dem Ergebnis, dass da irgendwo ein Problem ist, sondern die Frage war nur: Wie ist die Einschätzung der Gewinnentwicklung und damit die Einschätzung der Marktentwicklung, des Equity am Markt?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist Ihrer Kenntnis nach dieses Gutachten von Goldman Sachs auch der Aufsicht bekannt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich gehe davon aus.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank. - Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Professor Tietmeyer, ich habe auch in der Befragung des Aufsichtsratsvorsitzenden versucht, dies zusammenzukriegen. Das Geschäft mit der DEPFA wurde ja im Sommer 07 besprochen, wurde im Oktober dann eingetütet. Da hatte sich ja nun schon einiges getan. IKB hat der Kollege Dautzenberg angesprochen, Northern Rock war zwischenzeitlich verstaatlicht worden, und das Interbankengeschäft war schon erheblich angespannt und zurückgegangen. Es war schwieriger, zwischen den Banken Geld zu kriegen; das Vertrauen war weg. Gab es darüber keine Diskussionen in den DEPFA-Gremien?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, im DEPFA-Gremium deswegen gar nicht mehr, weil wir ja das Mandat - jetzt muss ich das genau sehen - im Juli gegeben hatten: Es kann so jetzt umgesetzt werden. - Ich kann Ihnen das Datum noch sagen. Das Datum war: Am 20.07. gab es eine Sonder-sitzung. Dort wurde die Zustimmung zum Projekt „Symphonie“ (?) gegeben vom Board. In diesem Vorschlag stand drin, dass die Umsetzung stattfinden soll in den nächsten - da wurde ein genauer Terminplan festgelegt - zwei Monaten. Der eine endete schon Ende September, der andere endete 1., 2. oder 3. Oktober. Es ist verwirklicht worden, soweit ich weiß - formalisiert ganz am Schluss -, in den ersten Oktobertagen.

Es ist richtig, dass zu dieser Zeit schon die ersten Nervositäten an den Märkten in Gang gekommen waren, die ersten Nervositäten. Northern Rock ist nicht das Thema gewesen, sondern es kam im Grunde zunächst natürlich von den USA: die Subprime-Problematik. Deswegen hat es ja zunächst - jetzt springe ich wieder über auf die Zentralbanken - eine Liquiditätsaktion im August schon der Zentralbanken gegeben. Das ist richtig.

Aber ich will deutlich sagen: Wir hatten ja das Mandat gegeben, dieses zu exekutieren, und ich habe nicht gesehen, dass von einer Seite - sei es Hypo Real Estate oder DEPFA - irgendetwas blockiert worden ist. Es stand übrigens da drin: Rückzugsmöglichkeiten sind gegeben; da muss man aber soundso viel zahlen in der Übergangsphase, in der Phase zwischen der Entscheidung und der Umsetzung.

Also, wieweit die Makroliquiditätsentwicklung in den internen Diskussionen dann noch eine Rolle gespielt hat, weiß ich

nicht. Ich kann nur sagen: Für uns - für den DEPFA-Aufsichtsrat oder DEPFA Non-Executive Board - war im Grunde die Frage mit der Julisitzung abgeschlossen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Gut, die Vorteilhaftigkeit des Mergers ist ja eher gestiegen durch die Umstände. Insofern bestand für die DEPFA-Aufsicht kein Handlungsdruck.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Professor Tietmeyer, ich möchte jetzt noch mal zum Komplex HRE, also Hypo Real Estate Holding, kommen. Sie deuteten eben in Ihrem Eingangsstatement an, dass Sie, was die erste Rettungsaktion anbelangt, telefonisch zugeschaltet waren, und hatten auch gesagt, dass Sie - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Moment, Hypo-Real-Estate-Rettungsaktion?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, die erste.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Oder habe ich das falsch verstanden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, am 22.09. abends - - Wir hatten an sich eine Aufsichtsratssitzung am 23.09.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aufsichtsratssitzung, ja.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 22. hatten wir eine Vorbesprechung. Und in dieser Vorbesprechung sind wir informiert worden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Sie deuteten an, dass Sie nach Ihrer Auffassung den privaten Bankenbereich als denjenigen angesehen haben, der an sich die Rettung hätte herbeiführen müssen. Welche Kenntnis haben Sie, woran das gescheitert ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: „Müssen“ habe ich nicht gesagt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sollten.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe gesagt, dass ich es für richtig halten würde, möglichst bald mit den anderen Banken in eine Diskussion einzutreten, ob es nicht eine gemeinsame Aktion geben könne. So war es ja auch vorgesehen, denn es sollte am nächsten Tag - deswegen fand diese Sitzung nicht mehr weiter statt - dieses Gespräch in Frankfurt stattfinden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie, woran das gescheitert ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Darüber bin ich dann hinterher - - Im Detail weiß ich das nicht. Ich weiß nur, dass die Bereitschaft im Laufe der Zeit, im Laufe der nächsten Tage eher geringer wurde. Es hat dann natürlich auch Gespräche gegeben. Es hat dann auch Untersuchungen gegeben. Da gab es dann wohl auch auf der Bankenseite Reserven, weil man glaubte, dass die Risiken bei Hypo Real Estate doch so groß seien, dass man das allein nicht machen konnte. So ist das dann Stück für Stück gegangen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie darüber, wer im Grunde die Berechnungen und das Volumen für die Hilfsaktion ermittelt hat?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Mir ist nur in Erinnerung, dass irgendwann einmal der Name Wieandt genannt worden ist, dass er den Auftrag gehabt hätte, seitens der Deutschen Bank mal bei der Hypo Real Estate näher nachzuschauen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ich will daran anknüpfen. Wie ist im Aufsichtsrat die Tatsache diskutiert worden, dass zwischen erster und zweiter Runde plötzlich dieser Mehrbedarf auftaucht? Das ist ja für ein Haus sozusagen ein schlechtes Urteil. Die ermitteln einen Bedarf, und dann geht ein Frem-

der mal rein und sagt nach einer Woche: So- undso viel brauchen wir in Wirklichkeit.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass das keineswegs bei den Mitgliedern - das waren alles Telefonkonferenzen - positive Reaktionen ausgelöst hat. Im Gegenteil: Als wir davon erfahren, hat das ja dann dazu geführt, dass ich gesagt habe: Jetzt will ich aber jeden Tag eine Liquiditätsanalyse haben. Ich möchte gerne wissen, was eigentlich los ist. - Das ist auch der Hintergrund meiner Bemerkung, die ich aus dem Protokoll vorgelesen habe, dass ich mich nicht immer voll informiert gefühlt habe. Ich weiß nicht, ob es mit anderen im Aufsichtsrat Gespräche gab; das kann ich nicht sagen. Aber ich kann nur sagen, bei den Runden - ich habe immer nur an den runden Runden teilgenommen,

(Heiterkeit)

sozusagen an den Telefonrunden - hatte ich nicht den Eindruck, dass ich immer genau informiert bin, sondern ich hatte immer den Eindruck: Du wirst informiert dann, wenn das Kind schon fast im Brunnen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ob wir es früher hätten ändern können, ist noch eine ganz andere Frage, Entschuldigung bitte. Die nächste Frage muss man stellen. Ob eine frühere Information was geändert hätte, ist eine andere Sache. Aber ich zögere nicht, zu sagen, dass ich mich nicht immer voll und adäquat informiert gefühlt habe. Dies habe ich gesagt, und dies war einer der Gründe, weswegen ich auch nachdrücklich dafür eingetreten bin, eine Untersuchung zu machen, wieweit der Vorstand in der Tat seinen Auskunftspflichten und Informationspflichten nachgekommen ist, durch eine neutrale Instanz.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer, und erteile nunmehr dem Kollegen Herrn Dr. Troost, Die Linke, das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich weiß nicht, ob Sie mit der neutralen Instanz möglicherweise uns gemeint haben. Vor dem Hintergrund dessen, was wir schon wissen, kann man in der Tat sagen: Sie sind immer

zu den runden Geburtstagen eingeladen worden. Bei den anderen - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß nicht, wo ich das Wort „neutrale Instanz“ - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die Frage noch einmal zur Zeit DEPFA: Waren bei den Aufsichtsratssitzungen der DEPFA auch die Wirtschaftsprüfer anwesend, oder war das jeweils nur der Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Im Normalfall natürlich nicht. Im Normalfall waren es der Vorstand und der Aufsichtsrat, aber ich sagte schon: Wir hatten, als das Going-Concern-Thema anstand, in der Tat allerdings dann die Leute gebeten, dieses zu prüfen und uns ihre Meinung zu präsentieren. Professor Klaas (?) war mehrfach da.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und hat die KPMG auch bei der DEPFA eine Rolle gespielt - sei es prüfend, sei es beratend?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich jetzt nicht; das kann ich nicht sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wer hat denn für die HRE das Gutachten Kaufpreis DEPFA gemacht? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat das zu dem Zeitpunkt keine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich war ja gar nicht - - Für mich ist das Thema HRE erst Ende Juli zweitausend- und - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie waren ja noch Aufsichtsrat der übergehenden Bank. Insofern kann es ja sein, dass das da eine Rolle gespielt hat.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe darüber nie was gehört.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Als Sie dann in den Aufsichtsrat der HRE berufen worden sind - noch vor der ersten Sitzung -: Sind Sie aber nicht irgendwo mal informiert

worden? Es waren ja bewegte Zeiten, gerade im ersten Vierteljahr.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ich habe überlegt, ob ich überhaupt ein Mandat annehmen sollte. Aber die hatten mich dann gebeten, und da habe ich gesagt: Okay, wenn es denn sein muss.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber es gab keine Informationen, -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): - dass die Bundesbank und die BaFin Sonderuntersuchungen gemacht haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Ich hatte über HRE natürlich alle Informationen, die ich hier in den neutralen Analysen habe. Diese hatte ich, und diese Einschätzung hatte ich auch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber ich meine, der Vorstand muss ja mit Ihnen gesprochen und gefragt haben: Wollen Sie das übernehmen? Es hätte ja sein können, dass man da in irgendeiner Form Unterlagen oder einen Situationsbericht bekommt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, es ist so: Die hatten ja schon in den Verhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften sich darüber unterhalten, dass eine Vergrößerung des Aufsichtsrates stattfinden sollte. Dann wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre, in diesen vergrößerten Aufsichtsrat hineinzugehen. Dann wurde allerdings die Vergrößerung durch die von DEPFA nominierten Vertreter reduziert, einfach deswegen, weil in der Zwischenzeit dann Flowers kam. Dadurch mussten dann wieder einige zurücktreten; das ist ein besonderes Thema.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, mir geht es nicht so sehr um die Größe, sondern ob es sozusagen - - Vor der ersten Sitzung haben Sie gar nichts bekommen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann gab es die erste Aufsichtsratssitzung, am 24.06., das haben Sie gesagt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe in der Hauptversammlung sehr genau zugehört und sehr genau gehört, dass es dort auch Kritik gab an der Publikationspolitik des Managementvorsitzenden, des CEOs Funke, in der Hauptversammlung. Dass er nämlich dort so nebenbei eine Verlustsituation oder eine Abschreibungsnotwendigkeit bekannt gegeben hatte, das wurde in der Hauptversammlung ja auch heftigst kritisiert. Aber das habe ich mir alles nur angehört.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber dann war die erste Aufsichtsratssitzung am 24.06. Wer war denn da anwesend, außer dem Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jetzt muss ich - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich frage das vor dem Hintergrund, dass wir gehört haben, dass bei systemrelevanten Banken - sie war da noch nicht eingeschätzt, aber angeblich spielte das ja gar keine Rolle - zum Beispiel die BaFin immer bei den Aufsichtsratssitzungen mit dabei saß.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, eindeutig nicht. Denn ich kann Ihnen sagen, wer dabei war; denn ich habe die Minutes hier vom 24. Juni 2008. Da war Herr Viermetz, da war Herr Pohle, da war der Herr Francesco Ago, da war der Professor Casper, dann der Dr. Heintzeler, der Herr Antoine Jeancourt-Galignani - den kenne ich gar nicht -, dann war Dr. Thomas Kolbeck, Pieter Korteweg, den ich übrigens gut kannte, weil er früher einmal Staatssekretär im Finanzministerium in Holland war.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Institutionelles? War weder BaFin noch KPMG da?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann Ihnen da nur sagen: Members of the Management Board. Da kann ich Ihnen genau die alle vorlesen, die dabei waren, sonst nichts.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich meine, das Normale ist doch in einer Aufsichtsratssitzung - ich war selbst auch in einer großen

Bausparkasse im Aufsichtsrat -, dass es einen Bericht gibt über das, was seit der letzten Sitzung passiert ist. Da hätte doch irgendwie berichtet werden müssen, dass man ein Sondergutachten beim Wirtschaftsprüfer in Auftrag gegeben hat.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, aber dieses habe ich doch nicht - - Ich habe Ihnen das doch schon gesagt, dass ich jedenfalls diese Information nicht bekommen habe.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, ich sagte ja: In dieser Aufsichtsratssitzung ist dann im Prinzip überhaupt nichts über das berichtet worden, was alles im Umfeld mit der Hypo Real Estate, mit Sonderprüfungen, mit Gesprächen mit der BaFin und Vorstand gemacht worden ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe keine Information. Ich habe zum ersten Mal, dass es überhaupt Gespräche gegeben hat, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Am 22.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: - nach dem September erfahren.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber, wie schon gesagt, man muss zumindest einmal festhalten, dass der Aufsichtsrat da in der Tat überhaupt nicht informiert worden ist über die Situation dessen, was im ersten Vierteljahr oder halben Jahr gelaufen ist.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Andere Mitglieder haben übrigens auch zu Protokoll gegeben, dass sie sich jedenfalls bis zum 22. oder 23.09. nicht hinreichend informiert gefühlt haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren Sie denn nach dem 22. in dieses Rettungswochenende selbst in irgendeiner Form einbezogen, oder wurde da Kontakt zum Aufsichtsrat gehalten?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein - das war ja das folgende Wochenende -, nur insoweit, als wir dort Telefonkonferenzen hatten. Ich erinnere mich noch, dass eine vor 12 Uhr stattfand, und wir glaubten eigentlich, dass es jetzt eine Lösung gibt. Dann wurde uns gesagt: Es gibt keine Lösung, es bricht alles zusammen. - Dann wurde plötzlich ge-

sagt: Nein, stopp. Es kommt gerade die Nachricht, dass es doch eine Lösung geben kann. - Dann wurde die Sitzung aufgegeben und wurde dann, glaube ich, um 1 Uhr nachts per Telefon wiederaufgenommen. So ist das. Wir wurden dann informiert, dass das Rettungspaket durchgegangen ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Würden Sie denn im Nachhinein sagen: So ein Aufsichtsrat - - Die berufen Sie ja nicht nur wegen dem Namen, sondern weil sie wussten, dass Sie ein erfahrener Banker sind, den man möglicherweise mit Sachverstand für Lösungsmöglichkeiten - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Banker war ich nie, Zentralbanker.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber schon mit allen Kontakten und allem, was sozusagen damit zusammenhängt. Glauben Sie, wenn der Aufsichtsrat früher informiert gewesen wäre, zum Beispiel im Juni, dass man dann in anderer Form hätte Einfluss nehmen können?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Aber ich muss sagen, ein Aufsichtsrat sollte, jedenfalls nach meiner Meinung, immer voll zeitgerecht vom Management informiert werden, wenn es um so ernste Dinge geht. Mit dieser Information bin ich nicht voll zufrieden gewesen. Ich sage bewusst: Nach dem 23. war es deutlich anders.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Da war es zu spät!)

- Ja gut, Verzeihung, aber da war sozusagen das Kind im Brunnen. Aber so ist es.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer, und übergebe das Wort jetzt an Frau Nina Hauer für die SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Tietmeyer, haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die DEPFA Sie gefragt hat, ob Sie im Aufsichtsrat mitwirken würden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich glaube - - Das weiß ich nicht, ich kann ja nur fragen, wer bei DEPFA sonst noch im Aufsichtsrat drin war. Das war eine Zusammensetzung: Zum Beispiel war der frühere Außenminister von Luxemburg, Poos, da

drin, zum Beispiel war da drin Frau Professor Ruane, eine Ökonomeprofessorin, dann war mein früherer Kollege, der frühere irische Notenbankpräsident O'Connell da drin. Ich könnte jetzt durchgehen. Das heißt, es war eine Mixtur von verschiedenen Leuten mit verschiedenen Erfahrungshintergründen. Diese sollten sozusagen ihre Erfahrungshintergründe in diesen, nicht Aufsichtsrat - ich sage noch einmal -, Non-Executive Board - - Sie wissen, das System sieht dort anders aus. Sie sollten sozusagen Kenntnisse, Informationshintergründe insgesamt bringen, aber natürlich keine Indiskretionen, sondern Kenntnisse.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich denn in dieser Zeit - Sie haben ja da 2002 Ihren Platz eingenommen - bis zu Ihrem Ausscheiden immer gut informiert gefühlt vom Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Über die Grundlinien der Arbeit in der DEPFA sind wir, glaube ich, gut informiert worden; aber ich gestehe, dass die Non-Executive-Direktoren mehr sozusagen die Einschätzung der gesamten Funktionsfähigkeit der Märkte zum Gegenstand hatten: Wo soll insgesamt das Engagement von DEPFA hingehen, in welche Bereiche des öffentlichen hineingehen? Soll es auch Entwicklungsländer einbeziehen, Emerging Countries, Industrieländer? Also, alle diese ganzen Fragen: Wo soll eigentlich das tätig sein? Aber die Details, etwa des Geschäftes, sind natürlich nicht behandelt worden, sondern man kriegte gelegentlich - nicht gelegentlich, sondern regelmäßig - einen Risikoreport: Wie ist die gesamte Situation? Wir haben dann auch diskutiert und haben auch dem Vorstand hin und wieder mal Hinweise gegeben: Leute, da müsst ihr ein bisschen aufpassen.

Nina Hauer (SPD): Und was ist dann passiert, wenn Sie solche Hinweise gegeben haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich hatte den Eindruck, dass das sehr wohl ernst genommen wurde und dass dann in der nächsten Sitzung gesagt wurde: Aus den und den Gründen tun wir das. Oder: Aus den und den Gründen sind wir zu dem Ergebnis gekommen. - Es war, wenn Sie so wollen, eine Dialogsituation.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn, als deutlich wurde, dass das Marktumfeld sich verändert, beim Vorstand nachgefragt, -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Nina Hauer (SPD): - was das für Konsequenzen haben kann für das Geschäftsmodell der DEPFA?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber eine Sekunde: Die Marktsituation hat sich fundamental im Jahre 2008 verändert. Vielleicht darf ich noch mal daran erinnern, dass ich da aus dem DEPFA weg war.

Nina Hauer (SPD): Also, Sie haben nie gefragt: Was passiert denn, wenn jetzt die Situation eintritt, wo auf dem internationalen Finanzmarkt kein Geld mehr zu kriegen ist? Oder: Was passiert, wenn es gravierende Veränderungen im Marktumfeld gibt? Solche Fragen haben Sie nicht gestellt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wir haben immer gefragt: Wie ist die Refinanzierungssituation? Wie ist das? Wir haben immer in jeder Sitzung sozusagen uns über die Refinanzierungssituation unterhalten. Ich sagte schon: Als die steilere Kurve war, war die Situation viel günstiger. Als die flacher wurde, wurde der Profit ein bisschen schwächer, aber die Refinanzierung stand nie zur Debatte. Warum? Weil die Märkte voll funktionierten, und DEPFA eine gute Reputation an den Märkten hatte.

Nina Hauer (SPD): Sie sind als ehemaliger Bundesbankpräsident auch sozusagen Präsident der Aufsicht gewesen. War Ihnen denn bekannt, dass die irische Aufsicht nach anderen Regeln funktioniert als die deutsche? Oder haben Sie da nachgefragt, ob es Berichte gibt von der Aufsicht, ob geprüft wurde oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß nicht, ob ich speziell gefragt habe. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwo eine kritische Bemerkung bekommen habe. Aber ich darf dazu sagen, dass mein früherer Kollege O'Connell da drin saß. Der und Professor Ruane waren natürlich mit der irischen Situation, mit der irischen Aufsichtssituation voll informiert und hatten damit zu tun. Er war auch übrigens Vorsitzender des Audit Com-

mittees und hat uns dann auch immer berichtet über das Audit Committee. Aber ich habe nie eine kritische Bemerkung gehört.

Nina Hauer (SPD): Was war denn Ihre Motivation, dann in den Aufsichtsrat zur HRE zu gehen, als diese Übernahme beschlossene Sache war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die Motivation? Ich weiß gar nicht, welche. Aber ich bin jedenfalls gefragt worden, und ich habe gezögert, habe dann aber gesagt: Na ja, schön, okay, ich kann es machen.

Nina Hauer (SPD): Stand denn der Grund, warum Sie gefragt wurden, auch mit Ihrer vorigen Rolle bei der DEPFA im Zusammenhang?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, Verzeihung, ich sagte ja: Es war in dem Vorschlag von Goldman Sachs ja drin, dass der Aufsichtsrat erweitert werden sollte, und da sollten einige Leute aus dem DEPFA Non-Executive Board - oder Non-Executive Board Members - mit hineinkommen. So ist das dann ja auch geschehen. Aber durch den Eintritt von Flowers fielen dann wieder einige Positionen weg. Insofern war das eine ganz normale Geschichte.

Nina Hauer (SPD): Aber als Sie dann bei der HRE waren und sich dann das Marktumfeld verändert hat: Haben Sie da nachgefragt, ob die DEPFA bei dieser Marktsituation Auswirkungen auf die Situation der HRE selber haben kann? Haben Sie das weiterverfolgt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: In dieser Situation habe ich -- Ich kann mich nicht erinnern, ob ich da speziell gefragt habe, aber ich weiß, dass ich immer genau zugehört habe, welche Informationen ich bekomme. Dann wurde übrigens auch über die DEPFA mal berichtet - ich müsste im Protokoll genau nachsehen - in dieser einen Sitzung. Aber da wurde nichts Kritisches gesagt.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja profunde Kenntnisse --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Es wurde immer berichtet, wie der Integrationsprozess jetzt weiterläuft.

Nina Hauer (SPD): Und wie lief der?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Da gab es natürlich auch personelle Konsequenzen und personelle Änderungen. Dann wurde gesagt, dass es nicht ganz leicht ist, das jetzt hier zusammenzubringen usw. usw. Aber das war die eine, die administrative Seite, so will ich sagen. Die Finanzierungsseite ist - ich sagte es schon - nie vor dem September seitens des Managements ernsthaft angesprochen worden.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich denn nicht von selber Sorgen darum gemacht, wie sich bei diesem Marktumfeld die DEPFA in der HRE entwickeln würde?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, natürlich haben wir generell - - Nicht die DEPFA, sondern wir haben insgesamt gefragt: Wie sieht das denn insgesamt aus? Aber ich sagte, dass wir immer beruhigende Erklärungen bekommen haben: Es ist nichts, was besonders problematisch ist, sondern das läuft so. - Ich sage immer: bis zu dem Punkt im September. Und das war ja für mich die große Überraschung. Ich glaube übrigens, das war es für uns alle.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie von der Sonderprüfung durch die Bundesbank und die BaFin nichts wussten. Wussten Sie denn, dass es im Juli ein Gespräch der BaFin mit dem Vorstand gegeben hat? Ist darüber berichtet worden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, unmittelbar nicht. Alles das im September. Im September sind wir informiert worden, dass so was ist, und da ist bei mir der Kragen geplatzt, und ich war sehr ärgerlich, dass ich jetzt erst nicht nur über die Liquiditätssituation, sondern auch darüber etwas erfahre, dass es hier schon Interventionen oder Diskussionen oder Prüfungen gegeben hat. Das alles habe ich jedenfalls nicht vorher erfahren.

Nina Hauer (SPD): Was haben Sie dann gedacht, als nach dem ersten Rettungspaket auch noch ein zweites notwendig wurde, weil

die HRE offensichtlich da auch Dinge verschwiegen hat?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Da ist meine innere Wut gestiegen, ja.

(Heiterkeit)

- Was soll ich - - Entschuldigung, bitte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein, ist in Ordnung, vollkommen in Ordnung.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Entschuldigung, so ist das nun einmal. Stellen Sie sich vor, Sie werden im September abends spät über eine dramatische Situation informiert, und dann im Laufe der Zeit kommt immer noch mehr, wird es sozusagen mehr. Verzeihung, dass ich da Freude gehabt habe, kann ich nicht sagen.

Nina Hauer (SPD): Was ist denn der Grund dafür, dass in der Einladung zur Hauptversammlung der HRE, die jetzt im August stattfindet, vorgeschlagen wird, dass die Entlastung von Ihnen als Mitglied des Aufsichtsrats vertagt werden soll?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, das weiß ich nicht.

Nina Hauer (SPD): Was vermuten Sie? Haben Sie da nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich bin ja überrascht, dass ich bisher - - Wir hatten ja dieses Mandat gegeben, dass dieses, das Verhalten des Managements, durch eine neutrale Instanz untersucht wird. Als wir unsere Ämter niedergelegt haben, haben wir gesagt: Wir gehen davon aus, dass wir über die Ergebnisse informiert werden. - Bis heute habe ich keine Information bekommen.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ich habe seit der Zeit nicht nachgefragt. Entschuldigung, ich gehe davon aus, dass ein Beschluss, der gefasst ist, dann auch umgesetzt wird. Ich muss gestehen, dass ich darauf warte, dass ich diese Information bekomme.

Nina Hauer (SPD): Als dann nach Lehman in den folgenden Tagen immer klarer wurde, dass der HRE in dieser schwierigen Situation geholfen werden muss: Können Sie dies teilen, oder haben Sie das nachvollziehen können?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich habe das akustisch nicht verstanden.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie nachvollziehen können, warum die Bundesregierung der Meinung war, dass die HRE mit dem ersten Rettungspaket gerettet werden muss?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das habe ich verstanden und auch für richtig gehalten. Ich hätte mir gewünscht, dass die Banken das alleine gemacht hätten, dass es ohne staatliche Hilfe möglich gewesen wäre. Aber das war offensichtlich nicht möglich, weil entweder die Risiken zu groß waren oder die Banken nicht bereit waren; das weiß ich nicht. Nur eines ist sicher: Dass der Hypo-Real-Estate-Fall ein systemischer Fall ist, ist für mich keine Frage; denn ein Kollaps der Hypo Real Estate hätte den deutschen Pfandbriefmarkt mit all den Konsequenzen, die damit verbunden wären, erheblich belastet. In der Tat: Das wäre ein schlimmer Vorgang gewesen, und möglicherweise wären einige andere, die ja auch in dem Bereich tätig sind, dann nicht mehr überlebensfähig gewesen.

Nina Hauer (SPD): Können Sie nachvollziehen, dass dann die beiden Aufsichtsbehörden, also die Bundesbank, die ja auch mit einiger Autorität ausgestattet ist, und die BaFin, die Verhandlungen mit den privaten Banken über ihren Anteil am Rettungspaket geführt haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, das habe ich jetzt -- Weiß ich nicht. Wer soll?

Nina Hauer (SPD): Können Sie nachvollziehen, wie dann dieses Rettungspaket zustande kam, dass die BaFin und die Bundesbank mit den privaten Banken in Verhandlungen getreten sind?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann nur sagen: Zunächst hatten wir den Eindruck, es soll ein Rettungspaket der Banken werden.

Das hatte ich unterstützt, dass dieser Weg gegangen würde. Dann zeigte sich offenkundig, dass entweder die Gruppe der Banken nicht mehr bereit war, den vollen Weg zu gehen, und dass auf der anderen Seite das Loch größer wurde. Da trat dann mit Recht die Frage auf: Staatliche Garantie: Ja oder Nein? Dann kam die SoFFin-Frage usw. usw. Ich habe das für richtig gehalten, dass SoFFin hier eingetreten ist, und dass entsprechend das Management ausgewechselt wurde, ist ebenso richtig, wie ich glaube, und dass man versucht, die Dinge zu lösen. Insofern: Ich habe nichts an dem staatlichen Handeln in Bezug auf Hypo Real Estate auszusetzen.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich selber manchmal gefragt, warum Sie nicht bis September, als ja schon darüber berichtet wurde, wie die Situation an den internationalen Finanzmärkten ist, genauer nachgefragt haben, welche Auswirkungen diese Marktsituation auf die DEPFA hat und was das für die HRE bedeuten kann?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, wir haben in der einen Sitzung, die wir hatten, am 24. Juni, natürlich insgesamt über die Lage gesprochen. Aber es wurde uns nichts - auch auf Anfragen wurde uns nichts - über eine besonders kritische Situation mitgeteilt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es seitens der SPD-Fraktion noch weitere Fragen? - Das ist nicht der Fall. - Dann erteile ich nunmehr Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Tietmeyer, Sie haben vorher für die Zeit ab dem 22. September 2008 gesagt: Da gab es Gespräche, da gab es Untersuchungen, und dann ist Stück für Stück deutlich geworden ist, dass die privaten Banken das nicht machen könnten. - Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns einmal präzise sagen könnten, welche Gespräche, welche Untersuchungen es gab, und an welchen Schritten diese - sozusagen - Nichtmöglichkeit einer privaten Rettungslösung für Sie deutlich wurde.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich habe diese Verhandlungen nicht geführt.

Ich bin immer nur per Telefon informiert worden über das, was dann gelaufen ist von dem ersten Frankfurter Gespräch an bis zu dem - - Wir sprechen jetzt über den Herbst 2008.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich Sie bitten, das, was Sie aus diesen Telefonaten wissen - denn Sie haben vorher gesagt: Da gab es Gespräche und Untersuchungen -, uns hier mitzuteilen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, gut, wenn Sie wollen. Ich kann Ihnen nur sagen: Was dort in den Telefongesprächen jeweils die Stichworte waren, die habe ich mir deswegen notiert, weil es darüber nämlich Protokolle gibt. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Protokolle nicht auch einsichtig sind. Es gibt Protokolle über jegliche - - Das waren ja immer Konferenzen per Telefonkonferenz. Darüber gibt es natürlich auch Protokolle. Da steht das alles drin, worüber wir informiert worden sind und wie wir reagiert haben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht könnten Sie die dem Ausschuss einfach direkt zur Verfügung stellen; denn wir haben sie bisher nicht vorliegen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, Verzeihung, es ist nicht meine Sache. Dann bitte ich Sie, diese Unterlagen bei Hypo Real Estate anzufordern.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich vorschlagen, dass wir die Regelung, die wir ja schon einmal angesprochen haben - wenn ich mich richtig erinnere, war das der § 29 -, nutzen, um das einfach gleich zu klären; denn sonst haben wir ja wieder einen langen Vorlauf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Tietmeyer, Herr Schick hatte Ihnen einige Fragen gestellt, und Sie können ja auf die Fragen aus Ihrer Kenntnis oder durch Einsichtnahme in die Protokolle antworten, so dass wir hier da nun auch weiterkommen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Okay, wir können jetzt durch die ganzen Protokolle durchgehen. Oder wie?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Einfach das, was Sie Ihrer Ansicht nach für notwendig oder für richtig zur Beantwortung halten.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann Ihnen sagen - das habe ich mir hier nämlich notiert -, was in den jeweiligen Konferenzen zwischen Ende September - - Die Sitzung, in der wir zum ersten Mal informiert wurden, war am 22.09. Dann hat es am 28.09. eine Sitzung gegeben. Dort wurde nur über das Mandat ans Management zur Unterzeichnung der ausgehandelten dreistufigen Fazilität diskutiert. Diese Fazilität wurde uns mitgeteilt und wurde uns gesandt, und wir haben dann zugestimmt.

Dann am 03.10.: Bericht über Effekte des Downgradings zu „BBB+“, Statements und Complete Standstill am Repo- und Geldmarkt. Da ist uns dann die dramatische Situation an den Märkten noch mal voll klar gemacht worden. Aber wir hatten keine andere Möglichkeit; wir konnten das nur zur Kenntnis nehmen.

Am 05.06. dann: Bericht über drohende Insolvenz. Dann: Unterbrechung durch einen BaFin-Anruf über mögliche - nicht ich, sondern das haben sie uns mitgeteilt, dass es einen BaFin-Anruf gäbe - Lösungen. Und später wurden wir dann über das offizielle Statement des BMF informiert. Danach: Auftrag an Management über einen detaillierten Bericht und meinerseits eine Mahnung zur Abstimmung der Kommunikationspolitik mit dem BMF; das habe ich in der Tat noch dazu gesagt. Ich habe gesagt: Ich halte es für wichtig, dass jetzt nicht unterschiedliche Positionen nach draußen gegeben werden; denn wenn man in einer Marktsituation wie dieser ist, dann kann natürlich jedes halbe schiefe Wort ein Problem auslösen.

06.10.: Personalien. Sofortige Entlassung von Herrn Funke, nachdem zuvor Herr Heide-Ottosen zurückgetreten war, sowie - das sage ich - ein Auftrag unsererseits zur Untersuchung des Handelns als CEO - er betrifft -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, davon - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: - den Kauf der DEPFA, die Integration der DEPFA, zeitgerechte Information des Aufsichtsrates, Handeln während der Liquiditätskrise - und meinerseits die Bitte an das Management um

einen täglichen Bericht über Liquidität und Rettungspaket; davon habe ich dann immer Kopien bekommen.

Am 07.10. - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, mich würde das nur bis zu diesem Zeitraum für den Moment interessieren.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Okay.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Das heißt, zwischen dem 22.09. und dem 28.09. gab es keine Sitzungen oder telefonischen Informationen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, am 22.09. war die Aufsichtsratssitzung, am 23.09. war das Treffen in Frankfurt, und ich kann mich nur erinnern, dass ich am 28.09. abends erstens die dramatische Meldung bekam: Es gibt Schwierigkeiten. - Dann gab es wieder keine. Dann - nachdem sie uns dieses, die dreistufige Fazilität, vorgelesen hatten - haben wir dem Management das Mandat gegeben, dass das Management zustimmen könnte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war diese Mandatserteilung genau?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das war am 28.09.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Uhrzeit?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß jetzt nicht. Die erste Runde der Diskussion war zwischen 23.45 Uhr und 24 Uhr. Dann ging es weiter von 0.45 Uhr bis 3.45 Uhr.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sie sehen also: eine lange Telefonkonferenz.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen berichtet worden und wissen Sie deshalb, bei welchen Instituten der HRE-Vorstand nach der Pleite von Leh-

man Brothers versucht hat, Liquidität zu beschaffen, und welche da abgelehnt haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht genau. Ich weiß nur, dass der Hauptkontakt immer mit der Deutschen Bank stattgefunden hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber von anderen Kontakten wissen Sie nichts?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorher bei der Frage, wie das DEPFA-Problem eigentlich zu einem deutschen Problem wird, gesagt, dass sämtliche Schulden der DEPFA von der HRE zu tragen gewesen wären. Meines Wissens würde dann ja nur der Geschäftswert abgeschrieben, wenn die Insolvenz der Tochter ist. Oder gibt es da andere - - Sie haben ja gesagt: Von der Patronatserklärung wissen Sie nichts. - Aber für uns ist ja die Frage: Warum wird ein irisches Problem ein deutsches, ein wichtiges Problem? - Sie waren an beiden Stellen tätig. Deswegen möchte ich da gerne noch mal was lernen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Von mir können Sie - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich viel lernen; das glaube ich.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das glaube ich nicht, dass Sie viel lernen können. Als Bundestagsabgeordneter ist man natürlich in besonderer Weise qualifiziert. - Ich bitte um Verständnis, dass ich das jetzt nicht im Detail weiß. Da müsste ich jetzt in dem genauen Abschluss nachschauen, wie diese Haftungsgeschichten genau aussehen, wenn da was passieren würde. Aber eines will ich sehr deutlich sagen, nämlich, dass immer der deutsche Pfandbrief tangiert würde. Es gibt noch einige andere Banken in Deutschland, die in besonderer Weise davon abhängig sind. Das ist die systemische Seite, die man bitte nicht unterschätzen darf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. - Ich erteile

nunmehr in der zweiten Runde dem Kollegen Herrn Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion das Wort, wobei ich darauf hinweisen möchte - das ist mir von SPD und CDU signalisiert worden -: Beide beabsichtigen offenbar nicht, das Zeitkontingent voll auszunutzen. - Es geht also wohl nur noch um ein oder zwei Restfragen. - Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das kommt im Grunde auch auf die Antworten an. - Herr Professor Tietmeyer, Sie haben eben aus der Sitzung des Aufsichtsrats vom 22.09. zitiert, was sich auf die Anwesenheit bezog. Haben Sie Kenntnis darüber, ob Vertreter der BaFin jemals - auch in der kritischen Phase - an Aufsichtsratssitzungen teilgenommen haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: An Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, nicht. Und ich habe an allen teilgenommen. Aber ich gestehe: Es gab nur drei ordentliche Sitzungen in München im Sinne der persönlichen Anwesenheit, und alles andere waren Telefonkonferenzen. - Nun kann ich mir nicht vorstellen, dass sie jemanden zugeschaltet haben, den sie hinterher nicht in den Minutes aufgeführt haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage deshalb - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aus den Minutes geht für mich deutlich hervor, dass es immer nur die Mitglieder des Aufsichtsrates waren und nur die Mitglieder des Managements waren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage deshalb, weil sie ja nach § 44 Abs. 4 des Kreditwesengesetzes die Möglichkeit dazu hatten, und seit einem gewissen Zeitpunkt war ja auch die Hypo Real Estate Holding als systemische Bank eingeschätzt, und es gab ja auch - darauf haben Sie hingewiesen - am 24.06. erste Hinweise, zumindest für Sie als Aufsichtsratsmitglied, dass es eine Prüfung gegeben habe und die Prüfungsergebnisse noch mitgeteilt würden.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, nicht am 24.06., am 22.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): 22.09.?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 22.09.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. - Zweite Frage: In der Sitzung am 22.09. bekamen Sie als Aufsichtsratsmitglied auch Kenntnis darüber, dass es einen Auftrag - so haben Sie es eben zitiert - des Bundesfinanzministeriums gab. Was war Inhalt dieses Auftrages? Wodurch wurde der zur Kenntnis gegeben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ein Auftrag des Finanzministeriums?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, das sagten Sie eben. Da gab es das Auftragschreiben, das Schreiben als Auftrag - so hatten Sie eben zitiert.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, es ist mir nicht bewusst, dass es einen Auftrag des Finanzministers gegeben hätte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Des Finanzministeriums.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, wir wurden später informiert, dass es früher schon Kontakte gegeben hatte und dass es dort auch Gespräche gegeben hatte; das ist richtig. Wir wurden darüber immer später informiert. Aber erstens haben wir selbst mit dem Finanzminister sowieso nicht Verbindung aufgenommen, aber ob das Finanzministerium - - Dass es überhaupt Interventionen seitens des Finanzministeriums oder der Aufsicht gegeben hatte: Das alles habe ich - ich sage es noch einmal - nach dem 22.09. überhaupt erst erfahren. Bis dato wusste ich nicht, dass es so was gab.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Eine dritte Frage - Herr Professor Tietmeyer, da beziehe ich mich auf die Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden Viermetz -: Hat es in dem Zeitraum zwischen erster und zweiter Rettungsaktion von der HRE am 30. September ein anwaltliches Schreiben zu den Aussagen des Finanzministers gegeben? Wurde darüber auch der Aufsichtsrat informiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe den Text nicht gesehen. Ich kann mich erinnern, dass Herr Viermetz es irgendwann mal genannt hat, ja. Aber Herr Viermetz hat wohl

einen längeren Brief an den Finanzminister geschrieben - aber ich weiß nicht mehr genau, wann -, in dem er die gesamte Problematik einmal aufgezeigt hat. Den hat er an den Finanzminister geschrieben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Erinnerungsvermögen ist sehr gut; das war nämlich am 29. September, als er persönlich auch den Finanzminister angeschrieben hat. Haben Sie Kenntnis über den Inhalt dieses Schreibens?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe das jetzt erfahren, ja, weil ich mir den Brief mal geholt habe.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und haben Sie Kenntnis über den Inhalt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, Verzeihung, ich habe ihn inzwischen gelesen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und teilen Sie den Inhalt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, ich habe nicht etwas dazu zu sagen, was die Meinung von Herrn Flowers im Detail ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war ein Brief von Herrn Viermetz.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die Meinung von Herrn Viermetz in Details.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gab es denn noch einen Brief von Herrn Flowers?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, nein, mir nicht bekannt. Herr Flowers fragte mich immer nur - das weiß ich noch -: Wen muss man in Deutschland eigentlich ansprechen? - Da habe ich ihm gesagt: Das Erste und Richtigste ist, wenn es eine bankeninterne Lösung gibt. Wenn es das nicht gibt, dann würde ich es in der Tat für richtig halten, dass Bundesbank und Bundesfinanzministerium angesprochen werden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann gebe ich weiter an die Fraktion

der FDP. Herr Dr. Wissing, haben Sie noch eine Frage?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, ich habe noch kurze Nachfragen. - Sie sprachen vorhin von einer Mahnung zugeordneten Kommunikation. Was war der Auslöser dafür, und gegenüber welchen Personen haben Sie diese Mahnungen ausgesprochen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, der Hintergrund war, dass es mir wichtig erschien, dass jetzt nicht der eine oder andere der Pressesprecher von HRE oder wem auch immer an die Öffentlichkeit geht und sich dann möglicherweise ein Dialog zwischen diesen Statements und anderen Statements ergibt. In einer solchen Situation ist es wichtig, dass man sich über die Kommunikation völlig einig ist und dass da nicht unterschiedliche Nuancen und unterschiedliche Akzente gesetzt werden - Wertungen, oder was auch immer. Ich habe das früher in der Tat mal so genannt: Die Finanzmärkte brauchen verbale Disziplin der Handelnden.

Dr. Volker Wissing (FDP): War die Äußerung des Bundesfinanzministers von einer geordneten Abwicklung mit diesen Anforderungen vereinbar?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe dazu keine Meinung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sprachen von einem Treffen am 23. September. Wer hat an dem Treffen teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sprachen vorhin von einem Treffen am 23. September 2008. Wer hat an diesem Treffen teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 23. September? - Verzeihung, da weiß ich nicht, wer da teilgenommen hat. Ich weiß nur: Wir haben am Abend vorher die für den 23. vorgesehene Sitzung absagen müssen; denn Herr Funke und - ich weiß nicht, wer sonst noch - die Frau von Oesterreich - oder wer auch immer - und der Herr Flowers wollten nach Frankfurt, um ein Gespräch mit den Bankenvertretern zu führen. Wer genau teilgenommen hat, weiß ich nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie hatten vorhin gesagt, es war so, dass ab dem 22. die Probleme sich verschärften, weil immer mehr klar wurde: Die Löcher sind größer, und die Bereitschaft der privaten Banken, die Probleme zu lösen, nimmt ab. - Ist es für Sie vor diesem Hintergrund folgerichtig, dass das Bundesfinanzministerium erst am 28.08. in die Verhandlungen eingegriffen hat?

(Daniela Raab (CDU/CSU):
Neunten!)

- Entschuldigung, am 28.09.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das kann ich wirklich nicht beurteilen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, aber Sie kennen ja die Fakten sehr genau, Sie kennen die Abläufe sehr genau.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kenne doch nicht das Verhältnis zwischen BaFin und Finanzministerium. Das ist nicht meine Sache, wie das genau gelaufen ist. Das weiß ich auch nicht. Weiß ich nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Der Kommunikationsweg zwischen den verschiedenen Institutionen ist nicht meine Sache. Das weiß ich nicht. Ich kenne die nicht genügend.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Dann erteile ich nunmehr der Kollegin Nina Hauer für die SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Tietmeyer, ich muss Sie das noch mal fragen: Sie kannten die DEPFA, Sie waren im Aufsichtsrat der HRE, und Sie haben ja profunde Fachkenntnisse im Bereich Finanzmärkte. Auch bevor Sie offiziell informiert worden sind: Haben Sie sich da Sorgen über die Situation im August, im September auf den Finanzmärkten und darüber gemacht, welche Auswirkungen das auf das Geschäftsmodell der DEPFA haben würde? Haben Sie sich Sorgen und Gedanken darüber gemacht, was da passieren könnte?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe das auch verfolgt, aber ich gestehe: Mein Fokus lag ganz woanders, nämlich darauf, wie die Finanzmärkte insgesamt sich weiterentwickeln; das war mein Thema. - Aber ich gebe zu: Ich bin kein Handelnder, aber ich habe das mit großem Interesse verfolgt, und ich habe mich natürlich sehr gefragt, woher die gesamte Krisensituation kommt. Darüber könnte ich jetzt lange, lange, lange reden. Vielleicht darf ich nur den einen Satz sagen: dass ich selbst schon im Jahre 1999, bevor ich aus meinem Amt ausgeschieden bin, den Vorschlag gemacht habe, das Financial Stability Forum international zu gründen. Leider hat die amerikanische Seite blockiert, dass das über G 7/G 8 hinaus in Richtung G 20 geht, was heute beschlossen ist.

Nina Hauer (SPD): Aber - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Entschuldigung bitte. Das ist ein ganz anderes Thema; das weiß ich wohl. Aber ich will damit nur sagen, dass mein Fokus und meine Fragestellung insgesamt waren: Wie geht das an den gesamten Finanzmärkten weiter usw.? Ich habe natürlich auch immer im Hinterkopf gehabt: Wie geht das bei der Finanzplanung? Aber ich gestehe, dass ich eines nie geglaubt hätte, nämlich den vollen Zusammenbruch der Geldmärkte. Das habe ich nicht geglaubt. Dies ist in der Tat, wenn Sie so wollen, der Vorgang Lehman Brothers.

Nun kann man lange darüber streiten, und auch dazu könnte ich Ihnen wieder vieles - - Darüber habe ich auch mit Tim Geithner, den ich nun wirklich gut kenne, oft gesprochen. Ich könnte Ihnen darüber vieles sagen, aber wie auch immer: Es gab einen Zusammenbruch, und mit dieser Hypothese des Zusammenbruchs der Finanzmärkte, der kürzerfristigen Märkte, habe ich nicht gerechnet und hat keiner gerechnet.

Insofern habe ich diese Hypothese auch nie als Grundlage für meine Beurteilung der Probleme bei DEPFA gesehen. Ich habe bei DEPFA zwar Profitbegrenzungskonsequenzen gesehen - das wohl -, indem sozusagen der Zinsanstieg am kurzen Ende stattfindet, aber dass der Markt überhaupt nicht funktionierte, dass man keine Geschäfte mehr machte, damit habe ich - das will ich ganz deutlich sagen - nicht gerechnet.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch weitere Fragen?

Nina Hauer (SPD): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Keine Fragen mehr der SPD-Fraktion. - Dann übergebe ich jetzt an Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich habe eigentlich auch nur zwei Aspekte. Zum einen stellen Sie immer nur auf die Zinsentwicklung ab. Das ist zwar richtig, aber auf der anderen Seite war das Problem ja anscheinend, dass die Refinanzierung immer kurzfristiger wurde. Dass es auch bei der Staatsfinanzierung immer eine Fristentransformation gibt und dass das die Aufgabe der Banken ist, ist klar. Aber dieses Extrem zwischen durchschnittlicher Laufzeit - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber das hängt doch mit dem Verlauf der Kurve zusammen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber es setzt auch immer voraus, dass ich laufend eben immer solch kurzfristige Kredite auch bekomme - und das vor dem Hintergrund eines sich zumindest in Turbulenzen befindlichen Kapitalmarktes, auch wenn man Lehman so nicht vorhersagen konnte.

Ich wollte Sie jetzt nur noch einmal, weil der Kollege Dautzenberg das ja auch scheinbar fast gar nicht fassen kann - - Es ist völlig klar, dass eigentlich doch die Bundesbank oder die BaFin an Aufsichtsratssitzungen eines solch wichtigen Unternehmens wie der HRE - im DAX 30 - teilnimmt. Also den Kontakt zwischen Aufsichtsrat und Aufsicht gab es überhaupt nicht?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: An einen direkten Kontakt kann ich mich nicht erinnern. Nun hat auch nicht der Aufsichtsrat nach meiner Meinung den direkten Kontakt zu führen, sondern zunächst einmal - wenn es Kontakte gibt - muss das mit dem Management - - und das Management hat den Aufsichtsrat zu informieren. Darüber sind wir überhaupt nicht informiert worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber eigentlich ist der Anspruch - das ist uns hier oder auch in Anhörungen im Finanzaus-

schuss zumindest gesagt worden - von Bundesbank und BaFin, dass man bei systemrelevanten Banken natürlich auch bei Aufsichtsratssitzungen anwesend ist und dort zumindest mal hört, was der Vorstand so erzählt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich erinnere mich, dass wir früher, als DEPFA noch zusammen war - - Da gab es auch mal eine schwierige Phase. Da hatte der Aufsichtsratsvorsitzende in der Tat den Prüfer - ich glaube es war von der Bundesbank oder BaFin; ich weiß nicht mehr genau - eingeladen, und der hat seine Meinung dazu gesagt. Okay, das kann auch so sein. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass je in Dublin oder an den - jetzt muss ich es so sagen - drei Sitzungen der HRE jemand teilgenommen hat von den Aufsichtsbehörden. Das wäre aber, wenn es denn notwendig gewesen wäre, Sache des Managements gewesen, die einzuladen, und des Vorsitzenden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Bzw. der Aufsicht selbst.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, aber wir haben es hinterher erst - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es spricht aber gegen die Aufsicht. Die Aufsicht selbst muss sich melden.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Sie in der Sitzung sind, können Sie erst feststellen, wer da ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, das stimmt. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Keine weiteren Fragen, Herr Troost. Dann übergebe ich an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut, ich danke Ihnen, Herr Schick. - Jetzt gibt es noch zwei Kleinigkeiten, und zwar ist mir einmal seitens der CDU und ferner seitens der SPD signalisiert worden, dass noch je eine Frage dort ist. Von daher gehe ich einmal noch in diese Minirunde hinein, wobei ich

natürlich, wenn einer von Ihnen aufgrund dessen eine Zusatzfrage hat, das entsprechend aufrufen werde. - Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir hatten unsere Zeit eben auch nicht ausgeschöpft.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nur eine ganz kurze Frage noch, Herr Tietmeyer, weil Sie es eben erwähnt haben: Zu welchem Zeitpunkt hat Herr Flowers Ihnen diese Frage gestellt: An wen muss man sich wenden, wenn?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen. Das muss aber in der Frühphase gewesen sein, als er das erste Mal dabei war. Das kann sein im September oder Anfang Oktober; ich weiß es nicht mehr genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): September oder Oktober 2008?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: 2008, ja. Dann war es einfach so -- Die Bemerkung war einfach: Wen muss man in Deutschland überhaupt ansprechen in einer solchen Situation? Ich habe gesagt, da ich immer plädiert hatte dafür, zunächst eine gemeinsame Bankenlösung zu haben -- Erst als sich zeigte, dass das überhaupt nicht mehr ist, da stellte sich die Frage, da kam er und fragte mich: Mit wem soll man denn reden? Da sagte ich -- Nicht „erst“ - Entschuldigung -, er hatte mich schon zu Beginn gefragt. Da hatte ich sehr deutlich gesagt: In Deutschland ist es wichtig, dass wir zunächst einmal eine bankeninterne Lösung hinkriegen, und deswegen rate ich im Augenblick, jetzt nicht sofort an die Politik heranzugehen.

Er hatte ja wohl Erfahrungen in anderen Ländern, dass es dort offenbar richtiger ist, sofort an die Politik heranzugehen. In der Tat, ich bin dezidiert der Meinung, dass zunächst einmal eine solche Situation von der Banking Community selbst genommen werden muss, ganz abgesehen davon, dass die über den Einlagensicherungsfonds immer noch drin ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Verstehe ich Sie richtig: Wenn an die Politik, dann im Grunde an das zuständige Ressort?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn an die Politik, dann an das zuständige Ressort - das war Ihre Empfehlung?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sicher, aber ich habe keine Empfehlung abgegeben mit Gesprächen, sondern ich habe nur gesagt: Ich hielte es nicht für klug, sofort an die Politik heranzugehen, sondern lasst uns erst versuchen jetzt, als diese Dramatik auf dem Tisch lag -- Insofern habe ich das auch gestützt, was damals das Management noch wollte an diesem 22.09. Da wollte das ja ein Arrangement treffen mit der Banking Community. Es zeigte sich, dass das auf Dauer nicht haltbar war und nicht reichte - sei es, weil die Banking Community nicht genügend sicher war, dass sie es schaffen könnte oder schaffen wollte. Das weiß ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gut. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr seitens der CDU-Fraktion. Die FDP. - Herr Wissing, bleibt es? - Dann die SPD. Es fragt Frau Nina Hauer oder Herr Reinhard Schultz.

Nina Hauer (SPD): Ich habe eine Frage. Herr Tietmeyer, die BaFin und die Bundesbank dürfen an Sitzungen des Vorstandes teilnehmen, aber sie müssen nicht. Ist Ihnen bekannt, dass das in den Jahren davor üblich war, ob die BaFin oder die Bundesbank regelmäßig an Vorstandssitzungen teilgenommen haben?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Nein, weiß ich nicht.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Sonst noch eine Frage? - Herr Schultz von der SPD-Fraktion.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Ich will dieselbe Fragen noch etwas breiter stellen. Herr Dr. Tietmeyer, Sie haben ja nun

auch Erfahrung mit Aufsicht über viele, viele Jahre gehabt. Ist es überhaupt üblich, dass neben den direkten Kontakten, die die Aufsicht mit Vorständen in der Regel hat, die Aufsicht an Aufsichtsratssitzungen teilnimmt, es sei denn auf Aufforderung, auf Bitte des Vorstandes oder wenn wirklich Maßnahmen ergriffen werden? Also, ich kenne so einen Fall, dass es bei der WestLB der Fall war. Da ging es aber um eine klare Intervention, auch an einem regulatorischen Wochenende - entweder oder -, weil die Eigentümer nicht spurten. Können Sie mal darstellen: Was ist das Normale, und was ist das Ungewöhnliche?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Erstens. Ich habe an Aufsichtsräten in der Bankenwelt erst nach meinem Ausscheiden, nach der Karenzzeit überhaupt teilgenommen. Das heißt, ich kann Ihnen, was vorher gewesen ist, überhaupt nicht sagen; das weiß ich nicht. Was dann diese Zeit angeht, kann ich nur sagen - das habe ich eben gesagt -: Bei Aareal erinnere ich mich, dass an einer Aufsichtsratssitzung dort die beiden Prüfer auf Einladung teilgenommen haben. Ich habe sonst in Aufsichtsräten, in denen ich gewesen bin - - Aber ich bin auch nicht in mehreren Aufsichtsräten gewesen. Ich war im Internationalen in einigen Aufsichtsräten; aber sonst nicht. Mir ist nicht bekannt, dass dann die Prüfer dort teilnahmen oder eingeladen waren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch weitere Fragen seitens der SPD?

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):
Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann ist das okay. - Dann übergebe ich noch einmal vorsorglich an Herrn Dr. Troost. Keine Fragen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Dr. Schick ist nicht da. Ich nehme an, dass auch er keine Fragen hat; er hat eben eine entsprechende Handbewegung gemacht.

Herr Tietmeyer, dann ist Ihre öffentliche Befragung hiermit beendet. Fragen für einen nichtöffentlichen Sitzungsteil haben sich

auch nicht ergeben. Von daher darf ich mich von Ihnen für heute verabschieden, möchte jedoch darauf hinweisen, dass nach den Vorschriften des Untersuchungsausschussgesetzes formal Ihre Vernehmung als Zeuge erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Vorangehen wird natürlich das schon prozedural eingangs Erwähnte: Sie erhalten ein Protokoll über Ihre Zeugenvernehmung mit der Möglichkeit, dieses binnen zwei Wochen zu korrigieren oder gegebenenfalls zu ergänzen.

Ansonsten darf ich mich für Ihre Anwesenheit hier bedanken und Ihnen einen angenehmen Nachhauseweg wünschen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen einen guten Erfolg Ihrer Arbeit und ein Ergebnis, das hilft, die künftigen Entwicklungen klarer zu machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich fahre jetzt mit der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses fort.

**Vernehmung des Zeugen
Stéphane Wolter**

Ich begrüße Sie, Herr Wolter, geladen auf 12 Uhr - wir sind mit 12.15 Uhr nur geringfügig hinter dem Limit zurück -, auf das Herzlichste. Sie sind mit Schreiben vom 22. Juni geladen worden.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme über die Sitzung fertigen werden, die aber ausschließlich dem Ziel dient, die Übertragung der stenografischen Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Tonaufnahme wird anschließend gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt. Sie haben dann binnen einer Frist von zwei Wochen die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Sollte der Ausschuss - ich sage das einfach immer vorsorglich - im Rahmen Ihrer Vernehmung beschließen, dass ein Teil Ihrer Aussage nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen kann, und demgemäß ein Verschlussgrad „VS“ oder „VS-Vertraulich“ festgelegt wird, müsste dieses allerdings in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages erfolgen. - Das sage ich nur, damit Sie darüber informiert sind, damit Sie es entsprechend wissen.

Als Zeuge, Ladung vom 22. Juni mit Beweisthema und Beweisbeschluss, sind Sie verpflichtet, Herr Wolter, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ein Verstoß hiergegen ist nach dem Strafgesetzbuch, § 153 StGB, mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe belegt.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie allerdings die Möglichkeit, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung nach § 52 StPO aussetzen würde. Sollten Zeugnisverweigerungsrechte aus beruflichen Gründen bestehen nach § 53 StPO oder § 53 a StPO, gilt das hier auch entsprechend.

Falls ein Teil Ihrer Aussage wiederum Geschäfts-, Betriebs- oder Privatgeheimnisse

berührt, bitte ich um einen entsprechenden Hinweis, damit wir einen Beschluss fassen können, um entsprechend in nichtöffentlicher Sitzung Ihre Einvernahme fortzusetzen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wunderbar. - Dann bitte ich Sie, gleich Ihren vollständigen Namen und eine ladungsfähige Anschrift zu nennen, wobei ich Ihnen noch folgenden Hinweis erteile, auch den Formalien des Untersuchungsausschussgesetzes entsprechend: Sie haben gleich zwei Möglichkeiten. Einmal können Sie aus Ihrer Sicht, aus Ihrer beruflichen, aus Ihrer Wissenssicht heraus zusammenhängend zu dem Beweisthema Stellung nehmen, so wie es Ihnen bezeichnet worden ist. Sie können aber auch darauf verzichten und sagen: Nein, ich möchte lieber von vornherein auf Fragen antworten. Dann würde ich beginnend Ihnen einige Fragen stellen, was durch meine Kollegen aus den einzelnen Fraktionen fortgesetzt wird. - Möchten Sie ein Eingangsstatement abgeben oder darauf verzichten?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich verzichte darauf; ich beantworte lieber Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay, das ist vollkommen in Ordnung. - Dann brauche ich nur noch von Ihnen, Herr Wolter, Ihren vollständigen Namen, Stéphane Wolter wahrscheinlich -,

Zeuge Stéphane Wolter: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
- und dann eine ladungsfähige Anschrift.

Zeuge Stéphane Wolter: Das ist ...[*Anschrift hier nicht wiedergegeben*].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Danke sehr, Herr Wolter. - Ich fange gleich einfach mal an. Herr Wolter, der Bezugspunkt - zumindest für mich -, der dargestellte äußere Bezugspunkt Ihrer heutigen Zeugeninvernahme ist ein Interview, welches Sie *Spiegel Online* gegeben haben am 17. Juni. Da würden natürlich zwei oder drei Sachen interessieren. Einmal: Können Sie hier sagen, wie es zu diesem Interview gekommen ist? Haben Sie sich an den *Spiegel* gewandt,

hat der sich an Sie gewandt, oder was waren die Beweggründe für dieses Interview?

Zeuge Stéphane Wolter: Die Beweggründe waren, dass ich über einen Bekannten an einen Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses, einen Referenten, gekommen bin; das war ein zufälliger Kontakt. Ich habe dann den Kontakt zur Opposition gesucht und mich in Verbindung gesetzt mit dem Referenten Helmut Mangold. Wir haben dann ein paar Telefonate geführt, die insbesondere dahin gingen, dass ich gesagt habe, dass viele Dinge, die in der Presse gesagt werden, nicht ganz stimmen und zum Teil irreführend sind.

Wir haben dann ein bisschen kontrovers einfach diskutiert, und er meinte, dass er der Ansicht sei, dass es zweckdienlich wäre, wenn ich als Zeuge im Untersuchungsausschuss aussagen würde. Da meinte ich: Ja, dafür stehe ich bereit. - Dann hat er auch gefragt, ob ich denn Einwände hätte, wenn sich jemand von der Presse an mich wenden würde hinsichtlich eines Interviews. Auch hier habe ich gesagt, dass er mein Einverständnis hat, meine Telefonnummer weiterzugeben. So hat sich dann der *Spiegel* bei mir gemeldet, und dann kam es im Prinzip zu diesem Interview.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch mal: Ihrem Kontakt zum *Spiegel* war vorgeschaltet ein von Ihnen initiiertes oder gesuchter Kontakt zu dem Mitarbeiter einer der Oppositionsfractionen, also zu Herrn Mangold?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig. Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich kenne Herrn Mangold nicht oder zumindest nicht dem Namen nach. Ich weiß also nicht, welcher Oppositionsfraction er angehört.

Zeuge Stéphane Wolter: Von den Linken.

(Helmut Mangold (BT) erhebt sich von seinem Platz)

- Entschuldigung, von den Grünen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das heißt, ich kenne Sie vom Sehen, Herr Mangold. Gut.

Zeuge Stéphane Wolter: Von den Grünen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - In diesem Interview dann im *Spiegel*, das Sie dann dieser Zeitschrift gegeben haben, haben Sie gesagt: „Die HRE ist zweifelsohne eine systemrelevante Bank.“ Aber DEPFA und HRE waren so stark verwoben, dass die DEPFA die HRE mit in den Abgrund gezogen hat. - Können Sie das einmal näher erläutern?

Zeuge Stéphane Wolter: Das liegt darin, dass das Finanzkonstrukt meines Erachtens nach so aufgebaut war, dass die Holding eigentlich hundertprozentiger Eigentümer von den Töchterinstituten war. Die Holding hatte ja auch entsprechend Kapital aufgenommen, um die DEPFA zu erwerben. Wäre die DEPFA in die Insolvenz gegangen, wäre die Holding mit in Insolvenz gegangen. Da die Holding Verbindlichkeiten gegenüber einem deutschen Institut hatte, vor allem gegenüber der Hypo International bzw. dann der HRE Bank, wäre auch die mit in den Abgrund gezogen worden. Das hat hier einfach mit den Verwebungen in der Eigenkapitalstruktur zu tun.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie sagten eben: meiner Einschätzung nach. Das bringt mich zu der weiteren Frage, welche berufliche Aufgabe Sie im Bereich Hypo Real Estate oder Holding - ich sage das mal bewusst so ein bisschen schwammig, damit Sie es konkretisieren können - gehabt haben und worauf sich dann also diese Einschätzung gründet.

Zeuge Stéphane Wolter: In der Holding selber war ich im Risikocontrolling. Es wird zwar immer etwas von Risikomanagement gesagt, aber de facto war das das Risikocontrolling. Hier war ich hauptsächlich für die Konsolidierung aller Markt- und Liquiditätsrisiken innerhalb des HRE-Konzerns zuständig. Des Weiteren war ich dann in einer anderen Funktion in der Treasury der HRE Bank, eines Tochterinstituts, für eine Systemzusammenführung und eine Konsolidierung der Hypo International und der HRE Bank AG, also der Hypo Real Estate Bank AG - das waren noch zwei getrennte Rechtseinheiten -, zuständig. Die Fusion sollte ich systemtechnisch begleiten und die entsprechenden Zahlungsströme konsolidie-

ren. Hier bin ich im Prinzip zu der Einschätzung gekommen, weil ich dann ja auch die Zahlungsströme kannte und entsprechend auch die Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Töchterinstitute, auch gegenüber der Holding.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Danke. Jetzt haben Sie Ihre Aufgaben bei der HRE geschildert.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Mich würde aber noch interessieren, aus welcher Position heraus Sie dieses gemacht haben. Waren Sie Leiter des Risikomanagements oder des Risikocontrollings? Waren Sie Leiter der Treasury innerhalb dieses Tochterunternehmens?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, in der Holding war ich Sachbearbeiter. Wenn man das in der Hierarchieebene sieht: Ich habe quasi an einen Abteilungsleiter berichtet und berichtet, der wiederum an den Bereichsleiter; darüber war der Holdingvorstand.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Sie waren Sachbearbeiter -,

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
- haben an einen Abteilungsleiter berichtet, der dem Bereichsleiter berichtete, der dann dem Vorstand berichtete?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen.

Zeuge Stéphane Wolter: In der Treasury war ich - ich sage mal - eine One-Man-Show, kann man sagen, und habe da an den Bereichsleiter berichtet, und dieser wiederum an den Vorstand der HRE Bank, nicht an den Holdingvorstand, die aber im späteren Zuge dann die gleichen Personen waren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Nach Ihre Aussage noch mal DEPFA und HRE - es ist sehr plastisch im *Spiegel* skizziert worden -: Haben Sie diese Aussage, die Sie dem *Spiegel* gegenüber gemacht haben,

auch schon mal Ihrem Abteilungsleiter gegenüber getätigt seinerzeit, damit er den Bereichsleiter informieren konnte und der dann vielleicht gar den Vorstand? Oder ist das Ihre eigene, innere Überzeugung geblieben?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, nach dem Fall Lehman habe ich den Auftrag bekommen über die Holding, dass ich alle Verbindlichkeiten und Forderungen, die die HRE Bank gegenüber der DEPFA hatte und auch gegenüber der Holding, analysieren und auflisten sollte, weil man auch alle möglichen Szenarien durchspielen wollte, um hier eine Rettung eventuell der deutschen Banken durchzusetzen und eventuell die DEPFA in die Insolvenz gehen zu lassen. Daraufhin habe ich das im Prinzip gemacht. Es wurde wohl darüber beraten, und mir wurde dann im Prinzip berichtet seitens meines Vorgesetzten, dass dieses Szenario nicht möglich war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Sie sagten jetzt eben: nach dem Fall von Lehman Brothers -,

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
- das heißt also, nach dem 15. September, seien Sie mit bestimmten Aufgaben betraut worden. Hatten Sie denn bis zu diesem Zeitpunkt Kenntnis zum Beispiel von den Sonderprüfungen der Bundesbank im Auftrage der BaFin bei der DEPFA plc bzw. der HRE Holding insgesamt? Hatten Sie da Kontakt mit den prüfenden Bundesbankern, oder hat das alles Kollegen von Ihnen getroffen?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, ich hatte auch Kontakt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Haben Sie aus diesen Gesprächen auch Erkenntnisse gewonnen, die Sie also dann in dieser Beurteilung bekräftigen oder sie widerlegen konnten, oder aus den Beanstandungen heraus? Haben Sie dann also da auch aktiv mitgewirkt an dieser Situation, der Ermittlung des wahren Sachverhaltes?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, hier ging es hauptsächlich um die Steuerung der Liquidität der HRE Bank isoliert. Also, es war

eher die Prüfung der Liquiditätssteuerung des Tochterinstituts isoliert. Es war keine Diskussion über ein übergreifendes Bild.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. In die Zeit Ihrer Tätigkeit bei der Hypo Real Estate ist ja nun - wir hatten gerade Professor Tietmeyer gehört - auch der Einstieg des Großinvestors Flowers gefallen, der ja nun im April sich mit 1,1 Milliarden Euro an der Hypo Real Estate beteiligt hat. Haben Sie etwas davon mitbekommen, in welchem Maße Herr Flowers oder seine Prüfungsteams im Rahmen der sogenannten Due Diligence Ihr Haus auf den Kopf gestellt haben?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. In der Treasury der HRE-Bank habe ich davon nichts mitbekommen, und ich wurde auch nicht gefragt, entsprechende Unterlagen dafür bereitzustellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann noch eine Frage: Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass die DEPFA noch bis Sommer 2008 ein ordentliches Rating für kurzfristige Refinanzierungen hatte?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, das ist mir bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist Ihnen bekannt. - Dann noch mal, weil es mir sehr wichtig ist, das klarzustellen - ich habe vielleicht etwas unscharf gefragt; ich entschuldige mich -: Hatten Sie sich an Herrn Mangold gewandt oder Herr Mangold an Sie?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe mich an Herrn Mangold gewandt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie hatten sich an Herrn Mangold gewandt, der dann den Kontakt zum *Spiegel* vermittelt hat, -

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - um das, was Sie sagen möchten, einmal medial darzustellen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und habe keine weiteren Fragen mehr. - Ich übergebe an Herrn Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank. - Herr Wolter, als Flowers eingestiegen ist, hat man bei Ihnen keinerlei Unterlagen als Grundlage für eine Due-Diligence-Berechnung verlangt. - Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, das ist richtig.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber wenn man die verlangt hätte, wären Sie der Zuständige gewesen?

Zeuge Stéphane Wolter: Aus Sicht der Treasury wäre man definitiv auf mich zugegangen, ja, bzw. auf den Bereichsleiter.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, man kann daraus schließen, dass Flowers keine Due Diligence auf der Grundlage von Daten aus der Bank gemacht hat?

Zeuge Stéphane Wolter: Das würde ich so nicht sagen. Wir haben ja eigentlich auch alle Daten, die wir haben, an die Holding weitergegeben. Das heißt, wir haben auch umfassende Daten grundsätzlich immer an die Holding weitergegeben. Das heißt, eine Due Diligence hätte man sehr wohl auch auf Holdingebene machen können. Deswegen kann man das so nicht stehen lassen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gut. - Sie haben in dem *Spiegel*-Interview im gesagt: „Man konnte nur noch beten“. Hätte es denn auch noch Alternativen zum Stoßgebet gegeben? Hätte es Handlungsmöglichkeiten gegeben, um später diese Katastrophe im September zu verhindern?

Zeuge Stéphane Wolter: Meinen Sie Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Bank?

Dr. Volker Wissing (FDP): Oder auch durch Inanspruchnahme von externer Hilfe.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich glaube nicht, nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hätte eine staatliche Hilfe Sinn gemacht - früher?

Zeuge Stéphane Wolter: Früher -- Das Ausmaß hätte es wahrscheinlich nicht geschmälert; aber es wäre vielleicht ein bisschen ruhiger zugegangen. Das kommt aber auch darauf an, ab welchem Zeitpunkt man das eventuell gemacht hätte. Das ist also schwierig zu sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Kann man sagen, die Bank war das ganze Jahr 2008 über ein hohes Sicherheitsrisiko für das gesamte deutsche Finanzsystem?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich würde sagen, es war nach dem ersten Quartal 2008 erkenntlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Habe ich Sie richtig verstanden, dass es ab diesem Zeitpunkt mehr oder weniger vom Zufall abhing, ob es zu einer Katastrophe kommt?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Es hing im Prinzip davon ab, wie sich die Finanzmärkte weiter entwickeln, und weniger vom Zufall. Es war klar: Wenn es sich weiter eintrübt, wird es schwieriger. Das war schon klar. Aber Zufall würde ich das jetzt nicht nennen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie mal die EDV-Situation innerhalb der Hypo-Real-Estate-Gruppe beschreiben?

Zeuge Stéphane Wolter: Das Problem bei der Hypo Real Estate für sich war, dass sie ein schnell wachsendes Institut war, schon in ihren Erststunden als Hypo Real Estate ein Konglomerat von verschiedenen Hypothekentöchtern war und später dann auch anorganisch - vor allem mit der DEPFA - gewachsen ist. Jeder hat natürlich sein System mitgebracht. Das hat zu Schwierigkeiten geführt, weil man gar nicht die Zeit hatte, die Systemlandschaft zu konsolidieren. Das hat es unheimlich schwer gemacht, Risiken und Zahlungsströme schnell und qualitativ gesichert zu konsolidieren.

Dr. Volker Wissing (FDP): War das ein zentrales Problem?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie, wie lange dieses Problem bestand? Wurde das irgendwie mal verbessert? Gab es denn Versuche, das zu optimieren?

Zeuge Stéphane Wolter: Natürlich, das gab es schon. Aber man muss sich vorstellen - ich habe schon mehrere Systemeinführungen in den verschiedenen Töchterinstituten gemacht -: Von dem Tag an, wo man sich für ein System entscheidet, bis zu dem Zeitpunkt, wo es geschmeidig läuft, vergehen bis zu zwei Jahre.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, man kann davon ausgehen, dass das Problem heute immer noch besteht?

Zeuge Stéphane Wolter: Bestimmt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie noch mal beschreiben, wie die Liquiditätssituation geschönt wurde?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich möchte jetzt nicht mehr behaupten, dass sie geschönt wurde. Man muss immer zwei Dinge betrachten: die Sicht des Risikocontrollings und die Sicht der Treasury, die die Liquidität steuert. Das Risikocontrolling hatte ja entsprechende Stresstests auf die Zahlungsströme, die jedes Tochterinstitut im Prinzip vor sich hatte, und hat hier entsprechend mit Annahmen ein Bild gezeichnet; das waren Annahmen, die wirklich Stressszenarien waren, wie das Austrocknen eines Finanzmarkts für einen bestimmten Zeitraum und auch die Liquidität von gewissen Wertpapieren. Auf der anderen Seite hat man die Treasury, die die Liquidität in der Regel bis zu einem Monat im Visier hat und an sich nicht mit solchen Annahmen arbeitet.

Der Vorstand hat natürlich immer beide Sichten. Er weiß, er muss die Liquidität mit steuern, muss schauen, dass er nicht zu viel Liquidität vorhält, aber, um nicht insolvent zu werden, auch nicht zu wenig. Auf der anderen Seite muss er natürlich die Stressszenarien im Blick haben. Hier war eher das Problem, dass man die Brisanz der Stressszenarien nicht erkannt hat bzw. man sie wahrscheinlich für zu konservativ gehalten hat.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wäre es möglich gewesen, die Hypo Real Estate in Deutschland von den Risiken der DEPFA abzuschirmen? Sie haben vorhin gesagt, Sie haben mal eine Berechnung gemacht, und dann hat Ihr Vorgesetzter gesagt: Es gibt nicht die Möglichkeit einer Insolvenz der DEPFA, ohne die HRE in den Abgrund zu reißen. - Hätte man über das Jahr 2008 hinweg eine Art Schutzwall um die HRE bauen können?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich bin kein Spezialist für Insolvenzrecht. Ich denke mal, ohne - - Das wäre vielleicht gegangen; aber nur mit sehr viel Geld. Die Holding hat die DEPFA ja gekauft und dafür einen Preis bezahlt, der sich über die Jahre über ein Operating Cash Flow wieder kompensieren muss. Es stand also noch aus, dass die DEPFA Erträge abwirft. Wenn man die Insolvenz für die DEPFA eingeläutet hätte, hätte man das sofort abschreiben müssen. Diesen Betrag hätte man erst mal stemmen müssen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich gerade eine Nachfrage dazu stellen: War das die einzige Verflechtung zwischen der DEPFA und der HRE?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Es gab auch noch aus alten Zeiten - sprich: wo die rechtlichen Verflechtungen noch nicht da waren - gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten von verschiedenen Emissionen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann erteile ich nunmehr Frau Kollegin Raab das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

Daniela Raab (CDU/CSU): Herr Wolter, Sie haben dem *Spiegel* in Ihrem Interview berichtet, dass Sie selbst ab dem Frühjahr 2008 über erhebliche Liquiditätsprobleme informiert haben und diese auch festgestellt haben. Ich würde gerne aus dem Zwischenbericht der HRE Group zum 30. Juni 2008 zum Thema Liquiditätsrisiken zitieren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine vertrauliche oder geheime Frage?

(Jörg-Otto Spiller (SPD): Nein, das ist öffentlich!)

Daniela Raab (CDU/CSU): Nein, das ist veröffentlicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, gut. Entschuldigung!

Daniela Raab (CDU/CSU): Kein Problem. - In diesem Bericht heißt es - ich zitiere -:

Selbst unter einem worst case Szenario ist ... sichergestellt, dass die Hypo Real Estate Gruppe sowie ihre Tochterbanken jederzeit uneingeschränkt zahlungsfähig sind. Trotz schwieriger Marktbedingungen im ersten Halbjahr 2008 verfügt die Gruppe über eine stabile Liquiditätsposition ...

Das steht in diametralem Gegensatz zu dem, was Sie dem *Spiegel* berichtet haben. Meine erste Frage an Sie: Haben Sie an diesem Zwischenbericht mitgearbeitet?

Zeuge Stéphane Wolter: 30.06.2008, sagten Sie?

Daniela Raab (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Daran kann ich nicht mitgearbeitet haben; zu dem Zeitpunkt war ich schon nicht mehr in der Holding.

Zu dem Zweiten: Dass das diametral zu meinen Aussagen im *Spiegel* steht, stimmt auch nicht ganz. Man muss das im Prinzip so sehen: Die Limitierungen auf den Stressszenarien waren für einen Zeitraum von fünf Bankarbeitstagen ausgelegt. Das heißt, man hatte gesagt: Die Solvenz ist nur für die ersten fünf Tage, $t + 5$, zu gewährleisten. - Innerhalb dieses Zeitraums war es im Prinzip auch so, dass kein Limit unter null gerissen wurde. Das heißt, die Aussage stimmt auch.

Man muss dazu sagen, dass gerade für die anderen Töchter der HRE-Bank auch auf einen längeren Zeitraum nach hinten geschaut wurde und unter Stressszenarien in der Regel ausreichend Liquidität für einen längeren Zeitraum gegeben war. Bei der DEPFA war das für einen längeren Zeitraum nicht gegeben, für die ersten fünf Tage aber schon. Wenn man das jetzt im Prinzip betrachtet: Dass man, wie gesagt, fünf Tage solvent ist, heißt nicht, dass man es am sechsten Tag immer noch ist. Deswegen möchte ich jetzt sagen: Das eine hat mit dem

anderen nicht viel zu tun. Das hängt immer davon ab, wie man seine Solvenz definiert. Hier wurde die Solvenz bei dem Stressszenario auf fünf Tage definiert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr Herr Kollege Dautzenberg für die CDU/CSU.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Wolter, waren die Hintergründe der Stressszenarien, die angenommen wurden, auch der Aufsicht so bekannt, und wurden sie von ihr so akzeptiert? Bei fünf Tagen kann man ja nicht von einer stabilen Liquiditätssituation sprechen.

Zeuge Stéphane Wolter: Die Szenarien waren der Aufsicht bekannt. Ob sie diese in der eingehenden Prüfung in 2008 als solche akzeptiert hat, weiß ich nicht. Mir ist nur bekannt, dass nach Prüfungsende der Zeitraum nicht vergrößert wurde. Es blieb bei den fünf Tagen; man hat das Limit nach hinten nicht auf 10, 15 oder sogar 20 Tage erhöht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie das für angemessen bei einer Bank mit dem Volumen und vor allen Dingen der problematischen Passivseite - - dass das eine vernünftige Vorgehensform ist?

Zeuge Stéphane Wolter: Bis zu dem Zeitpunkt, wo die DEPFA in den Konzern gekommen ist, war es angemessen, weil die HRE-Bank ein ganz anderes Geschäftsmodell oder ein anderes Liquiditätsprofil als die DEPFA hat und man eher zu viel als zu wenig Liquidität hatte; aus diesen Gesichtspunkten waren die fünf Tage unproblematisch. Mit dem Zukauf der DEPFA war dieses Szenario nicht mehr adäquat. Das ist meine Sicht als Liquiditätsrisikocontroller.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kann ich von Ihrer Kenntnis feststellen, dass das auch für eine Aufsicht nicht akzeptabel war?

Zeuge Stéphane Wolter: Es kommt natürlich immer auch darauf an, wie man die Liquiditätssituation verargumentiert. Ich nehme auch an, dass die Aufsicht hier Gespräche mit den Mitarbeitern und den Kollegen der DEPFA geführt hat. Ich nehme auch an, dass die DEPFA ähnliche Argumente gebracht hat, wie man sie seitens der

DEPFA mir gegenüber gebracht hat. Das war zum einen, dass die Szenarien zu konservativ seien und man deswegen ein zu schlechtes Bild darstellen würde, dass man aufgrund des besseren Ratings eh einen besseren und gesicherteren Marktzugang habe und von daher die Annahmen, dass man keine fälligen Verbindlichkeiten hier wieder weit rollen kann, unwahrscheinlich sind. Das Dritte war, dass die Abschläge auf Liquiditätsreserven auch als zu konservativ erachtet wurden, weil man sagte, dass die DEPFA Wertpapiere der höchsten Güte hätte. Aus den Gründen sei das Stressszenario eventuell für die HRE-Bank vor DEPFA angepasst oder angemessen gewesen, aber nicht mit DEPFA.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das wurde in der HRE Holding auch so wahrgenommen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie waren schon in Ihrer Position, als die DEPFA übernommen wurde?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich war noch im Risikocontrolling der Holding, als die DEPFA übernommen wurde, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sind im Risikocontrolling im Grunde Gutachten für die Ermittlung des Übernahmepreises - und durch wen - bekannt?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich war in den Due-Diligence-Prozess beim Erwerb der DEPFA nicht mit einbezogen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Ebene war dort einbezogen?

Zeuge Stéphane Wolter: Mein Vorgesetzter war mit einbezogen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kann man den benennen?

Zeuge Stéphane Wolter: Herr Stefan Reisinger.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Bei einer Ihrer Aussagen haben Sie den Begriff „One-Man-Show“ erwähnt. Heißt das, dass die Liquiditäts-, die Risikobetrachtungen von

Ihrer Ebene aus in Gesamtergebnis und -betrachtungsweisen nicht in ausreichendem Maße eingegangen sind, um ein bestimmtes Bild darzustellen?

Zeuge Stéphane Wolter: Die One-Man-Show war eher auf meine Tätigkeit in der Treasury der HRE-Bank, also nach meinem Wechsel im Januar 2008, bezogen. Gut, in der Holding bestand meine Abteilung aus zwei Leuten: aus meinem Abteilungsleiter, Stefan Reisinger, und aus mir als Sachbearbeiter. So gesehen, im Sinne der Sacharbeit, war es eine One-Man-Show, ja, das kann man sagen.

Inwieweit das jetzt Einfluss darauf hat, wie die Dinge wahrgenommen werden, kann ich jetzt nicht beurteilen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber wie kann man es, sagen wir mal, vom Status her betreiben? Ich hatte das so verstanden, dass bestimmte Punkte, die vielleicht kritisch auf Ihrer Ebene festgestellt wurden, in der Gesamtkommunikation und der Darstellung der Bank nicht berücksichtigt wurden.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, das ist richtig.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich persönlich? Oder als Abteilung?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie unterliegen ja auch einer Sorgfaltspflicht. Wenn eine andere Ebene das, was ich selber ermittelt habe, nicht berücksichtigt und das vielleicht zu positiv für die Bank darstellt, ist man doch auch in einem gewissen Handlungszwang.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, natürlich. Man sucht ja das Gespräch mit seinen Kollegen und auch seinen Vorgesetzten, man macht seinen Sorgen auch Luft und sagt auch, wenn man gewisse Dinge anders sieht. Jetzt kann man sich das nicht so vorstellen, dass der Vorgesetzte sagt: „Ich sehe das anders und basta!“, sondern wenn er auch dieser Meinung ist, dann trägt er das entsprechend weiter, eine Ebene hoch. Wie das letztendlich im Holdingvorstand diskutiert und aufgeschlossen wird, das weiß ich nicht. Es

gab keine Kommunikation von oben nach unten, wie diese Dinge seitens des Vorstands gesehen wurden. Das weiß ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie hatten auch keine Möglichkeit, das mit Aufsichtspersonen in Aufsichtsgremien zu kommunizieren?

Zeuge Stéphane Wolter: Das habe ich nicht in Erwägung gezogen, nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber die Möglichkeit hätte bestanden?

Zeuge Stéphane Wolter: Theoretisch ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hatten Sie während Ihrer Zeit beim Risikomanagement auch Kontakt zur Aufsicht, und sind Ihnen Prüfungsvorgaben der Aufsicht bekannt?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Ich war immer nur in die Prüfungen durch unseren externen Wirtschaftsprüfer eingebunden. In die Prüfungen seitens der Bankenaufsicht war ich in der Holding nicht einbezogen, weil ich zu dem Zeitpunkt nicht mehr in der Holding war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es Ihrer Kenntnis nach für richtig, dass, wenn von der Aufsicht der Auftrag zur Risikoprüfung stattfindet, die zuständigen Personen nicht mit einbezogen werden?

Zeuge Stéphane Wolter: Herr Reisinger, damals mein Vorgesetzter, war schon mit eingebunden. Er hatte die gleichen Kenntnisse über die Vorgänge, wie ich sie im Prinzip auch hatte. Er hat sie der Aufsicht mit Sicherheit genauso dargelegt, wie ich es getan hätte, wenn man mich gefragt hätte. Damit möchte ich sagen: Mit meinem Weggang aus der Holding sind nicht Wissen oder irgendwelche Informationen verloren gegangen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also können Sie zu dem Gesamtbild, was das Risikomanagement anbelangt, nach Ihrem Weggang aus der Holding keine Bewertungen oder Feststellungen mehr treffen?

Zeuge Stéphane Wolter: Bis zu dem Zeitpunkt, wo ich weggegangen bin, kann ich natürlich eine Bewertung des Risikocontrollings für sich sehen. Aber die Bewertung der Aufsicht, was das Risikocontrolling und Risikomanagement angeht, kann ich nicht beurteilen. Man kann das - - Dadurch, dass ich auch keine Prüfungsberichte gesehen habe und auch Folgen aus den Prüfungsberichten weniger im Bereich der Treasury der HRE-Bank lagen - - Es wurden grundsätzlich nur Punkte, die in den Prozessen und in den Kontrollorganen zu korrigieren sind, gezielt entsprechend in die Abteilung kommuniziert. Es wurde kein Gesamtbild des Prüfungsberichts innerhalb des Konzerns veröffentlicht oder kommuniziert. Von daher kann ich nichts dazu sagen, wie die Aufsicht das Risikocontrolling bewertet hat oder gesehen hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Der Zeuge Rainer Englisch - das war der Prüfungsleiter für die Sonderprüfung der Bundesbank - sagte hier vor dem Ausschuss aus, dass im Rahmen der Sonderprüfung eine Prüfung des Liquiditätsrisikocontrollings bei der HRE durchgeführt worden sei; diese hätten sich zwei Kollegen aus der Hauptverwaltung in München angesehen. - Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Zeuge Stéphane Wolter: Wie gesagt: Es waren auch Kollegen von der Bundesbank bei uns im Tochterinstitut und hatten auch uns in der Treasury aufgesucht und das Gespräch mit uns gesucht. Ja, das ist richtig.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und die Personen sind Ihnen auch bekannt?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich kann mich nur daran erinnern, dass es das Gespräch gab. An die Namen kann ich mich nicht mehr erinnern.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben die Vertreter der Bankenaufsicht ihre Bedenken zum Liquiditätsproblem der HRE berichtet und, wenn ja, wann? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Zeuge Stéphane Wolter: Sie haben jetzt nicht, sagen wir mal, erst mal gewartet, bis irgendein Abschlussbericht da war, sondern sie haben ihre Bedenken zu gewissen Vorgängen immer direkt, in Gesprächen auch,

offen kommuniziert gegenüber uns. Dass sie mit gewissen Prozessen und Vorgängen nicht ganz glücklich waren, war in den Gesprächen nicht zu überhören.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): In den Zeugenaussagen der Prüfer konnte man feststellen, dass sie in der Problematik, ob eine Finanzholding überhaupt der Aufsicht untersteht, faktisch im Grunde keine Einschränkungen feststellen, wenn es um Prüfungsrelevanz ging. - Teilen Sie das?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich muss gestehen: Jetzt habe ich Ihre Frage nicht ganz verstanden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Es war bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gesetzlich so, dass eine Finanzholding im Grunde nicht unter KWG-Aufsicht steht.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Da wurde teilweise der Eindruck erweckt, dass man deshalb dort bankenaufsichtlich keine Prüfungen durchführen konnte. Aber von den Prüfern der Bundesbank - also auch der BaFin - wurde betont, dass dieser formale Mangel faktisch keine Bedeutung gehabt hat, sondern vom HRE-Holding-Vorstand alle Informationen, die bankenaufsichtsrelevant waren, gegeben wurden. - Teilen Sie dies?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Worauf stützen Sie das, wenn Sie auf der anderen Seite gesagt haben, dass manche Dinge, die Sie selber festgestellt haben, aber über die höhere Ebene kommuniziert wurden, gar nicht weitergegeben worden seien?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe nicht gesagt, dass sie nicht weitergegeben wurden. Ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, wie der Vorstand diese Dinge dann bewertet hat und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber wenn ich Ihr Gesamtfazit betrachte, stellen Sie auch fest, dass sie so nicht weitergegeben worden sind.

Zeuge Stéphane Wolter: Bitte?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also stellen Sie selber fest, dass sie so, wie Sie sie festgestellt haben, nicht weitergegeben worden sind. Sonst könnten Sie ja nicht zu der Aussage kommen.

Zeuge Stéphane Wolter: Man muss -- Also --

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gut. Dann legen Sie mir auseinander, wo ich da vielleicht was falsch sehe.

Zeuge Stéphane Wolter: Man muss da grundsätzlich zwei Dinge sehen. Die Holding hat alle Informationen über Töchterinstitute bekommen, wenn sie angefordert wurden. Ich kann dieses im Prinzip aber nur für die HRE-Töchter sagen, dass hier seitens der HRE jeweils die Einschätzungen aus den Töchterbanken auch so an den Vorstand getragen wurden. Was ich vorhin damit sagen wollte, ist, dass bei vielen Sachen, die wir im Risikocontrolling der Holding bearbeitet haben, kein Durchgriff in dem Sinne war, weil ja zum einen die fehlenden Systemzugriffe da waren, zum anderen die fehlenden Einblicke. Ich sage mal: Unterlagen allein geben keinen ausreichenden Überblick über die Risiken eines Instituts.

Wir haben auf der Basis auch unsere Einschätzung gegenüber dem Vorstand gegeben. Aber wie ich auch in dem Interview gesagt habe, war eigentlich maßgeblich die Kommunikation zwischen den Töchterinstituten und der Holding gegeben, also in dem Holdingvorstand ... (akustisch unverständlich) Ich hielt es nicht für richtig, für gut - aber ich habe es nachvollziehen können -, dass die Töchterinstitute, die quasi direkt am Markt sitzen, an den Systemen sitzen und auch meinen, den besseren Überblick über ihr Geschäftsmodell zu haben, ihre Einschätzung quasi direkt gegenüber dem Holdingvorstand machen. Das hatte sich nicht unbedingt immer gedeckt mit dem, was zum Beispiel das Risikocontrolling der Holding für sich als Einschätzung hatte.

Deswegen hatte ich auch in diesem Interview gesagt: Wenn ich ... (akustisch unverständlich) -- eine Art dezentrales oder informelles Überstimmen -- Damit war eigentlich gemeint, dass das Risikocontrolling der Holding für sich nicht die Aufgaben wahrnehmen konnte, wie sie zum Beispiel ein Risiko-

controlling in einem Tochterinstitut wahrnehmen konnte. Was ich auch im Prinzip vorher auch gesagt habe, ist, dass für sich gesehen die Information bei den Holdingvorständen auch gegeben war und auch Einschätzungen mitgegeben wurden, aber letztendlich wahrscheinlich nur zur Kenntnis genommen wurden, weil es eigentlich kein Feedback mehr gab. Das war eher auf den Punkt, wo ich gesagt habe: dezentral oder informell überstimmt.

Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, dass ich im Prinzip gesagt habe, dass die Holding oder der Holdingvorstand faktisch nicht ausreichend darüber informiert war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Wolter. - Ich komme nun zur Fraktion Die Linke und erteile Herrn Dr. Troost das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön. - Sie haben in dem *Spiegel*-Interview erwähnt, dass die HRE mit dem Kauf oder mit der Übernahme der DEPFA „die Krätze“ bekommen hat. Frage: Ist Bestandteil dieser Krätze schon gewesen, wie die Kaufabwicklung und die Bezahlung des Kaufpreises erfolgt sind?

Zeuge Stéphane Wolter: Fragen Sie mich jetzt, ob ich Kenntnisse darüber habe, wie der Kauf --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie das erfolgt ist. Da stand ja „Krätze“. - Ich komme gleich auf Organisatorisches, ich komme gleich auf Liquidität. - „Krätze“ heißt ja schon: Man ist davon am ganzen Körper betroffen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich weiß nicht, ob, wenn ich jetzt darauf antworte, das eventuell irgendwelche Betriebsgeheimnisse betrifft.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das müssen Sie wissen, Herr Wolter. Sie müssen wissen, ob Sie diese Frage des Kollegen Troost in öffentlicher Sitzung beantworten können, ohne auf Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die Ihnen aufgrund Ihrer seinerzeitigen Tätigkeit zugänglich geworden sind, Rücksicht nehmen zu müssen. Wenn Sie sagen: „Nein, diese Frage kann ich

nur in einem nichtöffentlichen Teil beantworten, weil das ansonsten nicht geht“, dann müsste Herr Troost sie zurückstellen, und wir müssten dann im Rahmen Ihrer nichtöffentlichen Befragung eine Antwort auf diese Frage herbeiführen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich muss stehen, auf diese Frage möchte ich jetzt nicht öffentlich antworten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, das war sozusagen die Kaufgeschichte. - Die Frage ist jetzt weiter: Gab es - EDV-mäßig hatten wir schon gehört - denn auch sonst organisatorische Mängel in dem Zusammenführen der beiden Institute, die möglicherweise eine ordnungsgemäße Geschäftsführung schwierig gemacht haben?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, natürlich gab es die. Das größte Problem - und das ist ja letztendlich auch schlagend geworden - war ja natürlich, dass man zwar, was das Geschäftsmodell anging, sehr gut komplementär zusammengepasst hat; was aber das Liquiditätsprofil ja gezeigt hat, hat es organisatorisch nicht gepasst. Wie ich ja eingangs schon erwähnt habe, waren die Stressszenarien für die anderen HRE-Töchter, EX-DEPFA, ausreichend meiner Meinung nach. Ausgestaltet für die DEPFA hätte man hier eine andere Form der Stressszenarien wählen müssen bzw. auch eine andere Limitierung. Und das war ja natürlich letztendlich auch das Kernproblem, dass man hier auch unterschiedliche Ansichten hat zwischen dem Risikocontrolling in Deutschland oder auch den Playern aus der alten HRE und den Kollegen der DEPFA in Irland.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber bevor ich da noch mal in die Tiefe gehe: Sonstige organisatorische Mängel - ich meine, die EDV hatten wir ja schon - hat es aber aus Ihrer Sicht so nicht gegeben, bzw. die haben sich nicht über einen langen Zeitraum dann auch fortgesetzt? Ich meine, häufig ist es ja so, wenn zwei Organisationen zusammengeführt werden.

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, nicht mehr organisatorische Probleme wie bei jeder anderen Fusion oder Kauf auch, die ich bisher mitgemacht habe. Also, da war jetzt nichts weiter, was mir aufgefallen wäre, was

organisatorisch jetzt ein großes Problem gewesen wäre.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten eben darauf hingewiesen bei den Stress-tests, dass eben die Annahmen zugrunde gelegt wurden: fünf Werktage sozusagen keine Liquidität. Wissen Sie, dass zumindest die Bundesbank auch mit Szenarien gearbeitet hat, die eben auf sieben Tage im schlechtesten Fall hinausliefen?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, das wusste ich nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann würden Sie aber so eine Aussage: „Bei fünf Tagen ist alles wunderbar und bei sieben kommt das nicht vor“ doch für problematisch halten?

Zeuge Stéphane Wolter: Ganz so einfach kann man das nicht sagen. Zum einen muss man sagen, was für einen Zeitraum man betrachtet, und zum anderen, welche Annahmen man auch darunter trifft, das heißt also wirklich, welchen Stress. Ich kann ja einen Megastress simulieren und lebe fünf Tage noch, und wenn ich nur Sanftstress simuliere, kann ich 20 oder sogar noch 30 Tage leben. Hier kann man also die zwei Dinge nicht voneinander getrennt sehen, und ich kenne jetzt die Annahmen, die die Bundesbank für ihre Szenarien trifft, nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut. - Wir haben ja zwei Prüfinstanzen, wenn man so will: einmal die laufende Prüfung, einmal KPMG - die Kollegen werden wir ja heute noch hören -, das Zweite ist eben dann die Bundesbank. Bundesbank, hatten wir schon gehört, gab es keine Kontakte, zumindest von Ihnen, zu dem Prüfungsteam.

Zeuge Stéphane Wolter: Das war nicht ganz richtig. Ich habe gesagt: in der Holding. In der Treasury hatte ich Kontakt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und da gab es dann auch Abstimmung, was diese Stresstests anging zum Beispiel?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, aus dem Grund: Ich war ja dann in der Treasury, und da ging es um die Liquiditätssteuerung und nicht um Liquiditätsstress. Das waren im

Prinzip andere Themen. Da hat sich die Bundesbank einen Blick darüber verschafft, ob wir in der Treasury die Steuerung der Liquidität im Griff haben oder nicht. Das war eher deren Ziel, aber nicht: „Was passiert, wenn?“, sondern sie haben eher die Prozesse und die Fähigkeit der Treasury dahingehend überprüft, ob wir eine Liquiditätssteuerung der HRE-Bank sehen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und wie sah das mit der KPMG aus, also mit den Wirtschaftsprüfern? Da müssen doch Dutzende im Haus immer gewesen sein, wenn man die Kosten sieht, die da jeweils angefallen sind.

Zeuge Stéphane Wolter: Sie meinen jetzt, nach Lehman?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein, die ganze Zeit.

Zeuge Stéphane Wolter: Die ganze Zeit.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also 2007 zum Beispiel. Ende 2007, Anfang 2008.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, auch für die KPMG war das Thema Stressszenarien nicht ganz unwichtig, und hier gab es auch gegenüber dem Risikocontrolling eine Aufforderung, die Stressszenarien zu überarbeiten und zu erweitern.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und haben die Ihrer Auffassung nach sinnvolle Arbeit da geleistet?

Zeuge Stéphane Wolter: Die KPMG?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stéphane Wolter: Kann ich nicht beurteilen. Ich war da nicht in dem Team.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es gab da also auch keine Abschlussberichte? Oder nehmen Sie unten auch nicht zur Kenntnis, was dann da abgegeben wird?

Zeuge Stéphane Wolter: Mit der KPMG, da weiß ich nicht, was dabei herausgekommen ist. Es gab ein großes Projekt, bei dem ich mitgearbeitet habe, mit Oliver Wyman, und hier war sehr viel Arbeit reingesteckt worden

und auch konstruktiv, und da ist, leider natürlich erst nach dem Zusammenbruch, jetzt auch ein weitaus größeres Stressszenario - ich sage jetzt nicht: schlimmer -, sondern einfach auch ein granulareres und feineres Stressszenario, vor allem für die DEPFA, mit aufgebaut worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich frage das vor allen Dingen deswegen, weil wir inzwischen wissen, dass die Arbeit der KPMG von der Aufsicht sehr kritisch beurteilt worden ist und deswegen man auch unter anderem ins Unternehmen reingegangen ist. Aber das können wir in der zweiten Runde noch mal sehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann komme ich nunmehr zur SPD und erteile Frau Nina Hauer das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, habe ich das vorhin richtig verstanden: Sie sind von einem Mitarbeiter des Abgeordneten Schick angesprochen worden und auch zu diesem *Spiegel*-Interview herangeführt worden?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Ich habe mich an ihn gewendet. Ich habe die Adresse von einem Bekannten bekommen, der Kontakt auf so einer Investmesse hatte - der Bekannte war ein Kaupthing-Geschädigter -, und die haben über das Thema HRE gesprochen, wie es viele getan haben. Und er meinte, er kenne jemanden, der dort gearbeitet hat, und dann hat er im Prinzip die Adresse bzw. die E-Mail-Adresse und Telefonnummer von dem Herrn Mangold mitgenommen und hat sie mir gegeben und hat gesagt: Hier, wenn du Interesse hast, dann kannst du dich ja gern mal bei ihm melden. - Und dann habe ich mich beim Herrn Mangold gemeldet, und so lief das dann.

Nina Hauer (SPD): Und der hat Ihnen dann vorgeschlagen, dass Sie bei *Spiegel Online* ein Interview geben?

Zeuge Stéphane Wolter: Er hat das nicht vorgeschlagen. Er hat gemeint, ob ich etwas dagegen hätte, wenn ich im Prinzip der Presse gegenüber hier gewisse Statements machen würde.

Nina Hauer (SPD): Gewisse Statements?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Ich habe ihm natürlich schon gesagt gehabt, dass ich hier nicht den Eindruck erwecken möchte, dass ich irgendeine Abrechnung mit der HRE habe oder irgendwelche Ressentiments. Und ich wollte jetzt auch nicht direkt irgendwelche Personen sonst irgendwie in Schwierigkeiten bzw. dann in Misskredit bringen, die eventuell gar nicht betroffen sind. Deswegen war ich da ein bisschen vorsichtig und habe aber dann gesagt gehabt, dass er gern dem *Spiegel* meine Telefonnummer weitergeben kann. Und dann habe ich im Prinzip aber genau diese Dinge, die ich Ihnen jetzt auch gerade sage, gegenüber dem *Spiegel* erwähnt. Und da meinten sie so, das verstehen sie, und das Interview wird dann im Prinzip auch so gestaltet sein, dass - sagen wir mal - hier nicht Dinge in dem *Spiegel*-Artikel genannt werden, die nicht schon längst bekannt wären.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn eigentlich für das Interview Geld bekommen vom *Spiegel*?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein.

Nina Hauer (SPD): Und der Herr Mangold hat Sie dann auch angesprochen, ob Sie im Untersuchungsausschuss aussagen würden?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Hat er denn mit Ihnen über das, was Sie hier im Ausschuss sagen, gesprochen?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Er hat mir im Prinzip ein paar Tipps gegeben, indem er gesagt hat: Nimm viel Zeit mit. Es kann sehr lange dauern, bis du drankommst. - Er hat mir im Prinzip gesagt, dass die Redezeit auch an die Sitze im Bundestag gekoppelt sei und dass die Regierungsparteien am meisten Zeit bekommen und die Opposition weniger, weil sie natürlich weniger Stimmen hat. Er hat mir eigentlich eher ein bisschen was über die Art des Aufbaus des Untersuchungsausschusses erzählt.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, Sie waren Sachbearbeiter im Risikomanagement, in der Abteilung bei der HRE, bis Januar 2008. Ist das richtig?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, das ist richtig. Aber in der Holding war ich da.

Nina Hauer (SPD): In der Holding. Haben Sie denn über die Übernahme der DEPFA - - Sind Sie da in irgendeiner Form involviert gewesen?

Zeuge Stéphane Wolter: Direkt im Due-Diligence-Prozess, nein. Ich wusste, dass es einen Vorgang gibt, weil mich mein Vorgesetzter gebeten hat, Marktrisikokennzahlen der ehemaligen HRE-Bank zusammenzustellen für einen Datenraum. Und die Art und Weise, wie die Daten zusammenzustellen waren, und - ich sage mal - die Geheimniskrämerei drum herum haben darauf schließen lassen, dass es sich hier um einen Due-Diligence-Prozess handelt. Aber ich wusste nicht, um welche Bank es sich handelt und um welches Institut. Das war eigentlich im Prinzip der einzige Berührungspunkt beim Erwerb der DEPFA.

Nina Hauer (SPD): Können Sie kurz beschreiben, was Ihre Aufgabe als Sachbearbeiter war?

Zeuge Stéphane Wolter: In der Holding?

Nina Hauer (SPD): Ja.

Zeuge Stéphane Wolter: Zum einen waren es tägliche Arbeiten, dass ich die Markt- und Liquiditätsrisiken der Gruppe konsolidiert habe. Das heißt also, ich habe die Informationen über die täglichen Markt- und auch Liquiditätsrisiken der einzelnen Töchterinstitute in einem Gesamtbericht zusammengefügt, um da ein Gesamtbild zu bekommen, und entsprechend plausibilisiert, das heißt also, auch einen gewissen Qualitätscheck gemacht, soweit es halt ging, und den auf täglicher Basis dem Vorstand und anderen Fachbereichen zur Verfügung gestellt. Das waren sozusagen die täglichen Routinearbeiten.

Zum anderen war ich dafür zuständig, für alle Markt- und Liquiditätsrisiken Präsentationen für Aufsichtsräte, Aufsichtsratssitzungen, Vorstandssitzungen und auch Asset Liability Committees zusammenzustellen und auch Informationen, die im Prinzip über die Investor Relations reinkamen, abzuarbeiten und entsprechend zur Verfügung zu stellen.

Nina Hauer (SPD): Welche Qualifikation haben Sie für diese Tätigkeit?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe ein Betriebswirtschaftsstudium und nach dem Studium - das war 2001 - direkt im Risikocontrolling begonnen, zu dem Zeitpunkt noch bei der HVB, also der HypoVereinsbank, und dann direkt bei der Gründung der HVB Real Estate bin ich mit herübergewechselt, und seitdem als Junior habe ich mich da als Sachbearbeiter weiterentwickelt.

Nina Hauer (SPD): Sie haben aber für den Datenraum Daten von der HRE gesammelt?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Nicht von der DEPFA?

Zeuge Stéphane Wolter: Nicht von der DEPFA.

Nina Hauer (SPD): Kannten Sie denn Daten von der DEPFA?

Zeuge Stéphane Wolter: Vor dem Closing, nein.

Nina Hauer (SPD): Wie kommen Sie dann dazu, zu sagen, dass absehbar war, dass die DEPFA die HRE in den Abgrund reißen würde?

Zeuge Stéphane Wolter: Das habe ich ja im Prinzip nach dem Closing gesagt.

Nina Hauer (SPD): Wann haben Sie das - - Für welchen Zeitpunkt haben Sie das dann gesagt?

Zeuge Stéphane Wolter: Definitiv war der Zeitpunkt eigentlich nach Lehman, sprich: wo es dann letztendlich darum ging, festzustellen, ob man eine getrennte Insolvenz der DEPFA hätte eventuell machen können, und wo mir dann im Prinzip gesagt wurde auf Basis der Daten, die ich dann später in der Treasury zusammengestellt habe: Nein, das ist nicht möglich. - Das war auf der Basis.

Nina Hauer (SPD): Also nach Lehman war Ihnen klar, dass die DEPFA die HRE in den Abgrund reißt?

Zeuge Stéphane Wolter: Es waren - - Ja natürlich muss man das dann retrospektiv sehen, weil ganz klar war, wann diese Buchungen stattgefunden haben, das heißt, wann die Forderungen und Verbindlichkeiten aufgebaut wurden. Und es war klar, dass es im Prinzip hieß, dass aus den entsprechenden Transaktionen heraus das leider nicht möglich ist. Das heißt, die Transaktionen reichten natürlich noch weiter in die Vergangenheit als Lehman.

Nina Hauer (SPD): Aber im Oktober 2007, als die Übernahme stattgefunden hat, war Ihnen das da alles auch schon klar?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Da war es mir - - Im Oktober? Nein, da war es mir - - Nein, war mir nicht klar.

Nina Hauer (SPD): Was haben Sie denn dann für Informationen gehabt, wo Sie sagen können: Aus diesen - - Sie haben ja gesagt, Sie hätten Informationen weitergegeben an Ihren Vorgesetzten und hätten den Vorgesetzten gewarnt. Vor was haben Sie denn gewarnt, wenn Ihnen das erst im September 2008 klar war?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe ja - - Es ging in erster Linie - - Es ging um zwei Dinge: einmal um die Marktrisiken, die die DEPFA hatte, und dann um die Liquiditätsrisiken, die ich gesehen habe auf Basis des Stressreports, den wir direkt nach dem Closing für die DEPFA mit erstellt haben.

Nina Hauer (SPD): Aber die Berichte und die Geschäftsberichte der DEPFA geben doch ein Marktrisiko zu diesem Zeitpunkt gar nicht her.

Zeuge Stéphane Wolter: Zu welchem?

Nina Hauer (SPD): Zu dem Zeitpunkt, um den es hier geht: Oktober 2007.

Zeuge Stéphane Wolter: Direkt nach dem Closing habe ich ja die ersten Zahlen bekommen, nach der Unterschrift, nach dem Kauf. Da kann man sagen: Taggleich habe ich die Order bekommen über den Vorstand,

dass wir so schnell wie möglich die Risiken konsolidieren müssen. Und da habe ich zum ersten Mal detaillierte Zahlen der DEPFA gesehen, also Zahlen, die über Informationen aus Geschäftsberichten oder Marktanalysen hinausgehen.

Nina Hauer (SPD): Nach dem Closing haben Sie das gesehen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Und dann haben Sie was Ihren Vorgesetzten gesagt?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe erst mal ein Papier fertiggestellt, um der DEPFA eine Anleitung darüber zu geben, wie wir gern unsere Stressszenarien haben und wie wir sie brauchen, um ein Gesamtbild der Gruppe darstellen zu können. Deswegen mussten sie die DEPFA an unsere Stressszenarien anpassen bzw. sie übernehmen; sie hatten zu dem Zeitpunkt keine in der Form. Und das haben sie getan, auch wenn es ein bisschen gedauert hat, weil sie systemtechnisch nicht in der Lage waren und es auch jetzt nicht unbedingt für notwendig gehalten haben zu dem Zeitpunkt. Sie haben es getan.

Im Prinzip relativ kurz nach dem Closing haben wir den ersten Stressreport erstellt, und hier hatte ich halt gesehen, in dem Bericht: In einem Zeitraum von 90 Tagen wäre dann schon - circa 80 bis 90 Milliarden - ein Liquidity Gap entstanden. Also sprich: Unter diesen Szenarien, die man angenommen hat in dem Stress, hätte man einen Liquiditätsbedarf in 90 Tagen von circa 80 bis 90 Milliarden gehabt.

Daraufhin bin ich zu meinem Vorgesetzten hin und habe gesagt, dass ich das schon für ziemlich

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Viel!)

viel halte, ja. Er meinte: Oh ja! - Daraufhin begannen ja diese Diskussionen, die ja daraufhin aber eigentlich geschlossen wurden mit den Argumenten, die ich ja vorher auch schon gesagt habe, dass dieses Modell nicht auf die DEPFA passe.

Nina Hauer (SPD): Es war ja Ende 2007 durchaus bekannt, dass der kurzfristige Kapitalbedarf der DEPFA groß war. Das klingt so, als ob das eine neue Information war. Das war ja kein Geheimnis. Das sieht man ja

aus den öffentlichen Berichten. Trotzdem war das Rating für die DEPFA bis in den Sommer 2008 gut, und sie hat ja ihren Kapitalbedarf auch immer decken können.

Zeuge Stéphane Wolter: In dem Detailgrad, wie wir dieses Liquiditätsszenario gemacht haben, werden Sie es wahrscheinlich in keinem Geschäftsbericht oder in keiner Investorenpräsentation wiederfinden. Mir war nur bekannt, auch aus früheren Zeiten, dass die DEPFA zwar sehr viel kurzfristig refinanziert hat, aber man sprach immer nur von einer 50-zu-50-Aufteilung. Aber kurzfristig ist natürlich auch wiederum ein etwas dehnbarer Begriff. Von daher sagt das jetzt im ersten Schritt nichts darüber aus, ob man in den ersten 30 Tagen nur 20 Milliarden braucht oder 40, 60 oder 80. Wenn man kurzfristig 20- oder 25-Jahre-Wertpapiere, also Wertpapiere mit diesen Laufzeiten, refinanziert mit fünf Jahren, dann ist das auch eine Art kurzfristige Refinanzierung, kann man quasi so darstellen, bzw. es ist kein sogenanntes Match Funding.

In der Form war mir also das vorher nicht bewusst, dass da derartig große Lücken sich auftun würden unter diesem Stress. Also es war für mich schon neu.

Nina Hauer (SPD): Aber im Januar 2008 waren Sie nicht mehr in dieser Funktion?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, nicht mehr. Nein.

Nina Hauer (SPD): Warum sind Sie denn überhaupt bei der HRE geblieben, wenn Sie schon im Oktober 2007 gehnt haben, dass die DEPFA die HRE in den Abgrund reißen würde?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich wollte ja die Bank verlassen. Das ist richtig. Das hatte ich auch meinen Vorgesetzten in der Holding gesagt. Das war nicht der Grund, dass ich jetzt allein gesagt habe: Oh, die geht jetzt in die Grütze, die Bank. - Im Januar habe ich das in der Form auch nicht - sagen wir mal - vorhergesehen. Ich habe ja nicht orakelt oder so. Ich nur gesagt gehabt - das war damals meine persönliche Meinung -, dass man sich keinen Gefallen getan hat, dass man die DEPFA gekauft hat, mit all den Schwierigkeiten, die ich da gesehen habe.

Aber der hauptsächliche Grund, warum ich im Prinzip ja dann erst mal aus der Holding gegangen bin, war das Problem, dass wir schon bemerkt haben: Es gab immer mehr Druck von Externen, also auch von den Wirtschaftsprüfern, Investoren, aber zum Teil auch von der Aufsicht. Es kamen diverse Ad-hoc-Anfragen, die ich abarbeiten musste, und da musste ich -- Das ist das Problem bei Ad-hoc-Anfragen: Das sind keine regelmäßigen Berichte, sondern da muss man quasi direkt auf die Töchterinstitute zugehen, um dann hier wiederum einen konsolidierten Bericht zu erstellen. Das hat sich als sehr schwer herausgestellt, weil die Kooperation, vor allem mit den Kollegen in Irland, sehr schwer war. Sie haben nicht verstanden, dass man sie - in Führungsstrichen - so piesackt jetzt. Es sei doch alles kein Problem.

Ja, ich habe halt dann die Daten zum Teil nicht bekommen, zum Teil sehr spät bekommen. Und da kam der Druck von oben, wurde immer stärker, und den musste ich in irgendeiner Form weitergeben. Irgendwann war ich dann auch der meistgehasste Risikocollender in der Holding.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, aber --

Zeuge Stéphane Wolter: Und deswegen gab es dann im Prinzip diesen Sandwich, dass ich gesagt habe: Diese Prozesse in dieser Organisation, das führt zu nichts.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, in der Sonderprüfung, die dann durchgeführt wurde im Frühjahr 2008, ist insbesondere das Risikomanagement der HRE stark bemängelt worden von den Prüfern. Haben Sie sich da auch persönlich kritisiert geföhlt für Ihre Arbeit?

Zeuge Stéphane Wolter: Zu dem Zeitpunkt kannte ich noch nicht die Einschätzung der Aufsicht über das Risikomanagement.

Nina Hauer (SPD): Wussten Sie denn, dass eine Sonderprüfung durchgeführt wird?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Hat Sie das irgendwie beruhigt, dass jetzt Prüfer kommen? Oder wie haben Sie das bewertet?

Zeuge Stéphane Wolter: Als gut.

Nina Hauer (SPD): Und dass die dann ausgerechnet in dem Bereich, in dem Sie tätig waren, die gravierendsten Mängel festgestellt haben, wie sind Sie damit selber zurechtgekommen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich empfand es - sagen wir mal - erst mal grundsätzlich als gut, weil ich darauf gehofft habe, dass dann dahin gehend vor allem grobe Fehler in den Prozessen und in den Systemen, die die Holding etabliert hat für das Risikocontrolling, verbessert werden.

Nina Hauer (SPD): Aber Sie haben doch trotzdem mit zwei Leuten in diesem Risikomanagement gearbeitet; so haben Sie gesagt. Wenn dann im Frühjahr 2008 die Aufsicht sagt: „Da gibt es Mängel“, föhlt man sich da nicht kritisiert für die eigene Arbeit?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, überhaupt nicht.

Nina Hauer (SPD): Wieso nicht?

Zeuge Stéphane Wolter: Weil sowohl ich als auch meine Kollegen alles Menschenmögliche gemacht haben, um zum einen ein richtiges Bild darzustellen, ein korrektes Bild, für Datenqualität zu sorgen, objektiv zu sein und bestmögliche Empfehlungen abzugeben. Dieser Meinung waren wir alle, dass wir das getan haben. Und für Fehler oder für Probleme, die in der Struktur waren -- an denen konnten wir leider nichts ändern.

Nina Hauer (SPD): Aber 2008 sind Sie doch im Januar gegangen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Wissen Sie denn, was danach dazu beigetragen hat, dass Mängel festgestellt worden sind?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich kenne jetzt nun nicht den Aufhänger der Bundesbank, warum sie dann im Prinzip diese eingehende Prüfung gemacht haben, nein, also was der Aufhänger war.

Nina Hauer (SPD): Von dieser Prüfung, die dann stattgefunden hat, hatten Sie davon Kenntnis, als Sie bei der HRE waren?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Ich wurde von meinem damaligen Vorgesetzten angesprochen, bzw. in einem Gespräch hat er erwähnt, dass jetzt gerade im Haus die Bundesbank da ist und eingehend das Risikomanagement prüfen wird.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich übergebe nunmehr an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Wolter, Sie haben vorher auf die Frage von Herrn Wisning davon gesprochen, dass es mehrere Verflechtungen gab zwischen den deutschen Teilen der Hypo Real Estate und den irischen Teilen, wenn ich das richtig verstanden habe, und zwar nicht nur die Eigentumsbeziehung Mutter/Tochter. Welche Verflechtungen sind das, soweit Sie das jetzt in öffentlicher Sitzung andeuten können oder sagen können?

Zeuge Stéphane Wolter: Die Verflechtungen bestanden in erster Linie, wie ich gesagt habe, in Form von aufgelegten Emissionen, also Wertpapiertransaktionen, die noch vor der Zeit der Fusion im Prinzip entstanden sind, die quasi aber dann natürlich nach der Fusion durch die zwei Rechtseinheiten in beiden Büchern als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten drinstanden. Sonst sind mir keine bekannt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht. Also, es wurden Sachen gemeinsam emittiert, oder hat der eine Teil Emissionen des anderen gekauft?

Zeuge Stéphane Wolter: Ganz genau. Also, ich meine -- Die DEPFA war ja ein eigenständiges Institut, und die HRE-Töchter vor der Fusion bzw. vor dem Kauf der DEPFA -- Das heißt, es waren schon länger im Umlauf befindliche Wertpapiere, und die standen halt dann im Prinzip weiterhin natürlich noch in den Büchern, ganz normal. Also, es waren jetzt keine Transaktionen, die meines Erachtens -- Nein, ich glaube, das waren keine Transaktionen, die jetzt danach irgendwo aufgelegt wurden. Dass man sich

dann gegenseitig irgendwelche Emissionen zugeschoben hat, das ist mir nicht bekannt. Das waren also Emissionen, Verbindlichkeiten, Forderungen aus älterer Zeit.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also aus der Zeit vor der Fusion von DEPFA und Hypo Real Estate?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das wäre der Punkt, an dem man sehen kann, warum eine isolierte Insolvenz der DEPFA nicht möglich wäre, weil das ein gewisses Volumen hat?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich hatte das schon andere Zeugen gefragt, weil ich immer versuche, zu verstehen: Wie kommt das irische Problem nach Deutschland? - Können Sie das gewichten? Ist dann die Eigentumsbeziehung, dass man also den Geschäftswert DEPFA abschreiben müsste bei der HRE, ein wichtigerer Punkt oder diese anderen Beziehungen?

Zeuge Stéphane Wolter: Kann ich jetzt gar nicht mehr so beantworten, weil es ja gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten gab und ich nicht die Rechtsstruktur kannte, sprich: ob man hätte gegenseitig die Forderungen und Verbindlichkeiten aufrechnen können im Falle einer Insolvenz. Das sind also Informationen, die habe ich alle nicht gehabt, waren mir nicht bekannt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sind nach dem Kauf oder der Fusion DEPFA und Hypo Real Estate da zusätzliche Verflechtungen noch mal entstanden, die dazu führen, dass das nicht einfach nur ein Tochterunternehmen in Irland ist, sondern dieser Konzern so zusammenwächst, dass man eigentlich ihn nachher bei einer Rettung nur noch als ein Ding ansehen kann?

Zeuge Stéphane Wolter: Kann ich mich jetzt nicht mehr dran erinnern. Ich kann es nicht bestätigen, kann es aber auch nicht ausschließen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Es hat sich heute Morgen bei Herrn Tietmeyer so angehört, als sei praktisch aus der Perspektive die DEPFA auf die Suche gegangen: Wer wäre jetzt ein guter Partner für uns? Und dann ist man auf die HRE gestoßen. Haben Sie Kenntnis darüber oder können Sie das einschätzen aufgrund Ihrer Kenntnisse, warum von der HRE-Seite aus die DEPFA ein guter Partner war?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, das kann ich. Hintergrund war, dass die HRE eine Risikodiversifizierung gesucht hat, weil sie ja von den Ratingagenturen durch ihr einseitiges Geschäftsmodell als Risiko gesehen wurde. Sprich: Wenn jetzt der gewerbliche Immobilienmarkt schwächelt, dann hat es sofort Auswirkungen auf die Erträge der HRE.

Und hier hat man einen geeigneten Partner gesucht, um im Falle einer schwächelnden Privatkonjunktur eventuell auf eine staatlich geförderte Schiene dann im Prinzip umzuschwenken. Man hat gesagt: Dann kann man hier verstärkt auf die Staatsfinanzierung bauen und tut somit eigentlich sein Risiko diversifizieren, was dann vor allem gegenüber den Ratingagenturen auch Wohlwollen erst mal ausgestrahlt hat. Aus Sicht der Geschäftsmodelle hat es also grundsätzlich schon Sinn gemacht, um das Risiko zu diversifizieren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir waren vorher bei der Frage mit der Liquidität, mit diesen fünf Tagen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir das jetzt im Rückblick angucken: Ich habe Herrn Viermetz so verstanden bei der Befragung, dass er gesagt hat: Zum Zeitpunkt des Scheiterns von Lehman Brothers waren wir für die nächsten 25 Tage finanziert. Da gab es kein kurzfristiges Liquiditätsproblem, sondern das war dann eher in einer etwas längeren Frist. - Würden Sie sagen, dass das, was die Stresstests zeigen über die Liquiditätssituation vorher, und das, was nachher eingetreten ist, deswegen eigentlich ganz gut zusammenpassen, weil richtig prognostiziert wurde, dass man in der ganz kurzen Frist kein Problem hat, aber dann irgendwann Probleme kommen können?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Leider muss man ja fast sagen: Freuen tut es einen nicht, wenn man als Risikocontroller ein Szenario darstellt, und das tritt dann ziemlich genau ein. In dem Fall war es wirklich so, dass die Szenarien, die da durchgespielt wurden, seit Oktober 2007 auch für die DEPFA ziemlich genau so auch eingetreten sind.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und erteile das Wort nunmehr Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wolter, ich hätte folgende Frage und darf da vielleicht einen Vorhalt machen und auch zitieren. Der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der HRE-Holding, Herr Viermetz, hat hier vor dem Ausschuss ausgesagt - Zitat jetzt -:

Am Nachmittag des 29. September 2008 gab Standard & Poor's als einzige Ratingagentur bekannt, das Kurzfrustrating der HRE-Gruppe zu senken. Dies war vollkommen überraschend, da normalerweise eine sogenannte Review und Erörterung der Sachlage einer solch drastischen Entscheidung vorangeht, und besonders, nachdem die Liquiditätsfazilität bekannt gegeben worden war. Dem zuständigen Mitarbeiter der HRE wurde dies mit den Äußerungen des Finanzministers begründet.

Das bezog sich im Grunde auf die Frage Abwicklung. Was wissen Sie zu diesem Vorgang, weil Sie ja zu dem Zeitpunkt, wenn ich das richtig verstanden habe, in der Treasury waren und damit ja auch gerade in dem Nervenzentrum, um Kapital zu besorgen? Und um welchen Mitarbeiter der Holding könnte es sich hier handeln?

Zeuge Stéphane Wolter: Um welchen Mitarbeiter in der Holding es sich handelt? - Keine Ahnung. Weiß ich nicht. In der Treasury? - Ich kann mich an die Aussagen von - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Der Ansprechpartner von Standard & Poor's in der Holding.

Zeuge Stéphane Wolter: Sie fragen mich jetzt nach einem Namen?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stéphane Wolter: Also, wir hatten zwischenzeitlich -- Das war -- In der Regel ging das normalerweise über die Investor Relations, und das könnte der Herr Helmut Kern gewesen sein. Der war der zentrale Ansprechpartner für externe Anfragen in der Treasury.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und was wissen Sie über den Vorgang? Ich meine, wer im Grunde Treasury ist, das ist bekannt. Aber können Sie uns den Vorgang erklären?

Zeuge Stéphane Wolter: Das ist richtig. Aber sprechen Sie jetzt über den Zeitpunkt, wo der Herr Steinbrück diese Äußerung gemacht hat?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Von der ersten Rettungsaktion zur zweiten, ja.

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Also, das war -- Ich kann es jetzt nur aus Sicht der HRE sagen. In der Treasury der HRE hat es ein Stück weit eine gewisse Beunruhigung erst verursacht, diese Aussage; aber wenn man es jetzt mal rein aus Liquidity-Sicht sieht, hatte das für die Treasury der HRE keinen Einfluss. Es hat die Situation nicht schlechter gemacht, weil es nicht mehr schlechter ging.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber dann waren die Mehrerfordernisse an die Rettung unbegründet und der Nachschlag, wenn es keinen Einfluss hatte?

Zeuge Stéphane Wolter: Meiner Meinung nach war der Nachschlag nicht, zumindest für die HRE -- Hier muss man natürlich sagen, dass die HRE jetzt nicht das Liquiditätsproblem schlechthin hatte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Treasury hat doch etwas mit Liquidität zu tun.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, natürlich. Aber die Treasury der HRE hatte nicht dieses Liquiditätsproblem der DEPFA, und die Treasuries wurden getrennt voneinander gemanagt. Das heißt, es gab eine DEPFA-

Treasury, und es gab eine HRE-Bank-Treasury, und die HRE-Bank-Treasury hatte natürlich -- Mit dem 29. September bzw. nach diesem Wochenende waren die Kanäle auch zu. Der Geldmarkt war völlig versiegt, und es war nicht mehr daran zu denken, irgendetwas zu emittieren. Aber das Downgrade hat nicht bei uns irgendwelche Trigger ausgelöst, wo plötzlich die HRE-Bank mehr Liquidität gebraucht hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also war das höhere Liquiditätserfordernis, womit der Steuerzahler ins Risiko ging, dann nicht erforderlich?

Zeuge Stéphane Wolter: Wie ich gesagt habe: Das war nur für die HRE-Bank.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, das war ja klar.

Zeuge Stéphane Wolter: Für die DEPFA -- Also, wenn ich von der HRE-Bank spreche, dann spreche ich nur für den deutschen Teil. Ich bin der Meinung, das Erfordernis für die DEPFA war in der Höhe gegeben. Ob es jetzt im direkten Zusammenhang steht mit der Aussage von Herrn Steinbrück, kann ich nicht beurteilen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber die Refinanzierung wurde doch teurer, wenn ich ein Downgrade erfahre, oder? Und das Downgrade bezog sich auf die HRE-Gruppe.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Aber wenn man nichts mehr Neues bekommt, dann kann man auch nicht mehr zahlen dafür.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also hat es doch Ausfluss dann auf die Hilfe gehabt, wenn man nichts mehr bekommt.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, aber man hat ja schon davor nichts mehr bekommen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Dann wäre die Party zu Ende gewesen. Oder nicht?

Zeuge Stéphane Wolter: Es war ja davor eigentlich schon zu Ende. Ich meine, die Situation hat sich zwischen dem ersten und dem zweiten für die HRE-Bank, für den deutschen Teil, nicht geändert. Es ist ja deswe-

gen nicht jemand gekommen und hat gesagt: Jetzt hast du ein schlechtes Rating, jetzt gebe ich dir Geld, und du zahlst mir mehr dafür. - Das ist so nicht passiert.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. Keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen der CDU mehr? - Gut. Fragen der FDP?

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Wolter, in dem *Spiegel*-Interview haben Sie gesagt, Lehman habe wie ein Katalysator gewirkt. Das hat das Beinaheende nicht verschuldet, sondern nur beschleunigt. Können Sie das noch mal näher ausführen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Also, es gab die ersten Anzeichen, dass es auch für die DEPFA ein großes Problem auch in der kurzfristigen Refinanzierung gab, bereits im August. Und auch schon ein bisschen früher hat man feststellen können, dass die Laufzeiten der Kurzfristrefinanzierungen auch immer kürzer wurden. Das war der erste Indikator der immer kürzeren Laufzeiten auch der Kurzfristrefinanzierungen. Und dann im August die ersten ernsthaften Warnhinweise der Treasury in Dublin, dass es eng wird.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wann war das im August?

Zeuge Stéphane Wolter: Das genaue Datum weiß ich nicht. Es war in einer Sitzung. In einer Group-ALCO-Sitzung wurde das diskutiert, die irgendwann im August stattgefunden hat. Das muss zwischen Mitte und Ende August gewesen sein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Zwischen Mitte und Ende August. Und wie hat man da reagiert? Hat man da schon ein Krisenszenario ausgelöst, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Stéphane Wolter: Auch hier kann ich wieder nur sagen: Für den Bereich DEPFA kann ich dazu keine Aussagen machen, weil wir hier sehr getrennt voneinander agiert haben. Es war ja auch nicht erwünscht, dass es jetzt hier Verwicklungen gab. Für die HRE-Bank selber haben wir bereits schon im März 2008 darauf hingewie-

sen, dass es ernsthafte Probleme in der Refinanzierung für die HRE-Bank gibt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt also: Lehman war dann nur der Funke, der das Ganze zur Explosion gebracht hat.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber es hätte auch ein anderer Funke sein können?

Zeuge Stéphane Wolter: Es hätte auch ein anderer Funke sein können, ja. Lehman war für mich so der Sargnagel darauf.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aus Ihrer Sicht - Sie kennen ja die Zahlen- und Faktenlage sehr genau - wäre es dann sinnvoll gewesen, sich früher mit einem Rettungsszenario zu beschäftigen?

Zeuge Stéphane Wolter: Für den Staat bestimmt, ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ab wann hätte der Staat das tun sollen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ab dem Zeitpunkt, wo die Aufsicht die HRE-Bank als systemrelevant eingestuft hat. Ich weiß nicht genau, wann das war. Ich glaube, es war im Sommer oder irgendwann mal.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es war im Juli.

Zeuge Stéphane Wolter: Spätestens ab da hätte man sich sicherlich ein Notfallszenario überlegen sollen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Wissing, und leite dann über zur SPD-Fraktion. Frau Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, Ihr Vorgesetzter, mit dem Sie darüber gesprochen haben, hat der denn Ihre Einschätzung geteilt?

Zeuge Stéphane Wolter: Der in der Holding? - Ja.

Nina Hauer (SPD): Und was hat der dann gemacht? Haben Sie dann darüber hinaus Leute informiert?

Zeuge Stéphane Wolter: Unseren Bereichsleiter.

Nina Hauer (SPD): Und was hat der dazu gesagt?

Zeuge Stéphane Wolter: Dass er daran auch nichts ändern könnte, weil er eigentlich auch nur ein Getriebener sei.

Nina Hauer (SPD): Das war aber bis Januar 2008, solange Sie da waren.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja vorhin auf eine Frage des Abgeordneten Wissing gesagt, es hätte eine schwierige Liquiditätseinschätzung im August 2008 gegeben. Da waren Sie ja schon sieben Monate gar nicht mehr bei der Holding.

Zeuge Stéphane Wolter: Das ist richtig.

Nina Hauer (SPD): Und woher wissen Sie das dann?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich hatte Einblick in die Group-ALCO-Unterlagen und auch Informationen aus diesem Gremium, weil ich für dieses Gremium auch Unterlagen bereitgestellt habe.

Nina Hauer (SPD): Aber sowohl die Prüfer als auch Frau Lautenschläger von der BaFin haben hier gesagt, dass die Liquiditätssituation der gesamten Gruppe sich im Jahre 2008, im Laufe, verbessert habe. Wie kommen die zu einer anderen Einschätzung als Sie?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich weiß jetzt nicht, auf was sich im Prinzip das bezieht, was seitens der Aufsicht oder von wem auch immer gesagt wurde. Ich sage das aus dem Grund: Wir haben intern für die HRE-Bank gesagt, dass es Probleme gibt bei der Refinanzierung und dass wir deswegen das Neugeschäft einbremsen sollten, um weiterhin eine stabile Lage zu behalten. Wir haben gesagt, dass wir das Geschäft, was noch in der sogenannten Pipeline ist, auf jeden Fall

tragen können, aber exzessives Neugeschäft ist nicht mehr möglich. Da hat man reagiert und hat es gemacht, und somit wurde die Lage stabil. In der DEPFA hat sich volumenmäßig auch keine Instabilität gezeigt. Der Indikator, wie ich gesagt habe, waren die immer kürzeren Laufzeiten im Geldmarkt. Man hat jetzt nicht mehr für drei oder sechs Monate, sondern - -

Nina Hauer (SPD): Das ist ja bekannt.

Zeuge Stéphane Wolter: Das ist das. Ein Indikator ist, dass die Laufzeiten immer kürzer wurden, auch im Kurzfristbereich, und dass es seitens der Treasury in der DEPFA Hinweise gab, dass sich die Beschaffung von Kurzfristrefinanzierungen immer schwerer zeigte.

Nina Hauer (SPD): Aber, Herr Wolter, Sie sind im Januar 2008 rausgegangen aus der HRE-Holding. Die Prüfer, die danach, nachdem Sie weg waren, von der Bundesbank kamen, sagen genau das Gegenteil von dem, was Sie uns jetzt hier gesagt haben. Und dann kam ja in demselben Zeitraum irgendwann auch der Investor Flowers, der eine Due Diligence durchgeführt hat, der mit Prüfern und Anwälten in die HRE eingefallen ist. Der kommt auch zu einem anderen Ergebnis. Sind das alles schlechtere Prüfer?

Zeuge Stéphane Wolter: Man kann nur so gut prüfen, wie man im Prinzip auch die Unterlagen bekommt. Das möchte ich um Gottes Willen - - Das würde ich nie behaupten. Das sind sehr kompetente Leute. Aber es ist immer noch ein Unterschied, wenn man seit acht Jahren oder über acht Jahren die Bank mehr oder weniger in- und auswendig kennt und auch das entsprechende Netzwerk hat, um Situationen einschätzen zu können. Das ist natürlich ein Informationsvorsprung, den Externe so nicht haben, wenn man ihnen nicht entsprechende Informationen darüber auch gibt.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich denn über die auch geärgert, dass die dann Ihnen sagen, dass das Risikomanagement da nicht ordentlich aufgestellt war?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Warum sollte ich mich darüber geärgert haben?

Nina Hauer (SPD): Okay.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich meine, ich hatte mich darüber geärgert, dass es nicht richtig gut aufgestellt war. Aber ich habe mich nicht darüber geärgert, dass sie das gesagt haben. Das ist ein Unterschied.

Nina Hauer (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Es fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Wolter, ich muss noch mal auf diese Kernaussage, die Sie in dem Interview gegeben haben, zurückkommen:

Mit dem Kauf der DEPFA war das Umfallen der HRE programmiert. Die Welle an kurzfristigen Verbindlichkeiten war schon beim Erwerb der irischen Tochter so stark, dass man nur noch beten konnte: Hoffentlich trocknet der Geldmarkt für die DEPFA nicht aus!

Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, zu dieser Erkenntnis seien Sie eigentlich doch erst nach dem 15. September - Lehman Brothers - gekommen? Oder war das Ihre Einschätzung 2007, als die DEPFA erworben wurde?

Zeuge Stéphane Wolter: Das war meine - - Also, das sind zwei verschiedene Aussagen. Die erste Aussage war tatsächlich darauf bezogen, wo wir die DEPFA erworben haben und ich im Prinzip die Liquiditätssituation der DEPFA näher untersuchen konnte und es auch gemacht habe und schon zu diesem Zeitpunkt ja die Finanzmarktkrise am Laufen war und auch schon zu dem Zeitpunkt das Thema Funding sehr schlagend war, vor allem die Spread-Erweiterung in lange Laufzeiten. Da war mir klar, dass es schwierig sein wird für die DEPFA, überhaupt langfristig zu refinanzieren, ohne dass man sich hier seine Erträge kaputt macht, gerade durch die hohen Spreads für lange Refinanzierungen. Man war quasi ja fast gezwungen, kurzfristig weiter zu refinanzieren, um dieses Geschäftsmodell aufrechtzuerhalten. Hier habe ich gesagt: Wir sind für dieses Geschäftsmodell auf den Geldmarkt angewiesen, und da kann man eigentlich nur hoffen, dass der nicht austrocknet.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Jetzt habe ich immer noch nicht verstanden, wann Sie zu dieser Einschätzung gekommen sind. 2007 -

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): - oder im September 2008?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Nach dem Kauf der DEPFA bin ich zu der Einschätzung gekommen und habe gesagt: Hoffentlich trocknet der Markt nicht aus, weil wir mit dem Kauf quasi diese tickende Zeitbombe bei uns gehabt haben.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und was war vorhin Ihre Bemerkung zu der Einschätzung zu Lehman?

Zeuge Stéphane Wolter: Dass Lehman quasi der Sargnagel war. Ich behaupte nicht, dass Lehman schuld daran war, sondern das war der Auslöser bzw. der Funken oder der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich muss dann noch mal fragen. Als Sie zu dieser sorgenvollen Einschätzung gekommen sind, schon 2007: „Das ist hochgefährlich für die Gruppe“, haben Sie denn da mit Ihrem Vorgesetzten schon darüber gesprochen? Hat der Ihre Sorge geteilt, und hat der nach Ihrem Wissen das auch weitergegeben in der Hierarchie der Bank?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, dem war so. Ja. Es war von meiner Ebene bis zum Vorstand bekannt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Hat der Aufsichtsrat das auch gewusst?

Zeuge Stéphane Wolter: Das weiß ich nicht.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wir hatten ja neulich den Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Viermetz, im Ausschuss, und der sagte, er kenne Sie nicht und er habe auch nichts von einer solchen Warnung gehört.

Zeuge Stéphane Wolter: Er hat mich ja auch nie danach gefragt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Könnten Sie uns noch sagen: Wenn Sie im Januar weggegangen sind von dieser Controllerfunktion zur Treasury, was waren denn damals konkret die Aufgaben der Treasury, und was waren Ihre Aufgaben in der Treasury?

Zeuge Stéphane Wolter: Die Aufgaben der Treasury waren konkret, zum einen die Liquidität der Bank zu steuern, sprich: genügend Mittel aufzubringen, um die Verbindlichkeiten zu bedienen bzw. Liquidität in der Form vorzuhalten, dass man den ganzen Solvabilitätsverordnungen und den entsprechenden KWG-Gesetzen entspricht. Kurz gesagt: Die Treasury ist dafür da - sagen wir mal -, um die Kasse der Bank zu managen und in der Balance zu halten.

Meine Aufgabe in der Treasury war es zum einen, dass ja die Hypo International und die Hypo Germany - das waren zwei verschiedene Einheiten mit zwei verschiedenen Systemen - fusioniert worden sind, und die sollten auch technisch miteinander dann fusioniert werden. Und meine Aufgabe war es, diese zwei Kassen in eine zu bringen, also eine Kasse zu migrieren. Meine andere Aufgabe war es, entsprechende Berichte und Reports zu erstellen - ich sage mal: Entscheidungsgrundlagen -, die für das weitere Steuern der Liquidität maßgeblich waren.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Haben Sie sich denn bemüht, weil Sie die Sorge um die Liquiditätsentwicklung ja wohl schon hatten, die Fristenstruktur auf der Passivseite der Bilanz zu verbessern?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und hat das auch die Billigung Ihrer Vorgesetzten gefunden? Oder haben die gesagt: Das kostet zu viel Geld?

Zeuge Stéphane Wolter: Das muss man sich ein bisschen anders vorstellen. Wir konnten ja jetzt nicht plötzlich mehr funden oder mehr Refinanzierungen reinholen. Man ist einen anderen Weg gegangen. Man hat gesagt, man empfiehlt, weniger Neugeschäft zu machen, um die Aktivseite und die Disbalance nicht noch größer werden zu lassen, sondern man hat gesagt, man versucht, die Aktivseite zu schrumpfen, um dann die Disbalance rauszunehmen bzw. keine Dis-

balance aufkommen zu lassen. Dann hat man im Prinzip versucht, die Deckungsstöcke zu optimieren. Das hatte Resonanz im Vorstand, und es wurde auch entsprechend reagiert. Das Neugeschäft wurde auch massiv zurückgefahren auf nur noch pfandbrieffähiges Geschäft zu dem Zeitpunkt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn Sie sagen, Disbalancen zu vermeiden, -

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): - was war denn da? Wo war denn sozusagen das Gleichgewicht, wenn Sie vorher schon gesagt haben, das ist so extrem anfällig?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich glaube, das wird immer verwechselt zwischen der DEPFA und der Hypo Real Estate. Die Hypo Real Estate Bank AG, das heißt der deutsche Teil, hatte eine sehr ausgeglichene Bilanz, ein sogenanntes Match Funding. Das heißt, man hat sich immer bemüht, Kredite, die man über eine bestimmte Laufzeit ausgegeben hat, entsprechend mit Geldern, die man am Markt aufnimmt, auszugleichen. Also man hat hier nicht dieses Geschäftsmodell gefahren, dass man langfristige Kredite mit kurzfristiger Refinanzierung hatte. Und zu dem Zeitpunkt war es auch für die HRE-Bank nicht mehr möglich, langfristige Emissionen zu machen, um sich das Geld reinzuholen für diese Kredite, die man ausgeben konnte. Dadurch hat man gesagt: Wir können dieses Neugeschäft nicht mehr machen, wenn wir diese Disbalancen vermeiden wollen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wie war denn da die Fristenkongruenz, dass Sie sagen, das ist ausgeglichen? Wie waren denn da die Relationen zwischen Aktivseite und Passivseite, wenn Sie sagen, das war eigentlich gesund?

Zeuge Stéphane Wolter: Da müsste ich -- Na, das ist sogar bekannt. Man zeigt das in sogenannten Laufzeitbändern in Jahren, und da war es so: Im Laufzeitband 2009/2010 gab es einen leichten Liquiditätsmangel, das heißt einen Funding Gap. Der betrug - ich müsste jetzt lügen - für beide Jahre kumuliert, glaube ich, 4 bis 5 Milliarden Euro ungefähr, und ab 2011 und die nächsten Jahre darauf waren mehr Refinanzie-

rungsmittel gegeben als die Aktivseite. Da gab es sozusagen einen Funding-Überhang. Es war also nicht so, dass man jedes Geschäft einzeln refinanziert hat, sondern man hat natürlich schon immer en bloc, vor allem aus früheren Zeiten, wo noch Kleingeschäft gemacht wurde, es so gemacht. Also es gab innerhalb der verschiedenen Laufzeitbänder schon gewisse Disbalancen, aber die betragen in der Regel 2 bis 3 Milliarden pro Jahr.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eigentlich sagten, dann 2008 sei die Situation der HRE eigentlich nicht gefährdet gewesen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe gesagt: Sie war stabil. Ja. - Was meinen Sie jetzt mit „HRE“? Meinen Sie jetzt die Gruppe?

Jörg-Otto Spiller (SPD): Sie haben in Ihrem Interview gesagt: „Mit dem Kauf der DEPFA war das Umfallen der HRE programmiert.“

Zeuge Stéphane Wolter: Dann meinen Sie den Konzern. Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Da meinten Sie den Konzern?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig. Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und Ihre Schilderung, die Sie eben gemacht haben, worauf bezieht die sich?

Zeuge Stéphane Wolter: Die bezieht sich ausschließlich auf die Bilanz der Hypo Real Estate Bank AG und nicht auf die der DEPFA.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Das bedeutete, wenn ich Sie richtig verstanden habe, eine als doch recht brauchbar eingeschätzte Situation der HRE-Bank, für die Holding, für die Gruppe?

Zeuge Stéphane Wolter: Was das bedeutet hat, meinen Sie?

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ja. Sie haben ja gesagt: die HRE. Damit meinten Sie in dem Interview - so habe ich Sie verstanden - den Konzern?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und jetzt mit „HRE Bank“ meinten Sie die Bank?

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und jetzt ist meine Frage: Wenn Sie zu der Einschätzung gekommen sind, die Situation der Hypo Real Estate Bank sei eigentlich erträglich, hat das bedeutet, dass Sie dann immer noch genauso große Sorgen hatten um die Bank als Gruppe?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Das hatte mit der DEPFA -- Also, die Einschätzung, die ich im Prinzip in der Treasury der Hypo Real Estate Bank AG getroffen habe, hat, jetzt mal nur isoliert betrachtet -- In dem Interview, wo ich gesagt habe, der HRE-Bank-Konzern -- Das ist übrigens immer ein Problem, weil die Namen natürlich immer wieder verschiedentlich genannt werden. Das, worüber ich jetzt gerade gesprochen habe, das war lediglich die Bilanz der Hypo Real Estate Bank AG. Auf der anderen Seite hat man die Bilanz der DEPFA. Und in dem Interview sprach ich natürlich von einer konsolidierten Bilanz. Dadurch, dass ja die HRE-Bilanz, die Bilanz der Hypo Real Estate Bank AG, quasi ausgeglichen war, war ja eigentlich das Gap - oder sagen wir mal: das Risikopotenzial - in erster Linie bei der DEPFA gegeben. Und daraufhin - sagen wir mal - bezog sich ja auch immer meine Sorge.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Hat sich denn die Sorge, dass von der DEPFA eben Risiken ausstrahlen - sage ich mal - auf die Gruppe, niedergeschlagen in einer Empfehlung: Sie müssen die Hypo Real Estate weniger anfällig machen, damit sie die Probleme von der DEPFA auffangen kann?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Das stand in keinem Zusammenhang.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Warum nicht?

Zeuge Stéphane Wolter: Weil man hier zwei verschiedene Geschäftsmodelle gesehen hat. Man hat ja --

Jörg-Otto Spiller (SPD): Aber es gab doch wohl eine Gruppe.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn Sie sagten, Ihre Befürchtung war: „Die Gruppe bricht zusammen“, -

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): - was nutzt denn dann das Überleben eines Teils?

Zeuge Stéphane Wolter: Nicht viel. Das stimmt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Das Wort hat zunächst jetzt der Kollege Troost von den Linken für sieben Minuten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die ganzen letzten Fragen habe ich überhaupt nicht verstanden. Das sind zwei Banken mit zwei unterschiedlichen Geschäftsmodellen, und dann kann man nicht mit der einen was hochfahren, wenn was bei der anderen schiefläuft. Würde ich jetzt erst mal so verstehen.

Aber was mich jetzt schon mit der - - Ich komme jetzt noch mal auf „Krätze“ insgesamt zurück. Wenn Sie das darstellen, dann ist ja deutlich: Es ist eben nicht eine Holding geworden, sondern es sind, auch vom Selbstverständnis, unterschiedliche Banken gewesen mit ganz unterschiedlichen Kulturen und möglicherweise sogar nicht mal Durchgriffsrechten.

Zeuge Stéphane Wolter: Richtig.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt also, dass - -

Zeuge Stéphane Wolter: Auf Holdingebene gab es vielleicht Durchgriffsrechte, aber es gab sie nicht unbedingt auf den Ebenen der Töchterinstitute. Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt dann, wenn Sie Ihre Aufgabe eigentlich wahrnehmen wollten und das Gesamtrisikomanagement darstellen wollten, mussten Sie sich sozusagen richtig gegenüber den Iren durchsetzen und kriegten auch nicht unbedingt immer das, was Sie brauchten.

Zeuge Stéphane Wolter: Das war der Fall, im Risikocontrolling der Holding definitiv so, ja. Und später in der Treasury hatte ich zwar die Informationen, aber da war überhaupt kein Durchgreifen mehr möglich.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also insofern waren Sie mit dem ganzen Risikomanagement, so wie es da war, völlig unzufrieden aus Ihrer fachlichen Sicht?

Zeuge Stéphane Wolter: Es gab ein - - Ja und nein. Es kommt darauf an, was man von dem Risikocontrolling erwartet hat. Sagen wir mal: Man konnte seine Aufgaben als Risikocontroller in der Form, wie man sie eigentlich kennt, nicht wahrnehmen, weil man ja nicht die Durchgriffsmöglichkeiten hatte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und insofern waren Sie eigentlich entgegen dem eben Gesagten sehr zufrieden, dass dann irgendwann festgestellt wurde, auch von der Bundesbank, dass das alles so unzureichend ist?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich hatte das ja berichtet. Ich habe nicht gesagt gehabt, dass ich mich darüber geärgert habe, dass man gesagt hat, dass - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, ja. Ich sagte ja: Sie waren froh darüber, dass man durchaus gesagt hat: „Es ist unzureichend“, weil Sie das auch selber so eingeschätzt haben.

Zeuge Stéphane Wolter: Ganz genau. Richtig. Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie haben jetzt aber gesagt, Sie hätten das dem Vorstand durchaus auch mitgeteilt. Und der hat das wirklich verstanden?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe persönlich mit dem Vorstand darüber nicht gesprochen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie meinten ja, dass das möglicherweise doch als Ergebnis nach oben durchgesickert sein könnte, dass das eben unzureichend ist.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich gehe davon aus, dass mein Bereichsleiter das auch getan hat. Nachgeprüft habe ich es nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber es hat sich nichts verbessert.

Zeuge Stéphane Wolter: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Zur Frage Liquiditätssituation noch mal. Es ist ja gut, dass Sie da hart geblieben sind. Frau Hauer hat so getan, als ob sich die Liquiditätssituation grundlegend verbessert hätte. Das ist natürlich Unsinn, sondern es ist nur gesagt worden: Zwischen der schlechtesten Situation, April, mit nur sieben Tagen gab es dann auch mal wieder 14 oder 11 Tage, die sozusagen bei dem Liquiditätsstress zustande gekommen sind. Aber das ist ja kein befriedigendes Ergebnis für Sie.

Zeuge Stéphane Wolter: Das sehe ich vor allem vor dem Hintergrund kritisch, weil die kurzfristige Liquiditätssteuerung auf Gruppenebene eh sehr ungenau war, da man komplett unterschiedliche Systeme hatte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat denn die HRE-Bank versucht, auch Liquiditätsprobleme der DEPFA in den Griff zu bekommen?

Zeuge Stéphane Wolter: Sie meinen jetzt die Hypo Real Estate Bank AG?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, Bank.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, man hat schon versucht, sich gegenseitig in irgendeiner Form zu unterstützen, soweit es ging.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Auch in größeren Größenordnungen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist es da durchaus üblich, dass man von einzelnen Banken im Tagesgeldbereich auch Milliardenbeträge jeweils erhält?

Zeuge Stéphane Wolter: Nicht nur innerhalb der Gruppe. Das ist eigentlich ganz

normal im Interbankenmarkt bei großen Kontrahenten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, ja. HRE war ein Großer, und die andere Seite war auch eine Große. Also, das ist durchaus nicht unüblich, dann bis zu 5-Milliarden-Beträge oder so was eben in diesem Bereich sich zur Verfügung zu stellen?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, aber nicht nur von einem Kontrahenten, also nicht nur von einer Bank. In der Summe pro Tag ungefähr, ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein. Ich spreche jetzt von Einzelbanken.

Zeuge Stéphane Wolter: Mir ist jetzt nicht bekannt, dass hier eine Bank -- Also, ich kannte die Gläubiger bzw. die Interbankenbeziehungen der DEPFA nicht, und ich wusste auch jetzt nicht auf Einzelgeschäftsebene, wie viel Gelder zum Teil aufgenommen werden konnten und wie viele Linien sie bei anderen Banken hatten. Mir waren hier nur Gesamtsummen pro Tag in etwa bekannt, dass man circa 4 bis 5 Milliarden pro Tag Geld aufnehmen konnte am Geldmarkt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Vielleicht müssten wir auch da noch mal dann ganz kurz in dem geschlossenen Teil -- weil wir da Angaben haben; aber das ist wahrscheinlich jetzt nichts für die Allgemeinheit.

Letzter Punkt. Noch mal: Sie sagten also, im Prinzip, auch ohne Lehman, haben Sie Schlimmstes befürchtet. Was wäre denn sozusagen ein kleineres Szenario? Weil hier immer gesagt wird: Lehman, das konnte keiner vorhersehen. -- Das ist ja sicherlich auch so richtig.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ich sage mal: Wenn das so weitergegangen wäre, auch ohne Lehman, aber die Fristen immer kürzer und immer kürzer, wäre aus Ihrer Sicht sozusagen das ganze Modell auch vor die Wand gefahren?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, weil grundsätzlich das Problem natürlich ist, wenn man das so sieht: Im Interbankenmarkt hat man gewisse Linien auf Basis seines Kreditprofils

als Bank selber, und wenn natürlich die Fristen immer kürzer werden, heißt das: Ich muss pro Tag unter Umständen mehr refinanzieren, weil ja, sagen wir mal, der Umschlag höher wird, und irgendwann, sage ich mal, versiegt die Quelle. Das heißt, irgendwann sagen die Kreditrisikomanager der anderen Banken: Wir können nicht mehr die Linien höher machen. Das ist das Maximum, was man dir geben kann. - Spätestens da hätte entweder die DEPFA versuchen müssen, langfristig etwas abzusetzen, oder sie wäre ebenfalls wahrscheinlich in Zahlungsschwierigkeiten gekommen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Noch mal: Hätten das außer Ihnen nicht auch die Wirtschaftsprüfer - wohlgemerkt: die sitzen ja in so einem großen Unternehmen rund um die Uhr mit vielen Leuten - und auch bei einer Sonderprüfung die Bundesbank feststellen müssen? Weil immer wieder gesagt wird: Das wäre immer alles gut gegangen, wenn nicht Lehman gekommen wäre. - Sie sind ja mit einer der Ersten, der sagt: Es wurde immer kritischer, und wir mussten am Schluss - das sehen wir dann ja in der geschlossenen Sitzung - bis zu 5 Milliarden Tagesgeld von Einzelbanken aufnehmen und, und, und.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja, gut. Aber das haben sie auch schon in den Jahren zuvor gemacht. Das war ja - - Ich sage mal: Abgesehen davon, dass die Fristen ein bisschen kürzer wurden im Sommer - es war ja, wie gesagt, erst im August, wo man sein Unbehagen bei der DEPFA gezeigt hat -, hat sich der Status ja nicht verändert. Es hat sich zwar der Markt in dem Sinn verändert; aber der hat sich ja hauptsächlich im Langfristbereich stark geändert: dass anfangs Emissionen noch möglich waren, aber nur zu sehr schlechten Konditionen, mit hohen Spreads, und später sogar der Markt hier nicht mehr richtig aufnahmefähig war. Erst später hat sich das dann quasi auch auf den Kurzfristmarkt im Prinzip umgestülpt.

Aber ich sage jetzt mal: Auch im Juli und August war nicht ein Zeitpunkt festzulegen, wann man umfällt. Es ist im Prinzip nur, wenn man dieses Szenario jetzt weiterspinnt und sagt „Es wird immer kürzer, immer kürzer“, wie bauen sich dann im Prinzip die Verbindlichkeiten auf? Man sagt ja: Irgendwo, sage ich mal, gibt es eine natürliche Grenze an Geldaufnahme im Interbankenmarkt, weil

man selber mit seinem Risikoprofil und seiner Bonität für nicht mehr gut ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Ich leite jetzt über zu Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen und stelle fest, dass ich den Appell des Vorsitzenden aus der Obleuterunde damit aufgreife.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vorbildlich, Herr Schick. - Dann allerdings noch eine Rückfrage, ganz einfach, damit es formal geschieht. Trotz dieses Vorbildes von Herrn Dr. Schick die Frage an die CDU/CSU-Fraktion: Haben Sie noch eine Frage an den Zeugen Wolter? - Auch nicht. Dann kann ich überleiten zur FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe noch zwei kurze Nachfragen. Zum einen: Ich habe das richtig verstanden, dass es versucht worden ist oder auch durchgeführt worden ist, Deckungsstöcke zu optimieren?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie das präzisieren, was das bedeutet?

Zeuge Stéphane Wolter: Also, es ist ja im Prinzip so, dass, wenn man Kredite auf der Aktivseite hat, die deckungsfähig sind, aber nicht im Deckungsstock sind, weil man sie schlichtweg einfach als freie Aktiva zur Verfügung hat - - Man braucht sie ja, sagen wir mal, in den Deckungsstöcken, um daraus pfandbrieffähiges Papier zu machen. Aber „optimieren“ heißt nicht, dass deswegen alle deckungsfähigen Kredite im Deckungsstock sind. Hier ist man einfach noch mal richtig durch die Bilanz gegangen und hat geschaut: Was ist denn deckungsstockfähig? Und dieses deckungsstockfähige Material hat man dann auch in den Deckungsstock gebracht, um dann im Prinzip hieraus pfandbrieffähiges Material zu machen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Um emittieren zu können?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Mit dem Ziel der Refinanzierung?

Zeuge Stéphane Wolter: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sagen Sie, können Sie noch mal diese Verflechtungen der Hypo Real Estate mit der DEPFA erläutern? Sie sagten vorhin einmal: der Kaufpreis. Aber das sind ja im Vergleich zu dem, was wir heute an Haftungsrisiken für den Staat haben, fast vernachlässigbare Summen. Das kann es ja nicht alleine sein, weshalb man die DEPFA nicht hätte in Insolvenz gehen lassen können. Was sind denn das sonst für Verflechtungen, die die HRE in den Abgrund gerissen haben? Gibt es eine Patronatserklärung?

Zeuge Stéphane Wolter: Mir sind keine anderen Gründe genannt worden, warum es nicht möglich war. Also, ich muss hier gestehen, ich hatte ja auch erst nur nachgefragt, nachdem ich gebeten wurde, diese Aufstellung zu machen. Dann habe ich gefragt: Was ist der Hintergrund der Aufstellung? Und dann hieß es, dass man alle Szenarien durchspielen möchte, wie man jetzt die Situation irgendwie in den Griff bekommt, und eine davon war eine isolierte Insolvenz der DEPFA.

Nach einer gewissen Zeit habe ich dann im Prinzip noch mal nachgefragt, und dann hieß es, dass die Verflechtungen derart groß und kompliziert seien, dass es nicht möglich wäre, ohne dass man gemeinsam in den Abgrund rauscht. Und da gab es auch eine, sagen wir mal, klare Kommunikation vom Vorstand, dass es hieß: Entweder man geht jetzt gemeinsam durch diese Krise mit der DEPFA, oder man fällt gemeinsam um.

Dr. Volker Wissing (FDP): Noch zwei kleine Fragen: Hat die DEPFA Asset-Backed Securities im Deckungsstock?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich kenne den Deckungsstock der DEPFA nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat die HRE Asset-Backed Securities im Deckungsstock?

Zeuge Stéphane Wolter: Sie hatte mal welche. Die mussten aber schon, ich glaube, es war im Laufe des Jahres 2008, auf Anfor-

derung des Treuhänders wieder aus den Deckungsstöcken rausgenommen werden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Über das Volumen wissen Sie nichts?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, ich kenne das Volumen nicht. Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen klar, weshalb ein Zusammenbruch der DEPFA den gesamten deutschen Pfandbriefmarkt in den Abgrund gerissen hätte?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe das nicht auf den Pfandbriefmarkt abgestellt. Ich kannte natürlich unsere Gläubiger von der Hypo Real Estate Bank AG, und hier war mir schon bewusst, wen es im Prinzip treffen würde und in welchem Maße.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wer ist das?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich möchte jetzt eigentlich nicht über unsere Gläubiger sprechen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich möchte aber gern danach fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, aber nicht in öffentlicher Sitzung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Dann machen wir es halt in nichtöffentlicher.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sind Sie in der Lage, über die Gläubiger -- Ich darf der Fairness halber darauf hinweisen, dass über die Frage der Gläubigerlisten der Hypo Real Estate auch in den vergangenen Untersuchungsausschusssitzungen schon intensiv diskutiert worden ist. Wir haben Herrn Becker vom Finanzministerium hier, der sich auch gemeldet hat, damit der Zeuge nicht irgendwo in eine Schieflage gebracht wird. Herr Becker, bitte.

MR Markus Becker (BMF): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Deutsche Bundesbank in den Aktenlieferungen nach meiner Kenntnis Teile der Gläubigerlisten drin hat und die als VS-Geheim eingestuft hat. Wir werden das mit den Gläubigerlisten ebenfalls so machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das heißt, dieser Ausschuss wird die Gläubigerlisten nicht bekommen?

MR Markus Becker (BMF): Doch. Die werden, eingestuft als VS-Geheim, dem Ausschuss geliefert.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gut, okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Danke schön. - Das bitte ich zu berücksichtigen, falls Sie da jetzt noch eine entsprechende Aussage zu machen gedenken, Herr Wolter.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Also, wie gesagt, es waren - - Also, ich habe ja auch in einem Interview klar gesagt, dass es systemrelevant ist, weil es zumindest aufseiten der Hypo Real Estate Bank Gläubiger getroffen hätte, die dann sehr wohl große Schwierigkeiten, auch volkswirtschaftlich, hätten haben können.

Dr. Volker Wissing (FDP): Kennen Sie die gesamte Gläubigerliste, die Gläubigerstruktur?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe sie ja mit erstellt. Aber ich meine, es liegt jetzt schon eine Weile zurück. Also, ich kenne sie nicht mehr im Detail, und ich habe sie mir auch nicht mitgenommen bei meinem Ausscheiden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber in wesentlichen Zügen kennen Sie sie?

Zeuge Stéphane Wolter: In wesentlichen Zügen, ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie wollen aber die Frage, wer das ist, nicht in öffentlicher Sitzung beantworten?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein, möchte ich nicht. Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das verstehe ich. Ich werde Sie dann in nichtöffentlicher Sitzung noch mal fragen müssen.

Zeuge Stéphane Wolter: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich werde Sie dann in nichtöffentlicher Sitzung noch mal fragen müssen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ich habe Sie jetzt nicht - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich werde Sie dann in nichtöffentlicher Sitzung noch einmal fragen.

Zeuge Stéphane Wolter: Ja. Dann kann ich zumindest das sagen, woran ich mich noch erinnern kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch Fragen? - Nicht mehr. - Dann leite ich über zur SPD und erteile Frau Nina Hauer das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Wolter, ich habe noch mal eine Frage: Wir haben ja hier eine Reihe von Zeugen auch nach ihrer Einschätzung befragt, ob das denn ein wahrscheinliches Szenario war, dass innerhalb von wenigen Stunden der internationale Finanzmarkt komplett austrocknet, und die haben alle gesagt, das haben sie unter keinen Umständen für wahrscheinlich gehalten, zuletzt der ehemalige Präsident der Bundesbank, Tietmeyer, der ja nun profunde Fachkenntnisse im Bereich Finanzmarkt hat.

Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe - - Wie haben Sie es eingeschätzt? Haben Sie das für ein wahrscheinliches Szenario gehalten, dass der gesamte internationale Markt auf Grund laufen würde, so wie das dann am 15. September auch eingetreten ist?

Zeuge Stéphane Wolter: Nicht in dem Ausmaß, nein.

Nina Hauer (SPD): Aber Sie haben doch vorhin gesagt, Sie hätten Ihren Vorgesetzten das mitgeteilt, und die hätten die Einschätzung geteilt. War das die Einschätzung, die Sie weitergegeben haben, dass das gar nicht so wahrscheinlich ist, dass es eintritt, oder was war das, was Sie vermutet haben?

Zeuge Stéphane Wolter: Ich hatte ja bereits eingangs auch schon, wie ich mich erinnern kann, gesagt: Es wurde eingehend über dieses Szenario diskutiert, und dieses Szenario sieht ja ein Austrocknen - -

Nina Hauer (SPD): Über welches Szenario?

Zeuge Stéphane Wolter: Dieses Stressszenario.

Nina Hauer (SPD): Also haben Sie es für wahrscheinlich gehalten oder nicht?

Zeuge Stéphane Wolter: Ein Stressszenario ist immer unwahrscheinlich.

Nina Hauer (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sonst noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. - Dann leite ich über zur Fraktion Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich glaube, die Uhr brauchen wir nicht. - Nur noch mal die Frage -- Wenn Sie sagen, Lehman konnte keiner vorhersehen: Das ist so. Aber die Frage: Was wäre denn aus Ihrer Sicht sozusagen ein kleineres Szenario gewesen, was schon mindestens zu Riesenproblemen, wenn nicht sogar zum Zusammenbruch der HRE-Gruppe geführt hätte?

Zeuge Stéphane Wolter: Das habe ich ja vorher gesagt. Das wäre jetzt nicht *ein* Event gewesen; Lehman war ja ein Event. Dieses Event ist als höchst unwahrscheinlich einzuschätzen. Ich habe ja -- Das Szenario, was wir im Prinzip in der Treasury ja auch durchgespielt haben, war eher: Was passiert, wenn immer mehr Geld aus dem Interbankenmarkt abgezogen wird und man sich im Prinzip immer weniger gegenseitig leiht und das Misstrauen immer größer wird? Wie sieht es dann quasi in der entsprechenden Liquiditätsbilanz aus?

Hier kann man schon auch -- Das war ja dann im Prinzip der Entschluss, den ich ja dann auch gefasst habe. Ich habe gesagt: Wenn dieser schleichende Prozess weitergeht, dann ist irgendwann mal im Prinzip Schluss. Dann ist das aber nicht ein Szenario, das von einem Tag auf den anderen stattfindet, sondern das hätte -- Also, ich kann jetzt weder einen Zeitpunkt noch --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, gut. Es geht jetzt nicht um einen Zeitpunkt, sondern -- Noch mal die Frage: Hatten Sie jemals die Gelegenheit, das zum Beispiel mit den Wirtschaftsprüfern, also mit der KPMG,

zu besprechen, dass das zumindest Ihre Sichtweise ist?

Zeuge Stéphane Wolter: Nein. Zu dem Zeitpunkt, wo diese ganzen Themen schlagend wurden, richtig schlagend wurden, war ich nicht mehr in der Holding, und in der Treasury waren diese Themen seitens der KPMG nicht befragt worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Ihre Grundbefürchtung war ja bereits Ende 2007 da, und ich meine, eine Wirtschaftsprüfergesellschaft darf ja im Prinzip nur ein uneingeschränktes Testat geben, wenn man sagt: Die Firma gibt es mindestens zwölf Monate weiter. - Sagen wir mal: Ihre Befürchtungen sind ja zumindest, dass schleichend der Prozess schon in Richtung Illiquidität und Insolvenz gehen könnte.

Zeuge Stéphane Wolter: Den schleichenden Prozess haben wir erst richtig gespürt im zweiten Quartal 2008. Also, das war schon relativ weit nach meinem Ausscheiden aus der Holding. Die Befürchtung, die ich im Prinzip mit meinem Vorgesetzten auch geteilt habe, war ja nur diese Momentaufnahme, dieses Stressszenario, und zu sagen: Was passiert, wenn? - Hier war es so, dass man sagte: Man ist extrem abhängig vom Geldmarkt, und wenn der versiegt, dann fliegt einem das um die Ohren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Fertig? - Gut. Gibt es noch weitere Fragen an den Zeugen? - Dann, Herr Wolter, darf ich Sie, was den öffentlichen Teil angeht, entlassen, wobei ich natürlich darauf hinweise - das werde ich Ihnen aber zum Abschluss des nichtöffentlichen Teils noch etwas genauer sagen -, dass Ihre Vernehmung als Zeuge nicht hiermit, sondern erst durch Beschluss des Untersuchungsausschusses abgeschlossen ist.

Jetzt möchte ich nur noch bezüglich Herrn Wolter über das Prozedere reden. Da wende ich mich insbesondere an Herrn Troost und an Herrn Dr. Wissing. Herr Dr. Wissing hatte eben eine Frage gestellt zu einer Gläubigerliste. Die Antwort habe ich durch Mitteilung des BMF so verstanden, dass diese Gläubigerliste, eingestuft als Geheim, Teil der Akten ist, die sich seit Montag in der Geheimschutzstelle befinden. Herr Becker.

MR Markus Becker (BMF): Also, ich kann Ihnen sicher sagen, dass das BMF die liefern wird, und dann als VS-Geheim eingestuft. Ich gehe davon aus, dass sie in der Bundesbanklieferung, die diese Woche eingegangen ist - mir liegt sie nicht vor; ich kenne nur die Inhaltsverzeichnisse -, auch enthalten sein müsste, auch als VS-Geheim eingestuft.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann gebe ich das Wort einfach mal Herrn Holz, der aus dem entsprechenden Übersendungsschreiben der Bundesbank nun zitieren kann. - Danach müssten die da sein. Dann würde ich ganz einfach sagen: Wenn wir es ohnehin bekommen, dann sollten wir nicht Herrn Wolter dazu befragen.

(Zuruf: Ja, genau!
Selbstverständlich!)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann würde sich die Befragung von Herrn Wolter - es geht mir nur um das Handling - auf zwei Fragen oder eine Frage von Herrn Troost kanalisieren. Ist das richtig, Herr Troost?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Oder hat eine der anderen Fraktionen im nichtöffentlichen Teil auch noch Fragen an Herrn Wolter?

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Im Moment
nicht! - Zurufe: Nein!)

- Gut. Das heißt also, die Befragung von Herrn Wolter im nichtöffentlichen Teil wird eine sehr kurze sein, sodass ich beabsichtige - Herr Wolter, Sie müssen sich noch gedulden. Das heißt, die Information, dass Sie hier viel Zeit mitbringen müssen, erweist sich als zutreffend.

Ich schlage für die nichtöffentliche Befragung von Herrn Wolter vor, wenn wir vor der ersten namentlichen Abstimmung diesen Raum verlassen und sowieso in Raum 2.300 umziehen müssen, dass das vollzogen wird und dass wir dann nach der ersten namentlichen Abstimmung für die zehn Minuten, die die Befragung von Herrn Wolter vielleicht nur in Anspruch nehmen wird, uns nichtöffentlich in Raum 2.300 treffen und dann zur nächsten namentlichen Abstimmung gehen. Wir hatten

ja ursprünglich mal gedacht, für die namentlichen Abstimmungen für drei Stunden zu unterbrechen. Jetzt ist aber die Frage, ob wir das bei einer solchen Situation wirklich so „aufzisseln“ müssen.

Herr Wolter, Sie müssten mit dem Sekretariat noch regeln, wann, wo und wie Sie erreichbar sind. Sie werden dann in etwa eine halbe Stunde vor dem eigentlichen Erscheinen noch informiert werden, wo und wann wir Sie dann einzuvernehmen gedenken. Muss ich jetzt noch weitere Beschlüsse fassen lassen über die nichtöffentliche Einvernahme von Herrn Wolter? - Das ist nicht der Fall. Gut.

(Zuruf)

- Die Frage hat Herr Troost ja schon gestellt, und Herr Wolter hat dann auf diese Frage gesagt: Das ist eine Frage, die ich nur im nichtöffentlichen Teil beantworten kann. - Dieser Dialog ist ja schon geführt. Es ging auch um Zahlen, bei deren Bekanntgabe Herr Wolter aus seiner Sicht nun Angst hatte, ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis zu verletzen. Das ist also sichergestellt. Man kann auch aufgrund unseres Beschlusses, den wir heute vorsorglich gefasst haben, gleichzeitig hiermit bekannt geben, dass Sie sich zum nichtöffentlichen Teil, Herr Wolter, zu diesem gegebenen Zeitpunkt - das Weitere regelt das Sekretariat mit Ihnen - in Raum 2.300 heute Abend zur Verfügung zu halten hätten.

Einstweilen herzlichen Dank und gute Erholung bis dahin!

Zeuge Stéphane Wolter: Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann rufen wir den Zeugen Herrn Jakob auf.

**Vernehmung des Zeugen
Klaus-Dieter Jakob**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt fortfahren mit der heutigen Beweisaufnahmesitzung und begrüße Herrn Klaus-Dieter Jakob, geladen auf 14 Uhr - Herr Jakob, wir sind fast noch pünktlich; das ist nicht so ganz selbstverständlich - mit Ladungsschreiben mit Datum vom 22. Juni 2009.

Herr Jakob, formal zunächst ein paar Hinweise: Über die heutige Sitzung wird eine Tonaufnahme erstellt werden, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt, und Sie haben dann zwei Wochen lang Zeit, es zu ergänzen oder zu korrigieren. Sofern Ihre Befragung nicht in diesem Raum, sondern an anderer Stelle nichtöffentlich fortgesetzt werden müsste, kann diese Korrektur allerdings angesichts der damit verbundenen Einstufung dann als mindestens VS-Vertraulich nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages erfolgen.

Ferner sehe ich, dass Sie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen. Ich begrüße Sie, Herr Dr. Nöll, auf das Herzlichste! Ich glaube, eine Vorstellung Ihrer Person ist nicht vonnöten, da Sie dem Ausschuss schon mehrfach beiwohnen durften. Ich mache auch deswegen nur formal noch einmal darauf aufmerksam, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen jedoch selbst kein eigenständiges Rede- und Fragerecht zusteht und Sie Ihrem Mandanten - nur noch formal - während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben dürfen. Allerdings kann Ihr Mandant - das richtet sich jetzt an Sie, Herr Jakob - natürlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung jederzeit aufgrund einer Anfrage beantragen.

Folgende weitere Belehrungshinweise: Das Beweisthema, der Beweisbeschluss, der Untersuchungsauftrag sind Ihnen bekannt. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen. Das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zum Sachverhalt gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Widri-

genfalls sieht das Gesetz in § 153 StGB eine Strafe wegen uneidlicher Falschaussage vor, welche sich im Rahmen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bewegt. Das ist Ihnen sicherlich alles auch schon durch Ihren Rechtsbeistand im Vorfeld mitgeteilt worden, von daher durch mich nur der Vollständigkeit halber.

Ferner dürfen Sie nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes die Antwort auf solche Frage verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder einen Angehörigen der Gefahr einer strafprozessualen Verfolgung oder auch nur einer Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen dürfte oder könnte.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen von Geschäfts-, Privat- oder Dienstgeheimnissen nicht in öffentlicher Sitzung verlaublichbar werden können, bitte ich Sie einfach um entsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss einen entsprechenden Beschluss fassen kann, um Ihre Vernehmung dann in einer nach der Geheimschutzordnung eingestuften Sitzung fortzusetzen.

Abschließend noch die Frage, bevor ich Sie zu Ihrer Person befrage: Nach dem Untersuchungsausschussgesetz hat jeder Zeuge die Möglichkeit, entweder auf Fragen zu antworten oder aber zuvor zu dem Beweisthema einen Kurzüberblick aus seiner Sicht zu geben, je nachdem, wie er das gerne hätte. Von welcher Möglichkeit möchten Sie Gebrauch machen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich möchte zu Anfang eine kurze Erklärung abgeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. - Dann brauche ich von Ihnen nur noch Ihren vollen Namen - Klaus-Dieter Jakob, vermute ich mal -

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - und dann eine ladungsfähige Anschrift; das kann auch Ihre Dienststelle sein.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Also, mein Name ist Klaus-Dieter Jakob, und die Anschrift ist: ...[Anschrift hier nicht wiedergegeben].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen. - Herr Jakob, bitte sehr.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Anfang meiner Befragung eine kurze Stellungnahme abgeben, die sich beschäftigt einerseits mit dem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich von meiner Person, aber auch mit der Frage letztlich, wie es dazu kommen konnte, dass die Bankenaufsicht, letztlich auch mein Verantwortungsbereich, nicht verhindern konnte, dass die Hypo Real Estate zahlungsunfähig wurde.

Vielleicht kurz noch zu meiner Person: Ich leite den Regionalbereich Banken und Finanzaufsicht der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung in München seit März 2003 und war davor zehn Jahre Leiter des Referats Prüfungen, das mittlerweile Herr Eder leitet, der ja schon vor diesem Ausschuss aussagen durfte.

Vielleicht kurz zu den Aufgaben des Regionalbereichs: Der Regionalbereich Banken und Finanzaufsicht ist zuständig für die laufende Aufsicht der Institute mit Sitz im Freistaat Bayern als auch für die Prüfungen bei diesen Instituten.

Um mit den Prüfungen anzufangen: Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich dahin gehend, dass Mitarbeiter vor Ort bei den Instituten die Geschäftsräume betreten, Interviews, Gespräche mit den Mitarbeitern und leitenden Mitarbeitern der geprüften Institute führen, Unterlagen durchsehen und darüber einen Bericht verfertigen. Der Prüfungsauftrag für die Prüfung kommt von der BaFin, und darin ist auch der Untersuchungsgegenstand festgelegt.

Demgegenüber ist die laufende Aufsicht damit befasst, alle Informationen, die über ein Institut, also Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut, bekannt sind, auszuwerten, und zwar insbesondere Informationen, die bestehen können in Form von Prüfungsberichten des Bilanzprüfers eines Kreditinstitutes, unseren eigenen Prüfungsberichten, bankaufsichtlichen Meldungen, Aufsichtsgesprächen mit Vertretern von Instituten und auch öffentlich bekannt gewordenen Informationen.

All das wird letztlich zusammengefasst in der laufenden Aufsicht zu einer Einschätzung des Institutes und dann der BaFin übermittelt. Das heißt, unsere Aufgabe besteht darin, auf der Basis dieser Informationen die Sachverhalte, die ein Institut betreffen, komplett

aufzuklären, diese zu bewerten, zu analysieren und letztlich die Bewertung und gegebenenfalls einen Handlungsvorschlag an die BaFin zu übermitteln.

Die laufende Aufsicht bei uns im Regionalbereich in München ist zuständig für insgesamt 440 Banken und 200 Finanzdienstleistungsinstitute. Um diese Aufgabe zu bewältigen, ist die laufende Aufsicht aufgeteilt in drei Referate: eines für Kreditbanken, eines für Kreditgenossenschaften und eines für Sparkassen und Finanzdienstleistungsinstitute.

Von besonderem Interesse hier im Ausschuss ist natürlich die Beaufsichtigung der Hypo-Real-Estate-Gruppe. Die Zuständigkeit hierfür lag und liegt immer noch im Referat Kreditbanken, das von Herrn Schnitzler geleitet wird, der heute auch vor diesem Ausschuss erscheinen wird.

Neben Herrn Schnitzler ist für die Beaufsichtigung der Hypo-Real-Estate-Gruppe zuständig ein Sachgebietsleiter und Institutsbetreuer.

Vielleicht zu dem Institutsbetreuer noch ein Wort: Der Institutsbetreuer hat die Aufgabe, fortlaufend das Institut zu beobachten, Informationen auszuwerten. Unser Bestreben ist auch, dass ein Institutsbetreuer möglichst auf Dauer immer das gleiche Institut betreut, damit er einen umfassenden Überblick darüber besitzt.

Hinsichtlich der Hypo-Real-Estate-Gruppe lag die Zuständigkeit für die Aufsicht dieser Gruppe vonseiten der Bundesbank bis Ende 2006 bei der Hauptverwaltung in Stuttgart, weil damals das übergeordnete Unternehmen dieser Gruppe seinen Sitz in Stuttgart hatte. Seit Anfang 2007 ist die Hypo Real Estate Bank mit Sitz in München das übergeordnete Unternehmen dieser Gruppe, und seitdem ist die Zuständigkeit für die Beaufsichtigung dieser Gruppe auch hier im Regionalbereich Banken und Finanzaufsicht in München angesiedelt.

Die Beaufsichtigung dieser Gruppe erfolgt, wie gesagt, im Zuständigkeitsbereich des Referatsleiters mit seinem Sachgebietsleiter und einem Institutsbetreuer. Ich muss dazusagen: Normalerweise betreut ein Institutsbetreuer etwa sechs bis sieben Kreditinstitute, die als nicht systemrelevant gelten. Anfang 2007 war ja die Hypo-Real-Estate-Gruppe formal noch nicht als systemrelevant klassifiziert. Anfang 2008 haben wir dann diese Gruppe um einen weiteren Vollzeitmitarbeiter erweitert. Ab August haben wir einen

weiteren Prüfer für die Beaufsichtigung dieser Gruppe abgeordnet. Schließlich ist ab Oktober 2008, nach dem Rettungswochenende, nach der Rettungsaktion, noch ein weiterer Mitarbeiter dazugestoßen. Also, insgesamt wird die Gruppe mittlerweile von vier Institutsbetreuern, Teammitgliedern, betreut, plus einem Sachgebietsleiter und einem Referatsleiter.

Die Hypo-Real-Estate-Gruppe wurde am 26.06.2008 formal als systemrelevantes Institut klassifiziert. Wie Sie aus meinen Schilderungen hoffentlich entnehmen konnten, ist es so, dass wir auch bereits vor diesem Termin die Beaufsichtigung dieser Gruppe intensiviert haben, über das bei einem normalen Kreditinstitut, einem nicht systemrelevanten Kreditinstitut, Übliche hinaus. - So weit zum organisatorischen Teil.

Vielleicht noch zwei kleine Bemerkungen zum Thema „Aufgabenteilung mit der BaFin“, obwohl das möglicherweise hier im Ausschuss auch schon öfter Thema war.

Zur Aufgabenteilung in der Bankenaufsicht. Was haben wir für eine Aufgabenteilung gegenüber der BaFin in unserer Tätigkeit? Ich erwähnte schon: Unsere Aufgabe ist es, die Sachverhalte zu klären, zu analysieren, zu bewerten und entsprechend gegebenenfalls Handlungsvorschläge der BaFin zu unterbreiten, und Aufgabe der BaFin ist es, gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen gegen das Institut, das heißt Verwaltungsakte anzuordnen. Faktisch ist es aber auch so, dass bei systemrelevanten Instituten auch die BaFin sich in die Sachverhaltsklärung einschaltet.

Insgesamt möchte ich an dieser Stelle auch betonen, dass die Zusammenarbeit zwischen unserem Regionalbereich und dem zuständigen Fachreferat der BaFin, das für die Hypo-Real-Estate-Gruppe zuständig war, sehr gut ist, sehr gut war und von sehr kooperativem Geist geprägt war.

Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, noch eine kurze Bemerkung zum Verhältnis des Regionalbereiches Banken und Finanzaufsicht zur Zentrale der Deutschen Bundesbank. Innerhalb der Deutschen Bundesbank obliegt die laufende Aufsicht über die Institute den Regionalbereichen in den zuständigen Hauptverwaltungen. Die Zentrale ist hier in der laufenden Aufsicht nicht operativ tätig. Sie wird jedoch von uns regelmäßig unterrichtet über alle systemrelevanten Institute und über

alle Probleminstitute, die auch nicht systemrelevant sein können.

Aufgabe der Zentrale der Bundesbank ist ferner, zusammen mit der BaFin das Bankenaufsichtsrecht fortzuentwickeln, in internationalen Gremien in Basel und in Brüssel zusammen mit der BaFin mitzuwirken und auch die Tätigkeit der Hauptverwaltungen zu koordinieren, insbesondere auch die internen Abläufe bei der Beaufsichtigung der Institute zu normieren und festzulegen. Bei den Prüfungen hat sie darüber hinaus auch eine qualitätssichernde Aufgabe; jeder Prüfungsbericht von Prüfungen, die wir durchgeführt haben, ist auch der Zentrale zur Qualitätssicherung vorzulegen. Zudem ist sie Anlaufstelle für Auslegungsfragen zu bankenaufsichtlichen Themen, die sie im Regelfall aber vorher mit der BaFin abstimmt.

In Krisensituationen - das war jetzt hier zum Beispiel bei der Hypo Real Estate der Fall - ist die Zentrale der Bundesbank stärker auch in das Operative eingebunden, und zwar deswegen, weil an Krisenverhandlungen vor Ort entweder der Bundesbankpräsident oder andere Vorstandsmitglieder teilnehmen und der Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht den Präsidenten der Bundesbank und andere Vorstandsmitglieder zu diesen Sitzungen vorher unterrichtet und unterstützt.

Die Kommunikation mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilität, SoFFin, läuft ebenfalls nicht direkt von uns zum SoFFin, sondern nur über die Zentrale, über den Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht. Umgekehrt erhalten wir auch vom SoFFin nur über den Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht Informationen über Entscheidungen von Instituten, die wir beaufsichtigen.

Damit möchte ich eigentlich meinen kurzen Überblick zu dem Thema „Aufgabenteilung Regionalbereich, Hauptverwaltung Bundesbank, Zentrale Bundesbank und BaFin“ abschließen und möchte mich inhaltlich zu dem Thema, das heute auch Gegenstand der Befragung wohl sein wird, äußern, und zwar zur Frage: Warum geriet die Hypo-Real-Estate-Gruppe in existenzielle Schwierigkeiten, und warum konnte die Bankenaufsicht das nicht verhindern?

Ich möchte mich dieser Frage zunächst einmal allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus nähern. Bekanntlich rühren ja die Liquiditätsprobleme der Hypo-Real-Estate-Gruppe von dem Erwerb der DEPFA. Das heißt, die DEPFA plc in Dublin, dieser

Teilkonzern, ist die Ursache für die Liquiditätsprobleme der Hypo-Real-Estate-Gruppe. Im Oktober 2007 war die Übernahme dieser Gruppe, der DEPFA, durch die Hypo-Real-Estate-Gruppe vollzogen, und bereits zu diesem Zeitpunkt - genauer gesagt: im November 2007 - gab die Hypo Real Estate öffentlich Zahlen zur Liquiditätssituation und Refinanzierungsstruktur der DEPFA plc bekannt - deswegen kann ich die hier auch in öffentlicher Sitzung erwähnen -, und zwar beziehen die sich auf den Stand 30. September 2007.

Demnach setzten sich die erforderlichen Finanzierungsmittel der DEPFA in Höhe von insgesamt 213 Milliarden Euro zusammen aus 44 Prozent gedeckten Schuldverschreibungen - also zum Beispiel Pfandbriefen oder vergleichbaren gedeckten Wertpapieren -, zu weiteren 7 Prozent aus langfristigen ungedeckten Schuldverschreibungen - das heißt solchen, bei denen allein die Bonität der DEPFA maßgeblich war -, zu weiteren 23 Prozent aus relativ kurzfristigen Geldmarktfinauzierungen, die mit Wertpapieren besichert sind - man bezeichnet solche Geschäfte auch als Repo-Geschäfte, kurzfristige Geldmarktgeschäfte, bei denen also derjenige, der Geld aufnimmt, dem Gläubiger zusätzlich als Sicherheit Wertpapiere verpfändet -, und weiterhin zu den verbleibenden 26 Prozent aus ungesicherten kurzfristigen Geldmarktaufnahmen. Das heißt, insgesamt 49 Prozent der gesamten Refinanzierungsseite der DEPFA-Gruppe bestand aus kurzfristiger Refinanzierung am Geldmarkt, etwa je zur Hälfte besichert durch Wertpapiere und unbesichert.

Dem stand zum gleichen Zeitpunkt ein Liquiditätspuffer in Form von Wertpapieren gegenüber, die bei der EZB eingeliefert werden konnten, sodass die DEPFA unverzüglich auf dieser Basis einen Notenbankkredit von der EZB bekommen konnte in Höhe von 45 Milliarden Euro, also EZB-fähige Wertpapiere plus Wertpapiere, die bei Wertpapiergeschäften, bei Repo-Geschäften, als Sicherheit herangezogen werden können. Dafür waren also 45 Milliarden an Wertpapieren vorhanden, die als Liquiditätspuffer letztlich dienen konnten.

Zusammen mit diesen Zahlen stellte die HRE im November der Öffentlichkeit die Refinanzierung der DEPFA so dar, dass die DEPFA sich im Rahmen der Liquiditätskrise als sehr robust erwiesen habe, dank der

hohen Qualität ihrer Aktiva und des direkten Zugangs zu institutionellen Investoren.

Wenn man diese Zahlen und auch die Äußerungen in der Öffentlichkeit hierzu jetzt auch weiterhin wirtschaftlich betrachtet, so war diese Aussage durchaus plausibel. Die DEPFA betrieb nämlich im Wesentlichen das Staatsfinanzierungsgeschäft und Infrastrukturfinanzierungen. Diese Kreditgeschäfte sind relativ risikoarm, bezogen auf das Adressenrisiko, das mit diesen Kreditgeschäften verbunden ist. Aus diesem Grund - weil es so risikoarm war - wies die DEPFA vor der Übernahme durch die Hypo Real Estate ein externes Rating von Standard & Poor's von „AA-“ aus. Die alte HRE, also vor der Übernahme, verfügte demgegenüber „nur“ - in Anführungszeichen - über ein Rating von „A-“, also drei Stufen schlechter als die erworbene und übernommene DEPFA plc. Die Hypo Real Estate Holding wollte deshalb auch nach der Übernahme der DEPFA diese getrennt von der restlichen Hypo Real Estate halten, um das relativ gute Rating der DEPFA nicht zu gefährden.

Nach der Bekanntgabe der Übernahmeabsicht durch die Hypo Real Estate senkte Standard & Poor's das Rating der DEPFA um eine Stufe von „AA-“ auf „A+“, während gleichzeitig das Rating der Hypo Real Estate um eine Stufe auf „A“ hochgesetzt wurde. Das bedeutete letztlich, dass die Ratingagentur die Übernahme für die DEPFA nachteilig sah, da sie ihr Rating herabsetzte, und sie für die Hypo Real Estate als Vorteil ansah und folglich deren Rating heraufsetzte.

Warum erwähne ich dieses Rating? Das Rating ist entscheidend für die Frage: Wie günstig oder ungünstig kann sich ein Kreditinstitut refinanzieren? Das gute Rating bedeutet günstige Refinanzierungskosten, und gerade diese günstigen Refinanzierungskosten sind wichtig, sind essenziell für das Betreiben des Staatsfinanzierungsgeschäftes. Denn in diesem Geschäft - ich erwähnte es: einem risikoarmen Kreditgeschäft - gibt es nur geringe Gewinnmargen zu verdienen, und deswegen ist hier diese günstige Refinanzierung von großer Bedeutung.

Das verbleibende „A+“-Rating für die DEPFA plc bedeutete aber nach allgemeiner Ansicht auch - dieser Ansicht haben wir uns angeschlossen -, dass die jederzeitige, auch kurzfristige unbesicherte Refinanzierung am Geldmarkt als gegeben unterstellt werden konnte. Das heißt, die DEPFA wurde als so

kreditwürdig angesehen, dass sie von anderen Banken und Versicherungen auch ohne Sicherheit Geld aufnehmen konnte.

Das Geschäftsmodell der DEPFA bestand also zu einem Teil darin, letztlich Erträge dadurch zu generieren, dass man sich in erheblichem Umfang kurzfristig refinanzierte; denn die kurzfristige Refinanzierung war auch wiederum günstiger als eine längerfristige. Dieses Geschäftsmodell war bestimmt risikoreich, wie man im Nachhinein natürlich auch gesehen hat; aber es war auch nicht unrealistisch von vornherein. Es machte die DEPFA und damit auch die Hypo-Real-Estate-Gruppe insgesamt aber sehr anfällig für Störungen am Geldmarkt.

Die Geld- und Kapitalmärkte, nicht nur in Deutschland, sondern international, waren zu der Zeit, ab Mitte 2007, wegen der anhaltenden Finanzkrise gestört, und zwar in der Weise gestört, dass längerfristige Refinanzierungen immer schwieriger wurden, und wenn welche realisiert werden konnten, dann nur zu extrem schlechten Konditionen, also extrem hohen Zinsen.

Dieser Prozess immer schwieriger werdender längerfristiger Refinanzierungen setzte sich im Laufe der Finanzkrise weiter fort. Er führte dazu, dass bei allen Banken, die auf die Refinanzierung auf dem Geldmarkt und Kapitalmarkt angewiesen waren, die Refinanzierungsstruktur tendenziell immer kurzfristiger wurde - ein schleichender, aber anhaltender Prozess. Der Geldmarkt zwischen den Banken, das heißt der kurzfristige Teil dieser Refinanzierung, funktionierte zwar noch, aber nur mit Laufzeiten schwerpunktmäßig im Tagesbereich oder bis zu drei Monaten.

Mit der Lehman-Insolvenz am 15. September 2008 und dem allgemeinen und abrupten Vertrauensverlust zwischen den Banken stoppte die kurzfristige Refinanzierung am Geldmarkt, auch gegen Sicherheiten, fast vollständig - eine Situation, die es vorher an den Finanzmärkten noch nie gegeben hatte -, sodass von da an die Tage für die Zahlungsunfähigkeit der Hypo Real Estate gezählt waren.

Die Liquiditätsnöte nach dem Lehman-Debakel, nach der Lehman-Insolvenz, waren jedoch nicht nur auf die Hypo-Real-Estate-Gruppe beschränkt, sondern betrafen existenziell auch andere Institute in anderen Ländern. Zum Beispiel gerade an diesem ersten Krisenwochenende der Hypo Real Estate vom 26. bis 28. September 2009 [sic!]

wurden gleichzeitig in anderen Ländern mit vergleichbaren Instituten ebenfalls Krisengespräche geführt, so mit der Dexia, der belgisch-französischen Bankengruppe, die sich auch im Wesentlichen um die Staatsfinanzierung kümmert, aber auch mit dem Fortis-Konzern, dem großen Bank- und Versicherungskonzern, der in Belgien und den Niederlanden, zum Teil auch in Luxemburg, eine überragende Rolle für das Finanzsystem in diesen Ländern spielt, sowie auch der Hypothekbank Bradford & Bingley in Großbritannien.

Alle diese Fälle weisen ein vergleichbares Geschäftsmodell wie die DEPFA aus - das ist der Grund, warum ich das hier erwähne -, insbesondere eine kurzfristige Refinanzierung. Auch diese Institute konnten nur mit staatlicher Hilfe aufgefangen werden, da sie für die Finanzmärkte in diesen Ländern eine ebenso bedeutsame Rolle spielten wie die Hypo Real Estate. Die Liquiditätsnöte nach der Lehman-Insolvenz - das möchte ich durch diese Erwähnung eigentlich damit nur feststellen - waren also kein isoliertes deutsches Problem, sondern sie betrafen auch andere Institute im Ausland.

Zurück zu dem Thema „Kreditstopp nach der Lehman-Insolvenz“. Es war absehbar, dass nach dieser Lehman-Insolvenz der bestehende Kreditstopp zwischen den Banken und der ausgetrocknete Kapitalmarkt nach und nach auch andere deutsche Institute in Schwierigkeiten gebracht hätten. Deswegen wurde ja schließlich der Sonderfonds für Finanzmarktstabilität geschaffen - eine in dieser Situation äußerst nötige und vollkommen richtige Entscheidung.

Doch nun, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, möchte ich mich der eigentlichen Frage noch weiter nähern, der Frage nämlich: Warum konnte die Bankenaufsicht in Deutschland die Liquiditätskrise und Zahlungsunfähigkeit konkret der Hypo Real Estate nicht verhindern? Am 29.10.2007 wurde der BaFin und uns die Übernahme der DEPFA durch die Hypo Real Estate formell angezeigt. Dieser Begriff „angezeigt“ beleuchtet schon einen problematischen Punkt. Der Erwerb der DEPFA war nur anzeigepflichtig. Es gibt keine Zustimmungspflicht der Aufsicht für Beteiligungen von Kreditinstituten an anderen Kreditinstituten. Die Bankenaufsicht - damit meine ich BaFin und Bundesbank - konnte die Übernahme nur zur Kenntnis nehmen und sie ab der vollzogenen Übernahme auch in das

bankaufsichtliche Visier nehmen. Das taten wir auch.

Bereits am 05.11.2007 führten wir ein Aufsichtsgespräch mit den leitenden Personen der Hypo-Real-Estate-Gruppe, in dem von unserer Seite auch die Refinanzierungsstruktur der DEPFA angesprochen wurde. Einzelheiten zu diesem Gespräch kann ich allerdings jetzt in öffentlicher Sitzung nicht sagen, sondern das könnte ich in dem vertraulichen Teil machen. So viel sei aber gesagt: Die Aussagen der Vertreter der Hypo Real Estate zur Refinanzierungsstruktur der DEPFA deckten sich mit den wenig später auch öffentlich bekannt gegebenen Zahlen. Gleiches gilt auch für den vorhandenen Liquiditätspuffer und die angabegemäß problemlose Refinanzierung über die EZB und über den besicherten Geldmarkt und schließlich auch den Hinweis, dass die Refinanzierung der DEPFA in den schwierigen Zeiten der Finanzmarktkrise sehr robust und problemlos dargestellt werden konnte, insbesondere wegen deren hoher Qualität der Aktiva. Aufgrund der vorhin schon dargelegten Situation, nämlich des guten Ratings der DEPFA und der bisher problemlosen Refinanzierung der DEPFA am Geld- und Kapitalmarkt, erschien uns diese Aussage zum damaligen Zeitpunkt plausibel.

Dann kam der 15. Januar 2008. Am 15. Januar 2008 gab die Hypo-Real-Estate-Gruppe ihr vorläufiges Jahresergebnis 2007 bekannt und informierte dabei über starke Belastungen der Ertragslage aufgrund eines Wertberichtigungsbedarfs bei US-amerikanischen Collateralized Debt Obligations, also besicherten Schuldverschreibungen, CDOs. Diese Verluste, die in ihrer Höhe von 390 Millionen Euro, verglichen mit anderen Größenordnungen anderer Banken, noch relativ überschaubar waren, überraschten gleichwohl den Markt, da die Hypo-Real-Estate-Führung bisher immer kommuniziert hatte, sie habe keinerlei Probleme mit der Subprime-Krise in den USA - ein Eindruck, den die Hypo-Real-Estate-Gruppe auch bei mehreren Gelegenheiten gegenüber der Bankenaufsicht vermittelt hatte.

Aufgrund dieser überraschenden Bekanntgabe setzte die BaFin kurzfristig ein Aufsichtsgespräch mit dem Vorstand der Hypo Real Estate Holding an am 22. Januar 2008. Dort wurde unter anderem die unzureichende Information der Bankenaufsicht durch die Hypo Real Estate kritisiert und ein umfassender Finanz- und Risikobericht der

Hypo-Real-Estate-Gruppe angefordert, der erstmals auch die DEPFA plc beinhalten sollte.

Dieser angeforderte Bericht stellte die Finanz- und Risikolage umfassend dar, trug das Datum 28. Januar 2008 und ging uns zeitnah nach diesem Datum zu. Er stellte also erstmals die verschiedensten Risikobereiche der Hypo Real Estate umfassend dar, einschließlich deren Liquiditätssituation.

Wir haben diesen Bericht sehr sorgfältig analysiert. Dabei ergaben sich eine ganze Reihe von Unklarheiten und Fragen, auch zur Liquiditätssituation. Diese Unklarheiten und die allgemein bekannte kurzfristige Refinanzierungssituation der DEPFA veranlassten uns, ab Ende 2008 einen wöchentlichen Liquiditätslimitreport der Hypo-Real-Estate-Gruppe anzufordern, und kurz danach, ab 11. März 2008, hatten wir ihn täglich angefordert.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs zum Thema „Sonderprüfung bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe“. Bereits in 2007 - genauer gesagt: am 8. Juni 2007 - hatten wir für die Hypo-Real-Estate-Gruppe eine Sonderprüfung durch uns vorgeschlagen, und zwar sollte sich diese auf die Risikosteuerung der gesamten Hypo-Real-Estate-Gruppe beziehen. Die Übernahme der DEPFA unterstrich eigentlich das Erfordernis dieser Prüfung.

Diesen Vorschlag, den wir der BaFin übermittelt hatten, hat sich die BaFin zu eigen gemacht und diese Prüfung in die Prüfungsplanung 2008 aufgenommen. Nach den überraschenden Verlusten in amerikanischen CDOs, die ich bereits erwähnte, Mitte Januar 2008, veranlasste jedoch die BaFin, die Prüfungsplanung kurzfristig umzustellen. Die Prüfung wurde auf den 18. Februar 2008 vorgezogen und als Schwerpunkt der Prüfung die Bewertung sogenannter strukturierter Produkte vorgegeben. Das heißt, im Schwerpunkt sollte es bei der Prüfung darum gehen, Asset-Backed Securities, hypothekenbesicherte Wertpapiere und daraus abgeleitete strukturierte Wertpapiere wie CDOs näher zu untersuchen, und zwar hinsichtlich der Vollständigkeit der erfassten Wertpapierpositionen, der Zeitnähe der Bewertung, der Richtigkeit und Plausibilität der Bewertung und des korrekten Ausweises in der Bilanz. Dies waren die Schwerpunkte der Sonderprüfung bei der Hypo Real Estate und beim DEPFA-Teilkonzern in Dublin. Daneben sollten auch einzelne Aspekte des Risiko-

controllings untersucht werden, soweit sich diese auf strukturierte Produkte bezogen.

Wir haben unsere Sonderprüfung bei der Hypo Real Estate im Februar/April 2008 dazu benutzt, soweit möglich auch Unklarheiten, die sich bei der Analyse des Finanz- und Risikoberichtes vom 28. Januar 2008 ergaben, zu klären. Wie bekannt - das brauche ich an der Stelle nicht zu wiederholen -, ergaben sich bei unserer Prüfung eine ganze Reihe gewichtiger Feststellungen, die sich auf die Liquiditätsrechnung und den darauf aufbauenden Liquiditätsreport bezogen. An der Stelle möchte ich diesen Exkurs zum Sonderprüfungsteil beenden.

Wieder zurück zum eigentlichen Thema, der Liquiditätslage, nämlich der Tatsache, dass wir ab 11. März 2008 täglich diese Liquiditätsreports der Hypo Real Estate erhielten. Jetzt werden Sie sich wahrscheinlich fragen: Warum war die Zuspitzung der Lage der Hypo Real Estate bis hin zu deren Existenzkrise für die Bankenaufsicht nicht vorhersehbar? Waren denn in den Liquiditätsreports die Liquiditätsschwierigkeiten der Hypo Real Estate nicht erkennbar? - Die Antwort darauf ist: Ja, die Liquiditätslage war erkennbar. Auch wenn einige durchaus erhebliche Eventualzahlungen in der Liquiditätsübersicht nicht berücksichtigt waren, so stimmte doch das große Bild. Die Hypo-Real-Estate-Gruppe, genauer gesagt die DEPPFA, war zu einem erheblichen Teil kurzfristig refinanziert.

Die Hypo Real Estate selbst errechnete in diesem Report ein Worst-Case-Szenario - also ein Szenario für den schlechtesten Fall -, wie es auch bei anderen Banken üblich war. Einzelheiten zu dem Worst-Case-Szenario bin ich gerne bereit in vertraulicher Sitzung bekannt zu geben und mitzuteilen. Allgemein kann ich hierzu sagen, dass bei solchen Worst-Case-Szenarien in der Regel unterstellt wird, dass keinerlei unbesicherte Refinanzierung mehr am Geld- und Kapitalmarkt möglich ist, wohl aber besicherte Refinanzierungen, also zum Beispiel die Ausgabe von Pfandbriefen oder der Abschluss von Repo-Geschäften, Geldmarktgeschäften, gegen Wertpapiersicherheiten.

Das von der HRE verwendete Szenario erschien uns unvollständig, sodass wir es anhand der zur Verfügung gestellten, von uns angeforderten Zahlen selbst ergänzten und dadurch aus unserer Sicht einen zutreffenderen Einblick in die Liquiditätssituation der HRE im schlimmsten Fall hatten.

Der Zeitpunkt, bis zu dem die Hypo-Real-Estate-Gruppe im schlimmsten Fall zahlungsunfähig wurde, war relativ kurz. Das heißt, der Zeitraum, ab dem die laufenden Ein- und Auszahlungen und Eventualzahlungen, die wir im Szenario als gegeben unterstellt haben, und unter den Bedingungen des Worst-Case-Szenarios errechneten Liquiditätsbedarfe - - Dieser Zeitpunkt, bis zu dem die Hypo Real Estate noch zahlungsfähig war, war relativ kurz, aus unserer Sicht, meiner Sicht erschreckend kurz.

Die täglich einlaufenden Liquiditätsmeldungen der Hypo Real Estate zeigten jedoch, dass deren angespannte Liquiditätssituation zwar weiterhin angespannt war, dass sie sich aber gleichwohl nicht verschlechterte. Es lagen auch keine Anhaltspunkte vor, dass die HRE Probleme mit der kurzfristigen Verlängerung auslaufender Geldmarktgeschäfte hätte. Der vorhandene Liquiditätspuffer wurde auch über die gesamte Laufzeit dieser Meldungen praktisch kaum aufgebraucht. Erst durch die Lehman-Insolvenz stoppte über Nacht die Geldmarktrefinanzierung, sodass sich das Worst-Case-Szenario der Hypo Real Estate realisierte. Die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit stellte sich dann auch relativ kurzfristig ein.

Ich muss dazu ergänzen, dass bis zur Lehman-Insolvenz niemand - weder bei den Banken noch in der Aufsicht - damit gerechnet hat, dass sich ein solches Worst-Case-Szenario einmal tatsächlich realisiert. Es konnte sich schlicht niemand vorstellen, dass die US-Regierung oder eine andere große Industrienation je eine als systemrelevant geltende und so international vernetzte Institution wie zum Beispiel die Investmentbank Lehman Brothers nicht auffangen würde, zumal die US-Regierung zuvor bereits die kleinere Investmentfirma Bear Stearns gerettet hatte.

Natürlich wussten zum damaligen Zeitpunkt und davor alle, dass insbesondere US-amerikanische Banken und Investmentfirmen besonders stark von der Subprime-Krise betroffen waren. Es konnte sich jedoch niemand vorstellen, dass die US-Regierung die Insolvenz einer international tätigen Bank tatsächlich in Kauf nehmen würde. Dieses vollkommen unerwartete Ereignis mit entsprechend schmerzhaften Verlusten bei den Geldgebern der Lehman-Bank führte praktisch zu einer Schockstarre bei den Banken und zu einem nahezu vollständigen Ruhen der Geldmarktaktivitäten. Jede Bank behielt

ihre Liquidität zunächst für sich und legte sie lieber niedrig oder unverzinslich bei der Zentralbank an, statt sie anderen Banken unbesichert oder auch gegen Wertpapiere herauszugeben. In einer solchen Situation hätte man zusehen können, wie entsprechend der individuellen Vorlaufzeit eine Bank nach der anderen zahlungsunfähig wird. Eine solche Systemkrise kann nur abgewendet werden, wenn die Zentralbanken einspringen und ihre Funktion als unendlicher Geldspeicher, als Lender auf Last Resort wahrnehmen, so, wie sie es ja auch tatsächlich getan haben.

Aber noch einmal zu der Frage: Hätte man die Hypo-Real-Estate-Krise bankaufsichtlich verhindern können? Die Frage richtet sich nach den Handlungsmöglichkeiten der Bankenaufsicht. Ich hatte bereits zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt, wie die Aufgabenteilung zwischen BaFin und Bundesbank ist. Bankaufsichtliche Handlungen, Maßnahmen, Anordnungen sind Aufgabe der BaFin. Die Bundesbank klärt die Sachverhalte auf, analysiert sie, bewertet sie und berichtet sie an die BaFin. Ich denke, dass die Bundesbank ihre Aufgabe in der Sachverhaltsaufklärung und -analyse hier vollständig erfüllt hat. Aber auch hinsichtlich der BaFin möchte ich sagen, dass ihr in dieser Situation keine bankaufsichtlichen Möglichkeiten gegeben waren, auch nicht aus unserer Sicht.

Bankaufsichtliche Eingriffe in die Geschäftstätigkeit einer Bank sind nur möglich, wenn es hierzu eine Rechtsgrundlage gibt. Bezüglich der Liquidität - das ist ja das Thema bei der DEPFA - ist es aber so, dass bankaufsichtliche Liquiditätsanforderungen - die gibt es im KWG und in der Liquiditätsverordnung - nur pro Einzelinstitut einzuhalten sind, nicht gruppenweise, also nicht für die gesamte Institutsgruppe, wie zum Beispiel die Hypo-Real-Estate-Gruppe. Die deutschen Institute der Hypo-Real-Estate-Gruppe, die der deutschen Bankenaufsicht unterlagen, hielten die bankaufsichtlichen Anforderungen, wie sie in der Liquiditätsverordnung niedergelegt sind, ein. Hier konnte man also keine Ansatzpunkte für bankaufsichtliche Maßnahmen ableiten. Die DEPFA plc mit ihren weiteren Konzerntöchtern unterlag und unterliegt bis heute nicht dem KWG und auch damit nicht dessen Liquiditätsanforderungen.

Wie schon erwähnt, gibt es für die Gruppe insgesamt keine Liquiditätsanforderungen, sodass diese auch nicht eingefordert werden konnten. Einziger Ansatzpunkt der deutschen

Bankenaufsicht bezüglich der Liquidität der Hypo-Real-Estate-Gruppe - genauer gesagt der DEPFA - war und ist der § 25 a KWG, der nicht nur von den Einzelinstituten eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ein angemessenes Risikomanagement verlangt, sondern - mit gewissen Einschränkungen - auch auf Gruppenebene. Das heißt, es gibt Anforderungen bezüglich der Erstellung, Analyse und Berichterstattung des Liquiditätsrisikos, die auch auf der Gruppenebene gelten.

Die Erfüllung dieser Anforderungen haben wir, soweit es der Prüfungsauftrag hergab, im Rahmen unserer Sonderprüfung geprüft, auch in Dublin, wie man ja inzwischen weiß. Hierbei haben wir erhebliche Mängel aufgedeckt, deren Behebung die BaFin von der Hypo Real Estate angemahnt hat. Mit anderen Worten: Was an bankaufsichtlichen Handlungsmöglichkeiten gegeben war, wurde meines Erachtens bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe auch genutzt.

Die zutreffende Schlussfolgerung, die man aus dieser Erkenntnis ziehen muss, ist die, dass das bankaufsichtliche Instrumentarium offensichtlich nicht ausgereicht hat, um diese Krise der Hypo Real Estate zu verhindern. Aus meiner Sicht besteht eine Regelungslücke bezüglich der Liquiditätsanforderungen, und zwar sollten diese Liquiditätsanforderungen auch für die gesamte Institutsgruppe gelten. Hinzukommen sollte auch eine Überarbeitung der Liquiditätsvorschriften dahin gehend, dass nur solche Wertpapiere als Liquiditätsreserve angesetzt werden können, die im Notfall tatsächlich auch bei der Zentralbank als Sicherheit eingereicht werden können.

Darüber hinaus wäre meines Erachtens - das, betone ich, ist hier meine private Meinung, meine persönliche Einschätzung - Des Weiteren wären meines Erachtens individuelle Zusatzanforderungen an die Liquidität und das Eigenkapital von Instituten erforderlich, und zwar bezogen auf deren individuelle Risikosituation. Das ist deshalb erforderlich, um diese Institute, die eine individuell zum Beispiel erhöhte Risikosituation verglichen mit anderen Instituten aufweisen, in eine aufsichtlich für geboten gehaltene Richtung zu bewegen. Diese individuellen Zuschläge sind im aktuellen Gesetzentwurf zur Ergänzung des KWG meines Wissens vorgesehen.

Damit möchte ich an dieser Stelle meine einleitenden Bemerkungen schließen und

mich für die Gelegenheit bedanken, Ihnen diese zu Anfang vortragen zu können.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Jakob. - Vielleicht einige Fragen da mal mittenrein aus dem Strauß Ihrer Darlegungen. Im Rahmen des heutigen Tages hat es innerhalb dieses Ausschusses eine kleine Rolle gespielt, den Unterschied zwischen systemrelevant und nicht systemrelevant herauszuarbeiten, insbesondere auch die Frage herauszuarbeiten, unter welchen Voraussetzungen Bundesbank und BaFin auf wessen Einladung oder Nichteinladung da nun auch an Aufsichtsratssitzungen zu beaufsichtigender Institute wie beispielsweise der Hypo-Real-Estate-Holding teilnehmen.

Von daher zwei kleine Fragen: Erstens. Worauf ist es zurückzuführen, dass es bis zu der offiziellen Einstufung der Hypo Real Estate als systemrelevant doch eine ganze Zeit dauerte? Und zweitens: Welchen Einfluss hatte dann die erfolgte Einstufung als systemrelevante Bank auf die laufende Aufsicht über die HRE?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Entscheidung, ob ein Institut als systemrelevant eingestuft wird - um mal von dem Ende her zu kommen - trifft eine Arbeitsgruppe zwischen Bundesbankzentrale und BaFin, die sogenannte Arbeitsgruppe „Risikoorientierte Aufsicht“. Ganz konkret bezogen auf die Hypo Real Estate ist es so, dass wir aus meiner Erinnerung im April 2008 einen Vorschlag an die Zentrale richteten, die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemrelevant einzustufen. In diesem Vorschlag haben wir ganz bestimmte Kriterien angeführt, die aus unserer Sicht maßgeblich für eine Einstufung als systemrelevant gelten können. Das geht los mit der Größe des Instituts, gemessen an der Bilanzsumme. Das bezieht sich auch auf deren Teilnahme am Derivategeschäft. Das heißt, das ausstehende Volumen an derivativen Geschäften spiegelt wider: Wie weit ist dieses Institut in den Interbankenmarkt eingeschlossen, integriert? Es bezieht mit ein: Ist dieses Institut international tätig? Ist es eine Gruppe, die wesentliche Teile von Einzelkreditinstituten in mehreren Ländern unterhält und folglich - sagen wir mal - auch eine höhere Anforderung an die Beaufsichtigung stellt? Und natürlich auch deren Bedeutung - insbesondere der Hypo Real Estate - für den deutschen Pfandbriefmarkt -

ein bedeutender Emittent von Pfandbriefen - spielte auch eine Rolle für ihre Charakterisierung als systemrelevant.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Sie haben ja auch zu den Fragen der Prüfung der DEPFA plc schon kurz Stellung genommen. Wir hatten hier einen Zeugen, der, befragt zum Sonderprüfungsbericht und den daraus zu ziehenden Konsequenzen - man darf das ja sagen; das stand auch schon in der Presse: mehr als 40 Beanstandungen -, gesagt hat: Ja, die Informationen dieses Sonderprüfungsberichts waren Informationen über Bronchitis; aber der Patient hat dann infolge Lehman - sage ich mal so - einen Herzinfarkt erlitten. - Würden Sie das ähnlich sehen, oder wie würden Sie insgesamt auch dieses Fristentransformationsmodell, welches Sie da vorgefunden haben, aus Ihrer langjährigen Erkenntnis als Bankenprüfer bewerten?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Feststellungen im Sonderprüfungsbericht, da muss ich halt aus Vertraulichkeitsgründen relativ allgemein bleiben, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, okay.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: - bezogen sich immer auf Feststellungen zu Prozessen, das heißt zur Erstellung von Liquiditätsreports zum Beispiel, deren Berichterstattung und die Vollständigkeit der Berücksichtigung von Eventualzahlungen. Gegenstand der Prüfung - folglich war das auch nicht Gegenstand des Berichtes - war nicht, zu beurteilen oder festzustellen, wie die Liquiditätssituation der Hypo-Real-Estate-Gruppe insgesamt ist. Die Lage der Hypo-Real-Estate-Gruppe war uns unabhängig von dieser Sonderprüfung bekannt - das hatte ich ja eben schon dargelegt -, auf der Basis von Liquiditätsmeldungen, die uns die Hypo-Real-Estate-Gruppe einreichte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber - noch mal für mich zum Verständnis - der Ausgangspunkt der Sonderprüfung waren doch Sorgen bezüglich strukturierter Produkte?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber diese Sorgen -- War es dann auch tatsächlich dieser Ausgangspunkt, dieser Anknüpfungspunkt strukturierte Produkte, die hinterher für die Schieflage der DEPFA und damit auch der HRE verantwortlich waren, oder war es ausschließlich oder ganz überwiegend das Austrocknen des Refinanzierungsmarktes? Wie war also die Lage bezüglich der strukturierten Produkte, die Sie ja letzten Endes auf den Plan gerufen hatte?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die strukturierten Produkte, das Portfolio an strukturierten Produkten, das die Hypo-Real-Estate-Gruppe insgesamt besaß, war Gegenstand der Prüfungen. Aber die sind nicht Ursache für die Liquiditätskrise der Hypo Real Estate.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Dafür danke ich Ihnen. Jetzt haben wir aus der Befragung auch anderer Mitarbeiter Ihres Hauses auch schon mal gelegentlich eine Aussage gehört: Ja, wir haben dann geprüft, und diese Prüfung ist von der Laufenden Aufsicht noch mit zusätzlichen Erkenntnissen angereichert worden. -- Was haben wir uns darunter vorzustellen? Können Sie etwas dazu sagen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja. Die Prüfung begann am 18. Februar 2008. Ich erwähnte ja, wir hatten einen umfassenden Finanz- und Risikobericht der Hypo-Real-Estate-Gruppe, erstmals alle gruppenweiten Risikopositionen beinhaltend, mit dem Stichtag oder mit dem Datum 28. Januar 2008. Die Analyse dieses Reports lief zum Teil etwas vor unserer Prüfung, zum Teil auch während unserer Prüfung, sodass wir Unklarheiten aus der Analyse dieses Reports mit in die Sonderprüfung einbeziehen konnten und das während unserer Prüfung in Teilbereichen auch klären konnten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. -- Dann noch eine weitere Frage. Wir haben hier auch von der Zeugin Frau Menke zur Liquidation der DEPFA beispielsweise, also von der BaFin gehört, dass die Liquiditätssituation der DEPFA auch volatil gewesen sei, das heißt, dass gegenüber recht schlechten Märzsituationen, relativ gesehen, bessere Augustsituationen vorzustellen gewesen seien, das heißt, dass sich die Liquiditätssituation auch zwischenzeitlich bis kurz vor Lehman immer noch gebessert

habe. Können Sie das bestätigen, oder haben Sie da keine Erkenntnisse? Gelegentlich gebessert habe.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Liquiditätssituation der DEPFA, die wir auf der Basis dieser täglichen Liquiditätsreports verfolgt haben, ist im Zeitablauf leicht geschwankt, gemessen an dem Zeitraum, bis zu dem die Liquiditätsströme der DEPFA negativ wurden, das heißt, bis zu dem sozusagen die Zahlungsunfähigkeit drohte. Dieser Zeitraum bewegt sich in einer Größenordnung zwischen zehn und 15 Geschäftstagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Er hat sich also während dieser Zeit mal gebessert -- das heißt, der Zeitraum wurde länger --, und er ging auch mal wieder zurück. Es gab keine eindeutige Tendenz, dass das jetzt immer kürzer wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. -- Dann noch eine Frage, die auch hier im Ausschuss schon gelegentlich eine Rolle gespielt hat: Wir haben ja immer auch noch so mit einem halben Auge die Abspaltung der HRE von der HVB vor uns, vor unserem geistigen Bild. Hat jetzt die Schieflage der HRE im September 2008 -- das Stichwort Schrottimmobilien und Ähnliches hat da schon mal eine Rolle gespielt -- einen Zusammenhang noch zu der Abspaltung von der HVB im Jahre 2003? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Abspaltung der HRE von der HVB geschah vor meiner Zeit als Regionalbereichsleiter, im Jahre 2003, und ich bin erst seit 2007 in dieser Funktion. Aber ich könnte jetzt die Erkenntnis, den Informationsstand, der mir jetzt bekannt ist, wiedergeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Natürlich, mehr geht nicht.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nach meiner Kenntnis gab es keine Risiken aus der Abspaltung der HRE von der HVB, die für die Liquiditätsrisiken der HRE im September/Oktober letzten Jahres ursächlich gewesen wären.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Dann habe ich noch einige Fragen an Sie, Herr Jakob, aus diesem berühmten Septemberwochenende. Dort habe ich gesehen, Sie waren auch einer der Teilnehmer Ende September, als es darum ging, das Rettungspaket zu schnüren oder wie man das immer nennen will. In welcher Funktion haben Sie an den Rettungsverhandlungen teilgenommen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich nahm an dem Rettungswochenende teil auf Einladung der Zentrale der Bundesbank, genauer gesagt auf Bitte von dem Zentralbereichsleiter, Herrn Loeper, der ja auch an dem Krisenwochenende teilnahm. Meine Aufgabe bei diesem Krisenwochenende war, den Kontakt zu Herrn Loeper, dem Zentralbereichsleiter, zu halten und gegebenenfalls irgendwelche Informationsanforderungen entweder selbst zu erfüllen oder weiterzuleiten. Ich selbst habe an den Verhandlungen, die geführt wurden, wirklich nur sehr punktuell teilgenommen und hatte in diesen Verhandlungen auch keinen roten Faden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, okay. - Vielleicht aber trotzdem die Frage - Sie waren ja unmittelbar da dran, unmittelbar nahe dabei -: Rettung der HRE, war das aus Ihrer fachlichen Sicht erforderlich, oder hätte man nicht einfach sagen können: Bitte schön, die die Konsequenzen aus der Insolvenz werden wohl nicht so schwerwiegend sein? Das ist eine etwas provokative Frage; das gebe ich gerne zu.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Konsequenzen einer Insolvenz der Hypo-Real-Estate-Gruppe wären sicherlich vergleichbar gewesen der Insolvenz von Lehman, hätten also die Situation noch weiter verschärft und aus meiner persönlichen Einschätzung heraus nicht nur die Einlagensicherungssysteme in Deutschland überfordert, sondern eine echte Systemkrise bei uns ausgelöst.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt hat ja dieses Rettungspaket auch eine bestimmte Größe gehabt, die auch schon in den Medien immer wieder einmal transportiert worden ist. Wie wurde eigentlich der Liquiditätsbedarf der HRE am 29. September 2008 ermittelt? Können Sie dazu aus eigener Anschauung etwas sagen, oder waren Sie doch schon wieder ein wenig zu weit weg?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: In den Besprechungen während des Krisenwochenendes war ich nicht an Besprechungen beteiligt, wo es um die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs der Hypo-Real-Estate-Gruppe ging - wie gesagt, ich sollte mich bereithalten für Zugriffe von Herrn Loeper -, und war auch nicht beteiligt an diversen Arbeitsgruppen, die unter unterschiedlicher Beteiligung und zu unterschiedlichen Themen gebildet wurden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt hatten wir heute Morgen als ersten Zeugen des heutigen Tages Herrn Professor Tietmeyer zu hören. Er wies aus seiner Sicht noch einmal auch auf die Notwendigkeit hin, die private Finanzwirtschaft in die Verantwortung zu nehmen und vorrangig eine Lösung innerhalb der Privaten zu suchen. Können Sie etwas dazu sagen oder die Frage beantworten, warum die private Finanzwirtschaft nicht in der Lage war, dieses Rettungspaket allein zu schnüren?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Da kann ich aus eigener Anschauung eigentlich nichts dazu sagen. Da müsste ich Vermutungen anstellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Dann danke ich Ihnen einstweilen und übergebe das Wort an meinen Kollegen Herrn Dr. Wissing zur weiteren Frage.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Jakob, Sie sagten vorhin, ähnlich refinanzierte Institute wie die Hypo-Real-Estate-Gruppe hätten weltweit nicht ohne Staatshilfe stabilisiert werden können. Von welchem Zeitpunkt an war vor diesem Hintergrund für die Bundesbank klar, dass der Steuerzahler bei der HRE mit ins Risiko muss?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Den Zeitpunkt könnte ich jetzt nicht so eindeutig definieren. Natürlich, der konkrete Anlass war aus meiner Sicht die Insolvenz von Lehman, die letztlich zu der Austrocknung der Kapitalmärkte führte und folglich für diese Institute, die sehr kurzfristig refinanziert waren, praktisch über Nacht die Refinanzierung unmöglich machte. Insofern war das hier entsprechend, wie groß der Liquiditätspuffer bei einzelnen Instituten ist, um so eine

Durststrecke zu überleben -- ist also der Zeitpunkt auch unterschiedlich, bis zu dem diese zahlungsunfähig zu werden drohen. Dann ist meines Erachtens auch erst möglich zu sagen, dass der Staat zu diesem Zeitpunkt eingreifen soll. Sonst würde er ja eingreifen, bevor ein akuter Liquiditätsbedarf besteht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es richtig, dass die Berechnungen der Worst-Case-Szenarien bei der Hypo Real Estate ergeben haben, dass das weniger als eine Woche, weniger als sieben Tage gedauert hätte, bis man vor der Insolvenz stand?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich musste mich jetzt kurz beraten, ob ich das hier bekannt geben darf.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, ich verstehe das.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Dauer der Zeit, bis zu dem die Liquiditätsströme negativ wurden, bewegte sich, wie ich schon erwähnte, im Rahmen von 10 bis 15, maximal bis 20 Tagen. Der von Ihnen erwähnte Zeitraum unter 10 Tagen war aus meiner Sicht eher erkennbar nach der Lehman-Insolvenz, hat sich da erst gezeigt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, beginnend von Lehman wusste man, es dauert weniger als 10 Tage, bis man in der Insolvenz ist?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das kann man so ad hoc -- Also, auf der Basis dieser --

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich will es anders formulieren, weil ich glaube, wenn ich so absolut frage, können Sie sich schwer festlegen. Ich will sagen: Mit hoher Wahrscheinlichkeit war man nach Lehman innerhalb von weniger als 10 Tagen vor dem Moratorium gestanden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Auf der Basis dieser Szenario-Rechnungen, deren Ergebnisse uns ja gemeldet wurden, konnte man diesen genauen Termin nicht vorher-

sagen, weil es, um den vorherzusagen zu können, konkretere Informationen braucht, weil im Rahmen dieses Worst-Case-Szenarios bestimmte Annahmen ja getroffen werden, die sich so realisieren können oder auch nicht. Da muss man die konkrete Realisierung dieser Parameter - wie zum Beispiel Ziehung von Liquiditätsfazilitäten - wirklich konkret eruieren. Hinzu kommt, welche Anstrengungen zum Beispiel das Institut unternommen hat, um vielleicht noch weitere Liquiditätsreserven zu schöpfen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber aufgrund der Erfahrungen mit anderen ähnlich refinanzierten Instituten weltweit war naheliegend, dass der Staat jedenfalls im Falle des Worst-Case-Szenarios eintreten muss? Das habe ich so richtig verstanden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es war absehbar, dass die Hypo Real Estate nach der Lehman-Insolvenz zahlungsunfähig -- dass die Zahlungsunfähigkeit droht. Das wurde von der Hypo Real Estate auch so kommuniziert. Ob der Staat jetzt tatsächlich die Hypo Real Estate auffängt oder nicht, das kann ich aus meiner Sicht ja nicht einschätzen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Klar.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich persönlich hielt es auf jeden Fall für erforderlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sagten, Sie hätten eine Ausweitung der Liquiditätsanforderungen nach dem KWG auf die ganze Gruppe für erforderlich gehalten.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das hielt ich für eine gesetzliche Ergänzung eigentlich für zielführend.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ab wann?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das kann man jetzt eigentlich nur im Nachhinein betrachten, indem man sagt: Was hätte man anders machen können, um den Zusammenbruch der Hypo Real Estate zu verhindern?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich meine, das ist ja eine Regelungslücke, über die wir jetzt sprechen. Haben Sie jemals davon Kenntnis erlangt, dass man dem Bundes-

finanzministerium vorgeschlagen hat, diese Regelungslücke zu schließen und, wenn ja, wann?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist mir nicht bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie selber haben das nie vorgeschlagen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann mich jetzt positiv nicht daran erinnern.

Dr. Volker Wissing (FDP): Auch nicht gegenüber der BaFin?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Gegenüber der BaFin? Also, ich hatte es nicht als konkreten Vorschlag gegenüber der BaFin unterbreitet, ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wann hat denn die Bundesbank die Notwendigkeit von individuellen Zusatzanforderungen hinsichtlich Liquidität und Eigenkapitalanforderungen erstmals gegenüber der BaFin oder dem BMF erhoben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich hatte ja vorhin gesagt, dass das meine persönliche Meinung ist, dass die Bundesbank möglicherweise in der Anhörung dazu eine abweichende Meinung kundgetan hat. Nach meiner persönlichen Einschätzung halte ich es für erforderlich - eben als Erfahrung aus dieser Krise -, dass man künftig auch individuelle Anforderungen stellen kann.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es dazu verschiedene Auffassungen innerhalb der Bundesbank?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es gab dazu unterschiedliche Auffassungen, offensichtlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nach Ihrer Einschätzung: Hätte man bei frühzeitigem Schließen der Regelungslücke - der beiden Lücken: einmal Einführung individueller Zusatzanforderungen hinsichtlich Liquidität und Eigenkapitalanforderungen und Ausweitung der Liquiditätsanforderungen auf die gesamte Gruppe - den weiteren Verlauf der Hypo Real Estate im Jahr 2008 beeinflussen können?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nach meiner Einschätzung nein, und zwar deswegen nicht, weil - selbst wenn man der Hypo Real Estate hätte vorschreiben können, sie soll sich längerfristiger refinanzieren im Laufe des Jahres 2008 - es der Hypo Real Estate nicht möglich gewesen wäre, am Markt diese Anforderung zu erfüllen. Das heißt, es war ihr aufgrund der tatsächlichen Situation an den Geld- und Kapitalmärkten gar nicht möglich, sich längerfristig zu refinanzieren. Ich hatte ja eingangs geschildert: ein Refinanzierungsvolumen von 213 Milliarden, die Hälfte davon kurzfristige Geldmarktfinanzierungen; da sind wir bei gut 100 Milliarden. Diesen Betrag kurzfristiger Refinanzierung in dieser damaligen Situation an den Geld- und Finanzmärkten innerhalb von Monaten in eine längerfristige Refinanzierung umzuschichten, halte ich für nicht möglich. Deswegen wäre ein Eingriff oder wären weitere Vorgaben der Aufsicht an die Hypo Real Estate gar nicht wirksam geworden, ganz einfach, weil das Institut das am Markt gar nicht hätte realisieren können.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Vielen herzlichen Dank. - Die nächste Runde geht an die CDU/CSU-Fraktion für 19 Minuten. Leo Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Jakob, haben Sie Kenntnis darüber, wie lange - ich sage mal - der Prozess zwischen BaFin und Bundesbank, aber auch in Ihrem eigenen Hause dauerte, die Entscheidung „systemrelevante Bank“ herbeizuführen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir hatten von uns aus einen Vorschlag meines Wissens im April 2008 gemacht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vorhin gab es keinen Vorschlag?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von uns - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nicht nur von der Bundesbank, von der BaFin.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von uns, von der Hauptverwaltung München aus, meines Wissens nicht. Aber wir waren erst seit Anfang 2007 für die Gruppe als Aufsicht zuständig. Die Erhebung sozusagen in den

Stand des systemrelevanten Instituts erfolgte erst am 26. Juni 2008.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, ob es von der BaFin und auch im Bundesfinanzministerium da schon früher Überlegungen gab?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Davon habe ich nur in der Presse gelesen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Persönlich ist Ihnen das nicht bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist mir nicht persönlich bekannt, nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es für ausgeschlossen, dass das so ist?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist eine spekulative Frage. Ich kann es natürlich nicht ausschließen. Aber das ist mir nicht bekannt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie betonten ja, Hauptverwaltung war erst 2007 zuständig. Aber welche Erkenntnisse bekamen Sie zu diesem Zeitpunkt auch vom Zentralbereich, gerade zur Einordnung Hypo Real Estate auch als eine unter Risiko zu betrachtende Bank?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von unserer Zentrale für die - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War auch die laufende Aufsicht ja doch - -

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Also inwieweit die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemrelevant einzuschätzen wäre. Wir kennen natürlich andere systemrelevante Banken und wie die gekennzeichnet sind. Wenn Sie vielleicht darauf hinauswollen. Daran haben wir bei unserem Vorschlag orientiert, die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemrelevant zu klassifizieren. Es gibt aber aus meiner Kenntnis keine - sagen wir mal - Vorgaben der Zentrale oder ganz konkrete Kriterien, denen wir da hätten folgen müssen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber welche Hinweise bekamen Sie denn vom Zentralbereich, bevor Sie Ihre Sonderprüfung begannen zur Frage Hypo Real Estate und mit dem Auftrag der Sonderprüfung?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Auf welche Art Hinweise spielen Sie da an?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage, ob es überhaupt Hinweise gab. Ich meine, wenn Sie danach fragen, welche Art, muss es ja welche gegeben haben.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist so, dass unsere Zentrale gar nicht in die laufende Aufsicht der Hypo-Real-Estate-Gruppe eingeschaltet ist, in das Operative. Was jetzt die konkrete Prüfung angeht, ist es so, dass wir unsere Prüfungsvorschläge zu einem bestimmten Termin im Jahr unserer Zentrale unterbreiten, und die Zentrale leitet diese Vorschläge an die BaFin weiter.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wir bekamen zur Organisation der Aufsicht hier ja auch die Auskunft, dass Prüfungsergebnisse der Zentrale mitgeteilt werden, damit die nach normalen Standards, die sich die Bundesbank setzt, auch ablaufen. Von daher müssten ja auch schon Erkenntnisse in der Zentrale vorgelegen haben, bevor die Zuständigkeit zu Ihnen kam, zur HRE, und sie hätten ja dann auch Grundlage für die Sonderprüfung sein können.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Sämtliche Erkenntnisse aus unseren Prüfungen werden zentral bei der Zentrale gesammelt. Es gibt eine entsprechende IT, in der das eingepflegt ist. Diese IT ist für alle Regionalbereiche zugänglich, sodass alle Regionalbereiche auch über alle Feststellungen im Rahmen von Prüfungen informiert sind.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie sich diese Grundlage oder diese Informationsquelle bei Beginn der Sonderprüfung auch zu eigen gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Für unsere konkrete Sonderprüfung, die sich mit der Bewertung strukturierter Produkte und von CDOs beschäftigte, hat es eine geringere Rolle gespielt, weil diese Form einer Prüfung erstmals von der Deutschen Bundesbank durchgeführt wurde und es sozusagen keine vergleichbare Prüfung schon gab, aus der wir jetzt Erkenntnisse hätten gewinnen können.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber die Sonderprüfung wurde ja neben Prüfung

strukturierter Produkte ergänzt noch durch die Frage der Risikoprüfung. Welche Erkenntnisse lagen da vorweg vor?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die erstreckte sich auch - das ist richtig - in einem Teilbereich auf das Risikocontrolling. Für die konkrete Prüfung haben wir jetzt eigentlich keine gesonderten Erkenntnisse dazu herangezogen, die uns aufgrund bisheriger Prüfungen durch uns nicht schon bekannt gewesen wären. Es ist ja so, dass wir das Risikocontrolling jetzt nicht erstmals geprüft haben, sondern ja auch bei einer ganzen Reihe von anderen, auch größeren Instituten, die in unserem Bereich ansässig sind, sodass wir auch aus unmittelbarer Kenntnis diese Erkenntnisse für die Prüfung bei der Hypo Real Estate verwerten konnten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wann haben Sie den Bericht bzw. den Zwischenbericht und den Bericht zur Sonderprüfung - das war ja vom 24.06. und Zwischenbericht vom 17.03. - erhalten, und was haben Sie daraufhin veranlasst?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Den Zwischenbericht habe ich unmittelbar nach seiner Ausfertigung erhalten, genauso wie die BaFin. Auf der Basis dieses Zwischenberichtes gab es eine Telefonkonferenz zwischen uns und der BaFin, das heißt Beteiligung der Prüfer: meine Person, meines Wissens - da bin ich mir nicht mehr ganz sicher - auch Herr Schnitzler mit verschiedenen Kollegen der BaFin. Aus unserer Sicht gab es dazu auf der Basis des Zwischenberichtes keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, sondern wir haben an die BaFin berichtet und haben dann unsere Prüfungen weiter fortgesetzt und anschließend den endgültigen Bericht erstellt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Vorgesetzten haben Sie davon unterrichtet, wann, und wie haben Ihre Vorgesetzten darauf reagiert?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Da bin ich jetzt persönlich überfragt, weil ich den Bericht selbst nicht weitergeleitet habe, sondern der Prüfungsleiter dieser Prüfung, Herr Eder. Ich könnte natürlich, wenn es gewünscht ist, in den Unterlagen nachsehen lassen und eruiieren lassen, an welche Vorgesetzte von mir -

das können ja dann nur Mitarbeiter der Zentrale gewesen sein - dieser Zwischenbericht weitergeleitet wurde.

Vielleicht eine allgemeine Aussage dazu: In der Regel ist es so, dass wir alle Informationen, die in irgendeiner Form nennenswert erscheinen, zu systemrelevanten Banken oder in dem Beispiel auch bei der Hypo Real Estate, bevor sie formal systemrelevant wurde, an die Zentrale schicken, sowohl an die Abteilung für mikro- und makroprudentielle Aufsicht, B 2, wie auch an die Prüfungsabteilung. Ob das in diesem konkreten Fall auch geschehen ist, das müsste ich halt nachschauen lassen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gerne. - Uns ist durch Zeugenaussagen bekannt, dass innerhalb der BaFin die Hypo Real Estate schon früher als systemrelevant angesehen wurde, ehe man sich aufgrund der Prüfungsrichtlinie, der Aufsichtsrichtlinie gemeinsam mit der Bundesbank auf ein Datum nachher verständigt hat. Deshalb die Frage: Ist es üblich, wenn die BaFin selber sie schon als systemrelevant sieht, dass sie sich dann über den langen Zeitraum der Prüfung, der Sonderprüfung selbst an Ihrer Prüfung nicht beteiligt hat, allein durch Anwesenheit? Ist das zutreffend?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann nur bestätigen, dass die BaFin nicht der Prüfung beigetreten ist; aus welchen Gründen, ist mir nicht bekannt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War auch niemand der BaFin auch nur für Tage bei Ihrer Sonderprüfung anwesend?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Meines Wissens nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Deshalb frage ich, ob das dann üblich ist, wenn man es selber so einschätzt.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Vielleicht noch ergänzend: Eine Mitarbeiterin der BaFin nahm an einem - wir nennen das - Faktenabgleich teil. Das ist eine Besprechung nach Abschluss der Prüfung, in der gegenüber der Geschäftsleitung des geprüften Institutes alle Feststellungen noch mal dargestellt werden. An dieser Besprechung nahm eine Mitarbeiterin der BaFin teil.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie, Herr Jakob, Kenntnis darüber - sowohl zum Zwischenbericht als auch zum Schlussbericht, 24.06. -, dass sowohl von der Bundesbank, von Ihnen, als auch von der BaFin mit dem BMF darüber kommuniziert wurde, bevor der offizielle Bericht dann nachher vorlag?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darüber ist mir nichts bekannt. Das weiß ich nicht. Ich habe nicht mit dem BMF direkt kommuniziert, bezogen auf diesen Prüfungsbericht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Von Mitgliedern im Prüfungsteam denn?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist mir nicht bekannt. Es ist nicht üblich, dass wir mit dem BMF kommunizieren. Mir ist auch bisher noch kein Fall bekannt, dass wegen einer Prüfung oder eines anderen bankaufsichtlichen Sachverhaltes wir direkt mit dem BMF kommuniziert hätten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche der in den Berichten festgestellten Mängel zur Hypo Real Estate haben Sie denn beunruhigt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Mich persönlich, aus der Erinnerung heraus, haben die Feststellungen beunruhigt, die sich auf die Liquiditätsrechnungen bezogen, dass insbesondere Eventualzahlungsverpflichtungen nicht berücksichtigt wurden, und Feststellungen allgemein zum Thema Risikotragfähigkeit.

Der eigentliche Kerngegenstand oder Hauptgegenstand der Prüfung, die Bewertung strukturierter Produkte, das Prüfungsergebnis aus diesem Bereich war für mich weniger beunruhigend. Aber es gab da natürlich auch gewisse kritische Teile, die sich auf bestimmte Bewertungsmodelle bezogen, die erst kurzfristig von der Hypo Real Estate genutzt wurden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Diese Erkenntnisse sehen Sie also durch die BaFin dann auch zeitnah umgesetzt?

Zweiter Punkt noch. Sie betonten eben, dass bei den Liquiditätsmeldungen oder - wie heißt das genau? - Liquiditätsreports Sie selber noch Ergänzungen vornehmen mussten aufgrund gewisser Eventualitäten,

die Sie sahen, aber von demjenigen, der eigentlich reportpflichtig ist, nicht gemacht wurden. Ist es üblich, dass man das so ohne weiteres akzeptiert, dass Sie zu einer Berichtspflicht Nachbesserungen machen, ohne dass das Folgen hat?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Liquiditätsreports, die wir erhielten, waren insofern für die Bank - - Vielleicht müssen wir anders anfangen. Die Liquiditätsreports, die die Hypo Real Estate erstellte, hat sie in erster Linie einmal für sich selbst erstellt, das heißt, um deren Liquiditätssituation zu überwachen. Wir haben diese Reports angefordert und ausgewertet, auf der Basis auch anderer Unterlagen - ich erwähnte diesen Finanz- und Risikoreport vom 28. Januar 2008 -, und dann haben wir auch auf der Basis unserer Erkenntnisse aus der Sonderprüfung, auf der Basis weiterer angeforderter Zahlen, die wir auch regelmäßig, täglich, von der Hypo Real Estate erhielten, das Worst-Case-Szenario der Hypo Real Estate ergänzt, um es aus unserer Sicht aussagekräftiger zu machen, das heißt, um es auch so auszugestalten, dass Eventualzahlungen mit berücksichtigt werden. Üblich - - Es ist so, dass regelmäßige, tägliche Liquiditätsreports - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber ich will noch fragen: War die Berichtspflicht im Grunde - - Vorhin war es eine eigene Erhebung der HRE, und daraus wurde ja die Pflicht zum täglichen Berichten.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): So. - War das jetzt vollständig, was Sie erbeten hatten, oder war es nicht vollständig? Das ist doch die entscheidende Frage.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von den Daten her, die wir brauchten, um beurteilen zu können, wie die Hypo Real Estate im schlimmsten Fall liquiditätsmäßig dasteht, waren die Informationen vollständig, jedenfalls nach unserer Erkenntnis.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber warum mussten Sie dann Umgruppierungen vornehmen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir hatten das aus unserer Sicht ergänzt und auch an

die BaFin kommuniziert, weil das aus unserer Sicht eben den schlimmsten Fall besser widerspiegelt hat als das, was die Hypo Real Estate uns angeliefert hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also wurde das, was reportiert wurde, aus Ihrer Sicht dann für den schlimmsten Fall nicht vollständig? Den Schluss kann man doch daraus ziehen.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist so, dass die Festlegung von Szenarien ein weites Feld ist. Die Kreditinstitute sind bei der Festlegung ihrer Worst-Case-Szenarien in gewissem Rahmen frei. Sie legen die Szenarien so fest, wie sie sie aus ihrer individuellen Risikosituation für opportun und für angemessen halten. Das muss jetzt aus unserer Sicht nicht gleichbedeutend damit sein, dass wir uns mit dieser Information auch zufriedengeben wie in dem konkreten Fall. Wenn wir der Meinung sind, das reicht uns nicht aus, erbitten wir weitere Informationen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Welche Folgen hatte denn die Einstufung als systemrelevant für Ihre Prüfungstätigkeit?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich bin ja nicht selbst prüfend tätig. Aber für unsere Aufsichtstätigkeit hat die Einstufung als systemrelevantes Institut die Folge, dass das Institut öfter berichten muss. Es gibt monatliche Berichtspflichten über die Ertragslage. Aus unserer Sicht gibt es die Verpflichtung, zum Beispiel das Risikoprofil über das Kreditinstitut nicht nur einmal jährlich, sondern vierteljährlich anzupassen. Wir erhalten von den Instituten Unterlagen aus Aufsichtsratssitzungen. Von jeder Aufsichtsratssitzung ist das Institut verpflichtet, alle Unterlagen, die dazu vorgelegt werden, auch uns und auch der BaFin zuzuschicken. Es gibt also eine ganze Reihe erweiterter Berichtspflichten, die mit der Einstufung als systemrelevantes Institut verbunden sind, sodass wir auf dieser Basis stärker und tiefer analysieren können und unsere Berichterstattung an die BaFin und die Zentrale entsprechend durchführen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Sie sind ja auch zur Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen zugelassen. Gab es das dann bei systemrelevanten Instituten?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Bei den Aufsichtsratssitzungen - das ist generell die Regel - ist es so, dass die BaFin ein Teilnahmerecht hat. Die Bundesbank hat aus sich selbst heraus kein Teilnahmerecht, sondern nur mit Einverständnis der BaFin können wir teilnehmen. Die Praxis hierzu war in den letzten Jahren aufgrund einer Übereinkunft mit der BaFin so, dass die Bankenaufsicht und damit auch die Deutsche Bundesbank nur sehr restriktiv an Aufsichtsratssitzungen teilnimmt. Letztlich war das - das muss man, wenn Sie gestatten, an dieser Stelle auch sagen - der Debatte geschuldet, die vor Jahren in eine ganz andere Richtung lief, wo es um Deregulierung und Überregulierung ging. Insofern war man die letzten Jahre hier zurückhaltend, hat an Aufsichtsratssitzungen vielmehr wirklich nur teilgenommen, wenn man sich aus der Teilnahme an der Sitzung zusätzliche Informationen erhofft hat, die über die schon vorhandenen Unterlagen hinausgingen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): War das nur so ein allgemeiner öffentlicher Druck, oder kam das aus dem politischen Bereich, zu sagen: „Nun lasst mal“, also zu verzichten auf solche Rechte, wie eben an Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen? Sie haben ja selbst dargestellt, das war so im Trend.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Letztlich konkret geht es zurück auf eine Sitzung der Regionalbereichsleiter Banken- und Finanzaufsicht mit der Zentrale, mit dem Zentralbereich Banken- und Finanzaufsicht, an der auch die BaFin teilnimmt. Diese Sitzung findet in der Regel zweimal jährlich statt, wo allgemeine bankaufsichtliche Themen besprochen werden. Im Rahmen einer dieser Besprechungen wurde diese Linie bekannt gegeben.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Von wem?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von den Teilnehmern der Zentrale und der BaFin.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): An Personen können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von der Person her kann ich es insofern festmachen: Zentralbereichsleiter Banken- und Finanzaufsicht, Herr Loeper. Bei der BaFin ist es mir jetzt nicht erinnerlich, welche Person konkret an dieser Sitzung teilnahm.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich leite über zu Herrn Dr. Troost, die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie haben davon gesprochen, dass es aufsichtsrechtliche Lücken, Regelungslücken, gab, was Holdings angeht, dass immer nur die Einzelinstitute betrachtet wurden und dass von daher die DEPFA sozusagen nicht unmittelbar in Ihren Zusammenhang fiel. Wenn die DEPFA ein deutsches Institut, aber mit exakt diesem Geschäftsmodell und diesem Risikomodell und allem Drum und Dran gewesen wäre, hätte sich dann sozusagen die Einschätzung der Bildung der HRE-Gruppe durch Sie verändert, also wenn man für alle Teilbereiche wirklich in Deutschland mit deutscher Aufsicht zuständig gewesen wäre?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Mir liegen jetzt konkret keine Erkenntnisse oder Berechnungen darüber vor, inwieweit die DEPFA plc zum Beispiel deutsche Liquiditätsanforderungen erfüllt hätte. Da müsste man so eine Art Simulationsrechnung auf der Basis konkreter Zahlen durchführen. Dazu kann ich im Moment keine Aussage treffen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich hatte so ein bisschen das Gefühl, dass Sie schon ein bisschen unglücklich waren, dass man sozusagen nur die deutschen Teile und das andere nicht. Aber Sie können jetzt nichts dazu sagen, ob man dann sozusagen andere Eingriffsmöglichkeiten gehabt hätte, wenn es da europäische, andere Regelungen gäbe oder wenn man eben auch für ausländische Banken mit zuständig würde?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wenn man, ganz grob gesagt, die konkrete Liquiditätssituation, die ich ja darstellte, mit ungefähr der Hälfte sehr kurzfristiger Refinanzierungen betrachtet, dann wäre aus meiner Sicht sicherlich schon wahrscheinlich gewesen, dass man hier auch aufsichtlich hätte Maß-

nahmen ergreifen können, wenn die DEPFA plc im Inland ansässig gewesen wäre.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Können Sie vor dem Hintergrund verstehen, dass ein eigentlich - aus meiner Sicht zumindest - sehr konservativer Notenbanker wie Herr Tietmeyer sagt, er findet das Geschäftsmodell völlig in Ordnung, völlig solide und ganz normal?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es funktioniert, allerdings ist es sehr anfällig, gerade in Zeiten, bei denen der Geld- und Kapitalmarkt sehr eng ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Noch einmal zur Frage - Sie merken ja, wir sind da relativ nervös - der Systemrelevanz. Um es deutlich zu sagen: Frau Lautenschläger hat hier vor dem Ausschuss gesagt, dass im Prinzip die BaFin eigentlich ab Mitte 2007 eine Systemrelevanz haben wollte und es angeblich gar nicht so wichtig war, dass die Einstufung erst später erfolgt ist, weil man sowieso schon so gehandelt hätte. Sie sagen jetzt, erstens ist Ihnen gar nichts davon bekannt und zweitens - wenn ich das richtig sehe - habe die Personalaufstockung, die logisch gewesen wäre mit einer Systemrelevanzeinschätzung, viel früher stattgefunden. Also, man habe ja schon Ende 2007 von einer Person auf möglicherweise drei oder vier Personen aufgestockt.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Zu der Frage der Systemrelevanz: Es ist richtig, mir ist nichts darüber bekannt, dass die BaFin da früher Vorstöße gemacht hätte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das haben wir hier in den Akten.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich habe ja erwähnt, dass wir für die Überwachung der Hypo-Real-Estate-Gruppe dadurch, dass wir ab 2007 einen Mitarbeiter ausschließlich damit beauftragt haben, da schon eine intensivere Aufsicht als üblicherweise bei nicht systemrelevanten Kreditinstituten durchgeführt haben. Das heißt, auch ohne deren formale Einstufung als systemrelevantes Institut haben wir nach und nach die Aufsicht über diese Institutsgruppe dadurch intensiviert, dass wir auch mehr Personal dafür

bereitgestellt haben, aber natürlich sukzessive.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber wenn man den Beschluss bereits in Ende 2007 gefasst hätte, hätte man wahrscheinlich auch sofort das Personal aufgestockt, um eben auch diesen erhöhten Prüfungsrhythmen und so was überhaupt gerecht werden zu können?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist richtig, dass mit der Klassifizierung als systemrelevantes Institut auch höhere Personalanforderungen da möglich gewesen wären.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und Sie sagen, wenn man systemrelevant ist, kriegt man zumindest als BaFin oder Bundesbank - oder beide - zum Beispiel Berichte von Aufsichtsratssitzungen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es kriegen immer beide Institutionen, BaFin und Bundesbank, alle Informationen, das heißt Kopien der Aufsichtsratsunterlagen, und auch diese erhöhte Berichtspflicht, monatliche Berichterstattung der Ertragslage.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie als laufende Aufsicht von der Junisitzung des Aufsichtsrates HRE die Unterlagen erhalten, also Juni 2008?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich gehe davon aus, ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): 24.06.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann es jetzt nicht konkret überprüfen, aber ich gehe davon aus. Das heißt, Juni 2008, das war ja vor diesem - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das war, bevor sozusagen die Einstufung als systemrelevant da war.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darauf kann ich jetzt konkret nicht antworten. Das müsste ich nachsehen lassen. Wir haben aus meiner Erinnerung heraus nach der Klassifizierung der HRE als systemrelevantes Institut, also danach, das Institut angeschrieben, dass es uns ab sofort regelmäßig Kopien dieser Auf-

sichtsratsunterlagen zur Verfügung stellen kann.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das war ja danach.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ob wir davor ad hoc aufgrund irgendwelcher Anhaltspunkte Aufsichtsratsunterlagen angefordert haben, das ist mir im Moment nicht erinnerlich.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hypothetische Frage: Wenn Sie die gehabt hätten und Sie festgestellt hätten, dass in der Aufsichtsratssitzung vom Vorstand kein Wort von der Sonderprüfung von BaFin und Bundesbank berichtet worden ist, hätte Sie das skeptisch gemacht? - Also, der Aufsichtsrat ist schlicht und einfach darüber überhaupt nicht informiert worden.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Üblicherweise wird der Aufsichtsrat von Kreditinstituten über durchgeführte Sonderprüfungen informiert. Das ist eine Kenntnis aus anderen Institutsgruppen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das sollte man auch für einen Aufsichtsrat ja vermuten.

Wie war die Zusammenarbeit von Ihnen mit den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, bezogen auf die Beaufsichtigung von Kreditinstituten, ist so gestaltet, dass wir die Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfer bekommen. Das heißt, der Wirtschaftsprüfer erstellt und testiert einmal im Jahr den Jahresabschluss und erstellt dazu einen Prüfungsbericht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ganz konkret auf HRE und auf die Situation 2007/2008.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Für 2007 haben wir die Prüfungsberichte der Einzelinstitute erhalten. Das heißt, der Wirtschaftsprüfer erstellt einen Prüfungsbericht nach den Maßstäben der Prüfungsberichtsverordnung. Das ist eine Verordnung, die bankaufsichtlich motiviert ist, bei der bestimmte auf-

sichtlich interessante Informationen dann auch geliefert werden müssen. Einen Prüfungsbericht nach Prüfungsberichtsverordnung erhielten wir für das Jahr 2007 nur für die Einzelinstitute. Für den Konzern, also für die Holding insgesamt, erhielten wir den Bericht auf Anforderung.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Vielleicht eine Nachfrage nur. Ist es richtig, dass Sie mit der Arbeit der KPMG und ihren Prüfungsleistungen sehr unzufrieden waren?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sonst müssen wir in der nächsten Runde weitermachen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, oder sogar in der geschlossenen Sitzung. Dann zitiere ich eben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann gehe ich jetzt über zu Frau Hauer und erteile ihr für die SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Jakob, hätte es denn Erkenntnisse gegeben, die Sie gehabt hätten, wenn die HRE früher als systemrelevant eingestuft worden wäre, oder hätte das inhaltlich gar keinen Unterschied gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich erwähnte ja, dass wir bei der Klassifikation eines Instituts als systemrelevant praktisch routinemäßig alle Unterlagen aus Aufsichtsratsitzungen erhalten. Ich kann jetzt schlecht aus fehlenden Erkenntnissen Schlussfolgerungen ziehen, die ich nicht kenne. Ich will damit auf Ihre Frage sagen: Ob vielleicht in irgendwelchen Unterlagen, zum Beispiel Aufsichtsratsunterlagen, die wir vor der Klassifikation des Instituts als systemrelevant nicht bekommen haben, irgendwelche Informationen dringestanden haben, die für uns relevant gewesen wären, dazu kann ich nichts sagen. Die sind mir nicht bekannt.

Nina Hauer (SPD): Hätten das denn Informationen sein können, die abzeichnen, was dann im September, Oktober auf dem Finanzmarkt los war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist auch eine Vermutung. Mir liegen diese Informatio-

nen nicht vor, und deswegen kann ich daraus keine Schlussfolgerungen ziehen.

Nina Hauer (SPD): Gab es denn Hinweise darauf, wie dramatisch die Situation sich im September mit der Lehman-Pleite zuspitzen würde?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: So konkrete Informationen gab es nicht. Es gab Informationen, dass sich die Situation bei einer ganzen Reihe von US-amerikanischen Banken und Investmentfirmen zuspitzte, das heißt, dass sie in Schwierigkeiten zu geraten drohten. Aber deren Zahlungsunfähigkeit, das war kein Teil eines erwarteten Szenarios, auch seitens der Aufsicht nicht.

Nina Hauer (SPD): Das hätten Sie selber auch nicht für möglich gehalten?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein.

Nina Hauer (SPD): Vorhin haben wir ja über die Mängel gesprochen, die bei der Prüfung festgestellt worden sind. Wenn die abgestellt worden wären oder wenn man die innerhalb von einer Woche hätte abstellen können - wir hatten mehrere Zeugen, die gesagt haben, das wäre in kurzer Zeit nicht möglich gewesen; mal gesetzt den Fall, es wäre möglich gewesen -, hätte das die Situation im September verändern können?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Feststellungen aus der Prüfung - um das vielleicht generell zu sagen - bezogen sich ja mehr auf Mängel auch bei den Prozessen - ich hatte es vorhin schon dargelegt -, bei der Erstellung eines Liquiditätsreports. Wenn diese Mängel abgestellt worden wären, wäre sicherlich die HRE über deren tatsächliche Situation besser informiert gewesen. Aber es hätte nach meiner Einschätzung nach der Lehman-Insolvenz die Zahlungsunfähigkeit der Hypo Real Estate nicht verhindert.

Nina Hauer (SPD): Haben denn diese Prüfberichte, also der Zwischenbericht und der Sonderprüfungsabschlussbericht, an dem Rettungswochenende eine Rolle gespielt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Aus meiner Erinnerung heraus wurde nur einmal danach gefragt, ob im Rahmen dieser Sonderprüfung

bei der DEPFA in Dublin auch die Liquiditätssituation konkret durch uns geprüft worden ist, was ich aber verneint habe.

Nina Hauer (SPD): Wer hat Sie das gefragt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist mir nicht mehr Erinnerlich.

Nina Hauer (SPD): Aber darüber hatten Sie keine Informationen, weil das Teil der irischen Aufsicht war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es war nicht Teil des Prüfungsauftrages, dass wir die Liquiditätssituation prüfen. Wie gesagt, die war uns schon vorher bekannt, und die Mängel beim Liquiditätsrisikoccontrolling führten aus meiner Sicht nicht dazu, dass sich die Liquiditätslage der Hypo Real Estate in irgendeiner Form änderte oder hätte besser darstellen können.

Nina Hauer (SPD): Und hätten diese Mängel, die bei der Sonderprüfung festgestellt worden sind, denn beim zweiten Rettungswochenende geholfen, das zu verhindern, oder hatte das andere Ursachen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein. Die Erkenntnisse oder die Mängel, die bei der Sonderprüfung festgestellt wurden, spielten eigentlich weder beim ersten Krisenwochenende noch beim zweiten Krisenwochenende eine relevante Rolle. Sie waren nicht maßgeblich für die Liquiditätsschwierigkeiten der Hypo Real Estate nach der Lehman-Insolvenz.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja vorhin gesagt, dass sich die privaten Banken hätten beteiligen sollen. Sind Sie der Meinung, dass das so, wie die Bundesregierung vorgegangen ist, dass sie erst versucht hat, eine möglichst weitgehende Lösung mit den Banken herzustellen, der richtige Weg war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist eine politische Frage und letztlich eine Frage der Durchsetzbarkeit. Ich kann nur meine private Meinung als Steuerzahler dazu äußern, dass ich natürlich für sinnvoll halte, dass die Banken hierzu auch einen Beitrag leisten.

Nina Hauer (SPD): Hätte sich denn, wenn Sie sich an diese Prüfungen und an die beiden Prüfberichte, also den Zwischenbericht und den Sonderprüfungsbericht, erinnern, aus diesen Berichten politischer Handlungsbedarf ergeben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich denke, aus diesen Berichten, aus dem Sonderprüfungsbericht und aus dem Zwischenbericht, hat sich kein politischer Handlungsbedarf ergeben oder war kein politischer Handlungsbedarf erkennbar.

Nina Hauer (SPD): Es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass die BaFin das so gesehen hat? Oder ist Ihnen bekannt, dass jemand aus der Bundesbank das der BaFin gesagt hat?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Politischer Handlungsbedarf? - Ist mir nicht bekannt. Wir haben die Erkenntnisse aus unserem Prüfungsbericht der BaFin mit einem Übersendungsschreiben übermittelt und im Prinzip, bezogen auf das Einzelinstitut oder auf die Hypo-Real-Estate-Gruppe, Vorschläge gemacht, wie den Feststellungen aus dem Sonderprüfungsbericht begegnet werden sollte und wie das Institut die abstellen sollte. Aber wir haben meines Wissens keine Vorschläge gemacht, die in den politischen Rahmen gehen.

Nina Hauer (SPD): Sie sind ja zuständig für die laufende Aufsicht. Ein Abgeordneter dieses Ausschusses hat in einem *Spiegel-Online*-Interview gesagt, die HRE sei seit ihrer Gründung 2003 eine problematische Bank und dennoch bis zum September 2008 weitgehend unbeaufsichtigt gelassen worden; dafür müsse der Steuerzahler nun mit Milliardenbeträgen geradestehen. - Teilen Sie diese Auffassung, dass die HRE weitgehend unbeaufsichtigt war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein, ich teile diese Auffassung nicht; dürfte wohl nicht überraschen. Aber sie ist natürlich in einem Teilbereich, bezogen auf die DEPFA plc in Dublin, nicht der deutschen Aufsicht unterliegend. Insofern wird sie auch nicht von uns beaufsichtigt.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Spiller fragt für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Jakob, wenn ich das richtig verstanden habe, hat die Bundesbank, hat auch die BaFin ab Februar 2008 zunächst wöchentlich und danach sogar täglich Liquiditätsberichte der HRE bekommen. Ist das etwas ganz Ungewöhnliches gewesen, oder gab es zu der Zeit auch andere Banken oder Bankengruppen, die wöchentlich oder gar täglich Liquiditätsberichte der Bundesbank, der BaFin zur Verfügung gestellt haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist nicht der Normalfall, sondern es ist etwas Ungewöhnliches oder Außergewöhnliches, wenn ein Kreditinstitut wöchentlich oder gar täglich über seine Liquiditätslage berichten muss. Es gibt aber und gab zum damaligen Zeitpunkt auch andere Institute, die solche Berichtspflichten hatten.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Sie hatten, glaube ich, vorhin gesagt, diese Liquiditätsberichte, die ja wohl auch freiwillig von der HRE geliefert worden sind, hätten keine Handhabe für aufsichtsrechtliche Maßnahmen geboten, die die BaFin dann hätte verfügen können. Hätte es denn andere Möglichkeiten gegeben, etwa im Gespräch mit dem Vorstand, vielleicht auch mit dem Aufsichtsrat oder mit dem Wirtschaftsprüfer, zu fragen: Wie kann man das Risiko mindern?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Erkenntnisse, die ich aus den Gesprächen mit dem Institut hatte und die auch meine Mitarbeiter aus den Gesprächen mit den Instituten hatten, und auch die Erkenntnisse aus den täglichen Meldungen waren eigentlich die, dass die Hypo Real Estate selbst auch bemüht war, ihre Liquiditätssituation zu verbessern, dass es ihr aber aufgrund der gegebenen Geld- und Kapitalmarktsituation nicht gelungen ist, ihre Situation entscheidend zu verbessern.

Ich hatte vorhin erwähnt, bankaufsichtlichen Handlungsbedarf oder bankaufsichtliche Handlungsmöglichkeiten gab es aus meiner Sicht nicht, weil die in den eingereichten Unterlagen enthaltene Information aus meiner Sicht nur dann Grundlage für eine rechtliche Maßnahme sein kann, wenn letztlich ein Rechtsverstoß insofern vorliegt, dass eine Bestimmung des KWG oder der

Liquiditätsverordnung nicht beachtet ist. Das war aus meiner Kenntnis heraus nicht der Fall. Das heißt, die Anforderungen der Liquiditätsverordnung waren eingehalten.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ist Ihnen aus Gesprächen oder Kontakten zu Kollegen anderer Länder, beispielsweise der Schweiz oder Österreich oder Großbritannien, bekannt, dass die dortigen Aufsichtsbehörden stärkere Eingriffsmöglichkeiten gehabt hätten und davon Gebrauch gemacht hätten gegenüber Kreditinstituten oder auch Finanzgruppen, die in ähnlich schwieriger Liquiditätsverfassung waren wie HRE?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darüber ist mir nichts positiv bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde gerne noch mal da anknüpfen, wo Herr Willsch aufgehört hatte, und zwar Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen. Sie hatten berichtet, es gibt in einem regelmäßigen Turnus entsprechende Sitzungen, und bei einer ist darüber gesprochen worden, dass man das nicht so häufig machen wolle. Wann war diese Sitzung?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das müsste ich konkret nachsehen. Das ist mir im Moment nicht erinnerlich. Also, das ist auf jeden Fall - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie es auf das Jahr oder das Halbjahr zurückspiegeln: vor Ausbruch der Finanzkrise im Juni 2007, danach?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es war davor.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davor. - Und es ist danach nicht korrigiert worden, dass man damit jetzt anders umgehe, weil es irgendwie Turbulenzen auf den Finanzmärkten gibt und man etwas genauer hinschauen will?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist nicht ausdrücklich korrigiert worden. Aber aufgrund tatsächlicher Handhabung war es so, dass wir aufgrund der schwierigen Situation, die es bei einigen Instituten gab, ich selber auch, persönlich öfter bei Aufsichtsrats-sitzungen zugegen waren, nicht bei der Hypo Real Estate, bei anderen Instituten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin von mehreren Staatsfinanzierern gesprochen, die in Schwierigkeiten gekommen sind. Sie haben da interessanterweise einen deutschen Staatsfinanzierer, nämlich die Düssel Hyp, nicht genannt als Beispiel von einem, der auch in Schwierigkeiten gekommen ist. Ist der nicht vergleichbar? Sie haben ja einen Vergleich gezogen.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Gut. Für die Düsseldorfer Hypothekenbank kann ich aus eigener Anschauung nichts sagen. Nach meinen Kenntnissen, die aber nicht sehr tief gehen, ist es so, dass die Düsseldorfer Hypothekenbank eine relativ kleine Hypothekenbank ist, die vom Verband selbst aufgefangen wurde und keiner staatlichen Rettungsaktion bedurfte, weil sie aufgrund ihrer Kleinheit auch keine Systemrelevanz besitzt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist auch -- also, ich versuche gerade so, diese Parallelität -- Fortis, Dexia, haben Sie gesagt, da ist genauso in der Folge von Lehman Brothers durch die Verschärfung der Refinanzierungsmöglichkeiten dieses Geschäftsmodell schwierig geworden, genau wie bei der DEPFA. Kann man diese Aussage nach Ihrer Kenntnis auch für die Düsseldorfer Hyp treffen? Sie ist ja im April dann auf die Bücher des Bankenverbandes genommen worden.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Zu den Einzelheiten der Schwierigkeiten bei der Düsseldorfer Hypothekenbank habe ich keine positiven Kenntnisse.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, das ist auch bei der Frage --

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Untersuchungsgegenstand!

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es geht darum, ob der Vergleich, den er gezogen hat --

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Der Zeuge hat --

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das ist ja in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist ja erledigt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt aber, dieser Fall ist nicht dahin gehend analysiert worden, was das für mögliche Schwierigkeiten bei der Hypo Real Estate heißt. Das entnehme ich, wenn Sie sich mit dem nicht näher beschäftigt haben.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es gab aus meiner Kenntnis keine allgemeinen Schlussfolgerungen, die aus dem Fall der Düsseldorfer Hypothekenbank gezogen wurden, die sich auf die Beaufsichtigung in unserem Regionalbereich ausgewirkt hätten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gern zu einem anderen Thema springen, nämlich: Wie wird das DEPFA-Problem, was aus Irland kommt, ein deutsches Problem? Ich habe schon viele Zeugen gefragt; ich habe es noch nicht verstanden. Ich weiß auch nicht, wer es sonst schon verstanden hätte. Warum wird das DEPFA-Problem ein deutsches Problem? Wie sind da die Verflechtungen? Warum musste man eine irische Tochter retten, und zwar jetzt nicht im Allgemeinen, sondern im Konkreten? Was hätte gegen eine Insolvenz der DEPFA separat gesprochen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Diese Frage war Gegenstand der Verhandlungen am Krisenwochenende, und bei diesen Verhandlungen war ich selbst nicht beteiligt. Ich kann nur ergänzend hinzufügen: An dem zweiten Krisenwochenende bestand meine Aufgabe in München darin, von der Hypo Real Estate Informationen zu der Konzernverflechtung einzuholen, also den Forderungsbeziehungen innerhalb des Konzerns der Hypo-Real-Estate-Gruppe.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war erst beim zweiten Rettungswochenende.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim ersten haben Sie entsprechende Informationen nicht eingeholt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wurde ich nicht drum gebeten. Ich war auch nicht an diesen Verhandlungen oder Gesprächen beteiligt, bei denen das möglicherweise eine Rolle spielte. Dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich gerne da anknüpfen: Welche Art von Informationen wurde denn von Ihnen erfragt, und welche konnten Sie an diesem Rettungswochenende beitragen? Ihre Rolle war ja im Wesentlichen die des Informationslieferanten und Informationsweitergebers.

Es geht mir an der Stelle noch nicht um Inhalte der Informationen, sondern die konkrete Art der Informationen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Also, meine Aufgabe bestand am ersten Krisenwochenende letztlich darin, von der Hypo Real Estate Informationen, Zahlen zu den Gläubigern der Hypo-Real-Estate-Gruppe zu erhalten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war praktisch die einzige Aufgabe?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das war ein großer Teil der Aufgabe. Sie wurde zum Teil auch von Kollegen von München aus erledigt, weil die Informationen und auch die Unterlagen, die hierzu vorgelegt wurden, zum Teil nicht vollständig oder widersprüchlich waren. Das gestaltete sich etwas schwierig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es gab da eine Überprüfung der von der HRE vorgelegten Zahlen durch die Bundesbank?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir haben die Zahlen nur entgegengenommen und zusammengestellt, weil das Einzeldaten waren, und wir haben versucht, die in irgendeiner sinnvollen Weise in der Übersicht zusammenzustellen. Da spielte eine Rolle, inwieweit diese Forderungen der Gläubiger an die Hypo Real Estate gesichert sind oder nicht gesichert sind, und das war schwer zu unterscheiden und herauszufinden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es ging weniger um eine Überprüfung als um eine Klassifizierung dieser Angaben aus der Hypo Real Estate zur Gläubigerstruktur?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir konnten diese Angaben nicht prüfen. Da hätten wir in dem Institut tätig sein müssen. Wir konnten sie allenfalls plausibilisieren und immer wieder nachfragen, inwieweit sie vollständig sind.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab wann war denn nach dem 15.09. bei Ihnen, Hauptverwaltung München, bekannt, es gibt da ein Problem, drohende Zahlungsunfähigkeit, und wie ist diese Information zu Ihnen gekommen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Information kam von Herrn Funke. Nach der Lehman-Insolvenz rief mich Herr Funke an, vor diesem ersten Krisenwochenende. Meines Wissens waren zwei Wochen dazwischen. Also, in der ersten Woche nach der Lehman-Insolvenz rief mich Herr Funke an und berichtete mir, dass er jetzt in konkrete Liquiditätsschwierigkeiten gerate.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich. Die Zeit ist um. - Ich leite nun über zur CDU/CSU-Fraktion und erteile Herrn Dautzenberg das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Jakob, welche Kenntnis haben Sie davon, wie die BaFin mit Ihren Prüfungsfeststellungen umgegangen ist und ob die zu Ihrer Zufriedenheit, im Grunde, was Sie festgestellt haben, auch entsprechend abgearbeitet worden sind?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Auf der Basis des Prüfungsberichtes -- oder den Prüfungsbericht hat die BaFin an das Institut übermittelt. Das ist generell Sache der BaFin, den Prüfungsbericht an das Institut zu senden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also nicht die Bundesbank, sondern die BaFin?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die BaFin sendet den Bericht an das Institut, ja. Die BaFin hat daraufhin ein Aufsichtsgespräch angeordnet. Das heißt, sie hat ein Gespräch mit der Hypo Real Estate unter unserer Beteiligung am 31. Juli 2008 anberaunt. In diesem Gespräch wurde seitens der BaFin und auch von meiner Seite das Institut angehalten, die Feststellungen, die im Sonderprüfungsbericht enthalten waren, baldmöglichst abzuarbeiten und regelmäßig darüber zu berichten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Eben hatten Sie, Herr Jakob, im Zusammenhang mit Ihren Reflexionen, was das Prüfungsrecht zum Geschäftsmodell in etwa angeht, wo Sie ja sagten, dafür habe man als Aufsicht keine gesetzliche Grundlage, auch ausgeführt, dass, was Gruppenaufsicht anbelangte, der § 25 a KWG dafür Raum gibt. Was wäre denn aus Ihrer Sicht noch weiter angemessen gewesen, den § 25 a zu nutzen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Also, was --

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Oder hat man hier etwas unterlassen, was man nach § 25 a auch hätte machen können?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Meines Wissens hätte man natürlich auch im § 25 a bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe den Schwerpunkt im Rahmen der Sonderprüfung legen können, so, wie es eigentlich ursprünglich geplant war. Aber --

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Warum wurde das nicht gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich hatte ja erwähnt, dass man aufgrund der Veröffentlichung von Verlusten aus amerikanischen Wertpapieren seitens der Aufsicht, also BaFin und wir, misstrauisch geworden war,

ob das Kreditinstitut Hypo Real Estate hier richtig bewertet, ob es alle Wertpapiere, die jetzt hier kritisch sind, in die Bewertung mit einbezieht. Deswegen wurde das zum Prüfungsschwerpunkt gemacht. Daneben gab es eben auch Teile des Risikocontrollings; das Thema Risikotragfähigkeit wurde noch geprüft.

Meines Erachtens hätte man auch noch weiter prüfen können, inwieweit der § 25 a auf Gruppenebene umfassend eingehalten ist. Aber eine Prüfung kann eben auch nur innerhalb eines bestimmten Zeitraums durchgeführt werden. Es war ja auch gewünscht, dass wir relativ zügig und zeitnah informieren und einen Bericht zu dem damals eigentlich auf den Fingernägeln brennenden Thema der Bewertung dieser strukturierten Produkte erstellen. Insoweit musste die Prüfung ja auch zu einem Ende gebracht werden. Es ist aber nicht so - aus meiner Sicht jedenfalls -, dass bestimmte kritische Bereiche des § 25 a von vornherein ausgeblendet wurden, sondern das Thema Liquidität war uns auch damals schon als Problem bekannt. Das war auch Gegenstand der Prüfungen, inwieweit halt im Rahmen des § 25 a KWG auch auf Gruppenebene die Liquiditätsanforderungen richtig ermittelt und berichtet werden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat die BaFin denn die Bundesbank um ihre Einschätzung zu Maßnahmen nach § 25 a KWG gebeten?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Maßnahmen nach § 25 KWG? Ich verstehe jetzt die Frage nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ob die BaFin von sich aus Sie um die Einschätzung von Maßnahmen nach § 25 a gebeten hat.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Verstehe ich Sie richtig, wenn Sie jetzt die Frage, ob es Feststellungen oder Mängel gab, die im Rahmen der Prüfung festgestellt wurden --

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nein, ob von der BaFin auch Initiativen ausgingen, Sie um Einschätzung der Prüfung nach § 25 a KWG zu bitten.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Unsere Einschätzung wurde ja dann im Prüfungsbericht

selber dokumentiert. Wir hatten praktisch für uns die Stellung, die Bewertung so abgegeben, dass der § 25 a KWG in den von uns geprüften Bereichen aus unserer Sicht hier nicht eingehalten war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Deshalb noch mal die Frage: Hat denn die BaFin daraus etwas veranlasst an die Bundesbank, dem dann näher nachzugehen, was Sie selber nach § 25 a festgestellt haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Im Rahmen der normalen Prüfungsmängelverfolgung ist es ja unsere Aufgabe, dass wir das analysieren, was das Institut dann meldet, das heißt die erledigten Feststellungen, Zwischenberichte über die Erledigung von Mängeln, und darüber der BaFin wieder berichten. Das war - würde ich sagen - stillschweigend mit der BaFin vereinbart, weil das absolut Usus ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat die BaFin Vorgaben zum Umgang mit Zinsänderungsrisiken gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darüber ist mir nichts bekannt. Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wäre es aber angemessen gewesen, in der Entwicklung des Kapital- und Geldmarktes so was zu veranlassen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das Problem bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe, genauer bei der DEPFA, war ja ein Problem der sehr kurzfristigen Refinanzierungen, weniger ein Problem des Zinsänderungsrisikos. Insofern haben wir jetzt nicht das Problem bei den Zinsbindungsfristen und beim Zinsänderungsrisiko gesehen, sondern beim Liquiditätsrisiko.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wie ist die BaFin mit der erkennbar riskanten kurzfristigen Refinanzierung bei der HRE Ihrer Kenntnis nach umgegangen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die BaFin wurde von uns praktisch täglich informiert. Wir haben diese Zahlen von der Hypo Real Estate noch etwas aufbereitet und haben entsprechend, wenn es erforderlich war, angezeigt erschien, diese auch kommentiert.

Konkrete Reaktionen kann ich nur insofern bestätigen, dass wir natürlich eigentlich permanent mit der BaFin in Kontakt sind, regelmäßig uns austauschen und Gespräche, auf Referatsleiterebene zum Beispiel, über eventuelle Schlussfolgerungen stattfinden, die aus bestimmten Erkenntnissen zu ziehen sind. Konkrete Anforderungen der BaFin bezüglich Liquidität sind mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt der Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Jakob, ich wollte noch mal fragen, wie das mit den Stresstests ist. Sie haben ja vorhin gesagt, dass das frei gestaltbar war bzw. dass sie nicht überall gleich waren. Etwas früher hatten Sie gesagt, dass das Eintreten des Worst Case eigentlich ausgeschlossen wurde. Ich frage mich nach dem Sinn von solchen Tests, wenn man, sozusagen wie beim Eiskunstlauf, die beste und die schlechteste Note wegstreicht und dann nur noch die mittlere Wertung hat. Glauben Sie, dass da einfach zu viel Trott drin war, dass man gesagt hat: Hat schon immer geklappt, wird auch weitergehen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Bei wem war dieser Trott drin, bei der Hypo Real Estate oder bei uns oder bei der BaFin?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Bei der Aufsicht vor allen Dingen, also durch Sie oder eben auch durch BaFin wahrgenommen, dass man gesagt hat: Gut, wir machen halt diese Tests; aber Worst Case tritt eh nicht ein.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Der Worst Case ist eigentlich natürlich eine Hypothese. Wenn die sich realisiert, werden im Zweifel alle Institute illiquide. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Deswegen, sagen wir mal, kann das nicht der Erkenntniswert dieser Szenarien sein, sondern der Erkenntniswert liegt darin, dass der Zeitraum, bis zu dem ein Institut illiquide wird, unterschiedlich lang ist.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ja. Sie kriegen also Angaben über Restlaufzeiten sozusagen in diesem Worst Case.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Für diesen schlimmsten Fall, der sich aber - ich gehe mal davon aus - in dieser Form eigentlich nicht realisieren wird. Aber es gibt eine Indikation darüber, welche Institute anfälliger sind und welche weniger anfällig.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Da wird dann auch zwischen systemrelevanten und nicht systemrelevanten unterschieden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Da wird grundsätzlich nicht unterschieden hinsichtlich systemrelevant/nicht systemrelevant, weil es auch kleinere Institute geben kann, die in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Es gibt nur einen Unterschied dahin gehend, dass wir generell von systemrelevanten Instituten genauere und detailliertere Informationen haben als von nicht systemrelevanten.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Sind als Ergebnis solcher Stresstests konkrete Maßnahmen - - Also, gibt es da Linien in der Form: Wenn die Überlebensdauer im Worst Case unter 15 Tage fällt, müssen wir dringend das oder das machen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Solche generellen Regeln gibt es nicht, nein. Es ist auch so, dass, wie gesagt, diese Stresstests eigentlich vom Institut selber durchgeführt werden sollen im Rahmen seiner Überwachung des Liquiditätsrisikos. Hinsichtlich der Erfüllung bankaufsichtlicher Normen ist bezüglich der Liquidität die Liquiditätsverordnung maßgeblich. Auf der Basis von tatsächlichen Informationen können wir - das machen wir ja auch und haben wir im Hypo-Real-Estate-Fall auch konkret gemacht - die Liquiditätssituation tatsächlich auch weiterverfolgen und uns täglich darüber informieren, um möglichst frühzeitig erkennen zu können, ab wann ein Institut tatsächlich in die Zahlungsunfähigkeit gerät, was wiederum für die BaFin dann maßgeblich ist. Dann kann sie nämlich überlegen, ein entsprechendes Zahlungsverbot für das Institut zu verhängen; aber erst, wenn konkret absehbar ist, dass die Zahlungsunfähigkeit droht.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Bei diesen Regionalkonferenzen, die Sie eben ansprachen, wo die Guideline „Nicht so bürokratisch“ ausgegeben wurde, da hat man

sich doch sicher auch über Dinge wie Bear Stearns oder Northern Rock ausgetauscht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): War da die Frage: Was machen wir denn, wenn sie bei uns in der Schlange vor der Bank stehen? - Das Szenario war ja schon real, jetzt Wirklichkeit geworden in Industrieländern. Insofern stelle ich mir vor, dass man in so einem Kreis sich dann auch darüber austauscht.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es wurde nicht über diese konkreten Einzelfälle berichtet, weil die ja nicht unserer Aufsicht unterliegen. Aber natürlich wurden diese Informationen für unsere konkreten aufsichtlichen Handlungen benutzt, ob es daraus irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen gibt, konkrete Schlussfolgerungen zum Beispiel aus Northern Rock. Das kann man jetzt nicht eins zu eins auf Einzelinstitute übertragen, weil die Ursachen für die Schwierigkeiten von Northern Rock vielleicht andere sind als die, über die wir jetzt zum Beispiel bei der Hypo Real Estate sprechen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Okay. - Noch mal zu diesem Prüfungsgespräch, 31. Juli, zurück. Wissen Sie noch, wer da die Ergebnisse zusammengefasst hat und wann das Protokoll kam?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist üblicherweise so, dass derjenige das Protokoll erstellt, bei dem das Gespräch stattfindet, also, wenn es bei der BaFin stattfindet, erstellt die BaFin das Protokoll; wenn das Gespräch bei uns stattfindet, erstellen wir das Protokoll. In dem Fall war die Besprechung bei der BaFin. Das Protokoll der BaFin ging uns erst - ich glaube, die Bundesbank hatte es auch noch nachgereicht - in diesem Jahr zu. Das Protokoll der BaFin über diese Besprechung - - Ich hatte meines Wissens im November/Dezember 2008 mal bei Frau Menke angefragt, wo das Protokoll bleibt, weil wir festgestellt hatten, es fehlt uns noch eine Unterlage. Daraufhin hieß es, das Protokoll sei noch in der Finalisierung. Daraufhin habe ich jetzt erst mal nichts weiter gehört.

Das Nächste, was ich darüber hörte, war, dass in der Presse stand, dass darüber jetzt ein Protokoll existiere. Daraufhin haben wir

es dann bei der BaFin angefordert. Inhaltlich ist es aber so: Wir waren ja Teilnehmer des Gespräches am 31. Juli. Insofern war uns natürlich der Inhalt des Gesprächs auch bekannt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wir hatten hier schon mal eine Info, dass das Protokoll schon im September bei der Bundesbank vorlag. Das können Sie aber nicht bestätigen, oder? Davon haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein, kann ich nicht bestätigen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Das erscheint mir jetzt so von außen schon ungewöhnlich. Ich meine, das Protokoll hat sich dann hoffentlich schon in weiten Teilen überholt, bis es dann die Teilnehmer erreicht, weil die Mängel schon abgearbeitet sind, oder?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Zu dem Thema September. Es ist so, dass das Protokoll, das uns ja jetzt auch vorliegt,

(Rechtsbeistand Bundesbank-
direktor Dr. Ernst Wilhelm Nöll:
Jetzt vorliegt!)

- jetzt vorliegt - ein Datum aus dem September 2008 trägt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es liegt uns aber erst seit einigen Wochen vor, nachdem wir es bei der BaFin angefordert haben, nachdem wir darüber aus der Presse erfahren haben, dass so ein Protokoll mittlerweile fertiggestellt wurde.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Also, über ein Gespräch am 31. Juli wird unter dem Datum September ein Protokoll erstellt, das Ihnen dann im Mai/Juni zugeht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja. Ich hatte ja erwähnt, ich hatte mal nachfragt. Auf der anderen Seite ist für uns das Protokoll nicht kriegsentscheidend. Wir waren ja über den Inhalt des Gesprächs informiert und hatten unsere eigenen Notizen. Insofern wussten wir, was da vereinbart wurde. Es wäre natürlich besser, wenn diese Protokolle zeitnäher erstellt würden; da stimme ich Ihnen zu. Die

Bundesbank erstellt ihre Protokolle in der Regel sehr zeitnah.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Das ist ja nun auch erheblich für die Durchführung des Auftrags sozusagen. Wenn jeder nur auf Grundlage seiner eigenen Aufzeichnungen und nicht aufgrund von abgestimmten Ergebnissen dann tätig wird, besteht ja doch die Gefahr, dass man sozusagen aneinander vorbei Dinge macht oder eben nicht macht.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Protokolle von Aufsichtsgesprächen werden meines Wissens nicht abgestimmt, sondern es wird der Inhalt des Gesprächs einfach wiedergegeben, sodass nur im seltensten Ausnahmefall -- dass man das vom Inhalt her anders verstanden hätte, dass es da noch eine Korrektur gäbe. Aber in der Regel werden diese Protokolle nicht noch mal abgestimmt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Was heißt dann „Finalisieren von einem Protokoll“?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das war ein BaFin-interner Prozess. Dazu kann ich nichts zur Erhellung beitragen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Dautzenberg noch mal.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt noch mal Herr Kollege Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Jakob, kann der Zeitpunkt der Finalisierung und der Zugang bei Ihnen - jährt sich jetzt ja fast - damit zusammenhängen, dass, obwohl Sie Mitte September auch einen Zugang des Protokolls hatten, bestimmte Inhalte des Protokolls vor der Rettungsaktion nicht bekannt sein sollten?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann nur wiedergeben, dass uns das Protokoll im September nicht vorlag, sondern erst jetzt kürzlich auf unsere Anfrage hin zugeht, dass es das Datum aus dem September 2008 trägt. Ich habe aus dem Protokoll nichts entnommen, das an dem Rettungswochenende irgendwie eine Rolle gespielt hätte.

Vielleicht noch zur Ergänzung: Das Gespräch fand ja am 31. Juli statt. Gut, in der Regel gibt man schon vielleicht drei oder vier Wochen - oder etwas länger - Zeit, bis ein Protokoll erstellt ist. Dann begann ja auch schon relativ schnell die heiße Phase bei der Hypo Real Estate, sodass man da anderes zu tun hatte, auch wir, als nachzugucken, ob wir Protokolle schon bekommen hatten. Wir hatten dann diese Rettungswochenenden und nach den Rettungswochenenden eben auch relativ hektische und arbeitsreiche Zeiten, sodass das Protokoll selber -- uns erst wieder im November/Dezember auffiel: „Ja, das fehlt uns eigentlich“, und deswegen haben wir es da mal nachgefragt. Da hieß es: Das ist noch in der internen Finalisierung bei der BaFin. - Dann haben wir erst wieder aus der Presse erfahren, dass es mittlerweile vorliegt, und haben es dann angefordert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Jakob, und erteile nunmehr Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank. - Herr Jakob, noch mal zurück auf diese Regelungslücke oder diese erforderliche Gesetzesänderung, die Sie vorhin erwähnt haben. Ich hatte Sie ja vorhin gefragt: Wenn man das zu Beginn des Jahres 2008 geändert hätte, hätte es was bewirkt? - Da sagten Sie: Nein, weil die Refinanzierung nicht mehr möglich gewesen wäre. - Wenn man es vorher getan hätte, etwa zu Beginn des Jahres 2007, wie wäre der Verlauf denn dann gewesen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Man hätte ja die Schwierigkeiten bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe letztlich nur verhindern können, wenn die Hypo Real Estate nicht die DEPFA erworben hätte.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber hätte sie sie denn dann erwerben können, wenn man die Liquiditätsanforderungen auf die ganze Gruppe ausgedehnt hätte?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist relativ hypothetisch. Man müsste halt die Liquiditätsanforderungen so ausgestalten, dass dann auch solche konkreten Fälle, wie wir sie jetzt mit der Hypo Real Estate erlebt haben, dadurch verhindert werden können. Das

heißt, inhaltlich an der Liquiditätsanforderung müsste man auch noch ändern und dann diese Liquiditätsanforderung auf die Gruppenebene ausweiten. Dann wäre klar gewesen - für die Hypo Real Estate zum Beispiel oder jedes andere Institut, das ein anderes jetzt übernehmen möchte -: Ich muss auch auf Gruppenebene diese Anforderungen erfüllen, und dann würden diese bankaufsichtlichen Anforderungen natürlich auch eine Rolle spielen bei den Verhandlungen und der Prüfung des Erwerbs einer anderen Bank: Inwieweit erfüllt die andere Bank diese Anforderungen, und wie stellt sich dann die Liquiditätssituation der Gruppe nach dem Erwerb dar, und ist es immer noch für die Gruppe insgesamt darstellbar?

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Jakob, haben Sie mal recherchiert, weshalb es nicht zur Gesetzesänderung gekommen ist?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein. Das ist jetzt auch eine Erkenntnis aus der Liquiditätskrise bei der Hypo Real Estate.

Dr. Volker Wissing (FDP): Oder dass Sie sich mal erkundigt hätten, warum das BMF eine solche Gesetzesänderung nicht auf den Weg gebracht hat, das haben Sie niemals?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein, weil meine Aufgabe auch nicht darin besteht, konkrete Gesetzesvorhaben mit zu gestalten oder vorzubereiten. Ich habe natürlich zum Beispiel den Vorschlag auch unterstützt, dass man individuell Zuschläge, individuelle Anforderungen für die Liquidität von Kreditinstituten formulieren können sollen muss, und zwar braucht es dafür allerdings eine neue gesetzliche Grundlage. Das habe ich auch innerhalb der Bundesbank kommuniziert.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat die Bundesbank im Zeitraum vom 15. bis 19. September 2008 eine generelle Abfrage unter den Banken getätigt, wer durch den Zusammenbruch von Lehman in Schwierigkeiten kommen könne?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Könnten Sie bitte das Datum noch mal wiederholen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja. In der Zeit vom 15. bis 19. September 2008.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja, das ist richtig.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist das gemacht worden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es gab Umfragen nach der Lehman-Insolvenz, erstens inwieweit andere Banken von der Insolvenz konkret betroffen sind, und es gab anschließend auch Fragen zur Liquidität.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und zu welchem Ergebnis ist man da gekommen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Diese Zahlen sind natürlich vertraulich. Auf der anderen Seite befassen die sich mit einer ganzen Vielzahl verschiedener Institute. Da könnte ich die Zahlen jetzt ad hoc auch gar nicht übermitteln.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es richtig, dass die Bundesbank Liquiditätsberichte der Hypo-Real-Estate-Gruppe um optionale Zahlungen und weitere Liquiditätspuffer ergänzt hat, und, wenn ja, wie sah dies aus?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich hatte vorhin schon erwähnt, dass wir die Zahlen der Hypo Real Estate für ihren Worst Case als unvollständig ansahen und folglich regelmäßig auch erweiterte Zahlen bekommen haben, die wir dann in unser eigenes Worst-Case-Szenario mit eingebaut haben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass es über die Frage der unvollständigen Gesetzeslage hinsichtlich der Beaufsichtigung von Finanzholdings über einen längeren Zeitraum hinweg Unstimmigkeiten gab, auch im Zusammenhang mit der HRE?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Unstimmigkeiten inwiefern?

Dr. Volker Wissing (FDP): Differenzen zwischen der Auffassung der Aufsicht und zum Teil auch der Hypo Real Estate und dem Bundesfinanzministerium hinsichtlich der Notwendigkeit einer gesetzlichen Änderung.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Hypo Real Estate Holding hatte sich in den Jahren 2007, 2008, wo ich das überblicken kann,

immer sehr kooperativ gezeigt. Das heißt, obwohl die Bankenaufsicht da keine direkten Zugriffe zum Beispiel auf Unterlagen hatte und auch keine Prüfungen hätte durchführen können, konnten wir trotzdem Unterlagen von der Hypo Real Estate Holding anfordern.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein, das ist aber nicht meine Frage. Es geht ja um Differenzen hinsichtlich der Gesetzesänderung, nicht um die Frage, ob die Bank kooperativ war.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Um diese auch für die Bankenaufsicht etwas unbefriedigende Situation zu ändern, hat man verschiedene Lösungen angedacht. Eine davon war eine Gesetzesänderung, dass man also Finanzholdings auch der Aufsicht unterwirft. Zu diesem Thema - - Das lief schon mehrere Jahre aus meiner Kenntnis, auch schon vor meiner Zeit als Regionalbereichsleiter. Soweit ich mich erinnern kann, wurde dann zum Beispiel am 31. Juli 2008 gelegentlich dieses Gespräches über Mängel aus der Sonderprüfung auch verabredet, zusammen mit der Hypo Real Estate, dass ein neuer Anlauf genommen werden sollte, die Finanzholdings auch der Aufsicht zu unterwerfen, das heißt, die KWG-Änderung auf den Weg zu bringen. Diesen Weg ist man dann auch gegangen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen bekannt, warum das Bundesministerium der Finanzen diesen Weg vorher nicht gehen wollte?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darüber ist mir persönlich nichts bekannt. Es gab im Jahre 2007 meines Wissens auch schon einen Anlauf, eine KWG-Änderung herbeizuführen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und was war damals die Haltung des Bundesfinanzministeriums, das nicht zu tun?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darf ich einen Moment in meinen Unterlagen nachgucken?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich muss mich korrigieren: Bereits im Jahre 2006 war so ein Anlauf unternommen worden, die Finanzholdings dem KWG zu unterwerfen. Damals gab es ein Schreiben

von Herrn Sanio an den Vorstandsvorsitzenden der Hypo Real Estate Holding, in dem sinngemäß gesagt wurde, dass aus bankaufsichtlichen Erwägungen gegenwärtig davon abgesehen werden sollte, das Petitum, das heißt eigentlich den Antrag der Hypo Real Estate, dass man Finanzholdings auch dem KWG unterwirft -- dass man also dieses Anliegen nicht unterstützen möchte. Das ist aber jetzt mal keine eigene Kenntnis; das habe ich nur aus den Unterlagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Also, Herr Sanio wollte das nicht unterstützen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es gibt hier ein Schreiben, angeblich von Herrn Sanio, vom 07.09.2006.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber wenn ich es richtig verstanden habe, hat die Bundesbank dieses für sinnvoll erachtet?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir haben mehrere Anläufe begleitet und auch Vorschläge zusammen mit der BaFin gemacht und hatten das befürwortet, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Ich danke Ihnen und erteile nunmehr Frau Nina Hauer für die SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Jakob, mehrere Zeugen - unter anderem auch die Prüfer der Bundesbank - haben hier ausgesagt, dass es keine Informationen gab, die sie nicht bekommen haben, weil die Rechtslage so war, dass sich die Aufsicht nicht auf die Holding bezieht. Können Sie das nachvollziehen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann das bestätigen, ja. Es bezog sich nicht nur auf Prüfer, sondern auch auf Unterlagen, die wir im Rahmen der laufenden Aufsicht benötigt haben. Die konnten wir von der Hypo Real Estate Holding anfordern und haben sie bekommen.

Nina Hauer (SPD): Also hätte eine Gesetzesänderung, die vorher erfolgt war, an diesem Zustand gar nichts geändert?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir hatten jedenfalls materiell dadurch keine Behinderung.

Nina Hauer (SPD): Okay. - Was die Liquiditätsausstattung angeht, wenn Sie die hätten prüfen -- dass Sie die nicht prüfen konnten, liegt ja daran, dass das bei der DEPFA Sache der irischen Aufsicht gewesen wäre. Ist das richtig?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die DEPFA unterliegt der irischen Aufsicht. Ob und inwieweit die irische Aufsicht Liquiditätsanforderungen stellt oder formuliert hat, darüber ist mir jetzt nichts bekannt. Mir ist nur bekannt, dass sie Anforderungen stellt, aber nicht, in welcher Form.

Nina Hauer (SPD): Wie könnte das denn geändert werden, dass diese Ausstattung, also die Liquiditätsausstattung, auch von der deutschen Aufsicht geprüft wird? Ist das nicht europäisches Recht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das wäre meines Erachtens europäisches Recht -- eine Änderung erforderlich. Man müsste es dergestalt realisieren, dass eben das übergeordnete Unternehmen, also letztlich hier die Finanzholding, dieser Anforderung ausgesetzt würde. Das wäre also der Ansatzpunkt. Man könnte nicht von hier aus direkt der DEPFA in Dublin Vorschriften machen, sondern müsste halt über die Holding hier in Deutschland gehen.

Nina Hauer (SPD): Wir hatten vorhin einen Zeugen, der in öffentlicher Sitzung hier ausgesagt hat. Der war als Sachbearbeiter im Risikomanagement bei der HRE beschäftigt, und der sagt, er habe die Situation, dass die DEPFA Auswirkungen auf die Situation der HRE habe, schon im Oktober 2007 gesehen. Wörtlich hat er in einem Interview gesagt, die DEPFA habe die Krätze gehabt, und dann hatte sie auch die HRE. Können Sie nachvollziehen, wie er das schon im Oktober 2007 hat erkennen können?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann das insofern nachvollziehen, dass ich ja auch erwähnte, dass die Hypo Real Estate bereits im November auch öffentlich bekannt gegeben hat, wie die DEPFA plc refinanziert ist und dass die Refinanzierung zu fast 50 Prozent aus kurzfristigen Refinanzierungen am Geldmarkt bestand.

Nina Hauer (SPD): Aber er hat auch eingeräumt, dass ohne Lehman diese Situation natürlich nicht eingetreten wäre, und zugegeben, dass auch er diesen Zusammenbruch von Lehman nicht hat vorhersehen können. Können Sie das aus Ihrer Sicht bestätigen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Könnten Sie die Frage bitte noch mal wiederholen? Ich habe es jetzt nicht ganz überhört.

Nina Hauer (SPD): Würden Sie sagen, dass diese Situation, die Sie eben geschildert haben, sich dramatisch dadurch verändert hat, dass Lehman dann im September/Oktober die HRE mit in den Abgrund gerissen hat?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja, die hat sich dramatisch verändert, richtig.

Nina Hauer (SPD): Ich habe noch eine Frage zu den Hintergründen bei dem Rettungspaket. Ich habe Sie vorhin gefragt, ob diese Mängel, die bei der Prüfung festgestellt wurden, in Bezug auf das Rettungspaket eine Rolle gespielt haben. Stand denn das Scheitern des Rettungspakets - - oder der Zusammenhang zwischen dem ersten und dem zweiten Rettungspaket, war der bezogen auf die Abschreibungen auf die strukturierten Papiere, die im Januar 2008 von der HRE vorgenommen worden sind, oder stand das nicht in unmittelbarem Zusammenhang?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein, das stand in keinem Zusammenhang. Die Abschreibungen hatten nichts mit der Liquiditätslage zu tun.

Nina Hauer (SPD): Das ist nicht ursächlich für die spätere Situation gewesen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist richtig.

Nina Hauer (SPD): Bei dem Rettungswochenende, bei dem ersten, wie wurde denn der Liquiditätsbedarf der HRE da ermittelt? Können Sie das kurz schildern?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich hatte auch vorhin schon kurz erwähnt, dass ich bei dem Krisenwochenende an diesen Besprechungen nicht direkt beteiligt war und folglich auch dazu jetzt keine Aussagen treffen kann.

Nina Hauer (SPD): Können Sie denn was dazu sagen, ob die privaten Banken - das waren ja auch mehrere - alle einzeln auch noch ihrerseits Prüfungen durchgeführt haben, oder haben die sich alle auf die Aussagen der Deutschen Bank verlassen, als es dann zum zweiten Rettungspaket kam?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Über weitere Prüfungshandlungen von anderen Banken ist mir nichts bekannt. Mir ist nur bekannt, dass die Deutsche Bank die Liquiditätssituation geprüft hatte.

Nina Hauer (SPD): Können Sie was dazu sagen, wie letztendlich die Entscheidung zustande gekommen ist, das Rettungspaket zu schnüren, und inwieweit die Bundeskanzlerin da involviert war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Dazu kann ich nichts beitragen, weil ich da zu weit von den eigentlichen Verhandlungen weg war.

Nina Hauer (SPD): Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich möchte doch noch mal auf die Frage zurückkommen, welche gesetzlichen Grundlagen für Prüfungen von Gruppen bestehen oder bestanden haben. Der § 25 a ist, wenn ich das richtig im Kopf habe, so um 2004 herum ergänzt worden. Da ist eine Richtlinie der EU - Finanzkonglomerate - umgesetzt worden, und es ist dann ein Abs. 1 a in diesen § 25 a eingefügt worden. Habe ich das richtig verstanden: Da handelt es sich aber um die organisatorischen Pflichten, die die Institute haben, nicht unbedingt Liquiditätsvorschriften?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Den § 11 gibt es aber schon lange. Da heißt es:

Die Institute müssen ihre Mittel so anlegen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft (Liquidität) gewährleistet ist.

Da sind Institute. Wenn es in der Gruppe ein Institut gibt - so habe ich das verstanden -, das dann die Gruppe, die - - Im Zweifelsfall das größte Institut der Gruppe vertritt dann auch die Gruppe. Das muss doch wohl

die Frage auch aufwerfen, ob nicht wegen der Zugehörigkeit zur Gruppe auch eine Ausstrahlung auf - ich sage mal - die Bonität, letzten Endes dann auch die Liquidität eines solchen Gruppeninstituts gegeben ist. Wird das nicht bei Ihren Prüfungen ohnehin seit langem mit einbezogen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Soweit wir Prüfungen hinsichtlich der Einhaltung des § 25 a, der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation, auch bei ausländischen, rechtlich selbstständigen Töchtern durchführen, was ja eigentlich die Ausnahme ist, berücksichtigen wir diese neue gesetzliche Vorschrift. Der Ansatzpunkt hierzu ist aber immer das übergeordnete Unternehmen. Das heißt, das übergeordnete Unternehmen ist Adressat dieser Prüfungsanordnung, und formal wird die Prüfung dann so durchgeführt, dass das übergeordnete Unternehmen dafür sorgen muss, dass wir eben auch vor Ort bei rechtlich selbstständigen Töchtern prüfen dürfen. Parallel dazu läuft die Vereinbarung mit den örtlich zuständigen Bankenaufscheidern, zum Beispiel mit der irischen Aufsicht. Es werden also Vereinbarungen über gegenseitige Prüfungsrechte getroffen, und jede einzelne Prüfung wird vorher auch noch mit denen abgestimmt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Die Hypo Real Estate Bank war ein Institut, das der deutschen Aufsicht richtig unterlag. Habe ich Sie richtig verstanden, auf die Frage von Frau Hauer: Faktisch war es so, weil auch die Holding kooperativ war, Sie haben alle Ermittlungen machen können, die Sie auch sonst hätten anstellen können, wenn es einen anderen, erweiterten rechtlichen Rahmen gegeben hätte?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist richtig. Wir haben die Hypo Real Estate Gruppe insofern genauso prüfen können, als wenn die Finanzholding auch der Aufsicht unterlegen hätte. Das heißt, wir haben ganz konkret auch in den Geschäftsräumen der Hypo Real Estate Holding geprüft, Geschäftsräume betreten, dortige Mitarbeiter befragt, Unterlagen eingesehen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr seitens der SPD-Frak-

tion. - Dann gehe ich nun über zu Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön. - Ich hatte ja schon damit angefangen. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und den Wirtschaftsprüfern von der KPMG?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir erhalten die Prüfungsberichte von den Wirtschaftsprüfern, werten diese aus. Ansonsten gibt es nach der Auswertung dieser Prüfungsberichte Besprechungen mit den jeweiligen Wirtschaftsprüfern über weitere Erkenntnisse.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Tauscht man sich auch über zum Beispiel Stresstest - - Machen die auch Stresstests? Guckt man da, ob man gleiche Annahmen hat, -

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja, die machen aus meiner Sicht - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): - gleiche Fehler findet?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die machen nicht selbst Stresstests, sondern die prüfen eben auch, ob das Institut selber Stresstests für das Liquiditätsrisiko durchführt, und prüfen, ob das aus deren Sicht ausreichend ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Können Sie hier in der öffentlichen Sitzung bestätigen, dass die BaFin oder Sie oder beide mit der Arbeit von der KPMG unzufrieden waren?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Bei der Hypo Real Estate?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja. - Wenn nicht, dann machen wir es geschlossen. Dann lese ich das Zitat vor.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir können es in der geschlossenen Sitzung machen. Aus meiner persönlichen Einschätzung heraus sind mir jetzt keine konkreten Dinge bekannt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dass überhaupt der Auslöser auch für die Sonderprüfung mit war, dass man unzufrieden war, also

dass es über die Gewinnwarnung hinaus schon auch noch andere Gründe gab.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Dazu dann in der vertraulichen Sitzung gerne.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut. - Noch einmal zum Gespräch mit dem Vorstand am 31. Da ist ja nicht nur die Frage der Liquiditätsmeldung - - sondern auch gesagt worden, man will regelmäßig über die Risikotragfähigkeit und über die Kapitalausstattung auch informiert werden. Das heißt, es war nicht nur sozusagen die Liquidität, sondern man sah durchaus schon, dass auch weitere Probleme bestehen.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja, richtig.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist das dann entsprechend auch erfolgt? Hat man da eine entsprechende Information, zum Beispiel im August, dann auch bekommen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir haben dann monatlich Meldungen von der Hypo Real Estate über die Ertragslage und auch über deren Kapitalsituation bekommen. Zur Risikotragfähigkeit erhielten wir halt Unterlagen im Rahmen von Aufsichtsratsunterlagen, wo darüber berichtet wurde.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das war der 31.07., wo Sie mit dem Vorstand gesprochen haben. Am 08.08. haben Sie eine Information vom Vorstand gekriegt, dass in Irland - zufällig oder nicht - Liquidität in einem großen Milliardenbetrag falsch gebucht wurde, auch mit Konsequenzen, weil man ja nicht die Buchung einfach nur rückgängig machen konnte, sondern jetzt musste sozusagen die HRE-Mutter gucken, dass sie das ausglich.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat Sie das nicht nervös gemacht, dass der Vorstand da acht Tage nach dem Gespräch - Zufall oder Notwendigkeit - so eine Fehlbuchung macht? Also, man konnte ja merken: Es wird an allen Ecken und Enden knapp, unabhängig von Lehman.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Zu dem Punkt möchte ich auch gern in der vertrau-

lichen Sitzung antworten, weil es da um konkrete Informationen seitens der Hypo Real Estate geht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Vielleicht dann für die öffentliche Sitzung: Man kann Ihnen ja eigentlich nur völlig gratulieren für die Stresstests, die Sie ausgeführt haben. Sie haben gesagt: Worst Case, zehn Tage. - Lehman war am 15. Wenn man vom 16. zehn Tage rechnet, ist man am Rettungswochenende 26. Insofern haben die Tests sich anscheinend doch als sehr solide erwiesen. Die Frage ist nur: Warum haben nicht ab 16. dann die Alarmglocken so geschallt, dass man bei Ihnen, bei der BaFin, beim BMF gesagt hat: Jetzt passiert genau das, was wir die ganze Zeit simuliert haben; jetzt müssen wir doch nach einer Lösung suchen, und zwar sehr schnell nach einer Lösung suchen? - Wenn man sagt: „Das muss auch mit staatlichem Einfluss sein“, dann müssen doch auch Sie und die Politik mit dabei sein, oder nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Wir hatten ja Informationen bezüglich der Geldmarktsituation der Hypo Real Estate nach der Lehman-Insolvenz immer nur Tag für Tag. Die Situation kurz nach der Lehman-Insolvenz war auch so, dass noch ein paar Geldmarktgeschäfte gingen, aber nicht mehr in dem gleichen Umfang wie vorher. Es war auch nicht absehbar, wie sich die Entwicklung weiter darstellen würde, ob der Geldmarkt sich vielleicht wieder beruhigt und dann entsprechende Liquidität wieder aufgenommen werden könnte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das widerspricht ja so ein bisschen der Hauer'schen These - sage ich mal -: „Mit Lehman hat die Welt sich verändert, und dann war es wirklich auch anders“, sondern das war ja dann doch wieder das Prinzip Hoffnung. Das Schlimmste, denkt man, ist eingetreten, aber es könnte vielleicht doch noch eine andere Lösung geben.

(Nina Hauer (SPD): Das war die Tietmeyer'sche These!)

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich wollte nur sagen, dass es an den ersten ein, zwei Tagen nach der Lehman-Insolvenz noch nicht gesicherte Erkenntnis war: Es läuft gar nichts mehr. - Es war erst mal Erkenntnis: Es

läuft nichts oder nur sehr wenig. - Wie lange das anhält, war auch wieder eine Spekulation.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, Spekulation. Aber, wie schon gesagt, man hat deswegen genau diese Tests gemacht, um zu sagen, wenn Geldmarkt weitestgehend oder ganz oder wie auch immer - - und es war ja schlimmer als das, was man in den Tests angenommen hat. Insofern musste man davon ausgehen, dass es auch genauso dann eintritt.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Was ich darüber erfahren habe - -

(Zuruf: Frage!)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich frage ja.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Was ich darüber erfahren habe, über die Liquiditätssituation der Hypo Real Estate in diesem Zeitraum und die Anstrengungen, die sie da unternommen hat, kann ich leider nur in vertraulicher Sitzung berichten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber gut. Richtig, fragen. - Also, es hat keine Sonder Sitzungen der Bankenaufsicht und des Ministeriums nach dem 15. gegeben, wo man sich insgesamt zusammengesetzt hat, um nach Lösungen zu suchen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Über ein Treffen insgesamt ist mir nichts bekannt. Aber das schließt nicht aus, dass es eines ohne meine Beteiligung gegeben hätte. Für die konkreten Institute, Hypo Real Estate und andere Institute meines Zuständigkeitsbereichs, gab es auf jeden Fall direkte Kontakte mit der BaFin und mit dem jeweiligen Institut, wie die jeweilige Situation nach Lehman bei diesem Institut war und wie sie sich weiterentwickelt hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Letzte Frage in dem Zusammenhang. Sie hatten gesagt, dass bei der Zusammenstellung Gläubigerstruktur es relativ kompliziert war. Wer hat das denn in Auftrag gegeben? Also, wer wollte denn die Informationen über die genaue Gläubigerstruktur haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das war ein Auftrag von Präsident Weber.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und die Bank konnte das so nicht liefern, und Sie mussten das dann überarbeiten, oder?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Vielleicht noch ergänzend: Der konkrete Auftrag an mich kam von Präsident Weber. Aber bereits die BaFin hatte im Vorfeld, also wenige Tage vor dem ersten Krisenwochenende, bereits Unterlagen vom Institut zu diesem Thema angefordert, die aber aus sich heraus nicht schlüssig - - und nicht zu belastbaren Ergebnissen taugten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also wie das meiste, was vom Vorstand geliefert wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und erteile jetzt dem Kollegen Dr. Schick von den Grünen das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich will an meine letzte Frage anknüpfen. Sie hatten von dem Anruf von Herrn Funke, von dem Sie informiert sind, gesprochen. Da würde mich noch das Datum interessieren, wann das war in dieser Phase zwischen dem 15.09. und wahrscheinlich dem 26.09.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann das nur insofern eingrenzen: Das war nach der Lehman-Insolvenz, also nach dem 15.09., und vor dem darauf folgenden ersten Wochenende. In diesem Zeitraum war das.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konkreter können Sie das nicht eingrenzen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Aus der Erinnerung nicht. Ich habe darüber keine Aufzeichnungen, weil ich aufgrund der Sensibilität dieser Information diese auch nur wiederum telefonisch weitergeleitet habe.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An wen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: An den Zentralbereichsleiter Banken/Finanzaufsicht in der Zentrale der Bundesbank.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Nachdem Sie beschrieben haben, was Sie an diesem Rettungswochenende genau gemacht haben, wissen wir die Arbeitsteilung bei den anderen Bundesbankmitarbeitern, die in Frankfurt vor Ort waren oder vielleicht auch Zuarbeit geleistet haben. Können Sie uns da ein Bild geben, was sonst von der Bundesbank geleistet wurde und von wem? Wieder nicht genaue Einzelzahlen, sondern: Was hat wer in diesem Verhandlungsprozess zugeliefert, und wer saß wirklich am Tisch?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: In den Verhandlungen selbst war Herr Loeper dabei, der Zentralbereichsleiter Banken/Finanzaufsicht, und zeitweise, wobei ich das nicht genau verifizieren kann, weil sich die Leute ja nicht bei mir an- und abgemeldet haben, Professor Zeitler und Präsident Weber.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und weitere Leute, die so wie Sie praktisch im Umfeld waren und was zugeliefert und gemacht haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Da gab es sonst keine weiteren Bundesbankmitarbeiter. Das waren alles Mitarbeiter der BaFin.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich würde noch mal gern zu der Frage der Aufsichtsratspräsenz zurückkehren. Bei der Holding gibt es doch dafür keine Rechtsgrundlage, weil sie nicht dem KWG unterstellt ist. Richtig?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Mittlerweile schon, aber damals nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, das ist eine Veränderung des Finanzholdinggesetzes, dass es damals nicht möglich war, und heute ist es möglich. Aber bei den Töchtern, die ja dem KWG unterliegen, wäre das möglich gewesen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Bei den Töchtern wäre eine Teilnahme der BaFin möglich gewesen, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es dann zwischen Herbst 2007 und Herbst 2008 Aufsichtsratssitzun-

gen bei den Töchtern, wo es eine Teilnahme eines Mitarbeiters der Bundesbank gab?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Meines Wissens nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wir haben jetzt viel über Liquidität und noch wenig über Ertragslage und Kapitalkraft der HRE gesprochen. Ist denn im Verlauf des Halbjahres, also des Jahres 2008 bis zum Rettungswochenende, eine Verschlechterung der Ertragslage eingetreten oder eine Unterkapitalisierung feststellbar gewesen? Ich habe im Halbjahresbericht - Gewinn- und Verlustrechnung - gesehen: Da ist es so, dass der Jahresüberschuss kleiner als die sonstigen Erträge ist, und bei der DEPFA ist es auch so, dass die außerordentlichen Erlöse, was ja häufig die Aufdeckung stiller Reserven ist, auch größer ist als der Jahresüberschuss. Das spricht dafür, dass man ein positives Ergebnis nur noch durch Sondereffekte erzielen konnte. Gab es da sonst Hinweise über Schwierigkeiten in der Ertragslage oder eine Verschlechterung und Unterkapitalisierung?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Zur Ertragslage ist mir keine negative Information bekannt. Da bin ich aber auch nicht so tief drin in den Zahlen. Bezüglich der Eigenkapitalsituation der Gruppe war es so, dass die hinsichtlich der bankaufsichtlichen Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen mehr als ausreichend war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn innerhalb der Gruppe noch einmal Unterschiede zwischen den Töchtern - weil Sie das gerade so betont haben: für die Gruppe -, die da eine Relevanz haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Hypo-Real-Estate-Gruppe hatte meines Wissens Anfang 2008 auch den sogenannten Waiver gezogen. Das heißt, für das Inland war nur die Eigenkapitalausstattung der inländischen Gruppe maßgeblich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das heißt, die Bundesbank hatte keine Erkenntnisse über eine Unterkapitalisierung? Weil wir eben andere Hinweise haben, dass es da Probleme gegeben

haben könnte. Aber bei Ihnen lag dazu keine Information vor?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Kapitalausstattung der gesamten Hypo-Real-Estate-Gruppe inklusive DEPFA plc im Jahr 2008 war aus meiner Kenntnis heraus ausreichend, weil sie weit über den bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen lag.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So weit für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Schick. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Frage: Wir haben den Zeugen Jakob jetzt bereits in zwei Berliner Stunden befragt. Nach der jetzigen Planung wird - weil ich auch darum gebeten wurde, auf die Uhr zu achten - das Ende der heutigen Sitzung zwischen Viertel vor zwei und halb drei sein, wenn wir ehrlich sind. Wir haben von 8 Uhr bis 11 Uhr eine Sitzungspause für vier namentliche Abstimmungen. Wir haben noch drei Zeugen vor uns. Ich bitte einfach, ohne eine Frage abschneiden zu wollen, da auch Sie an mich natürlich das Erfordernis einer stringenten Verhandlungsführung richten, ich aber keine Frage abschneiden kann und möchte, mir zu sagen, wie weiter verfahren werden soll. Vor allen Dingen frage ich, ob bezüglich des Herrn Jakob noch eine dritte Berliner Stunde eingeläutet werden soll oder ob wir sofort jetzt zumindest noch zur Befragung des Herrn Schnitzler kommen könnten, um den öffentlichen Teil abzuarbeiten; denn an Herrn Jakob haben sich eben noch Fragen für den nichtöffentlichen Teil ergeben, bei Herrn Wolter waren auch noch Fragen im nichtöffentlichen Teil, und es steht zu befürchten, dass die Wirtschaftsprüfer selbst auch noch auf einen großen Teil der Fragen nur nichtöffentlich antworten können.

Ich bitte also darum, entsprechend zu überlegen. Ich hätte gern ein Signal, ob bezüglich Herrn Jakobs eine dritte Berliner Runde notwendig ist.

(Zuruf: Nein! - Weitere Zurufe:
Meinetwegen nicht! Brauchen wir
nicht!)

Herr Jakob, ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass Sie jetzt eine kleine Phase der Erholung haben. Suchen Sie sich ein kühleres Plätzchen als diesen Raum, und nehmen Sie vielleicht ein kühles Glas Was-

ser oder eine Limonade zu sich. Kurzum, wir werden Sie noch im nichtöffentlichen Teil zu befragen haben. Das Nähere wird das Sekretariat regeln, welches sich mit Ihnen in Verbindung setzen wird.

Ich darf Sie allerdings bitten - das möchte ich der Ehrlichkeit halber sagen -, falls Sie das noch nicht getan haben, für eine Unterkunft für die Nacht zu sorgen.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das habe ich schon.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist vorausschauend und richtig. - Ich danke Ihnen. Bis bald.

Wir fahren jetzt mit der Vernehmung des Zeugen Schnitzler fort.

**Vernehmung des Zeugen
Karl Schnitzler**

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Meine Damen und Herren, ich setze die Sitzung des heutigen Untersuchungsausschusses fort und begrüße Sie, Herr Karl Schnitzler, auf das Herzlichste.

Herr Schnitzler, einige Hinweise an Sie: Sie sind als Zeuge zu der heutigen Sitzung geladen worden. Über diese Sitzung wird eine Tonbandaufnahme gefertigt, welche jedoch ausschließlich dem Ziel dient, die stenografische Aufzeichnung Ihrer Aussage zu erleichtern. Sie wird sofort anschließend wieder gelöscht werden.

Nach der Aussage haben Sie die Möglichkeit, das Protokoll, das Ihnen zugesandt wird, binnen einer Zeit von zwei Wochen zu korrigieren und zu ergänzen. Sollte sich im Verlauf der Aussage ergeben, dass Sie einen Teil nur in einem nichtöffentlichen Bereich sagen können und demgemäß auch nach der Geheimschutzordnung eine Einstufung erfolgen müsste, müssten Sie allerdings dieses nichtöffentliche Protokoll dann in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages in Augenschein nehmen. Das, denke ich, werden wir jedoch dann zu entscheiden haben, wenn es so weit ist.

Ferner begrüße ich auch in diesem Rahmen wiederum den mittlerweile gut bekannten Herrn Dr. Ernst Wilhelm Nöll von der Deutschen Bundesbank, Ihren Rechtsbeistand, auf das Herzlichste, wobei auch ich wieder formal darauf hinweise, dass Ihnen als Beistand kein Rede- und Fragerecht zusteht und Sie auch keine inhaltlichen Hinweise geben dürfen, Ihr Mandant jedoch gegebenenfalls eine kurze Unterbrechung der Sitzung zum Zwecke der Beratung beantragen kann.

Vor Ihrer Aussage, Herr Schnitzler, möchte ich Ihnen noch einige formale Hinweise erteilen.

Ihnen sind das Beweisthema, der Beweisbeschluss und der Untersuchungsauftrag mit der Ladung übersandt worden. Sie sollen - ich sagte es schon - als Zeuge gehört werden. Als solcher sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, das heißt, Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, und nichts weglassen, was zur Sache gehört. Verstöße hiergegen können nach § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheits-

strafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden. Sofern Sie allerdings - das ist in § 22 des Untersuchungsausschussgesetzes geregelt - durch Ihre Aussage in die Gefahr geraten, sich selbst oder einen Angehörigen im Sinne der StPO einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren auszusetzen, haben Sie selbstverständlich das Recht, die Aussage zu verweigern. Sofern Teile - ich erwähnte es auch schon - Ihrer Aussage ein Geschäfts-, Privat- oder Dienstgeheimnis betreffen, bitte ich einfach um einen entsprechenden Hinweis, damit wir als Ausschuss tätig werden und einen entsprechenden Beschluss gemäß dem Untersuchungsausschussgesetz erlassen können.

Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Karl Schnitzler: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wunderbar. - Dann habe ich noch eine abschließende Bemerkung, bevor wir mit der Zeugeneinvernahme beginnen: Sie haben die Möglichkeit, auf Fragen, die durch mich und meine Kolleginnen und Kollegen gestellt werden, direkt zu antworten, Sie können aber auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, uns im Rahmen eines Eingangsstatements Ihre Ansicht zu dem, was Sie aus dem Beweisthema und dem Untersuchungsauftrag entnommen haben, darzustellen. Welche Variante möchten Sie wählen?

Zeuge Karl Schnitzler: Vielen Dank. - Ich möchte gern ein kurzes Eingangsstatement halten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wunderbar, das ist in Ordnung. - Dann bitte ich nur noch darum, dass Sie mir Ihren vollständigen Namen - Karl Schnitzler, nehme ich an -

Zeuge Karl Schnitzler: Genau.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
- und eine ladungsfähige Anschrift mitteilen, die aber auch Ihre Dienstanschrift sein kann.

Zeuge Karl Schnitzler: Das ist: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung München, ...[*Anschrift hier nicht wiedergegeben*].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Dann habe ich nur noch eine letzte Bitte. Dann bin ich für den Augenblick wunschlos glücklich. Sprechen Sie bitte mit möglichst kräftiger Stimme, und gehen Sie bitte nah an das Mikrofon heran. Es gibt manchmal gewisse akustische Schwierigkeiten in diesem Raum.

Zeuge Karl Schnitzler: Okay. - Dann starte ich mit meinem Statement.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wunderbar.

Zeuge Karl Schnitzler: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin bei der Hauptverwaltung München der Deutschen Bundesbank zuständig für die Leitung des Referats Laufende Aufsicht I. Diese Funktion habe ich seit Anfang 2007 inne. In genanntem Referat werden die systemrelevanten Banken, Kreditbanken und Spezialinstitute in Bayern beaufsichtigt. In meinen Zuständigkeitsbereich fällt somit auch die Hypo-Real-Estate-Gruppe. Zuvor, von Mitte 2003 bis Ende 2006, war ich als Sachgebietsleiter im selben Referat zuständig für die Beaufsichtigung der systemrelevanten Banken in Bayern, also HVB, HypoVereinsbank, und Bayerische Landesbank.

Im Folgenden möchte ich als Basis für Ihre Fragen kurz - nur in einigen Ansätzen - die Tätigkeit der Laufenden Aufsicht beschreiben und danach aus meiner Sicht die wichtigsten Stationen in der bankaufsichtlichen Begleitung der Liquiditätslage der HRE-Gruppe seit dem Erwerb der DEPFA plc darstellen.

Zu meiner Funktion bei der Hauptverwaltung München. Was macht die Laufende Aufsicht dort? Die Laufende Aufsicht umfasst die Auswertung aller eingehenden Informationen und darauf aufbauend deren Bewertung hinsichtlich aktueller und potenzieller Risiken. Wir werten insbesondere die Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfer aus, analysieren die Jahresabschlussunterlagen der Banken und das bankaufsichtliche Meldewesen und führen Aufsichtsgespräche mit den Instituten. Bei uns laufen auch Informationen auf, die unsere Prüfer im Rahmen von bankgeschäftlichen Prüfungen gewinnen. Bei Bedarf und weiterer Sachverhaltsaufklärung holen wir ergänzende Informationen ein bzw. führen diesbezügliche Aufsichtsgespräche

mit den Instituten. Bei systemrelevanten Instituten generell und auch bei problembehafteten nicht systemrelevanten Instituten begleiten wir die Institute sehr eng, indem etwa Risikoberichte der Institute, regelmäßige Ertragszahlen, laufende Liquiditätsreports oder regelmäßige Informationen über die Entwicklung der Kapitalausstattung je nach Bedarf angefordert und ausgewertet werden. Die in der laufenden Überwachung gewonnenen Erkenntnisse und Bewertungen fassen wir zu einem Risikoprofil zusammen. Hierbei geht es einmal um den Umfang der eingegangenen Risiken, aber auch um die zur Steuerung der Risiken eingesetzten Risikomanagementsysteme.

Basierend auf dieser Vorarbeit ist die BaFin dagegen für alle aufsichtsrechtlichen Maßnahmen gegenüber den Instituten zuständig. Das heißt, sie erlässt Verwaltungsakte im Falle des Falles.

Gerade bei den systemrelevanten Instituten oder auch problematischen Instituten, die besonders intensiv überwacht werden, sind wir im laufenden Kontakt mit der BaFin. An dieser Stelle möchte ich gerne betonen, dass die Zusammenarbeit mit dem für die HRE zuständigen Fachreferat immer sehr konstruktiv und sich gegenseitig ergänzend und befruchtend war. - So viel in aller Kürze als grobe Umschreibung der Tätigkeit in meinem Referat.

Dann komme ich zu den wichtigsten Stationen in der Beaufsichtigung der HRE seit Übernahme der DEPFA plc im Oktober 2007.

Bekanntlich wurde die Liquiditätskrise der HRE-Gruppe durch die im Oktober 2007 erworbene DEPFA plc ausgelöst. Ich will deshalb im Folgenden schildern, was die wesentlichen Abläufe, insbesondere mit Blick auf das Liquiditätsrisiko, waren.

Am 23.07.2007 haben die HRE Holding und die DEPFA plc in einer Presseerklärung die beabsichtigte Übernahme der DEPFA durch die Hypo Real Estate Holding bekannt gegeben. Nach dem Vollzug der Übernahme Anfang Oktober hat die Hypo Real Estate mit Anzeige vom 29.10.2007 den Erwerb des DEPFA-Teilkonzerns der Aufsicht angezeigt. Eine aufsichtliche Genehmigung war hierfür nicht notwendig. Das KWG sieht hier nichts vor.

Unmittelbar nach der Übernahme der DEPFA haben wir dann am 05.11.2007 ein Aufsichtsgespräch mit der HRE geführt. Dabei haben wir auch die Liquiditätssituation angesprochen. Wie die HRE zwei Tage

später, am 07.11., im Rahmen einer Analystenkonferenz informierte, setzte sich das Funding des DEPFA-Teilkonzerns mit Stichtag 30.09. zusammen aus 44 Prozent an gedeckten Schuldverschreibungen - in Deutschland würde man sagen: Pfandbriefe -, 7 Prozent aus Long-Term Senior Unsecured - also aus langfristiger, aber ungedeckter Refinanzierung -, und zu 23 Prozent aus Repo-Finanzierungen - das sind kurzfristige Geldmarktaufnahmen, die aber besichert sind - und 26 Prozent aus ungesicherten Geldmarktfinanzierungen. Damals also schon bereits die bekannte Aufteilung etwa 50 zu 50 kurzfristige und langfristige Refinanzierung bei der DEPFA plc. An Liquiditätspuffer aus notenbankfähigen bzw. Repo-fähigen Papieren wurden 45 Milliarden Euro genannt.

Auf unsere diesbezüglichen Fragen machte die HRE damals insbesondere geltend, dass die DEPFA plc als Staatsfinanzierer vom hohen Bestand an Staatstiteln profitiert, die für Refinanzierungszwecke eingesetzt werden können und die in der damaligen Marktsituation in dem Sinne wertvoll waren. Ein kurzes Zitat aus der damaligen Analystenkonferenz:

DEPFA funding proofed very robust during the liquidity crisis due to the high quality of assets

- das ist der Aspekt, den ich erwähnte -

and the direct access to institutional investors.

Diese Angaben waren für uns durchaus nachvollziehbar; denn nach der ersten Welle der Finanzmarktkrise, die ja im August 2007 begonnen hatte, flüchteten die Anleger in Qualität. Die DEPFA konnte hier mit ihrem umfänglichen Aktivgeschäft im Staatsfinanzierungsgeschäft, das ja sehr risikoarm ist und insbesondere damals als noch sehr viel risikoärmer betrachtet wurde als heute, punkten. Im Übrigen haben auch die Ratingagenturen die DEPFA plc damals besser bewertet als die HRE, obwohl in der Folgezeit die DEPFA plc letztlich der Auslöser für die Illiquidität war.

Übrigens hat die DEPFA plc diesen Ratingvorteil nicht nur damals gehabt, sondern bis nach den Rettungswochenenden behalten, sodass die Ratingagenturen auch im gesamten Vorfeld das so eingeschätzt haben.

Für starke Verunsicherung an den Märkten sorgte die HRE-Gruppe dann am 15.01.2008 mit der Veröffentlichung ihres vorläufigen Jahresergebnisses 2007, das geprägt war durch einen Wertberichtigungsbedarf bei CDOs - Collateralized Debt Obligations; das sind gewisse Arten von strukturierten Produkten - in Höhe von 390 Millionen Euro. Daraufhin setzte die BaFin ein Aufsichtsgespräch mit der Hypo-Real-Estate-Führung an, an dem ich teilgenommen habe und das am 22.01.2008 stattfand. Bei diesem Aufsichtsgespräch ging es überwiegend um das Themenfeld strukturierte Produkte und daraus resultierende Risiken, weil hier noch Unklarheiten bestanden. Insbesondere deshalb wurde ein umfassender Finanz- und Risikobericht angefordert. Den haben wir dann ausgewertet. Bei Analyse dieses Berichts ergab sich für uns eine ganze Reihe von Hinweisen und Fragestellungen auch zur Liquiditätssituation. Dies veranlasste uns, ab Ende Februar 2008 von der HRE-Gruppe ein wöchentliches Liquiditätsreportwesen anzufordern. Wir haben dann diese Pflicht am 11.03. auf täglich erweitert.

Weiterhin haben wir diese Informationen, die wir aus der Auswertung dieses Risikoberichts erlangt haben, genutzt, um die seit dem 18.02.2008 bereits laufende MaRisk-Prüfung, die ohnehin das Liquiditätsrisikomanagement als einen Teilaspekt hatte, zielgenauer und verstärkter durchzuführen. Wir haben diese Informationen also in die laufende MaRisk-Prüfung eingespeist.

Was lässt sich allgemein zur Liquiditätssituation zum damaligen Stand - ich sage einmal: circa März - sagen? Generell ist festzustellen, dass die Geld- und Kapitalmärkte damals, im Februar/März 2008 und auch in den Folgemonaten, Störungen unterworfen waren. Längerfristige ungedeckte Refinanzierungen, also Bankschuldverschreibungen, waren sehr schwierig zu bekommen, und wenn, dann nur mit kürzeren Laufzeiten und schlechteren Konditionen. Auch bei gedeckten Kapitalmarktpapieren, also Pfandbriefen, gab es Absatzprobleme, wenn auch Transaktionen immer wieder gelangen. Hierbei war der Absatz von Namenspfandbriefen etwas einfacher. Probleme gab es eher im Bereich der Jumbo-Pfandbriefe. Gleichwohl konnte zum Beispiel die DEPFA-Pfandbriefbank aber noch am 22.07.2008 einen Jumbo über 2 Milliarden Euro platzieren.

Diese begrenzte Ergiebigkeit im langfristigen Bereich führte dazu, dass eigentlich alle

Banken, die sich in ihrer Refinanzierung auf den Geld- und Kapitalmarkt stützen mussten, in dem Sinne also nicht auf ausreichende Einlagen zurückgreifen konnten, auf der Passivseite eine immer kurzfristigere Fristenstruktur hatten. Aber, wie gesagt, diese Refinanzierung im kurzfristigen Bereich funktionierte, der Interbankengeldmarkt funktionierte sowohl in unbesicherter Form als auch in besicherter Form, in Form der sogenannten Repo-Geschäfte.

Die genannte Marktentwicklung spiegelte sich auch in den Liquiditätsreports der HRE Group wider, die wir ja seit Ende Februar/Anfang März bekamen. Auf Basis dieser Reports, die wir analysiert und noch um ergänzende Informationen, die wir gewonnen haben, erweitert haben, um uns selber auf einen besseren Informationsstand zu bringen, haben wir festgestellt, dass die Liquiditätsausstattung auch im Vergleich mit anderen Instituten knapp war. Aber es hat sich doch gezeigt, dass die Zahlen von März 2008, als wir begonnen haben, diese Meldungen auszuwerten, bis zur Lehman-Krise in etwa konstant geblieben sind. Das heißt, von der Bank ergriffene Maßnahmen - die Bank hat schon auf diese schwierige Liquiditätslage reagiert - haben ausreichend gewirkt, um den steigenden Anteil an kurzfristiger Refinanzierung auf der Passivseite auszugleichen, diese Bugwelle etwas abzuflachen. In diesem Zeitraum gab es auch immer wieder temporäre Marktspannungen, sodass diese Phase durchaus von einem gewissen Auf und Ab geprägt war.

Gleichzeitig war natürlich klar, dass die HRE-Gruppe auf das Funktionieren der Geldmärkte angewiesen war und hier ein beträchtliches latentes Risiko bestand. Das haben wir in unseren Analysen auch immer deutlich gemacht. Konkret war von existenzieller Bedeutung, dass weiterhin ungesicherte Geldmarktkredite verfügbar waren und der sogenannte Repo-Markt, also der gesicherte Geldmarkt, funktionierte. Mit der Lehman-Insolvenz hat sich dann eine dramatische Verschärfung der Liquiditätslage ergeben, die aus meiner Sicht in der Nachkriegszeit ohne Beispiel ist. Generell war die Geldmarktfinanzierung nur noch extrem kurzfristig, sehr teuer und nur noch in geringem Umfang möglich. Und nicht nur das: Auch der gesicherte Geldmarktbereich, wo der Kontrahent für seine gegebenen Geldmittel ja auch werthaltige Sicherheiten erhält, funktionierte teilweise nicht mehr.

Diese Verschärfung war aus meiner Sicht nicht vorhersehbar. Hintergrund war eben, dass an den Geld- und Kapitalmärkten ein vollkommener Vertrauensverlust eingetreten ist, als die Märkte plötzlich die Erfahrung machen mussten, dass mit Lehman ein großes, systemrelevantes Institut eben nicht aufgefangen wird, sondern in die Insolvenz geht und damit gegebene Interbankengelder letztlich verloren sind. Das hat für große Verunsicherung an den Märkten gesorgt. Die Märkte sind vollkommen ausgetrocknet, und Banken, die eigentlich Liquiditätsüberschüsse hatten, haben diese nicht an andere Banken weitergegeben - was die Funktion des Interbankengeldmarkts ist -, sondern legten sie unter Hinnahme von hohen Zinsverlusten bei der Notenbank an, dies einmal mit Blick auf bestehende Ängste gegenüber der Bestandsfähigkeit der Kontrahenten, aber natürlich auch aus dem Eigeninteresse heraus, dass man sich selber nicht sicher war, notwendige Refinanzierungen zu bekommen. Das Misstrauen ging sogar so weit, dass auch der besicherte Geldmarkt, also der Repo-Bereich, nicht mehr funktionierte. Diese Situation musste natürlich allen Instituten, die auf die Geld- und Kapitalmärkte angewiesen sind, große Probleme bereiten, natürlich abhängig von der besonderen Anfälligkeit, was für die HRE natürlich galt.

Vor diesem Hintergrund waren die vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Errichtung des SoFFin ergriffen wurden, notwendig, also vor dem Hintergrund, dass es eine generelle Marktstörung war und nicht ein Problem, das auf ein einzelnes Institut, in dem Fall HRE, bezogen gewesen wäre.

Damit möchte ich enden - herzlichen Dank - und warte jetzt auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen, Herr Schnitzler. - Zunächst beginne ich einmal, allerdings vielleicht etwas kürzer als bei Ihrem Kollegen Herrn Jakob. Denn zweimal dieselbe Frage zu stellen, ist vielleicht doch nur von begrenztem Erkenntniswert.

Folgendes: Sie und Ihre Mitarbeiter haben also im Januar begonnen, die DEPFA plc in Dublin zu prüfen. Grundlage war genau was, welche Sorge um welches Produkt?

Zeuge Karl Schnitzler: Wir haben im Februar begonnen. Ich bin Teil der Laufenden Aufsicht. Insofern waren das die Kolle-

gen aus dem Prüfungsreferat. Am 18.02. hat eine MaRisk-Rüfung begonnen. Im Zuge dieser MaRisk-Prüfung hat man auch in Dublin geprüft. Das war später im Verlauf dieser MaRisk-Prüfung. Hintergrund dieser Prüfung waren schwerpunktmäßige Sorgen im Bereich strukturierter Kreditprodukte. Auslöser war, wie gesagt, dieser 15.01., als auch die HRE die Märkte mit einem Wertberichtigungsbedarf auf ihre CDOs negativ überrascht hat. Da gab es dann das erwähnte Aufsichtsgespräch, und in dem Zusammenhang ist dann beschlossen worden, eine ohnehin geplante Prüfung vorzuziehen. Die Prüfung, die ohnehin geplant war, hatte eigentlich Gruppensteuerungsaspekte zum Inhalt. Wenn eine so große heterogene Gruppe geschaffen wird, haben wir als Aufseher insbesondere Sorge, ob denn auch auf Gruppenebene die Informationen in geeigneter Form zusammenlaufen, damit auch entsprechende Steuerungsimpulse gegeben werden können.

Diese vorgesehene Prüfung ist dann vorgezogen und schwerpunktmäßig auch auf diesen Bereich strukturierter Produkte abgestellt worden. Die Prüfung hatte aber auch Risikomanagementthemen zum Inhalt. Wie ich schon kurz angeführt habe, haben wir speziell das Thema Liquiditätsrisikomanagement, das ohnehin vorgesehen war, im Zuge der Prüfung noch einmal verstärkt. Wir haben also unsere Informationen, die wir als laufende Aufsicht gewonnen haben, an unsere Prüfer gegeben, damit diese noch etwas intensiver prüfen, als sonst vielleicht vorgehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Waren denn im Ergebnis die strukturierten Produkte tatsächlich das große Sorgenkind, weswegen Sie diese Prüfung vorgezogen und mit zusätzlichem Schwerpunkt versehen haben?

Zeuge Karl Schnitzler: Zum damaligen Zeitpunkt: Ja. Als die Prüfung vorgezogen und in ihrem Inhalt ausgestaltet wurde, waren für uns die Liquiditätsrisiken noch nicht so zu sehen, dass das der dominante Faktor gewesen wäre, sondern es war der strukturierte Bereich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber die strukturierten Produkte erwiesen sich nach Prüfung - das habe ich zumindest anderen Zeugenaussagen entnommen -

nicht als der Punkt des Anstoßes, sondern die 49 Beanstandungen betrafen andere Punkte.

Zeuge Karl Schnitzler: Es ist richtig, dass im strukturierten Bereich nicht der Schwerpunkt der Feststellungen lag. Wenn man am Ende gefragt hat, wo die schwierigen Punkte wirklich liegen, so waren das schergewichtig nicht die strukturierten Bereiche, sondern es waren tatsächlich andere Themen, auch Risikomanagementthemen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die strukturierten Produkte haben also mit dem, was hinterher am 15. September passierte, nichts zu tun, oder doch?

Zeuge Karl Schnitzler: Das ist richtig. Am 15. September wurde ja letztlich die Liquiditätskrise ausgelöst. Damit haben die strukturierten Produkte keinen unmittelbaren Zusammenhang. Natürlich ist die ganze Finanzmarktkrise, das was im August 2007 begann, auch getrieben durch diese strukturierten Produkte. Aber mit Lehman begann die Liquiditätskrise und begann nicht die Krise im Bereich strukturierter Produkte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Welche Rolle haben bei den Überprüfungen Ihres Hauses sogenannte Stressszenarien gespielt?

Zeuge Karl Schnitzler: Bei der Betrachtung der Liquiditätssituation wird generell auf Stressszenarien abgestellt, die auf gewissen Annahmen aufbauen. Diese waren natürlich einerseits Gegenstand der Berichterstattung, die wir vom Institut angefordert haben. Diese Liquiditätsreports sind letztlich Stressreports. Ganz generell: Wenn von unseren Prüfern das Liquiditätsrisikomanagement geprüft wird, dann ist natürlich auch der Aspekt, welche Stresstests ein Institut aufgesetzt hat und ob diese angemessen sind, ein wichtiger Punkt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Unterstellt, alle Ihre Vorschläge zum Abstellen der festgestellten Fehler wären sofort, innerhalb eines Tages oder innerhalb einer Woche - das ist vollkommen egal - verwirklicht worden: Hätte das an der Situation der HRE nach dem 15. September etwas geändert?

Zeuge Karl Schnitzler: Es hätte wohl nichts geändert, weil man unterscheiden muss zwischen dem Liquiditätsrisikomanagement - das sind die Systeme, mit denen sich die Bank einen möglichst guten Eindruck verschaffen will, welche potenziellen Risiken in diesem Bereich lauern - und der tatsächlichen Liquiditätsausstattung. Ich sage jetzt einmal: Wenn die Krise irgendwann zu Ende gegangen wäre, dann hätten hoffentlich unsere Feststellungen im Bereich Liquiditätsrisikomanagement, im Bereich dieser Prüfung, mit dazu beigetragen, dass das Institut eine bessere Informationsbasis für zukünftige Entscheidungen gehabt hätte, wie man sich hier positioniert. Aber das war ja aufgrund der bereits andauernden Krise der Bank nicht möglich, sodass eine sofortige Behebung der Mängel nichts daran geändert hätte, dass man nach dem 15. September in diese argen Liquiditätsnöte kam.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt habe ich noch eine letzte Frage aufgrund Ihres beruflichen Werdegangs, welcher, wie ich gelesen habe, auch die Hypo-Vereinsbank zum Gegenstand Ihrer Aufgaben gemacht hat. Ich habe die Frage auch Ihrem Kollegen Herrn Jakob gestellt. Dieser konnte kraft fehlender Sachnähe wenig dazu sagen. Hatte die Schieflage der HRE im September 2008 noch irgendeinen Zusammenhang mit der Abspaltung von der HVB im Jahr 2003?

Zeuge Karl Schnitzler: Aus meiner Sicht hatte sie keinen Zusammenhang, allein schon deshalb nicht, weil ja die Ursache der Liquiditätsprobleme ganz eindeutig in der DEPFA plc lag. Die wurde erst im Oktober 2007 erworben. So kann gedankenlogisch gar kein Zusammenhang zu der Abspaltung der HRE von der HVB im Jahr 2003 bestehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und leite an meinen Kollegen Dr. Wissing von der FDP über.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Schnitzler, was wissen Sie über die Regelungslücke bei der Beaufsichtigung von Holdinggesellschaften, die immer wieder diskutiert wird? Wann ist Ihnen dieses Thema der mangelnden Beaufsichtigung von Bankholdinggesellschaften zum ersten Mal begegnet, und was wissen Sie über die Diskussionen zwischen

dem Bundesministerium der Finanzen und den Aufsichtsbehörden zur Lösung des Problems?

Zeuge Karl Schnitzler: Mir ist das Thema zum ersten Mal 2006 begegnet. Es ist ja grundsätzlich so, dass Finanzholding - - Vielleicht vorweg: Das KWG enthält auch Bestimmungen zur Gruppensteuerung und auch andere Anforderungen, die auf die Gruppenebene abstellen. Das sind Anforderungen, die sich immer an eine Konzernmutter wenden. Jetzt hat man bei Finanzholdinggruppen das spezielle Problem, dass die Holding an der Spitze nicht der Aufsicht unterliegt, insofern also nicht Adressat aufsichtlicher Maßnahmen sein kann. Was hat das KWG deshalb getan? Das KWG hat gesagt: Nicht die Holding ist zuständig für die Umsetzung dieser Gruppenthemen, sondern das sogenannte übergeordnete Unternehmen. Das ist in der Regel die Banktochter der Holding mit der größten Bilanzsumme.

Wir haben dann im April 2006 im Rahmen unserer Laufenden Aufsicht festgestellt, dass tatsächlich wesentliche Gruppensteuerungsfunktionen, wesentliche Gruppenrisikomanagementfunktionen in der Holding wahrgenommen wurden, obwohl sie nach KWG im übergeordneten Unternehmen hätten wahrgenommen werden müssen. Dieses Problem musste beseitigt werden. Es gab dann verschiedene Versuche, dies zu lösen, ohne eine KWG-Änderung in die Wege zu leiten. Zum Beispiel hat man auch einmal diskutiert, ob die Holding gewisse Finanzdienstleistungsgeschäfte aufnehmen könnte, um selber Institutscharakter zu bekommen und damit das ganze Problem zu beseitigen. Oder man hat Auslagerungslösungen diskutiert etc.

Nachdem diese Lösungen alle an verschiedenen Punkten, welche etwas in den nichtöffentlichen Bereich hineingehen, gescheitert sind, hat man ab ungefähr Mitte 2007 eine Gesetzesänderung, eine KWG-Änderung auf den Weg gebracht. Hierzu gab es, glaube ich, hier in Berlin unter Teilnahme der entsprechenden Ministerien Besprechungen, bei denen ich selbst nicht dabei war. Dazu habe ich, wie gesagt, keine konkreten Informationen. Sie fragten ja konkret - - Könnten Sie diese Frage noch einmal wiederholen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Es gab ja offensichtlich Konflikte oder Differenzen zwi-

schen der Aufsicht und dem Bundesministerium der Finanzen darüber, ob eine solche gesetzliche Änderung auf den Weg gebracht werden soll oder nicht, und letztlich kam sie ja 2007 nicht.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich war, wie gesagt, bei den unmittelbaren Verhandlungen zwischen Bundesbankzentrale - grundsätzliche Gesetzesänderungen werden durch die Bundesbankzentrale wahrgenommen und auch durch das BaFin und das BMF - nicht dabei, sodass ich hier nicht berichten kann, was da diskutiert wurde. Was ich sagen kann, ist, dass, wie ich aus einem Protokoll weiß, im Frühsommer 2007 schon einvernehmlich beschlossen wurde, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, und dass damals auch gesagt wurde, dass auch von der HRE Einfluss auf die Bankenverbände genommen werden muss, damit diese zusätzliche Regelung nicht aus einem Reflex heraus abgelehnt wird. In der damaligen Zeit war ja - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Wer hat gesagt, dass man Einfluss auf die Verbände nehmen muss, um ein Gesetz auf den Weg bringen zu können?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich kann nicht sagen, wer das in diesen Besprechungen gesagt hat. Ich war nicht zugegen.

Man muss vielleicht als Hintergrund noch einmal sagen, dass in der damaligen Zeit im politischen Bereich und auch im Bankenbereich eine sehr intensive Diskussion zum Thema Deregulierung des Bankenwesens, bankenaufsichtlicher Vorschriften, geführt wurde. Vor dem Hintergrund hat man speziell bei dieser Thematik gesehen: Wir brauchen eine Gesetzesänderung. Aber es war natürlich klar, dass generell erst einmal erläutert werden muss, dass diese Gesetzesänderung wünschenswert und wichtig ist und keine zusätzliche Regulierung bedeutet. In dem Sinne wurde gesagt: Bitte auch die Bankenverbände entsprechend informieren, dass das eine Regelung ist, die wünschenswert ist, die sinnhaft ist, um auch eine gruppeninterne Steuerung besser aufzusetzen, damit es vonseiten der Banken eben nicht reflexartig abgelehnt wird, eine Regelung ins KWG aufzunehmen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie ging das dann weiter?

Zeuge Karl Schnitzler: Wie es weiterging kann ich, wie gesagt, jetzt nicht aus eigener Anschauung sagen, sondern wieder nur auf Basis von schriftlichen Informationen. Insofern ist hierin ein Unschärfegrad enthalten.

Es war vorgesehen, dass diese KWG-Änderung im Zuge der Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie in deutsches Recht kommen sollte. Wie ich dem Schriftverkehr entnehme, war aber dann die HRE bei entsprechenden Anhörungen offenbar nicht zugegen, sodass nicht noch einmal deutlich gemacht und nicht ausreichend kommuniziert wurde, wie wichtig diese Änderung im Bankeninteresse und im Aufsichtsinteresse gleichermaßen ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): War die HRE denn nun gegen diese Änderung?

Zeuge Karl Schnitzler: Die HRE war nicht gegen diese Änderung. Die HRE war durchaus willens, durch eine solche gesetzliche Änderung, die ja zum Inhalt hatte, was ja auch inzwischen gekommen ist - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Woran scheiterte es nach Ihrem Eindruck? In welcher Institution oder an welcher Stelle war der Widerstand?

Zeuge Karl Schnitzler: Das ist jetzt eine Frage nach dem Eindruck. Daher kann ich nur eine persönliche Einschätzung abgeben. Ich habe dem entsprechendem Mailverkehr entnommen, dass es die HRE versäumt hat, zu kommunizieren, wie wichtig diese Regelung auch für sie selbst ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber gegenüber wem zu kommunizieren? Irgendjemand muss doch gesagt haben: Ich mache das nicht; wir wollen das nicht. - Die HRE, sagten Sie, wollte die Regelung. Die Bankenaufsicht wollte sie auch.

Zeuge Karl Schnitzler: Da muss ich passen.

Dr. Volker Wissing (FDP): War denn das Bundesministerium der Finanzen auch für eine solche Regelung?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich weiß, dass damals, im Frühsommer 2007, als man gesagt hat: „Jawohl, wir brauchen jetzt eine

gesetzliche Änderung; andere Möglichkeiten lassen sich doch nicht realisieren“, auch das BMF zugegen war und es auch unterstützt hat, dass erst einmal entsprechende Gesetzesänderungen ausgearbeitet werden. An welcher Stelle dann doch entschieden wurde, dass diese nicht in dem Umsetzungsgesetz der Beteiligungsrichtlinie landen, kann ich nicht sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber war es denn damals schon von der Formulierung, von der Vorarbeit her, die man geleistet hat, entscheidungsreif? Hätte man das dem Bundestag vorlegen können?

Zeuge Karl Schnitzler: Da muss ich passen. Ich selber war in diese Verhandlungen nicht einbezogen, habe auch selber nicht an der Formulierung der Gesetzesänderung mitgearbeitet, sodass ich nicht sagen kann, ob das ein grober Entwurf war oder ob man relativ weit war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und erteile nunmehr dem Kollegen Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Schnitzler, kennen Sie eine Bank, bei der die Vergabe langfristiger Kredite bei überwiegend kurzfristiger Refinanzierung dauerhaft funktioniert hat?

Zeuge Karl Schnitzler: Vielleicht kann man grundsätzlich dazu sagen - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage: Kennen Sie eine Bank? Sie sollen nichts Grundsätzliches dazu sagen.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich kenne jede Menge Banken, die kurzfristige Einlagen in langfristige Kredite transformieren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und das hat auch langfristig funktioniert?

Zeuge Karl Schnitzler: Das hat auch langfristig funktioniert. Es kommt natürlich immer auf den Umfang an. Das ist der Kernpunkt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Die Frage lautete, ob Sie eine Bank kennen, die aus-

schließlich so finanziert, nicht Teile so finanziert.

Zeuge Karl Schnitzler: Ausschließlich?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war die Frage.

Zeuge Karl Schnitzler: Wenn ich jetzt einmal das Extrembeispiel aufzeige, dass eine Bank nur 10-, 20-, 30-jährige Aktiva hat, Assets hat und die zu 100 Prozent durch Geldmarktaufnahmen finanziert - ich sage einmal: bis maximal drei Monate -, so etwas habe ich noch nicht gesehen. Das wäre natürlich ein Extremmodell.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war ja auch die Frage. Also kennen Sie keine Bank. Okay.

Zeuge Karl Schnitzler: Nein, da kenne ich keine.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Noch einmal zu dem ersten Rettungswochenende. Ist Ihnen bekannt, welche Zulieferungen in inhaltlicher Hinsicht die Bundesbank in Bezug auf die Quantifizierung des Rettungsvolumens geleistet hat? Oder wer hat die Berechnungen Ihrer Kenntnis nach für die erste Rettungsaktion erstellt?

Zeuge Karl Schnitzler: Die Rettungswochenenden haben in Frankfurt stattgefunden. Vonseiten der Bundesbankzentrale waren Personen dabei, vonseiten der Hauptverwaltung nur Herr Jakob am ersten Rettungswochenende, am zweiten auch nicht mehr, und Herr Jakob in dem Sinne ja auch als Kontaktpartner, nicht als aktiver Teilnehmer an diesen Verhandlungen. Ich selber kann nicht sagen, wer letztlich diesen 35 Milliarden Liquiditätsbedarf errechnet hat, der dann im Zuge des ersten Rettungswochenendes vereinbart wurde. Über meinen Schreibtisch, über meine Informationskanäle ist nie ein Dokument gelaufen, in dem stand: Da hat jetzt - wer auch immer - gerechnet, und da kommen 35 Milliarden heraus. - Was ich auch habe, ist eine Mail, die in drei Zeilen sagt: „Liquiditätsbedarf 35“, aber in der keinerlei Berechnungsgrundlage enthalten ist, aus der man also überhaupt nicht ablesen kann, wie das ermittelt wurde, in der nur die Zahl steht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber es muss doch Berechnungsgrundlagen dafür gegeben haben.

Zeuge Karl Schnitzler: Darüber kann ich letztlich keine Auskunft geben. Ich war an diesen Verhandlungen nicht beteiligt, und es wäre jetzt reine Spekulation, zu sagen, es hat welche gegeben oder es hat keine gegeben oder wer sie erstellt hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat man Ihre Kenntnisse aus den Prüfungen - wo Sie im Grunde auch für die HRE zuständig sind - und Ihre Kapazität für die Ermittlung solcher Volumina in Anspruch genommen?

Zeuge Karl Schnitzler: Das hat man nicht. Natürlich sind die Liquiditätsreports, die wir täglich erhalten haben, von uns routinemäßig weitergeschickt worden bzw. haben der BaFin ja auch vorgelegen; aber ob die herangezogen wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich muss auch dazu sagen, dass dieser Liquiditätsreport, den wir bekommen haben, eine Worst-Case-Betrachtung ist, die auf über die Zeit hinweg konstant gehaltenen Annahmen basiert.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Was wäre ihnen da zur Kenntnis gekommen, wenn man sie herangezogen hätte? - Weil es ja Ihre Grundlage war.

Zeuge Karl Schnitzler: Nun gut, wir haben diese Reports ja täglich bekommen und ausgewertet und diese Mails dann natürlich verschickt. Insofern entzieht es sich meiner Kenntnis, was jemand damit gemacht hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wäre es nach Ihrer Einschätzung und Kenntnis wichtig gewesen, sie als Grundlage mit heranzuziehen?

Zeuge Karl Schnitzler: Eigentlich nicht. Denn dabei geht es um den Punkt, dass diese Liquiditätsreports ja einen Stresstest unter gewissen Annahmen darstellen. Wenn man Ende September überlegt, wie viel Liquidität im Rahmen dieses Rettungspaketes durch Staat, Banken, Bundesbank bereitgestellt werden muss, dann muss das auf gewissen Annahmen basieren: Wie viel kann das Institut selber noch an Liquidität an den Märkten generieren? Funktioniert der Pfand-

briefmarkt vielleicht noch? Funktioniert der Repo-Markt noch, oder funktioniert der auch nicht mehr? Solche Annahmen müssen ja getroffen werden. Der Liquiditätsreport, der ja auf festgefügtten Annahmen beruhte, die ja im Wesentlichen seit dem Frühjahr unverändert waren, wäre aus meiner Sicht keine passende Ausgangsgrundlage; denn die Marktsituation Ende September ist ja nicht deckungsgleich mit dem, was in dem Stressreport, in dem Liquiditätsreport irgendwann einmal als feste Definition vorgegeben wurde und was auch beibehalten wurde, um im Zeitablauf zu sehen, inwiefern das Liquiditätsprofil vielleicht besser oder schlechter wird.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Sie gehen davon aus, dass er auf mehr fundierte als auf Zuruf, oder was?

Zeuge Karl Schnitzler: Nun gut, das ist jetzt Spekulation.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie gehen auch davon aus, dass er auf mehr fundierte als auf das, was nur von der Bankengruppe, die ihn an sich betraf, berechnet worden ist?

Zeuge Karl Schnitzler: Wie gesagt, habe ich davon nicht auszugehen. Es ist reine Spekulation, auf welcher Basis die Entscheidungsträger hier ihre Entscheidungen getroffen haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber unter aufsichtlichen Gesichtspunkten sollte das Grundlage sein.

Zeuge Karl Schnitzler: Man muss vielleicht die damaligen Rettungsmaßnahmen und die operative Bankenaufsicht voneinander trennen. Ich muss mich doch noch wiederholen: Nachdem ich bei den Verhandlungen nicht dabei war und - ich kann das ergänzen - auch zu dem Punkt, wie viel Liquiditätsbedarf sie haben, mit mir auf telefonischem Wege kein Gespräch geführt wurde - zumindest nicht mit der Blickrichtung: Wie viel müssen wir als Rettungspaket geben? -, kann ich schlichtweg nichts zu sagen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie gehen aber davon aus, dass der Bundesbankpräsident und der Präsident der BaFin, wenn sie

mit dabei waren, durchaus die Quantifizierung begutachten konnten?

Zeuge Karl Schnitzler: Das ist letztlich eine Vermutung. Ob die HRE ausreichend Informationen liefern konnte, um eine solche Quantifizierung zu machen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Prüfaufträge im Zusammenhang mit der HRE hatten Sie im September 2008 und von wem?

Zeuge Karl Schnitzler: Prüfaufträge zur HRE? Sie meinen, im Zuge der Rettungswochenenden? - Am ersten Rettungswochenende ging es schwerpunktmäßig darum, Investorenlisten zu analysieren. Die HRE hat uns hier vielfältige Listen zugeliefert, die unterschiedliche Produktarten betrafen, die unterschiedlich aufgebaut waren. Es war also relativ aufwendig, zusammenzufassen, welche Investoren insbesondere im Bereich der unbesicherten Finanzierung - wenn ich das so flapsig sagen darf - Geld in der HRE hatten. Daran haben wir umfangreich gearbeitet.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Vorschläge machten Sie Ihren Vorgesetzten - schriftlich oder mündlich - und wann?

Zeuge Karl Schnitzler: Zu diesem Thema?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Jetzt nur zu diesem Thema der Rettungsaktion.

Zeuge Karl Schnitzler: Wir haben im Prinzip diese vielfältigen Excel-Tabellen aggregiert und haben versucht, eine Übersicht zu bauen, auf der man sieht: Welche unterschiedlichen Institute, unterschiedlichen Bankengruppen, unterschiedlichen Versicherungen, öffentliche Hand - wer auch immer - sind mit den Beträgen xy investiert und würden, wenn die HRE insolvent würde, entsprechend Geld verlieren? - Die haben wir nach Frankfurt geliefert. Diesbezügliche Empfehlungen haben wir nicht geliefert. Vielleicht war in einer dieser Mails auch einmal der Satz enthalten, dass viele Institute sehr hohe Beträge verlieren würden; aber es war jetzt nicht unsere Funktion, im Rahmen

der Rettungswochenenden diese Beträge qualifiziert zu beurteilen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis darüber, wie Ihre Vorgesetzten auf diese Vorschläge reagiert haben?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich habe keine Kenntnis davon. Es liegt auf der Hand: Warum rettet man systemrelevante Institute? Das ist aber eine persönliche Einschätzung. Insofern kann ich jetzt nicht wiedergeben, was in Frankfurt gedacht und gesprochen wurde. Aber es liegt ja auf der Hand, dass man systemrelevante Institute deshalb rettet, weil ihre Insolvenz dramatische Auswirkungen auf weitere Finanzinstitute hat und diese wiederum in Probleme bringt und am Ende die Realwirtschaft auch sehr stark belastet. Insofern, ohne dass ich, wie gesagt, einen Ton weiß, der damals in Frankfurt diskutiert und gesprochen wurde, ist für mich schon klar, dass man diese Zahlen auch vor dem Hintergrund der Folgwirkungen einer Insolvenz der HRE betrachtet hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Können Sie etwas zu den Investorengruppen, die Sie im Grunde bewertet haben, sagen?

Zeuge Karl Schnitzler: Das sind natürlich jetzt Einzelangaben, auf die ich in der nichtöffentlichen Sitzung zurückkommen müsste. Aber generell lässt sich schon sagen, dass im breiten Bereich der Banken aller drei Säulen, auch Versicherungen, auch Pensionsfonds, öffentliche Hand, also quer durch die gesamte Wirtschaft, Interessen in doch beträchtlichem Umfang betroffen waren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat sich etwas verändert zum letzten September?

Zeuge Karl Schnitzler: Sie meinen heute im Vergleich zum letzten September? - Ich habe heute keine Information zum aktuellen Stand, wer noch Gläubiger der HRE-Gruppe ist. Aufgrund dieser Sache haben die Marktteilnehmer natürlich ihre Positionen deutlich abgebaut. Das ist ja letztlich der Grund, warum inzwischen deutlich mehr als diese 35 Milliarden oder 50 Milliarden von staatlicher Seite garantiert werden mussten. Aber ich habe keine Information über die Verteilung heute.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis darüber, welche Veränderungen es noch vor September 2008 gab?

Zeuge Karl Schnitzler: Darüber, wer noch herausgegangen ist, habe ich ebenfalls keine Kenntnis.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wurden in der Bundesbank oder auch in der Zentrale, auch ausgehend von Ihren Erkenntnissen, Alternativkonzepte geprüft und, wenn ja, welche?

Zeuge Karl Schnitzler: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich war, wie gesagt, in Frankfurt nicht körperlich zugegen und auch nicht telefonisch zugeschaltet. Das läuft natürlich auf einer anderen Hierarchieebene, muss man sagen. Deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Kollege Willsch fragt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Schnitzler, waren Sie auch bei diesen Prüfungsgesprächen am 31. Juli dabei?

Zeuge Karl Schnitzler: Am 31. Juli? - Da war ich dabei. Ja.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wann haben Sie ein Protokoll über dieses Gespräch bekommen?

Zeuge Karl Schnitzler: Das Protokoll habe ich erst jetzt, vor wenigen Wochen - ich glaube, es war Ende Mai - bekommen. Nicht nur ich, sondern auch Herr Jakob und Herr Eder, die hier schon ausgesagt haben, waren bei dieser Besprechung und haben erst, ausgelöst durch den Pressebericht, über dieses Protokoll bei den BaFin-Kollegen angefragt. Es war letztlich ein Büroversehen, dass es uns nicht zugegangen ist. Es gab aber materiell kein Problem; denn wir waren ja dabei und wussten, was besprochen worden war.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Was ist denn das Finalisieren eines Protokolls?

Zeuge Karl Schnitzler: Finalisieren ist nach meinem Sprachverständnis - -

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Zu Ende denken. Das kriege ich auch fertig.

Zeuge Karl Schnitzler: Es ist nichts, was in der Aufsicht definiert ist. Im Bereich Risikoprofile heißt das Wort „finalisieren“ vielleicht noch etwas Spezielles. Aber bei Protokollen heißt das schlichtweg, dass alle Beteiligten durch sind und sagen: Jawohl, so war es; das ist das Protokoll. Jetzt kann es herausgehen. - Das ist aber mein Sprachverständnis.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wobei wir aber heute gelernt haben, dass es eigentlich keine Abstimmungsrunde gibt, sondern die BaFin das nur aufschreibt und herumgeschickt. So ist es vorhin geschildert worden.

Zeuge Karl Schnitzler: Da war ich jetzt nicht ganz vollständig. Es ist nicht zwingend so, dass dieses Protokoll - - Das Protokoll schreibt ja der, bei dem das Aufsichtsgespräch stattfindet. Es ist einfach eine Sache der Effizienz, dass nicht beide schreiben. In dem Fall war es die BaFin. Hinsichtlich einer Abstimmung wurde mit uns kein Kontakt aufgenommen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Kommt das häufiger vor, dass es so lange dauert, bis ein Protokoll kommt?

Zeuge Karl Schnitzler: In dem Fall war das ja ein Büroversehen der BaFin, dass wir das Protokoll erst im Mai erhalten haben.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Aber es war ja gleichwohl erst im November finalisiert.

Zeuge Karl Schnitzler: Richtig. Normalerweise werden solche Protokolle schneller fertiggestellt. Das ist schon klar. Ich muss jetzt auch für die Bundesbank selber ansprechen. Aufgrund der Finanzmarktkrise ist natürlich die aktenmäßige Abarbeitung gewisser Dinge hintangestellt worden. Aber bitte, das ist jetzt nur eine - -

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Die ging ja erst richtig am 15. September los, wie wir jetzt immer gelernt haben. Da wäre sechs Wochen Zeit gewesen, das Protokoll zu schreiben.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich habe jetzt natürlich keine Kenntnis, wie konkret die Arbeitsbelastung oder Urlaubssituation bei der BaFin in diesen Wochen war.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Was hat sich bei Ihrer Arbeit geändert, nachdem die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemisch relevante Bank eingestuft wurde?

Zeuge Karl Schnitzler: Es hat sich in der Praxis gar nicht so viel geändert, weil wir natürlich vorher die HRE schon sehr intensiv beaufsichtigt haben. Es ist ja typischerweise so, dass eine normale Kreditbank -- anders herum: dass ein Institutsbetreuer sechs oder sieben normale Kreditbanken beaufsichtigt. Wir haben in der HV München schon ab Anfang 2007, also schon weit vor der DEPFA-Übernahme, bevor die überhaupt bekannt wurde, einen Mitarbeiter auf die HRE konzentriert und haben dann - das war Anfang 2008, Februar 2008 - einen zweiten Institutsbetreuer daraufgesetzt, im August 2008 dann einen dritten, also noch deutlich vor Lehman, und dann mit Rettung der HRE noch eine vierte Person.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Was war denn der Grund dafür jeweils?

Zeuge Karl Schnitzler: Der Grund war natürlich, dass eine Vielzahl von aufsichtlichen Themen anstand, die zu bearbeiten waren. Wenn man jetzt einfach mal an die Phase vor Ausbruch der Finanzmarktkrise, also vor Mitte 2007, denkt, dann war damals zum Beispiel im Vorgesetzgebungsbereich dieses Thema Finanzholdinggesellschaft da. Es ist ja eine wirklich bedeutende und große Bank auch schon vor der Übernahme der DEPFA gewesen. Der wesentliche Aufbau erfolgte dann ab Anfang 2008 letztlich.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Mit dem Bericht über die Abschreibung.

Zeuge Karl Schnitzler: Richtig, genau, ab dann. Vorher entsprach ein AK einfach der Größe und Bedeutung des Instituts. Aber danach, seit wir eben diesen Risikobericht vorliegen hatten und die Finanzmarktkrise ja doch sehr evident wurde, der Risikobericht ausgewertet wurde, tägliche Liquiditätsreports gemacht wurden, auch diese MaRisk-Prüfung durchgeführt wurde, die wir auch

vonseiten der Laufenden Aufsicht durch eine Person begleitet haben, um auch unsere Informationen einzuspeisen, ist die Arbeit immer mehr geworden, sodass wir einfach aufgestockt haben.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wissen Sie, ob der Investor Flowers auf Ihre Informationen zurückgreifen konnte, als er im Frühjahr einstieg?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich weiß nicht, ob die Bank ihm Berichte von uns -- Gut, er ist im Frühjahr eingestiegen. Da hat der Bank zum Beispiel der MaRisk-Prüfungsbericht, würde ich jetzt sagen, noch gar nicht vorgelegen. Unser MaRisk-Prüfungsbericht ist ja von der BaFin, ich würde mal sagen, im Laufe des Juli 2008 an die HRE übersandt worden. Der Flowers-Einstieg war vorher, sodass das schon mal nicht möglich war. Was ansonsten vonseiten der Bank an Flowers an Informationen gegeben wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Was macht den Sinn von Stresstests aus, wenn man zugleich sagt: Der schlechteste Fall kann ja nicht eintreten?

Zeuge Karl Schnitzler: Wenn man nur Dinge in Stresstests modelliert, von denen man sagt: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass die morgen, in einer Woche, in einem Monat eintreten“, so ist man nicht im Stress-Case, sondern im Normal-Case. Der Sinn ist ja, dass man als Bank durchspielt, welche möglichen Marktentwicklungen mich wie betreffen. Das kann man für das Liquiditätsrisiko machen, das kann man auch für andere Risikoarten machen. Das soll natürlich - das ist ja Zweck der ganzen Übung - beim Institut selber die Kenntnis erweitern, wie bestimmte Marktsituationen Auswirkungen auf einen haben. Die Banken führen ja doch sehr komplexe Bankgeschäfte durch, wo man nicht mit Pi mal Daumen sagen kann: Okay, dies ist eine wirtschaftliche Entwicklung, die tut uns weh oder die interessiert uns jetzt weniger oder von der sind wir weniger betroffen. - Deswegen sind diese Stresstests schon wichtig, damit die Banken selbst lernen, wie ihr Buch reagiert auf gewisse Marktentwicklungen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Troost von der Fraktion Die Linke das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie waren von Anfang an für die HRE zuständig, auch bei der Abspaltung?

Zeuge Karl Schnitzler: Nein, damals war ich nicht für die HRE zuständig, sondern da war ich Sachgebietsleiter für die systemrelevanten Banken, und damals war die HRE noch keine systemrelevante. Damals war ich noch zuständig für die HVB und die BayernLB.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt, zur Abspaltung und Gründung der HRE können Sie hier jetzt gar nichts sagen?

Zeuge Karl Schnitzler: Zur Gründung der HRE im eigentlichen Sinne nicht, zur Abspaltung schon, weil ja natürlich von der HVB abgespalten wurde, und insofern in der Beaufsichtigung der HVB auch die eine oder andere Info dann natürlich bei uns aufgetaucht ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie die Unterlagen, die zur Abspaltung dann geführt haben, sozusagen eingesehen? Haben Sie da geschaut, ob die vollständig sind, ob das, was da eingereicht worden ist von Ernst & Young, vollständig war?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich muss sagen: Ich war ja ab Mitte 2007 für dieses Sachgebiet zuständig. Insofern muss ich den Disclaimer vorausschicken, dass vielleicht vorher irgendwas passiert ist, was ich jetzt nicht weiß. Aber mir ist nicht bekannt, dass man diese Unterlagen angeschaut hätte. Es ist auch nicht - - Die Bankaufsicht hat auch hier keine Zuständigkeiten. Wir haben keine Zustimmungspflicht. Wir konnten dieser Abspaltung nicht zustimmen; wir konnten sie auch nicht ablehnen. Insofern war sie für uns letztlich aus geschäftsstrategischen Aspekten heraus interessant.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich sage nur mal hier in öffentlicher Sitzung: Wenn da ein wesentlicher Punkt, nämlich die Ermitt-

lung des Wertes des abgespaltenen Teiles, nicht erfolgt ist durch den Wirtschaftsprüfer, dann ist das schon zumindest relevant. Aber ich verstehe ja; Sie haben ja gesagt, Sie sind da nicht drin. Sie sind auch nicht drin, was die erste Deckungsstockprüfung 2005 angeht? Weil wir doch Informationen haben, dass man im Prinzip, nachdem das eingeführt wurde, auch nach hinten sozusagen noch mal eine richtige Stichprobe gemacht hat.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich weiß, dass es 2008 eine Deckungsstockprüfung gab, die, glaube ich, bis 2005 zurückreichte, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist klar.

Zeuge Karl Schnitzler: - und noch mal die eine vorher. Von der weiß ich. Wie weit die zurückreichte, kann ich nicht sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Na gut. - Wie ist denn überhaupt Ihr Vertrauen insgesamt zum Vorstand der HRE gewesen in den letzten eineinhalb Jahren?

Zeuge Karl Schnitzler: Sie meinen, zum Altvorstand?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Selbstverständlich.

Zeuge Karl Schnitzler: Zum Altvorstand. Vertrauen: Was ich dazu sagen kann, ist, dass der Vorstand immer kooperativ war in der Zusammenarbeit mit uns, also jetzt nicht zögerlich war, sondern unsere Informationswünsche schon auch anerkannt hat und zum Beispiel - wir haben vorher dieses Thema Finanzholdinggesellschaft / Gesetzesänderung angesprochen - niemals sich zurückgezogen hat auf die Position: Wir als Finanzholdinggesellschaft - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich will noch mal drei Punkte konkret nennen, ob Sie das sozusagen irritiert hat oder nicht.

Das eine war ja überhaupt die Auslösung der Sonderprüfung. Da hat der Vorstand gesagt: Bei uns gibt es keine Probleme mit strukturierten Produkten. - Und dann stellt sich heraus, es gab sie doch. Das war ja zumindest so etwas wie ein erster Vertrauensbruch. Dann haben wir eben festge-

stellt, dass im Quartalsbericht im zweiten Quartal festgestellt wurde, dass ein größerer Kredit von Goldman Sachs eine fehlende Eigenkapitalunterlegung hatte. Dann haben wir eben thematisiert - kommt dann noch mal in der geschlossenen Sitzung -, dass am 08.08. der Vorstand mitteilt, dass man einen riesigen zweistelligen Milliardenbetrag bei der DEPFA falsch gebucht hat und zurücknehmen musste, und, und, und.

Sind das nicht Sachen, die Sie in der Zusammenarbeit irritieren?

Zeuge Karl Schnitzler: Okay, jetzt verstehe ich, worauf sie hinauswollen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie müssen natürlich auch bedenken, Herr Schnitzler, was Sie

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir reden ja nicht über Konkretes! Wir reden ja nur allgemein!)

in öffentlicher und in nichtöffentlicher Sitzung sagen können.

Zeuge Karl Schnitzler: Ja, ist klar.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das sage ich auch zu Ihrem Schutz.

Zeuge Karl Schnitzler: Was Sie ansprechen, sind ja Dinge im Bereich Liquiditätsrisikomanagement, zumindest überwiegend. Insofern sind dies Dinge, die natürlich einfließen in unsere Beurteilung des Risikomanagements generell. Was Sie zunächst ansprachen, war ja das Thema Vertrauen in den Vorstand.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Vertrauen in die Unterlagen, die man bekommt, erst mal.

Zeuge Karl Schnitzler: Für mich haben sich da jetzt keine Ansätze ergeben, grundsätzlich an der Aussagefähigkeit von Unterlagen etc. zu zweifeln.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gilt das auch für die Wirtschaftsprüfer von der KPMG, oder war da nicht auch ein größeres Misstrauen über ihre Arbeit?

Zeuge Karl Schnitzler: Es ist letztlich unsere Funktion als Aufsicht, immer die Dinge, soweit es geht, auf Herz und Nieren

zu prüfen und Inkonsistenzen nachzugehen. Wir führen zum Beispiel auch jährlich nach der Prüfungsberichtsauswertung noch mal ein Gespräch mit den Wirtschaftsprüfern, wo wir einfach noch mal gewisse Dinge problematisieren oder auch ergänzende Informationen von den Wirtschaftsprüfern wollen.

Vielleicht kann ich es so zusammenfassen, dass sich für mich hier keine Besonderheiten ergaben in diesem Bereich Vertrauen hinsichtlich KPMG oder HRE-Vorstand für die spezielle Bank HRE.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Auch dass eine Sonderprüfung der Wirtschaftsprüfer gemacht wird und man dann sagt: „Damit können wir aber nichts anfangen; wir müssen selber prüfen“, ist durchaus normal?

Zeuge Karl Schnitzler: Letztlich ist es so: Dass bankaufsichtliche Prüfungen angeordnet werden, um sich selber von gewissen Dingen als Aufsicht noch mal einen Eindruck zu verschaffen, das ist gelebte Praxis.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber glauben Sie, dass Sie als ein Mann, eine Person, Referat oder Zuständigkeit eine Bank wie die HRE in den Griff kriegen, während die Wirtschaftsprüfer mit 30, 40 Leuten rund um die Uhr in der Bank herumlaufen?

Zeuge Karl Schnitzler: Dass man natürlich als Aufsicht nur seine begrenzten Möglichkeiten hat, das versteht sich von selbst. Man kann das so abstufen: Das Geschäft kennt der Vorstand am allerbesten.

Ja, natürlich, aufgrund der Entfernung zum Institut müssen wir halt unser Bestes tun. So ist es letztlich.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten eben gesagt, Sie haben keine Kenntnis über die Frage, was noch an Geldern möglicherweise abgezogen worden ist auf der Gläubigerseite im August. Wer hat denn die Listen zusammengestellt, die mir eben wieder entzogen worden sind, die es ja aber inzwischen gibt, über die Gläubiger?

Zeuge Karl Schnitzler: Die Listen - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ihr Chef hat gesagt, er hatte die Listen. Haben Sie die zusammengestellt?

Zeuge Karl Schnitzler: Genau, das waren ein Mitarbeiter von mir und auch ich. Wir waren am Wochenende tätig und haben auf Basis der Ursprungslisten, die natürlich vom Institut kommen mussten, die letztlich aggregiert. Das waren sehr unterschiedliche Formate, das waren Excel-Formate mit ganz unterschiedlichen Untergliederungen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich darf wenigstens noch erwähnen, dass es eine Liste gibt mit Stand 30.06. und eine mit Stand 25.09. Man kann natürlich die Differenzbildung machen.

Zeuge Karl Schnitzler: Entschuldigung, 30.06., kenne ich keine Liste.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber die ist in den Unterlagen dabei.

Zeuge Karl Schnitzler: Das mag dann so sein. Um das vielleicht zu verdeutlichen - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Bei der Bundesbank.

Zeuge Karl Schnitzler: Eine Liste über die Gläubiger?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja und sogar noch so vertauscht, dass die eine in die andere hineingerutscht ist.

Zeuge Karl Schnitzler: Dann ist da irgendwas, was ich nicht mehr in Erinnerung habe. Was ich mir vorstellen kann, ist, dass die HRE uns vielleicht zum Stand - wie auch immer - 30.06. - was auch immer - Ursprungslisten geschickt hat, die wir dann an diesen Krisenwochenenden aggregiert haben. Das ist eine Möglichkeit. Was auch sein kann, ist, dass in Präsentationen der Bank vielleicht in sehr eingeschränktem Maße - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein, das sieht alles wie selbst erstellte Listen aus.

Zeuge Karl Schnitzler: Okay, dann würde ich die auch gern sehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und erteile das Wort Frau Nina Hauer für die SPD.

Nina Hauer (SPD): Herr Schnitzler, habe ich das richtig verstanden: Sie waren im Januar 2008 schon zuständig für die HRE?

Zeuge Karl Schnitzler: Richtig, ja.

Nina Hauer (SPD): Sie sind zuständig für systemrelevante Banken?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich bin seit Anfang 2007 Referatsleiter und in dem Sinne zuständig für systemrelevante Banken in Bayern, Kreditbanken und Spezialinstitute, sodass ich ab Anfang 2007 letztlich die Gesamtzuständigkeit habe.

Nina Hauer (SPD): Dann ist die HRE schon von Ihnen als systemrelevante Bank behandelt worden, obwohl sie erst im Juni als solche offiziell eingestuft wurde?

Zeuge Karl Schnitzler: So ist es. Es ist ja so, dass, wenn Problemlagen vorliegen, wir Personal konzentrieren auf solche Institute, sodass im praktischen Doing kaum noch ein Unterschied bestand. Zum Beispiel ein wesentlicher Punkt: Was man bei systemrelevanten Instituten regelmäßig macht, ist, dass man sich natürlich Risikoberichte besorgt - auch über die Aufsichtsratsunterlagen -, und das ist eine Sache, die haben wir bei der HRE aus dem aktuellen Anlass heraus dann auch gemacht - nicht automatisch wegen systemrelevant, aber de facto doch, weil eben Problemlagen da waren, die wir eruieren wollten.

Nina Hauer (SPD): Also ist die Frage des Zeitpunkts, wann die HRE für systemrelevant erklärt wurde, eigentlich nicht erheblich?

Zeuge Karl Schnitzler: Die ist aus meiner Sicht nicht erheblich, nein.

Nina Hauer (SPD): Diese Prüfung, die Sie durchgeführt haben: Haben Sie da Hinweise gehabt, dass die DEPFA die HRE in absehbarer Zeit in den Abgrund reißen würde?

Zeuge Karl Schnitzler: Aus meiner Sicht nicht. Ich habe es ja im Statement schon ausgeführt: Natürlich haben wir im Liquiditätsrisikomanagementbereich gewisse Dinge festgestellt. Das ist jetzt mal der Managementbereich. Wenn man jetzt auf die tat-

sächliche Liquiditätslage schaut, dann haben wir durch unsere täglichen Meldungen schon auch die allgemeine Tendenz an den Finanzmärkten gesehen, die damals ja schon da war, dass langfristige Finanzierungen im unbesicherten Bereich gar nicht mehr gingen, dass sie im besicherten Bereich zäher waren, sodass eben dann doch sehr viel auf die kurzfristige Refinanzierung lief. Wir haben schon auch gesehen, dass das bei der HRE natürlich sich voll zu Buche schlägt. Aber diese kurzfristige Refinanzierung hat funktioniert.

Man muss einfach noch mal erinnern an das, was nach Lehman passiert ist. Man hat ja nicht ohne Grund letztlich vor Lehman und auch nachher alle systemrelevanten Institute - ich sage jetzt einfach mal: weltweit - aufgefangen, die in Probleme gekommen sind, weil man vorher gewusst hat, dass das Kettenreaktionen auslöst. Die Kettenreaktion hat man dann bei Lehman besichtigen können. Aus der Lehre von Lehman heraus hat man danach auch alle anderen Problemfälle letztlich durch staatliche Intervention aufgefangen. Das zeigt für mich schon im Umkehrschluss, wie dramatisch dieser Einschnitt durch Lehman war. Das war also nicht eine Verschärfung der Liquiditätskrise, wie sie halt mal ein bisschen passieren kann, wenn mal paar schlechte Marktnachrichten kommen, sondern das war wirklich eine Umwälzung, wie sie jetzt in der Nachkriegszeit einzig ist.

Nina Hauer (SPD): Hätten Sie es aus Ihrer Erfahrung als Prüfer oder in der Funktion, die Sie bei der Bundesbank haben, für möglich gehalten, dass eine solche Situation am Finanzmarkt eintritt?

Zeuge Karl Schnitzler: Realistisch betrachtet, eigentlich nicht, nein.

Nina Hauer (SPD): Wir haben schon über das Geschäftsmodell der DEPFA gesprochen. Herr Tietmeyer hat heute Morgen hier gesagt, alle Staatsfinanzierer würden sich eines solchen Modells bedienen, weil die sonst ihre Marge gar nicht erreichen können. Würden Sie das auch so sehen?

Zeuge Karl Schnitzler: Da fehlt mir der Marktüberblick über sehr viele verschiedene Staatsfinanzierer. Was man natürlich sagen muss, ist, dass, sage ich mal, diese Inkongruenz in der Refinanzierung bei einem

Staatsfinanzierer anders zu beurteilen ist, als wenn man ein Institut hätte, das jetzt zum Beispiel normale Unternehmenskredite vergibt, weil Staatskredite im Prinzip das Beste an Bonität sind - sofern die Länder halbwegs stimmen -, was man haben kann, und in dem Sinne wenig Risiken vorliegen und auch eine gewisse Konstanz in der Ertragslage vorliegt - wenn auch auf niedrigem Niveau - und insofern die Gefahren, dass die Refinanzierung ausläuft, hier natürlich etwas geringer anzusetzen sind als bei Instituten, wie gesagt, die das Unternehmenskreditgeschäft machen.

Nina Hauer (SPD): Wenn jetzt diese Regelung über die Holding früher, als das der Fall war, verändert worden wäre, hätte Ihnen das wesentliche materielle Erkenntnisse gebracht für diese Sonderprüfung, die Sie so nicht hatten?

Zeuge Karl Schnitzler: Eigentlich nicht. Es ist ja so gewesen - ich habe das vorher kurz ausgeführt -, dass tatsächlich die Gruppensteuerung durch die Holding gemacht wurde, was in dem Sinne ja nicht dem KWG entsprach, aber die HRE niemals sich darauf zurückgezogen hat, zu sagen: Wir als Holding unterliegen nicht der Bankenaufsicht; wir bitten doch, von weiteren Belästigungen Abstand zu nehmen. - Das ist nie passiert, sodass im Zuge der Prüfung bei der Holding de facto geprüft wurde.

Nina Hauer (SPD): Dann sind ja Mängel festgestellt worden bei der Sonderprüfung, über die es ein Gespräch gegeben hat. Die Zeugen, die damit befasst waren, sowohl seitens der Bundesbank als auch seitens der BaFin, haben bisher immer gesagt, dass diese Mängel nicht innerhalb kurzer Zeit hätten abgestellt werden können. Aber gesetzt den Fall, die hätten abgestellt werden können, hätte damit die Situation, in der die HRE dann im September war, verhindert werden können?

Zeuge Karl Schnitzler: Sie hätte aus meiner Sicht nicht verhindert werden können, weil man, wie gesagt, unterscheiden muss zwischen Liquiditätsrisikomanagement. Darauf bezogen sich ja auch die Erkenntnisse, die wir aus der Prüfung gewonnen haben: dass hier durchaus noch da und dort etwas zu verbessern ist. - Das ist das eine.

Das andere ist die tatsächliche Liquiditätslage. Wenn diese Verbesserungen auch sofort umgesetzt worden wären, dann hätte die Bank bessere Informationen über Liquiditätsrisiken gehabt. Aber die Unergiebigkeit der Märkte zu dem Zeitpunkt im langfristigen Bereich war nun mal schon da, und die wäre auch nicht dadurch weniger geworden, dass die Bank das Management schon verbessert gehabt hätte.

Nina Hauer (SPD): Ist Ihnen bekannt, ob dieser Sonderbericht bei dem Rettungswochenende eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Karl Schnitzler: Mir ist nicht bekannt, dass er eine Rolle gespielt hat, eben aus dem erwähnten Grund heraus. Ich fände es nur plausibel, wenn niemand ihn zur Hand genommen hätte für diese Aspekte, weil, wie gesagt, das zwei unterschiedliche Baustellen sind. Wenn es darum geht, zu entscheiden, ob man staatlicherseits hier auffängt, dann hilft es nicht, einen Bericht zu haben, wo drinsteht, welche - vielleicht da und dort - Mängel im Bereich Liquiditätsrisikomanagement bestehen.

Nina Hauer (SPD): Hätte denn der Bericht, so wie er dann an die BaFin übergeben wurde, für das Bundesfinanzministerium vor Lehman bestimmte Handlungsanweisungen zur Folge haben müssen? Hätten die daraus Konsequenzen ziehen müssen auf der politischen Ebene?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich muss da ein wenig passen, weil ich jetzt nicht weiß, über welche Dinge letztlich die BaFin das BMF informiert. Das ist die Zuständigkeit der BaFin. Wir stehen in ständigem Kontakt mit der BaFin über die Situation unserer Institute und wie es weitergeht und welche Sachverhalte wir als HV aufklären sollen, und diskutieren sicherlich auch, was man da mal gegenüber dem Institut machen sollte. Aber die Kommunikation zum BMF ist reine Sache der BaFin, wo wir auch nicht eingebunden sind und in dem Sinne auch nicht um Rat gefragt werden; um das vielleicht auch noch zu ergänzen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Schnitzler, ein früherer Mitarbeiter der HRE, den wir vorhin auch als Zeugen haben vernehmen können, hat kürzlich in einem Interview bei *Spiegel Online* die These vertreten, mit dem Kauf der DEPFA sei das Umfallen der HRE programmiert gewesen. Er sprach auch davon, dass der Zusammenbruch von Lehman Brothers eigentlich nur wie ein Katalysator gewirkt habe und das, wie er sagt, Beinahe-Ende der HRE dadurch nur beschleunigt, aber nicht verursacht worden sei. Teilen Sie diese Auffassung?

Zeuge Karl Schnitzler: Die teile ich nicht. Ich habe vorher schon ausgeführt, wie grundlegend die Umwälzungen waren nach dem 15.09. Insofern war es für mich auch kein Automatismus; das muss ich ganz deutlich sagen. Auch wenn man zum Beispiel auf das Ratingurteil blickt, das die DEPFA plc damals bei Übernahme durch die HRE hatte, nämlich „A+“ damals bei S & P, während die HRE (alt) nur „A“ hatte - das ist auch schon ein Indiz, dass man nicht sagen kann: Das war damals schon klar; das Sterbeglöckchen hat schon geläutet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es noch Fragen bei der SPD-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. - Dann übergebe ich an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Es gibt ein Risikoprofil von September 2008 über die HRE-Bank. Sie sind zuständig für die HRE. Dann haben Sie das wahrscheinlich erstellt.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich habe es nicht selbst erstellt; aber in meinem Referat wurde es erstellt, ja, richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie kennen das auch?

Zeuge Karl Schnitzler: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach den Rettungen - ich sage mal: nach dem 29. September - kennen Sie jetzt auch die verschiedenen Rettungsbemühungen, wie die umgesetzt worden sind, weil das praktisch mit verfolgt wird von Ihrem Referat.

Zeuge Karl Schnitzler: Sie meinen jetzt die Liquiditätsgarantien vonseiten SoFFin etc.?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das, was sozusagen von der Bundesbank jetzt dazu geliefert wird, um die verschiedenen Rettungsstufen einschätzen zu können, wo dann gesagt wird: Verstaatlichung. Diese Prozesse sind von Ihrem Referat mit verfolgt worden und die Entwicklung der HRE?

Zeuge Karl Schnitzler: Wir haben die Entwicklung der HRE weiterverfolgt, ganz klar. Was jetzt unmittelbar das Thema SoFFin betrifft, sind wir als Hauptverwaltung etwas außen vor. Das ist mehr Sache der Bundesbankzentrale. Was jetzt zum Beispiel auch die Liquiditätszurverfügungstellung durch die Bundesbank selbst betrifft, was ja am Anfang auch Teil des Ganzen war, ist es auch nicht Bereich Bankenaufsicht, sondern eher Bereich Märkte. Ja, gut, wir haben mitverfolgt, in welchen Stufen vonseiten SoFFin Kredit gegeben wurde. Wenn Sie das meinen, das ist so, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja ein irisches Liquiditätsproblem bei der DEPFA, und dann mussten wir in Deutschland retten. Ist es denn so, dass wir praktisch in Deutschland Liquidität zur Verfügung stellen, die dann nach Irland an die DEPFA überwiesen wird?

Zeuge Karl Schnitzler: Letztlich ist das der Zusammenhang. Das ist genau richtig. Die Liquiditätskrise kam ja vonseiten der DEPFA. Das heißt, dort konnten am Markt die notwendigen Anschlussrefinanzierungen nicht mehr getätigt werden, zumindest zum größeren Teil - inzwischen mag auch die alte HRE natürlich davon betroffen sein -, sodass klar ist, dass letztlich diese vom SoFFin garantierten Mittel letztlich zur Refinanzierung der DEPFA dienen - zu einem Teil, den ich jetzt aber leider nicht benennen kann.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn vor dem 15.09. auch schon mal Situationen, wo von Deutschland aus Liquidität nach Irland gegeben wurde, weil man da auch schon mal eine Schwierigkeit hatte, oder ist das jetzt ein

neuer Punkt nach dem Rettungswochenende?

Zeuge Karl Schnitzler: Das ist mir nicht bekannt, dass es in dem Sinne Aushilfen gegeben hätte. Natürlich gab es konzerninterne Verflechtungen. Das war dann auch ein Thema, das nicht ich selber - - aber im Zuge der Rettungswochenenden auch mal von uns, sage ich mal, beim Institut beschafft wurde und auch kommuniziert wurde. Aber ich muss passen: Ich kann nicht sagen, dass vorher aktiv Lücken hätten gefüllt werden müssen bei der DEPFA. Ich habe keine Kenntnis davon. Ob das war, weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu haben wir jetzt andere Informationen. Aber das müssen wir, glaube ich, nichtöffentlich noch mal nachvollziehen.

Sie haben vorher gesagt, dass das Problem die Liquiditätssituation DEPFA ist.

Zeuge Karl Schnitzler: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist, glaube ich, auch eindeutig im Vordergrund. Wollten Sie damit ausschließen, dass es auch andere Probleme gibt, die bei der HRE sind, also im Ertragsbereich oder im Kapitalisierungsbereich? Denn dass es ein großes Problem gibt, heißt ja noch nicht, dass es nicht andere, latente, kleinere Probleme gibt, die auch nach und nach sich zu größeren entwickeln könnten.

Zeuge Karl Schnitzler: Man muss sagen, dass zum Zeitpunkt - - Natürlich war die Finanzmarktkrise unterwegs und hat, wie wir am 15.01.2008 erfahren haben, im Bereich der strukturierten Produkte auch die HRE Gruppe betroffen. Die Zahlen sind ja öffentlich bekannt gegeben worden, wobei - das kann man auch öffentlich sagen - diese 390 Millionen von damals im Quervergleich zu anderen Instituten natürlich eher von kleinerem Umfang sind. Aber ich kann schon sagen, dass damals, als es um die Rettung der HRE ging, dieses Liquiditätsproblem ganz dominierend war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist klar.

Zeuge Karl Schnitzler: Es ist klar, dass ein Institut immer auch ein paar andere

Themenfelder hat, insbesondere im organisatorischen Bereich. Das ist jetzt eine generelle Aussage. Es wird kein Institut dieser Größe geben, wo man nicht sagt: Die sind ja im ständigen Umbau. - Da und dort müssen IT-Systeme verbessert werden, müssen Risikomanagementsysteme verbessert werden. Das ist alles klar. Aber ich könnte jetzt nicht sagen, dass es hier andere Risikofelder gab, die überhaupt nur ähnlich bedeutend gewesen wären.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mir zum Beispiel den Halbjahresbericht angeschaut. Darin sehe ich eben, dass die Erträge, die ausgewiesen werden, im Wesentlichen auf Sondereffekten beruhen. Wenn ich die abziehe, bin ich unter der Linie. Also bestand offensichtlich ein leichtes Ertragsproblem schon vor Lehman Brothers. Ähnlich sieht es bei der DEPFA aus. Ich habe Hinweise, dass es auch eine Unterkapitalisierung gegeben haben könnte. Mich würde jetzt einfach interessieren, ob das auch Ihr Informationsstand war oder ob ich da falsche Informationen habe.

Zeuge Karl Schnitzler: Im Jahr 2008 aufgrund der laufenden Finanzmarktkrise war die HRE sicherlich nicht die einzige Bank, die davon letztlich betroffen war über Abschreibungen auf strukturierte Produkte, aber auch andere Effekte, Verteuerung der Refinanzierung etc. Was jetzt den Aspekt Kapital angeht, den Sie ansprechen, kann ich diese Informationen nicht teilen, muss ich sagen. Die Zahlen, die damals auch veröffentlicht worden sein müssten, geben meiner Ansicht nach nicht sofort die Information, dass man im Vorfeld von Lehman unterkapitalisiert gewesen wäre.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich habe noch ein bisschen Zeit, oder?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Einige Sekunden, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei den Verflechtungen zwischen den verschiedenen Konzernteilen, die Sie genannt haben, gibt es da nach der DEPFA-HRE-Fusion noch eine Zunahme und zusätzliche Verflechtungen, oder sind die damit allein begründet? Ich will sagen: Ist nach

dem Oktober 2007 sozusagen der Konzern nach und nach zusammengewachsen durch zusätzliche Verflechtungen, oder ist das eigentlich der Stand der Verflechtung, die man einfach durch die Übernahme der DEPFA hatte?

Zeuge Karl Schnitzler: Wenn Sie jetzt auf organisatorische Verflechtungen ansprechen - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meine es gerade in den Finanzbeziehungen, die dann eben zum Beispiel zu einem Liquiditätsfluss führen.

Zeuge Karl Schnitzler: Wenn man Verflechtung so definiert, dass man sagt: „Gibt es Mittel, die von der HRE an die DEPFA gegeben werden?“, dann müssen natürlich die Verflechtungen letztlich zunehmen. Wenn man sagt: Das Liquiditätsproblem kommt vonseiten der DEPFA plc - - Wie gesagt, ich sage das jetzt abstrakt-theoretisch und nicht aufgrund der Kenntnis von konkreten Zahlen. Aber das ergibt sich einfach abstrakt-theoretisch. Wenn das Liquiditätsproblem bei der DEPFA plc war und dort die Liquiditätslücke ist und die im Zuge der Rettungspakete gedeckt wird, dann muss diese Liquidität ja auch irgendwann zur DEPFA fließen; anders geht es nicht. Ansonsten hätte man ja den Fall, dass die DEPFA plc illiquide wird.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt habe ich noch eine Bitte, damit nicht aufgrund einer Frage Missverständnisse auftreten. Herr Schnitzler, Sie haben häufig von Liquidität gesprochen. Nun besteht aber das Rettungspaket zugunsten der HRE in Höhe von 102 Milliarden in Form von Garantien und nicht in Form von Bargeld.

Zeuge Karl Schnitzler: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich wollte klarmachen, was Sie genau meinen, wenn Sie von Liquidität sprechen. Liquidität ist für mich normalerweise Bargeld, das fließt. Aber in diesem Falle ist nicht in dem Maße Bargeld an die HRE geflossen, sondern es sind Garantien des Bundes und der Banken geflossen.

Zeuge Karl Schnitzler: Absolut richtig, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, da haben wir jetzt ein Missverständnis. Am 29.09. ist eine Liquiditätsfazilität beschlossen worden, bei der es eine Sicherung über eine Garantie des Bundes gibt. Aber natürlich ist da Liquidität bereitgestellt worden. Sonst wäre das ganze Verfahren an dem Rettungswochenende ziemlich sinnlos gewesen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber ich habe Herrn Schnitzler noch gefragt, und damit ist die Sache jetzt erledigt. Er hat es bestätigt. Damit weiß jeder, was gemeint ist, und ich bin auch zufrieden. Es ist die Zeugenaussage von Herrn Schnitzler und leider nicht unser beider.

Wir wären jetzt in der zweiten Runde. Gibt es noch Fragen seitens der CDU/CSU? - Das ist nicht der Fall. Seitens der FDP? - Nein. Gibt es bei der SPD noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Bei den Linken? Herr Troost? - Das ist auch nicht der Fall. Und Herr Dr. Schick? - Okay.

Gibt es noch Fragen an Herrn Schnitzler im nichtöffentlichen Teil? Ich hatte eben einmal den Eindruck.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Das heißt also, Herr Schnitzler, ich kann Sie einstweilen nur für den öffentlichen Teil entlassen. Sie müssen sich noch bereithalten, um den Kolleginnen und Kollegen im nichtöffentlichen Teil Rede und Antwort zu stehen. Näheres wird Ihnen das Sekretariat mitteilen. Wir bemühen uns, möglichst zügig zu Werke zu gehen, wobei ich Ihnen aber gleichwohl raten muss, für eine Unterkunft für heute Abend Sorge zu tragen, weil es vielleicht nicht mehr reicht, um noch nach Hause zu fahren.

Zeuge Karl Schnitzler: Das habe ich bereits getan. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das Gleiche gilt natürlich - ich habe es noch gar nicht erwähnt, aber er ist Profi in diesen Dingen - für Herrn Dr. Nöll.

**Vernehmung des Zeugen
Holger Techet**

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Techet, ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses auf das Herzlichste und darf mich für die knapp einstündige Verspätung, die für Sie möglicherweise viel, entsprechend unserer früheren Erfahrung aber wenig ist, entschuldigen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der heutigen Sitzung fertigen werden, die ausschließlich dem Zweck dient, den stenografischen Bericht zu erleichtern. Nach dem stenografischen Bericht wird diese Aufzeichnung gelöscht, und das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen zugestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, dieses Protokoll binnen zwei Wochen auf etwaige Korrektur- oder Ergänzungsnotwendigkeiten zu untersuchen. Sofern wir Sie noch in einem nichtöffentlichen Teil Ihrer Vernehmung hören müssten - dann auch mit einer entsprechenden Einstufung als VS-Vertraulich -, kann dies leider nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages erfolgen.

Ferner begrüße ich Herrn Dr. Leipold, der heute Abend als Ihr Rechtsbeistand fungieren wird. Ich darf Sie bitten, Herr Dr. Leipold, sich ganz kurz vorzustellen.

RA Dr. Klaus Leipold: Guten Tag. Mein Name ist Dr. Klaus Leipold. Ich bin Rechtsanwalt aus München. Brauchen Sie meine ladungsfähige Anschrift? - Sie lautet: Brienner Straße 56, 80333 München.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das reicht für das Protokoll schon aus. Ich danke Ihnen und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie den Zeugen natürlich beraten dürfen, aber kein eigenes Rede- und Fragerecht haben und insbesondere keine inhaltlichen Hinweise während der Aussage Ihres Mandanten geben dürfen. Selbstverständlich kann Ihr Mandant zum Zwecke der Beratung mit Ihnen jederzeit eine kurze Unterbrechung beantragen.

Folgende allgemeine Belehrungshinweise noch an Sie, Herr Techet: Sie sind geladen worden. Beweisthema, Beweisbeschluss sowie der Untersuchungsauftrag sind Ihnen übersandt worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen; das heißt,

Ihre Aussagen müssen vollständig und richtig sein. Es darf daher nichts fehlen, was zur Sache gehört, und nichts hinzugefügt werden, was der Wahrheit widerspricht. Die entsprechende Strafbarkeitsandrohung - von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe - findet sich in § 153 des Strafgesetzbuches. Ferner mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie natürlich berechtigt sind, gemäß § 22 des Untersuchungsausschussgesetzes die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, die Sie oder einen Angehörigen im Sinne des § 52 StPO der Gefahr eines Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würde. Sollten Teile Ihrer Aussage zum Schutze von Dienst-, Privat- und Geschäftsgeheimnissen nur in einer entsprechend eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich einfach um Hinweis. Wir als Ausschuss würden dann die entsprechenden Vorkehrungen treffen, damit Ihre Aussage in diesem geschützten Bereich erfolgen kann.

Ferner möchte ich nun von Ihnen noch Ihren vollständigen Namen - Holger Techet, wie ich annehme - und eine ladungsfähige Anschrift - das kann auch eine Dienstanschrift sein - erfahren.

Zeuge Holger Techet: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, zunächst einmal auch ein herzliches Grüß Gott von meiner Seite. Mein Name ist Holger Techet. Als ladungsfähige Adresse würde ich angeben: KPMG AG, ...*[Anschrift hier nicht wiedergegeben]*.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Nun noch folgender weiterer Hinweis, Herr Techet: Nach § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes können Zeugen entweder auf Fragen antworten oder aber von der Möglichkeit Gebrauch machen, das Beweisthema, soweit es bekannt ist, im Rahmen eines kurzen Statements umfassend abzuarbeiten, bevor dann ich und anschließend meine Kolleginnen und Kollegen Fragen an Sie richten werden.

Zeuge Holger Techet: Herr Vorsitzender, ich würde es so handhaben, dass ich zunächst einen kleinen Abriss mache, wie ich in die Prüfung involviert war, um dann auf die einzelnen Untersuchungsaufträge einzugehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr gerne.

Zeuge Holger Techet: Dann darf ich jetzt beginnen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte sehr.

Zeuge Holger Techet: Mein Name ist, wie schon gesagt, Holger Techet. Ich bin Wirtschaftsprüfer bei KPMG mit Dienstsitz in München. Ich bin Partner bei KPMG und bin dort im Bereich Audit Financial Services tätig. Das heißt, ich bin im Bereich Prüfung und prüfe dort ausschließlich Gesellschaften aus dem Bereich Financial Services.

Ich war der zuständige Prüfer in den Berichtsjahren 2003 bis 2005 und 2007 und war in dieser Zeit neben der Prüfung der Jahresabschlüsse und der Konzernabschlüsse auch beauftragt, prüferische Durchsichten der Quartalsabschlüsse durchzuführen.

Das hat Mitte des Jahres 2004 begonnen. Ich hatte diese Verantwortung bis in das dritte Quartal 2008. Im Dezember 2008 wurde die Mandatsverantwortung von meinem Kollegen Gero Wiechens übernommen. Der Grund für den Wechsel war, wie auch in den Medien dargelegt, dass die Hypo-Real-Estate-Gruppe einen vollständigen Neuanfang machen wollte. Dieser Neuanfang hat sich durch einen vollständigen Austausch des Vorstands und auch einen vollständigen Austausch des Aufsichtsrats der Gruppe dokumentiert. Dieser nachvollziehbare Schritt des Neuanfangs hat den Aufsichtsrat auch dazu veranlasst, auf KPMG zuzugehen, um eben auch auf Ebene von KPMG diesen Neuanfang mit zu dokumentieren. Wir sind diesem Wunsch entgegengekommen und haben dann den Tausch auf den Kollegen Gero Wiechens vollzogen, der heute auch noch geladen ist.

Unser Prüfungsauftrag umfasste - wenn ich jetzt auf das Jahr 2007 kommen darf - die Prüfung des Konzernabschlusses und des Einzelabschlusses der Hypo Real Estate Holding AG und die Tochtergesellschaften der - ich sage jetzt mal in Anführungszeichen - „alten“ Hypo Group, das heißt also vor Übernahme der DEPFA Group. Der Jahresabschluss und Teilkonzernabschluss der Gesellschaften der DEPFA-Gruppe wurden per 31.12.2007 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC geprüft. PwC hat uns zu diesen Prüfungen sowohl des Teilkonzernabschlusses, aber auch der Einzelgesellschaften in diesem Teilkonzern jeweils einen

uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach diesem Überblick, wie ich in die Prüfung involviert war, würde ich jetzt ganz gerne auf die einzelnen Untersuchungsaufträge eingehen. Ich habe das so gemacht, dass ich mir einmal überlegt habe, unter welcher Überschrift ich den jeweiligen Punkt fassen kann, und würde dann einfach versuchen, darauf einzugehen.

Den ersten Punkt habe ich mit dem Thema „Kommunikationswege“ überschrieben, hier zwar differenziert auf die Wege zwischen der Bundesbank, der BaFin und dem Ministerium. Ich würde jetzt mehr zu, ich sage mal, meinen Berichtswegen an die Bankaufsicht ausführen.

Wir haben eine ausführliche Darstellung unserer Prüfungsergebnisse zum Risikomanagementsystem und zur Liquiditätssituation der Gruppe in unseren Prüfungsberichten und in der mündlichen Berichterstattung gegenüber den Aufsichtsräten, insbesondere am 25. und 26. März 2008, dargelegt. Die Prüfungsberichte wurden nach dem Versand an die Hypo Real Estate Group und die Aufsichtsräte zeitgleich an die Bundesbank und die BaFin versendet. Darüber hinaus hat ein Informationsaustausch sowohl mit der Bundesbank als auch mit der BaFin zu unterschiedlichen Zeitpunkten während der Prüfung stattgefunden. Es waren also verschiedene Gespräche. Im Rahmen dieser Gespräche haben wir auch das Thema Liquidität angesprochen und diskutiert. Die Gespräche mit der BaFin fanden insbesondere Ende Januar statt, nach der Ad-hoc-Mitteilung der Hypo Real Estate Group.

Wie nun mit diesen Informationen, die die Bundesbank und die BaFin erhalten haben, intern, bei der Bankaufsicht und dann später beim Bundesfinanzministerium, umgegangen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Ich würde dann zum Punkt II kommen und würde dort die Ziffern 1 bis 4 unter dem großen Begriff „Liquiditätssituation der Hypo Real Estate Group“ zusammenfassen.

Die Liquiditätssituation der Hypo Group war Prüfungsgegenstand der Prüfung 2007 und war auch Gegenstand der prüferischen Durchsichten, die dann bis ins dritte Quartal 2008 durchgeführt wurden. Von meiner Seite - wenn ich jetzt auf die Berichterstattung bzw. die Prüfung 2007, Jahresabschlussprüfung, eingehe - wurde der er-

hebliche Liquiditätsbedarf der Gruppe erkannt. Ich habe dann diesen Liquiditätsbedarf in verschiedenen Gesprächen mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat im Rahmen der Prüfung und dann später auch in der Folge noch während der prüferischen Durchsichten ausführlich adressiert. Das angezeigte Volumen, das wir da als Liquiditätsbedarf angezeigt haben, entspricht dem Betrag, der auch immer in den Medien genannt wurde. Wenn ich hier auf einzelne Zahlen eingehen soll, würde ich das gerne im Rahmen einer vertraulichen Sitzung tun.

Unsere Gespräche, die wir mit dem Vorstand geführt haben - da sind insbesondere die Gespräche ab Februar 2008 bis Mitte März 2008 zu nennen, wo wir eben diesen erheblichen Liquiditätsbedarf besprochen haben und auch die Frage gestellt haben, wie denn die Gruppe gedenkt, mit diesem Liquiditätsbedarf umzugehen -, haben auch dazu geführt, dass der Vorstand Maßnahmen ergriffen hat. Um hier nur zwei zu nennen: Das eine war beispielsweise, dass beide Hypotheken im Umfang von 3 Milliarden Euro in den Deckungsstock genommen wurden und damit die Gruppe wieder die Möglichkeit hatte, gedeckte Pfandbriefe zu emittieren. Das andere war beispielsweise, dass die Gruppe auch das Neugeschäft im sogenannten ungedeckten Bereich beendet hat, also nur noch solches Neugeschäft gemacht hat, welches dann später wiederum wieder durch Pfandbriefe hätte refinanziert werden können.

Diese Erkenntnisse haben wir auch sehr ausführlich in unserem Prüfungsbericht dargestellt. Das Thema Liquiditätsbedarf wurde darüber hinaus, wie ich schon sagte, mit dem Vorstand diskutiert, aber auch mit dem Aufsichtsrat und dem Prüfungsausschuss vor allem detailliert - beispielsweise im Prüfungsausschuss am 25. März 2008 und im Aufsichtsrat am 26.03.2008 - dargelegt und diskutiert. Wir haben beispielsweise in diesen Sitzungen den Liquiditätsbedarf der Gruppe als größtes Risiko der Gruppe dargestellt, was auch anhand der Protokolle zum Beispiel nachvollzogen werden könnte.

Unsere Darstellungen in der Aufsichtsratssitzung vom 26. März haben damals den Aufsichtsrat veranlasst, die Einrichtung eines gesonderten Liquiditätsausschusses auf Ebene des Aufsichtsrats zu erörtern.

Vielleicht noch einige Worte zur Kommunikation bezüglich des Liquiditätsthemas mit den Prüfern der Bundesbank. Die Deutsche

Bundesbank hat im Auftrag der BaFin, beginnend Mitte April meiner Erinnerung nach, eine Prüfung nach § 44 KWG durchgeführt. Im Vorfeld dieser Prüfung bzw. auch im Rahmen dieser Prüfung habe ich verschiedene Besprechungen mit Prüfern der Bundesbank gehabt und dort eben auch das Thema Liquiditätsbedarf besprochen.

Ich möchte auch vielleicht noch ein kurzes Wort zur Marktentwicklung in dieser Zeit sagen. Die Entwicklung der Liquidität am Geld- und Kapitalmarkt in dieser Zeit, ich sage mal: beginnend ab Januar 2008 bis rein in den Juli 2008, war, ich sage mal: durch Wellenbewegungen geprägt. Das heißt, es gab Zeiten, in denen die Liquidität stärker vorhanden war, und Zeiten, in denen einfach die Liquidität am Markt knapper war. Wenn man jetzt mal vergleicht, wann besondere Schwächephasen waren, dann war das insbesondere Mitte des ersten Quartals 2008, wo wir dann eben auch darauf gedrängt haben, dass entsprechende Maßnahmen angestoßen werden. Wenn man das beispielsweise mit der Lage Mitte des Jahres 2008 vergleicht, so war Mitte des Jahres 2008 die Lage am Liquiditätsmarkt verbessert.

Während all dieser Zeit war es so, dass nach den uns vorliegenden Unterlagen und Informationen die Hypo Group jederzeit in der Lage war, die notwendigen Refinanzierungsmittel und die notwendige Liquidität aufzunehmen, auch wenn sich gegebenenfalls Unterschiede in der Laufzeit der Mittelaufnahme gezeigt haben oder auch in den Konditionen, die gezahlt werden mussten; aber es war jederzeit möglich, die Refinanzierungsmittel aufzunehmen. - So weit zu den Punkten 1 bis 4.

Ich würde dann auf die Punkte 5 und 6 kommen. Ich habe das jetzt mal mit dem Thema „Ansprüche der Hypo Group gegen die HVB aus Nachhaftung“ überschrieben. Hierzu ist Folgendes zu sagen:

Im Rahmen der Prüfung 2007 und dann auch in der Folge im Rahmen der Durchsichten der Quartalsabschlüsse 2008 haben wir die, ich sage mal: rechtlichen Streitigkeiten der Hypo Real Estate Group sowohl in Aktiv- als auch in Passivprozessen geprüft und einem Review unterzogen. Aus diesen Tätigkeiten haben sich keine Hinweise ergeben, dass solch ein Anspruch bestehen könnte. Die Hypo Group hat auch in ihren Abschlüssen in dieser Zeit keinen solchen Anspruch verbucht.

Ich war beispielsweise am 28. September 2008 in Frankfurt zugegen, als bei der BaFin das erste Rettungspaket verhandelt wurde. Meine Rolle war damals: Ich sollte für Befragungen zur Verfügung stehen, falls solche überhaupt notwendig sind, und habe weiter an den Verhandlungen nicht teilgenommen. Aber auch dort war es so, dass entsprechende Ansprüche der Hypo Group gegen die HVB nicht erwähnt wurden und auch - aus meiner Sicht - die Gründe für die Schieflage der Hypo Group, so wie ich sie sehe, keinen Bezug zur HVB gezeigt haben.

Abschließend würde ich auf den Punkt III eingehen, wobei ich da auch nur einen sehr begrenzten Einblick habe. Hier geht es um das Thema der Einbeziehung von Finanzholdings in die staatliche Finanzaufsicht. Zu dem Punkt kann ich eigentlich nur sagen, dass ich verschiedenen Gesprächen mit dem Vorstand entnommen habe, dass Gespräche zwischen dem Vorstand und der Bankenaufsicht hinsichtlich der Einbeziehung stattfinden. Ich war allerdings in diese Gespräche nie einbezogen und kann deswegen über Gesprächsinhalte oder den Ausgang der Gespräche keine Aussagen treffen.

So weit mein Eingangsstatement, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Dann danke ich Ihnen erst mal hierfür, Herr Techet. Ich habe nun zwei, drei Fragen, bevor ich das Wort an meine Kollegen übergeben werde.

Die erste Frage. Sie haben den Bestätigungsvermerk gemeinsam mit Ihrem Kollegen Bors für das Geschäftsjahr 2007 am 25. März 2008 unterschrieben. So steht es jedenfalls hier abgedruckt. Aber parallel dazu waren schon Prüfer der Bundesbank sowohl bei Hypo Real Estate als auch, wie wir mittlerweile wissen, bei der DEPFA plc, mit der Folge, dass 49 negative Feststellungen dabei herumgekommen sind.

Frage: Haben Sie diese Ergebnisse in Ihrem Geschäftsbericht oder in dem Bestätigungsvermerk mit verwertet? Warum haben Sie sie nicht verwertet? Wie konnten Sie gleichwohl, wie es so schön heißt, feststellen: Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt?

Zeuge Holger Techet: Dazu muss ich zunächst einmal erklären, welches Prüfungsurteil denn der Abschlussprüfer im Bestätigungsvermerk abgibt. Der Bestätigungsver-

merk gibt das Gesamturteil des Prüfers über seine Prüfungsergebnisse, bezogen auf die Rechnungslegung, wieder, rein bezogen auf die Rechnungslegung. Es gibt natürlich andere Prüfungsgegenstände - Sie haben es gerade angesprochen -, beispielsweise das Thema „Risikomanagement“ oder auch das Thema „Aufsichtsrechtliche Anforderungen“, wie beispielsweise das Meldewesen. Hierzu haben wir natürlich auch Erkenntnisse, also Prüfungsergebnisse, erzielt, und diese Erkenntnisse haben wir sehr ausführlich, so wie es auch das Gesetz und die Prüfungsstandards vorsehen, im Prüfungsbericht dargelegt. Wir haben eine gesonderte Anlage erstellt, wo beispielsweise zunächst das Thema „Risikomanagementsystem“ beschrieben ist, die Risiken dargestellt werden, und dann abschließend unsere Feststellungen und Empfehlungen auf rund dreieinhalb Seiten dargelegt. Es ist auch so, dass wir im Rahmen der Prüfung der Bundesbank, wie ich es schon eingangs erwähnt hatte, verschiedene Gespräche mit dem Prüfer der Bundesbank hatten und dort die Prüfungsergebnisse - ich will nicht sagen: abgestimmt wurden - gegenseitig ausgetauscht wurden. Wenn ich das in der Nachschau betrachte, sind die wesentlichen Feststellungen, die die Bundesbank getroffen hat, auch von uns getroffen worden und entsprechend in dieser Anlage zum Risikomanagementsystem dargestellt worden. Darüber hinaus waren diese Ergebnisse Grundlage für unsere Berichtserstattung gegenüber dem Aufsichtsrat. Ich habe beispielsweise die Präsentation dabei, die ich Ihnen später gerne geben kann, wo Sie sehen, wie wir das dargestellt haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen. Sie haben - Sie sagten es auch schon in Ihrem Eingangsstatement - nicht nur für das Jahr 2007 geprüft, sondern, wenn ich richtig informiert bin, auch den ersten und zweiten Quartalsbericht für das Jahr 2008.

Zeuge Holger Techet: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: In diesen beiden Quartalsberichten kommt nach meinem Wissen die Sonderprüfung der Hypo Real Estate, die ich eben angesprochen habe, nicht vor. Gibt es dafür einen bestimmten Grund, oder ist da meine Recherche unvollständig?

Zeuge Holger Techet: Dazu ist Folgendes zu sagen: Die Handlungen, die wir, bezogen auf die Quartalsabschlüsse, durchführen, sind -- war eine prüferische Durchsicht. Eine prüferische Durchsicht ist keine Prüfung. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich auf Befragungen, auf Einsichtnahme in Unterlagen, und die Berichterstattung für solch eine prüferische Durchsicht besteht nicht in der Abgabe eines Prüfungsberichtes, sondern es erfolgt eine mündliche Berichterstattung vor dem Prüfungsausschuss, und es gibt eine Bescheinigung dazu. Für diese Bescheinigung gilt das Gleiche wie für den Bestätigungsvermerk. Diese Bescheinigung bezieht sich ausschließlich auf die Erkenntnisse hinsichtlich der Rechnungslegung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen. - Am 15. Januar 2008 hat die HRE in einer Ad-hoc-Mitteilung einen Abschreibungsbedarf von 390 Millionen Euro auf ihren Wertpapierbestand verkündet, und diese Ad-hoc-Mitteilung war zumindest mit ursächlich für das prompte anschließende Prüfungsverfahren. Daher jetzt meine Frage: Steht diese Abschreibung - Sie haben das ja bis zum Jahr 2008, weit hinein in das Jahr, noch verfolgt - Ihres Wissens in einem Zusammenhang mit der späteren Schieflage der HRE?

Zeuge Holger Techet: Das würde ich klar verneinen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Warum?

Zeuge Holger Techet: Ich sage mal: Die Höhe der Abschreibung war schon signifikant, aber sie war, bezogen auf das Eigenkapital der Gruppe, nicht von einer Höhe, die ein, ich sage mal: Problem für die Gruppe bedeutet hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen und übergebe unverzüglich das Wort an meinen Kollegen Herrn Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe folgende Frage: Gibt es bestimmte Bereiche, die immer wieder in den Fokus der Jahresabschlussprüfung kamen bzw. die Risikomanagement oder Controlling auffällig gemacht haben,

bezogen auf die Ermittlungen des Liquiditätsbedarfs?

Zeuge Holger Techet: Hinsichtlich der Risikokontrollverfahren beim Liquiditätsbedarf haben wir verschiedene Feststellungen getroffen, die wir auch mehrmals getroffen haben. Dies bezieht sich insbesondere auf die Frage: Sind denn -- Ich fange die Antwort vielleicht noch mal anders an.

Die Berichterstattung darüber besteht in einem Bericht, der die Abläufe der jeweiligen Refinanzierungsmittel - also rein die Abläufe der vertraglich bereits bestehenden Refinanzierungsmittel - darstellt. Das bedeutet, da wird beispielsweise unterstellt: Wenn ein Geschäft in fünf Tagen fällig ist, dann fließt diese Liquidität ab, und ich berücksichtige in diesem Controlling-Report nicht, dass ich natürlich, wenn der Markt funktioniert, diese Mittel wieder aufnehmen kann und damit eine entstehende Lücke geschlossen werden kann.

Was wir nun gesagt haben, war beispielsweise zur Liquidität, dass wir hier eine Erweiterung dieses Reportings dringend empfehlen, und zwar insbesondere hinsichtlich von solchen Cashflows, die jetzt nicht rein aus den Verträgen abzuleiten sind, sondern die beispielsweise auch von Folgendem abhängen: Wenn ich Zusagen an Kreditgeber gegeben habe, muss ich in irgendeiner Form versuchen, diese Zusagen, wenn sie von signifikanter Bedeutung sind, in meine Liquiditätsplanung mit einzubauen. Dieser Punkt war bisher bei der Hypo Real Estate Group nicht umgesetzt. Das war beispielsweise ein Punkt, den wir da erwähnt haben. Das heißt, wir hatten verschiedene Feststellungen und Verbesserungsvorschläge zu diesem Thema, wobei eins auch klar gesagt werden muss: dass rein der Liquiditätsbedarf, so wie wir ihn dann auch in der Aufsichtsratssitzung dargelegt haben, anhand dieser Methodik und dieses Berichts natürlich zu erkennen war, weil das auch die Grundlage für unsere Erkenntnis war.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Sanio hat uns mal gesagt, die HRE Holding müsse den Liquiditätsbedarf der Gruppe händisch ermitteln. Können Sie dazu was sagen, was das bedeutet?

Zeuge Holger Techet: Ich weiß es genau nicht und kann eigentlich nur vermuten, was er damit gemeint hat. Ich sage mal: Ein

Thema, das auch ein Problem dargestellt hat oder darstellt, ist das Thema, dass diese Gruppe aus verschiedenen Banken besteht, die unterschiedliche Systeme im Einsatz haben -

Dr. Volker Wissing (FDP): Entschuldigung, was - -

Zeuge Holger Tchet: - Entschuldigung, IT-Systeme -, und diese IT-Systeme nicht über Schnittstellen direkt verbunden sind, sondern Daten, die aus den verschiedenen Systemen generiert wurden, eben - das ist dieser manuelle Prozess - manuell auf Excel-Spreadsheets zusammengeführt werden müssen, wo natürlich ein Kontrollsystem dahin gehend besteht, dass noch mal jemand kontrolliert, ob die Datenübernahme richtig funktioniert, ob das Spreadsheet richtig rechnet. Aber es ist einfach ein manueller Prozess, der zum einen natürlich fehleranfällig ist, was wir auch mitgeteilt haben, und zum anderen auch mehr Zeit erfordert, als wenn die Daten automatisch in einen Report hineingespielt werden. Das war auch mitgeteilt worden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist dieser zeitliche Mehraufwand in einem Jahr wie 2008 ein besonders großes Problem im Hinblick auf die Liquiditätsschwierigkeiten am Kapitalmarkt?

Zeuge Holger Tchet: Man muss Folgendes sagen: Es ist ja so, dass es neben den Reports aus dem Risikocontrolling auch Positionsführungen im Bereich Treasury gibt. Deswegen würde ich sagen, dass auch in der Marktlage 2008 rein aus diesem Thema keine unmittelbare Gefahr gedroht hat. Es war also noch handelbar.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie, ob dieses Problem noch besteht?

Zeuge Holger Tchet: Ich weiß, dass bei der Hypo Real Estate Group ein Projekt aufgesetzt ist, um genau dieses Thema - ich sage mal - zu verbessern. Wobei ein Punkt natürlich bleibt: Solange ich unterschiedliche IT-Systeme im Einsatz habe, habe ich grundsätzlich das Problem, dass ich keine automatischen Schnittstellen habe. Es ist auch ein Projekt aufgesetzt, um diese IT-

Systeme zu vereinheitlichen, was allerdings natürlich mehrere Jahre dauert.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie etwas darüber, in welchem Umfang die Hypo Real Estate Asset-Backed Securities im Deckungsstock ihrer Pfandbriefe hat?

Zeuge Holger Tchet: Das kann ich jetzt aus dem Stegreif nicht beantworten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie das anhand Ihrer Unterlagen beantworten? Oder wissen Sie überhaupt etwas über Asset-Backed Securities im Deckungsstock der Hypo Real Estate?

Zeuge Holger Tchet: Ich weiß, dass im Jahr 2008 Asset-Backed Securities, die sogenannten Kiel-Transaktionen - - Das ist wahrscheinlich - - Entschuldigung, kleine Frage.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Folgender Punkt: Es gab Asset-Backed Securities, die im Deckungsstock waren und die im Laufe des Jahres 2007 aus dem Deckungsstock herausgenommen wurden und dann durch andere Hypotheken ersetzt werden mussten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Durch Grundschulden dann ersetzt wurden?

Zeuge Holger Tchet: Ja, genau, durch Grundschulden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Kann ich noch eine Frage stellen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wir haben die Uhr angehalten, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Bleiben wir noch mal beim Deckungsstock. Wissen Sie etwas darüber, ob die Grundschulden aus Immobilienkrediten, die eh im Deckungsstock sind, in ihrer Werthaltigkeit infrage stehen?

Zeuge Holger Tchet: Ich kann Ihnen sagen, dass derzeit eine Prüfung des Deckungsstocks durch KPMG erfolgt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wann ist die veranlasst worden?

Zeuge Holger Tchet: Die ist veranlasst worden im Mai 2009.

Dr. Volker Wissing (FDP): Der Anlass waren Grundschulden im Deckungsstock?

Zeuge Holger Tchet: Der Anlass war einfach - sage ich mal -, die Qualität des Deckungsstockes noch mal durch den Abschlussprüfer KPMG prüfen zu lassen außerhalb der Jahresabschlussprüfung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wer hat das veranlasst?

Zeuge Holger Tchet: Das war die Gesellschaft.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe im Augenblick keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann danke ich und leite über zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Tchet, zur Frage des Kollegen Wissing, was den Deckungsstock angeht und die Prüfung im Mai: Ist das nach Vorgabe des Pfandbriefgesetzes die normale zweijährige Prüfung des Deckungsstocks? Der Deckungsstock soll ja regelmäßig alle zwei Jahre geprüft werden.

Zeuge Holger Tchet: Nein, das ist eine Prüfung, die gesondert beauftragt ist vom Vorstand.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie zur Sonderprüfung der HRE im Februar/März 2008?

Zeuge Holger Tchet: Durch die Bundesbank?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Durch die Bundesbank und BaFin, ja.

Zeuge Holger Tchet: Ich habe die Frage nicht ganz verstanden. Was meinen Sie mit Sonderkenntnissen?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnisse haben Sie darüber? - Nicht Sonderkenntnisse, sondern Kenntnisse zur Sonderprüfung.

Zeuge Holger Tchet: Ich kenne die Prüfungsanordnung, und ich kenne den Prüfungsbericht. Ich habe während der Prüfung, wie ich es vorhin schon gesagt habe, mit den Bundesbankprüfern auch verschiedene Gespräche geführt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben die Vorgaben der Sonderprüfung Sie als Abschlussprüfer im Grunde überrascht?

Zeuge Holger Tchet: Es war eine Prüfungsanordnung, die im Wesentlichen das Risikomanagement betroffen hat und die strukturierten Produkte. Insofern war es für mich - ich sage mal, wenn die Bundesbank eine Prüfung nach der Ad-hoc machen möchte - nicht überraschend.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber wären das Erkenntnisse gewesen, die in der normalen Abschlussprüfung auch hätten festgestellt werden können?

Zeuge Holger Tchet: Also, ich sage mal, eine 44er-Prüfung, die ja ausschließlich einen Prüfungsgegenstand hat, geht in der Regel über die Tiefe einer Jahresabschlussprüfung hinaus. Wobei ich aber eingangs ja schon erwähnt habe, wenn ich die - ich sage mal - Erkenntnisse, die Feststellungen, die wir getroffen haben, den wesentlichen Feststellungen gegenüberstelle, die die Sonderprüfung getroffen hat, würde ich sagen, dass wir im Kern die wesentlichen Prüfungen auch schon in der Jahresabschlussprüfung abgedeckt hatten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War es für Sie denn überraschend, dass in der Presseerklärung am 15. Januar durch den Vorstandsvorsitzenden auf einmal der Abschreibungsbedarf in der schon dargestellten Höhe offensichtlich wurde? Jahresabschluss ist ja - das wird ja nicht abweichen -, nehme ich an, 31.12.

Zeuge Holger Tchet: Das ist 31.12., richtig.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und 15.01. war diese Mitteilung.

Zeuge Holger Tchet: Die Prüfung dieser strukturierten Produkte, und da im Besonderen diese sogenannten CDOs, war einer der Prüfungsschwerpunkte. Wir haben die Prüfung auch schon im Jahr 2007 begonnen, haben dort auch die verschiedenen Schritte, die die Bank gemacht hat, um hier eine Bewertung herzuführen, als Prüfer mit begleitet, sprich: geprüft. Es war dann so, dass wir von der Bank gesagt bekommen haben, dass der endgültige Abschreibungsbedarf mit uns im Rahmen einer Sitzung noch vor dem Weihnachtsfest besprochen werden sollte. Dieser Termin konnte nicht eingehalten werden. Er wurde dann verlegt auf den 3. oder 4. Januar. Auch dieser Termin musste noch mal um einige Tage verschoben werden. Und dann, in einer Sitzung in der zweiten Januarwoche, wurde das Ergebnis der Bewertung durch die Bank mit uns besprochen. Wir haben auf Basis der Kenntnisse, die wir im Rahmen der gesamten Prüfung seit mehreren Monaten erzielt hatten, und auf Basis der Unterlagen und Informationen, die uns dort gegeben wurden, diese Werte geprüft und nachvollzogen und als plausibel eingestuft. Das passierte eben vor der von Ihnen erwähnten Ad-hoc-Mitteilung.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Der Erwerb der DEPFA war ja im Herbst 2007.

Zeuge Holger Tchet: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich das richtig erinnere, war dann die DEPFA plc zum Zeitpunkt 31.12. schon auf Hypo Real Estate zu konsolidieren.

Zeuge Holger Tchet: Richtig.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Es war aber für Sie nicht überraschend, dass dann eine Sonderprüfung, gerade zu den CDOs, bei DEPFA plc durch die Bundesbank stattfinden sollte? Oder stützen Sie sich auf die Prüfungsergebnisse des Wirtschaftsprüfers von DEPFA plc?

Zeuge Holger Tchet: Die Frage ist für mich nicht ganz einfach zu verstehen. Ich sage mal Folgendes: Die Prüfungsanordnung

bezog sich auf das Thema Risikomanagementsystem.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nein. Die Prüfungsanordnung bezog sich auch - so Zeugenaussage - auf strukturierte Produkte.

Zeuge Holger Tchet: Sowohl als auch. Strukturierte Produkte, aber auch das Risikomanagementsystem.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nein, auf strukturierte Produkte. Sie ist nachher ergänzt worden auf Risikomanagement.

Zeuge Holger Tchet: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Anlass waren zuerst strukturierte Produkte.

Zeuge Holger Tchet: Da kann ich mich jetzt nicht mehr genau erinnern. Ich habe das auch nicht vor Augen, wie die Prüfungsanordnung genau aussieht. Das habe ich jetzt gerade nicht im Kopf. - Können Sie bitte die Frage wiederholen, weil ich nicht genau weiß, wie ich darauf antworten soll.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wer prüft Ihrer Kenntnis nach DEPFA plc? Auch KPMG? Oder stützen Sie sich dort auf die Prüfungsergebnisse des dortigen Abschlussprüfers? Sie müssen ja konsolidieren.

Zeuge Holger Tchet: Genau. Der Abschluss der DEPFA wurde per 31.12.2007 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC geprüft. PwC hat uns auch -- Wir hatten PwC mit bestimmten Vorgaben hinsichtlich der Prüfungsinhalte beauftragt, bestimmte Ergebnisse und Themen abzuarbeiten. Darüber hinaus haben wir unsere Kollegen in Dublin, also KPMG Dublin, in unserem Auftrag beauftragt, entsprechend den Prüfungsstandards, die für solche Konzernprüfungen vorgesehen sind, wenn nicht alle Gesellschaften vom gleichen Wirtschaftsprüfer geprüft werden, an den wesentlichen Sitzungen in Dublin teilzunehmen, sich mit dem Wirtschaftsprüfer PwC hinsichtlich der wesentlichen Themen auszutauschen und auch Einsicht zu nehmen in die Arbeitspapiere von PwC, um dann - sage ich mal - auch die Qualität und Aussagefähigkeit des Bestätigungsvermerks bzw. des Managementreports bewerten zu können. Es war also,

sagen wir mal, eine Mischung: Wir haben die Ergebnisse von PwC zur Kenntnis genommen, haben die Prüfungsverhandlungen von PwC durch unsere Anordnungen gesteuert und haben dann auch noch unsere eigenen Kollegen darauf angesetzt, dass sie hier eigene Prüfungshandlungen durchführen bzw. die Tätigkeit von PwC entsprechend beobachten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Techet, an welcher Stelle geht der Geschäftsbericht 2007 auf die Refinanzierungsrisiken der HRE Group und insbesondere der DEPFA ein? Ich habe da nichts gefunden; vielleicht können Sie mir - ich lese ja manches oberflächlich - da helfen, wo das steht.

Zeuge Holger Techet: Sehr gerne. Im Geschäftsbericht wird das Thema Refinanzierung und Liquidität im Lagebericht angesprochen. Es gibt hierzu im Wesentlichen drei Bereiche, wo zu diesem Thema etwas gesagt wird. Das ist zum einen der Wirtschaftsteil im Lagebericht, wo die Refinanzierung von DEPFA Bank plc, aber auch von dem Commercial-Real-Estate-Bereich ausführlich dargelegt wird. Da wird beispielsweise bei der Refinanzierung unterschieden zwischen langfristiger Refinanzierung und kurzfristiger Refinanzierung. Und hinsichtlich der kurzfristigen Refinanzierung wird beispielsweise dort die Zahl genannt, dass im Geschäftsjahr 2007 die DEPFA Gruppe im kurzfristigen Bereich 700 Milliarden Euro an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln aufgenommen hat.

Die Steuerungsinstrumente, die bei der Bank bestehen, um Risiken in diesem Bereich zu steuern, sind dann im sogenannten Risikobericht dargelegt, in dem eben klar dargelegt wird, für welche Laufzeitbänder welche Instrumente zur Überwachung vorhanden sind.

Anschließend gibt es dann noch im Prognosebericht - und da unter der Überschrift „Chancen und Risiken“ - einen sehr ausführlichen Abschnitt, der darauf hinweist, dass bei - ich könnte das jetzt auch vorlesen; das ist im Prüfungsbericht, im Prognosebericht, abgedruckt - Fortdauer dieser Marktturbulenzen oder auch einer Verschärfung dieser Marktturbulenzen sich erhebliche Auswirkungen ergeben können auf die Refinanzierung, auf die Liquiditätslage und auf den Verbriefungsmarkt. Da werden dann verschiedene Punkte aufgelistet, die verschiedene Risiken

darlegen. Im letzten Punkt wird expressis verbis darauf hingewiesen, dass sich bei einer weiteren Verschärfung der Marktturbulenzen auch hier Liquiditätsengpässe ergeben können.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und wie vertragen sich die Aussagen im Geschäftsbericht 2007 zur Liquiditätslage der HRE Group mit der Anfang 2008 erhobenen Forderung der Finanzaufsicht, täglich die Liquiditätslage der HRE zu berichten?

Zeuge Holger Techet: Nach meiner Kenntnis war es so, dass damals bei allen großen Banken die Aufsicht solche Reports abgefordert hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Täglich? Bei allen großen Banken?

Zeuge Holger Techet: Nicht bei allen großen Banken.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie haben gesagt - -

Zeuge Holger Techet: Ich habe mich mit anderen Wirtschaftsprüfern bei anderen Instituten unterhalten, und das waren nicht nur Wirtschaftsprüfer bei KPMG. Auch dort hatte die Aufsicht - wobei ich jetzt nicht sagen kann, ob das tägliche Reports waren - laufend, turnusmäßig Reports abgefordert.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Ihnen war doch bekannt, dass bei der HRE ab einem bestimmten Zeitpunkt im Frühjahr oder zu Beginn des Jahres täglich der Liquiditätsstatus abgefordert wurde, berichtet werden sollte?

Zeuge Holger Techet: Mir war ab einem bestimmten Zeitpunkt bekannt, dass irgendwann im März begonnen wurde, tägliche Liquiditätsreports abzufordern, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber ich kann Ihre Aussage jetzt nicht so verstehen, wie Sie anfangs gesagt haben, dass sie bei allen Großbanken täglich abgefordert wurden?

Zeuge Holger Techet: Das kann ich nicht so - - Wobei ich darauf hinweisen möchte, dass - ich sage mal - wir ja im Prüfungs-

bericht und dann auch gegenüber dem Aufsichtsrat auf den erheblichen Liquiditätsbedarf, der ja unstrittig vorhanden war, hingewiesen haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hätten infolge der Pressemitteilung zum Abschreibungsbedarf und infolge der Aussage, dass die Ziele unter dem Vorbehalt standen, Ihre Testate überprüft werden müssen?

Zeuge Holger Techet: Entschuldigung, ich habe das akustisch nicht verstanden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wir hatten ja die Pressemitteilung am 15. Januar mit dem zusätzlichen Abschreibungsbedarf. Auf der anderen Seite waren die Ziele dann auch vom Vorstand unter Vorbehalt gesetzt worden. Hätte daraufhin Ihr Testat nicht geändert werden müssen?

Zeuge Holger Techet: Wir haben alle Informationen, die wir zum Zeitpunkt der Abgabe des Testats hatten, bei diesem Testat verarbeitet. Nach unserem Prüfungsergebnis konnten wir einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgeben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wann ist das Testat denn abgegeben worden?

Zeuge Holger Techet: Es ist abgegeben worden am 25. März 2008.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und die Pressemitteilung war am 15.01.

Zeuge Holger Techet: Richtig.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. - Willst du weitermachen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Auf Seite 85 des Geschäftsberichts 2007 der HRE Group vom März 2008 heißt es im Abschnitt Risikobericht:

Die Ausgabe von Commercial Papers, Schuldverschreibungen, Privatplatzierungen und die Hereinnahme von Interbanken-Einlagen ermöglichen es den einzelnen Ban-

ken der Gruppe, schnell und flexibel auf Marktsituationen zu reagieren.

Halten Sie diese Aussage zum damaligen Zeitpunkt für tragfähig in Anbetracht der Prüfungsfeststellung der Sonderprüfung?

Zeuge Holger Techet: Ich hatte schon vorhin ausgeführt, dass der Markt sich in Wellenbewegungen dargelegt hat hinsichtlich der Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte und dass nach den Unterlagen, die wir hatten, die Gruppe in dieser Zeit alle notwendigen Liquiditätsbedarfe am Markt decken konnte.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Hatten Sie schon alle dafür relevanten Unterlagen, von denen Sie heute vielleicht Kenntnis durch die Arbeit dieses Ausschusses und die Presseberichterstattung haben?

Zeuge Holger Techet: Wir hatten alle Unterlagen. Meine Kenntnis hat sich nicht geändert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Dautzenberg noch mal.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Techet, inwieweit wurden Sie auch als Abschlussprüfer in die erste Rettungsaktion einbezogen? Haben Sie Kenntnis darüber, wer im Grunde die Berechnungen für den Rettungsumfang ermittelt hat?

Zeuge Holger Techet: Ich wurde am 27. September vom damaligen Finanzvorstand Dr. Fell nachmittags gebeten, mich am nächsten Tag - das war Sonntag, der 28. - um 9 oder 10 Uhr bei der BaFin einzufinden. Ich bin am Sonntagvormittag zur BaFin geflogen, war dort auch in dem Warteraum, wo sich der Vorstand der Hypo Real Estate Group und die erste Führungsebene aufgehalten haben. Die Verhandlungen wurden in einem separaten Gebäude durchgeführt. Ich sollte mich dort für Befragungen zur Verfügung halten, war aber in die Verhandlungen überhaupt nicht, in keinsten Weise, einbezogen. Deswegen habe ich auch keine Erkenntnisse, wer letztendlich diesen Liquiditätsbedarf, den Sie genannt haben, errechnet hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Da wurde auch auf den Abschlussprüfer nicht zurückgegriffen, welche Erkenntnisse er hat?

Zeuge Holger Tetchet: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und ich habe das richtig verstanden, Sie haben auch keine Erkenntnisse, ob Bundesbankführung und BaFin-Führung die Ausschlaggebenden waren, die den Rettungsumfang festgelegt haben?

Zeuge Holger Tetchet: Da habe ich überhaupt keine Kenntnis.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis darüber, ob eine von den an der Rettungsaktion beteiligten Privatbanken selber auch Berechnungen für den Rettungsumfang vorgenommen hat?

Zeuge Holger Tetchet: Darüber habe ich keine Kenntnisse.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Hätten Sie es nicht als nahe liegend empfunden, wenn man Sie als Prüfer mit einschaltet in die Ermittlungen des Sanierungsbedarfs?

Zeuge Holger Tetchet: Ich sage mal so: Die Datenlage konnte die Bank genauso darlegen, wie ich sie darlegen konnte. Fakt ist jedenfalls: Wir waren vor Ort, aber mich hat kein Mensch -- Ich wurde nicht nach diesem Thema gefragt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Hat es Sie überrascht, dass nach einer Woche ein erhöhter Bedarf ermittelt wurde - zweite Rettungsrunde?

Zeuge Holger Tetchet: Auf Basis der Reports und der Unterlagen und auch des Prüfungsberichts, aus dem Sie beiden Abgeordneten gerade zitiert haben, wenn Sie sich da die Laufzeitenstruktur anschauen, wie sie auch in dem Bericht drinsteht, dann ist erkennbar, welcher kurzfristige Refinanzierungsbedarf besteht. Dieser Refinanzierungsbedarf ist ja nicht plötzlich in 2008 entstanden, sondern das Geschäftsmodell der

DEPFA sah ja schon jeher vor, dass rund 50 Prozent der Refinanzierungsmittel kurzfristig aufgenommen wurden. Also insofern - wie gesagt -, wenn man reinschaut bei den Verbindlichkeiten und den Bedarf bis ein Jahr zusammenaddiert, dann kommt man ungefähr auf die Summe, die auch immer in der Presse genannt wird.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Im Geschäftsbericht 2008 haben Sie ja das Risiko dieses Refinanzierungsmodells, der Refinanzierungsstrategie durchaus dargestellt:

Die internationale Finanzkrise in Kombination mit dem Refinanzierungsmodell der DEPFA Bank haben die Hypo Real Estate in eine existenzbedrohende Lage gebracht. ... Seit Akquisition der DEPFA im Jahr 2007 hatte die Hypo Real Estate einen relativ hohen Anteil kurzfristiger Refinanzierungen, während Aktiva vor allem langfristiger Natur sind und waren.

Weiter:

Das Liquiditätsrisiko ist derzeit eines der entscheidenden Risiken für das Fortbestehen der Hypo Real Estate Group.

Die Refinanzierungsstrategie bei DEPFA war ja nun wirklich überhaupt nichts Neues. Das war ja 2007 genau das Gleiche.

Zeuge Holger Tetchet: Das war 2005, 2006, 2007 das Gleiche. Und die Prozentsätze haben sich im Zeitablauf wenig verändert. Es gibt da genug Investorenpräsentationen. Da kann man immer sehen, dass das ungefähr 50 zu 50 war.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Vielen Dank.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ein Anschlusssatz noch: Das Liquiditätsrisiko hat sich doch dann 2008 eigentlich durch die Gewährleistung des Bundes reduziert? Oder sehe ich das falsch?

Zeuge Holger Tetchet: Also nach dem Austrocknen des Geld- und Kapitalmarktes und dieser - sage ich mal - Schieflage der Hypo Real Estate Group, die ja bekannt war, war meine Erwartung, dass sich die Hypo Real Estate Group am Kapitalmarkt nicht mehr refinanzieren kann und dass diese

Mittel dann im Rahmen eines Rettungspaketes zur Verfügung gestellt werden müssen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Vielen Dank, Herr Kollege Willsch. - Wir kommen nun zu Herrn Kollegen Troost für die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Techet, können Sie uns sagen, mit wie vielen Personen Sie insgesamt als KPMG in der Hypo Real Estate im Jahr 2007 waren?

Zeuge Holger Techet: Ich würde sagen, das Kernteam, das in den verschiedenen Einheiten tätig war, waren circa 30 bis 40 Personen. Insgesamt, würde ich sagen, mit allen Spezialisten, die wir einbezogen haben, annähernd an die 100. Die waren natürlich nicht die ganze Zeit dort, aber waren insgesamt immer wieder eingesetzt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Um das nicht in Stunden abzufragen: Die 30 sind ungefähr Personenjahre?

Zeuge Holger Techet: Nein, 30 Personen, die während der Prüfungsdauer - sage ich jetzt mal -, beginnend im September bis rein in den März oder Anfang April, bis die Arbeitspapiere abgeschlossen sind, beschäftigt sind.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das sind nur die Prüfer. Sie machen ja aber auch intensiv Beratung bei der HRE.

Zeuge Holger Techet: Es gibt neben der Prüfung auch Beratungsaufträge.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und der Beratungsumfang hat sich in 2007 ja sehr deutlich erhöht. Hing das mit der DEPFA zusammen? - Ich meine, die Zahlen können wir sonst aus der - -

Zeuge Holger Techet: Meiner Erinnerung nach sind das verschiedene Beratungsthemen, die da behandelt sind. Ein großes Thema ist insbesondere Basel II. Basel II ist auch ein Thema, das die Hypo Real

Estate Group ohne DEPFA beschäftigt hat, wie es jede Bank beschäftigt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber die ganze Frage „Integration DEPFA“ hat nicht so eine große Rolle - - Also, der Beratungsumfang hat sich vervierfacht in 2007 gegenüber 2006.

Zeuge Holger Techet: Den Umfang bei der Integration habe ich jetzt nicht im Kopf; dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir sind uns wahrscheinlich einig: Sie sind diejenigen, die sozusagen am genauesten überhaupt den Vorstand und das Unternehmen kontrollieren. Im Vergleich zu Bundesbank und BaFin sind Sie natürlich viel mehr in die Prozesse eingeweiht - logischerweise.

Zeuge Holger Techet: Ich sage mal, während der Prüfung haben wir tiefe Einblicke in die Prozesse und die Verfahren.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Was haben Sie denn als KPMG zu der Entscheidung gesagt, die DEPFA mit zu übernehmen mit dem Geschäftsmodell der DEPFA?

Zeuge Holger Techet: Gut, als Abschlussprüfer habe ich diese Entscheidung ja nicht zu kommentieren. Ich sage mal: Die Gesellschaft entscheidet, ein Geschäft abzuwickeln. Und sobald klar ist, dass dieses Geschäft abgewickelt wird, interessiert mich, ob es im Rechnungswesen vernünftig, entsprechend den Rechnungslegungsgrundsätzen, abgebildet wird.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie haben ja nicht nur das Rechnungswesen, sondern Sie haben das Gesamtunternehmen und seinen Bestand und seine Zukunftsfähigkeit zu beurteilen als Wirtschaftsprüfer. Es geht ja nicht nur um das Rechnungswesen. Sie haben ja eben selbst dargelegt, dass auch das Liquiditätsmanagement, Liquiditätsrisiken und anderes mit zu beurteilen ist.

Zeuge Holger Techet: Das war in Bezug auf den gesonderten Prüfungsgegenstand, Risikomanagement beispielsweise, nach § 25 a KWG bei einer Bank zu prüfen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten ja einen Auftrag zur Sonderprüfung vom Aufsichtsrat auch schon im Januar bekommen.

Zeuge Holger Techet: Welche Sonderprüfung meinen Sie?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Auch zur Frage Liquiditätsrisiken, Risikomanagementsysteme. Also nicht erst der Auftrag im März, von dem Sie berichteten, sondern auch im Januar gab es ja schon ein entsprechendes Schreiben an Sie und eine entsprechende Beauftragung.

Zeuge Holger Techet: Sie sprechen jetzt vom Januar 2008?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): 2008, ja.

Zeuge Holger Techet: Wir hatten dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, eine sehr über das normale Maß einer Jahresabschlussprüfung hinausgehende Prüfung des Risikomanagementsystems vorzunehmen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hing das auch schon damit zusammen, dass es sozusagen Unruhe bei der BaFin gab, weil das ja im Umfeld der ganzen Diskussionen mit dem Vorstand gewesen ist - Sonderprüfung und Sonstiges mehr?

Zeuge Holger Techet: Das hängt damit nicht zusammen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist denn über diese Prüfung dann berichtet worden? - Hier hat heute ein Aufsichtsratsmitglied berichtet, im März Aufsichtsrat geworden zu sein und bis zum 22. September von nichts erfahren zu haben, weder von der Sonderprüfung noch von Liquiditätsproblemen.

Zeuge Holger Techet: Also, diese Sonderprüfung, die Sie ansprechen, hat nicht stattgefunden. Wir hatten ein Auftrags Schreiben konzipiert; aber dieser Auftrag ist nicht zustande gekommen - wenn es der ist, den ich meine; denn ich kenne das Schreiben nicht, das Sie vor sich liegen haben -, weil eine 44er-Prüfung stattgefunden hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie ist denn überhaupt Ihr Verhältnis zum Aufsichtsrat gewesen? Sie haben eben einmal be-

richtet, im März hätten Sie dem Aufsichtsrat etwas vorgestellt; in der Junisitzung war anscheinend niemand da. Gab es da eine regelmäßige Information des Aufsichtsrats über Erkenntnisse in der Bank, oder war das eher seltener?

Zeuge Holger Techet: Wir haben Bericht erstattet in den Sitzungen des Prüfungsausschusses, in denen über den Jahresabschluss bzw. über die Zwischenabschlüsse diskutiert wurde.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und sonst, also zum Beispiel über so eine Sondersituation, Sonderprüfung - -

Zeuge Holger Techet: Darüber hinaus haben wir einen Zwischenbericht vor dem Aufsichtsrat am 11. Dezember 2007 abgegeben. Da wurden quasi die bisher vorliegenden Erkenntnisse über Systeme und Verfahren dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht. Da wurde noch mal dargelegt, welche Prüfungen bzw. Prüfungsschritte wir jetzt aus Kenntnis des bisherigen Prüfungsablaufs noch bis zum Ende der Jahresabschlussprüfung durchführen werden. Eine weitere Sitzung hat dann am 14. März 2008 stattgefunden, wo wir den Aufsichtsratsvorsitzenden und den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses über die bisherigen Erkenntnisse informiert haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie jemals darüber nachgedacht, möglicherweise auch die Bankenaufsicht zu informieren, wenn Sie sozusagen Probleme im Geschäftsmodell gesehen haben?

Zeuge Holger Techet: Wir haben ja mit der BaFin und der Bundesbank zu verschiedenen Zeiten Kontakt gehabt, mit der BaFin beispielsweise am 22. Januar und am 30. Januar und mit der Bundesbank - ich sage mal - direkt vor der Prüfung; das muss Mitte Februar gewesen sein. Auch während der Prüfungsdurchführung hatte ich mehrmals Kontakt mit dem Prüfungsleiter und habe dort - wie ich es schon erwähnt hatte - mit dem Prüfungsleiter unsere Prüfungserkenntnisse und die besonderen Themen diskutiert. Da war unter anderem beispielsweise auch das Thema Liquidität ein Punkt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich erteile nunmehr das Wort Jörg-Otto Spiller, der für die SPD-Fraktion fragt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Techet, ich möchte noch mal auf Ihren Bestätigungsvermerk im Geschäftsbericht 2007 zurückkommen. Der bezieht ja den Lagebericht auch ein. Ich lese jetzt mal den letzten Satz vor:

Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Sie haben vorhin ja auch erläutert, dass im Lagebericht wichtige Teile der Risikobericht und auch der Passus „Chancen und Risiken“ sind. Jetzt lese ich mal zwei, drei Kernsätze vor. Zum abschließenden Liquiditätsrisiko schreibt der Vorstand:

Trotz erschwelter Marktbedingungen im Jahr 2007 verfügt die Gruppe über eine stabile Liquiditätsposition, was sich auch in der Liquiditätskennzahl nach Grundsatz II des Kreditwesengesetzes (KWG) zeigt.

Dann geht es weiter:

Die stabile Lage ist hauptsächlich dem hohen Bestand an hoch gerateten Wertpapieren und der breiten Palette von Refinanzierungsquellen der Group zu verdanken.

Bei „Chancen und Risiken“ wird vielleicht doch etwas behutsamer formuliert:

Sollten die signifikante Verschlechterung der Kreditmärkte und die Ausweitung der Spreads unvermindert weitergehen, ist nicht auszuschließen, dass die Hypo Real Estate Group wie auch andere Marktteilnehmer Liquiditätsengpässe erfahren könnte, was zu Restriktionen des Neugeschäftes führen würde.

Das würde ich in einer etwas einfacheren Sprache so übersetzen: Es kann sein, dass die Ausweitung des Geschäftsvolumens zeitweilig nicht möglich ist; aber es gibt kein ernsthaftes Liquiditätsproblem für die bestehende Bilanz. - Wie sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass das eine zutreffende Beschreibung der Lage war?

Zeuge Holger Techet: Der Lagebericht beschreibt ja zwei Dinge: Zum einen beschreibt er die Lage am Jahresende, am 31.12.2007, und stellt dann auch vorne im Wirtschaftsteil dar, wie die Refinanzierung 2007 gelaufen ist. Als zweiten Aspekt hat er dann das Thema: Ausblick - welche Risiken drohen?

Ich habe es eingangs schon gesagt: Der Liquiditätsbedarf, den die Hypo Real Estate Group hatte, konnte die Hypo Real Estate Group nach den mir vorliegenden Unterlagen zu allen Zeiten erfüllen, und dies bis zur Abgabe des Bestätigungsvermerks - wie sich dann im Rahmen der Reviews gezeigt hat, auch darüber hinaus. Und die - ich sage mal - Idee, die hinter dem Thema kurzfristige Refinanzierung der DEPFA steht, ist ja die, dass man auf der Aktivseite sichere öffentliche Bonds erwirbt, die - zumindest in der Vergangenheit - jederzeit als Sicherheit hinterlegt werden können, um sich Liquidität zu beschaffen.

Die Gruppe hat ja im Bereich Public Sector, also in diesem öffentlichen Bereich, auch für das Jahr 2008 ein hohes Wachstum geplant; beispielsweise - wenn ich mich richtig erinnere - wurden im ersten Halbjahr 2008 rund 26 bis 30 Milliarden Euro Neugeschäft gemacht. Insofern ist natürlich der Punkt - der Satz, den Sie gerade am Ende zitiert haben -: Wenn dann Dinge erkennbar sind, Friktionen erkennbar sind, dass ich eben diese Papiere nicht mehr so als Sicherheit hinterlegen konnte, dann war das Szenario, das da im Kopf war, folgendes: Dann wird die Gruppe das Neugeschäft reduzieren oder einstellen, was - ich sage mal - Stand Anfang 2008 eben schon ein negatives Szenario für die Gruppe war.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Aber es ist ja nicht dasselbe wie eine drohende Insolvenz, wenn man das Geschäft nicht ausweiten kann. Die hätten kein Neugeschäft machen können. Ihr Vermerk bzw. Ihre Bestätigung - der Bestätigungsvermerk - suggeriert doch eigentlich: Die Gruppe ist nicht gefährdet.

Zeuge Holger Techet: Der Bestätigungsvermerk sagt, dass mit hinreichender Sicherheit von einem Fortbestand der Gesellschaft ausgegangen werden kann. Es ergaben sich zu diesem Zeitpunkt keine Hinweise, dass die Liquidität, dass der Liquiditätsbedarf, der sich zu diesem Stichtag zeigte, nicht am Kapitalmarkt aufgenommen werden konnte.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Haben Sie denn bei der mündlichen Vorstellung - ich nehme an, das werden Sie gemacht haben - Ihres Prüfungsergebnisses im Aufsichtsrat noch ein paar kritische Anmerkungen gemacht, dass da vielleicht doch auf Gefährdungen zu achten sein wird?

Zeuge Holger Techet: Ich hatte schon gesagt: Da haben wir sehr ausführlich auf dieses Thema hingewiesen. Wir haben auch Zahlen genannt zum bestehenden Liquiditätsbedarf, was das für eine Zahl ist. Wir haben darauf hingewiesen - diese Zahl kann ich nennen, weil sie im Bericht steht -, dass 700 Milliarden in 2007 aufgenommen wurden, was das für den Umsatz an Liquidität bedeutet, die da generiert werden muss, und was das pro Monat bedeutet. Denn das bedeutet klar - das ist kein Geheimnis -: 700 durch 12 sind 50 bis 60 Milliarden. Wir haben das Risiko als das derzeit größte Risiko der Hypo-Real-Estate-Gruppe bezeichnet, worauf der Vorstand und der Aufsichtsrat besonderes Augenmerk richten müssen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn Sie jemand im März gefragt hätte: „Halten Sie es für ein ernsthaftes Risiko, dass die Bank in einem halben Jahr illiquide ist?“, was hätten Sie da gesagt?

Zeuge Holger Techet: Wenn die Frage formuliert gewesen wäre, ob ich mir vorstellen kann, dass der gesamte Geldmarkt komplett austrocknet und ein komplettes Misstrauen zwischen den Banken besteht, dann hätte ich das nicht für möglich gehalten.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn Sie jemand so gefragt hätte wie ich, was hätten Sie dann gesagt?

Zeuge Holger Techet: Ich hätte das vor dem Hintergrund, den ich gerade genannt habe, nicht erwartet.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Darf ich noch mal auf den Zwischenbericht zum 30. Juni kommen: Da haben Sie ja geschrieben, das sei doch nur auf der Grundlage einer prüferischen Durchsicht. - Das heißt ja wohl, weniger intensiv. Aber immerhin wird dort vom Vorstand auch zur Liquiditätssituation eine klare Aussage getroffen, die Sie nicht in Abrede stellen. Da heißt es:

Das Liquiditätsrisiko wird auf täglicher Basis überwacht, unterstützt durch zukunftsgerichtete Stress-tests. Selbst unter einem worst case Szenario ist dadurch sichergestellt, dass die Hypo Real Estate Gruppe sowie ihre Tochterbanken jederzeit uneingeschränkt zahlungsfähig sind.

Ziemlich genau einen Monat später hat Herr Funke Herrn Sanio angerufen und ihm mitgeteilt: Die Bank ist illiquide. - Hat Sie das beunruhigt?

Zeuge Holger Techet: Die Frage ist, was man unter einem Worst-Case-Szenario versteht. Und in den Szenarien, die die Bank durchgespielt hatte auf Basis der Erfahrungen aus der Krise, die ja schon Ende 2007 begonnen hat, wo es ja schon mehrmals - ich habe diese Wellenbewegungen angesprochen - Verknappung an liquiden Mitteln am Markt gegeben hat, wo andere Banken, wo auch andere Institute betroffen waren, konnte die DEPFA Bank auch in diesen Phasen, wo - sage ich mal - wir im Tal, in der Schwächephase waren, die Mittel, die sie benötigte, in dem notwendigen Umfang aufnehmen. Sie konnte sogar die Marge, die sie zahlen musste - das war eine Negativmarge auf den Euribor; das heißt also, der normale Zinssatz unter Banken - - Da hat sie weniger als diesen Zinssatz unter Banken, minus 14 oder minus 20 Basispunkte, gezahlt, sodass die Bank dieses Austrocknen oder diese Verknappung an Liquidität für einen bestimmten Zeitraum - das ist das, was damals immer als Worst-Case-Szenario diskutiert wurde - aufgrund ihrer Assets und der liquiden Assets überbrücken konnte.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Haben irgendwelche Aktionäre der Hypo Real Estate Klage erhoben gegen KPMG, weil sie sich geschädigt fühlen durch Ihre Prüfungsbestätigungen?

Zeuge Holger Techet: Soweit mir bekannt ist, nein.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sind noch Fragen seitens der SPD-Fraktion zu stellen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann leite ich über zu Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Techet, Sie haben vorhin von einem Warteraum bei den Verhandlungen an dem Wochenende Ende September gesprochen. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie praktisch mit dem HRE-Vorstand in einem Raum gewartet haben, und dann würden Sie gegebenenfalls zu einzelnen Punkten befragt? Oder waren da noch weitere Leute in ähnlicher Warteposition?

Zeuge Holger Techet: Ich habe schon gesagt, dass die Vorstände teilweise da waren - die waren natürlich auch in Verhandlungen ab und zu draußen -, die erste Führungsebene; und dann waren meiner Erinnerung nach noch Rechtsbeistände mit in dem Raum.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war also sozusagen der Raum der HRE plus Umfeld.

Zeuge Holger Techet: So würde ich das sagen, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie war da die Stimmung? Da sitzt man dann stundenlang. Was haben Sie denn da so geredet? Es muss doch total merkwürdig sein, dass Sie die Informationen haben und nicht gefragt werden. Ich versuche zu verstehen, wie Sie damals die Situation eingeschätzt haben, ob Sie sie als normal eingeschätzt haben oder ob Sie verwundert waren ob dieser - -

Zeuge Holger Techet: Ich war nicht verwundert, weil es geheißen hat, falls Fragen kommen sollten, soll ich mich zur Verfügung halten. Und wenn mich mein Mandant bittet, da hinzukommen, komme ich natürlich da hin. Und es ist auch kein Problem für mich, von 10 Uhr vormittags bis nachts um 2 dort zu sein. Das habe ich gemacht, das war kein Problem. Ich habe kein Problem damit gehabt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer könnte sonst, außer den Verantwortlichen der HRE und Ihnen, noch in ähnlicher Qualität über die Liquiditätssituation bei der HRE-Gruppe Bescheid wissen?

Zeuge Holger Techet: Ich kann nicht beurteilen, wer sonst noch die Informationen von HRE bekommen hat. Das weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er müsste sie aber eigentlich von der HRE bekommen haben?

Zeuge Holger Techet: Richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte einen ganz anderen Themenkomplex noch einmal ansprechen, den ich immer noch nicht verstehe. Die Kollegen werden sich an vorherige Fragen erinnern. Das ist: Wie wird das DEPFA-Problem zu einem HRE-Problem, und wie sind die Verflechtungen zwischen den Konzernteilen?

Wenn ich es richtig verstehe, dann ist es so, dass im Rahmen des Kaufes, also der Fusion, sozusagen eine Verbindung hergestellt wird, sodass man dann gegebenenfalls - das ist dann bei der HRE in der Bilanz - auf einen Goodwill abschreiben müsste, wenn es weniger Ertrag bringt, also wenn es da eine Korrektur gibt. Gab es denn da irgendwann einen Anlass, da sozusagen etwas abzuschreiben? Das ist mir nicht so richtig - - Weil es dann ja auch irgendwann passiert ist, als klar war: Die DEPFA ist illiquide.

Zeuge Holger Techet: Fangen wir vielleicht mal da an: Wann ist von der Rechnungslegung her quasi die Übernahme erfolgt? - Das war der 2. Oktober 2007, das war das sogenannte Change-of-Control-Datum. Ab diesem Zeitpunkt hatte die Hypo Real Estate Group (alt) Kontrolle über die DEPFA Group. Die DEPFA Gruppe wurde dann am 31.12.2007 konsolidiert in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG. Im Rahmen der Prüfung, die wir durchgeführt haben, war natürlich auch das Thema Werthaltigkeit ein Punkt, und zwar Werthaltigkeit sowohl bezogen auf die Beteiligungen auf Ebene der Hypo Real Estate Holding AG, die ja die Beteiligung an der DEPFA Bank plc und den anderen Töchtern hält, als auch bezogen auf den Goodwill. Und bei dieser Werthaltigkeitsprüfung haben wir uns auf unterschiedliche Informationen und unterschiedliche Prüfungshandlungen gestützt.

Ich möchte einfach mal kurz aufzählen: Zum einen war der - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da möchte ich jetzt gerade nicht in Tiefe gehen, wenn das nicht - - Ich versuche zu verstehen, was sozusagen außer dem Goodwill in der Bilanz der HRE noch auftaucht. Denn für mich ist es nicht erklärlich, dass die HRE, der deutsche Teil oder die Holding, für das Problem bei der DEPFA aufkommen muss, aber sich das gleichzeitig nicht irgendwo als Risiko, Eventualverpflichtung oder irgendwas darstellt. Es ist vorher schon nach einer Patronatserklärung gefragt worden. Gibt es also weitere Punkte außer der Verbuchung des Goodwill, die dafür sprechen, dass man sehen kann, dass ein DEPFA-Problem gleich zu einem gesamten HRE-Problem wird?

Zeuge Holger Techet: Ich sage mal so: Am Anfang war es ja so, dass die beiden Teilbereiche Hypo Real Estate (old) und DEPFA Bank plc Teilkonzern voneinander getrennt waren. Das ist auch im Geschäftsbericht nachzulesen. Es gab zwei Treasuries, das heißt also, zwei Abteilungen, die sich mit der Refinanzierung beschäftigt haben. Was war der Grund? Der Grund war, dass das Rating der DEPFA besser war als das Rating der Hypo Group (old) und, soweit es mir vom Vorstand noch gesagt wurde, hier auch keine Vermischung zwischen den beiden stattfinden soll, um einfach auch das Rating, das für die DEPFA für das Geschäft wichtig ist, nicht zu verwässern in irgendeiner Form. Deswegen gab es zunächst zwischen diesen beiden Gesellschaften keine - ich sage mal - Verknüpfungen und unterschiedliche Mittelleihungen und -aufnahmen - oder wenn, dann nur in ganz untergeordneter Bedeutung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also im Rahmen des Kaufes ist nicht noch eine andere Beziehung zwischen Irland und Deutschland entstanden als die, dass da einfach bei der Holding gebucht wird, dass es da jetzt eine Tochter gibt.

Zeuge Holger Techet: Nicht dass es mir im Moment bewusst wäre.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und dann kommt diese Konsolidierung?

Zeuge Holger Techet: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann müsste man dann einen Goodwill abschreiben, ab welcher Situation? Wenn man praktisch schon völlig zahlungsunfähig ist oder wenn man Ertragschwierigkeiten hat oder wenn sich ein Risiko abzeichnet?

Zeuge Holger Techet: Wenn der nachhaltige Wert der Gesellschaft - - Wenn beispielsweise das Geschäftsmodell nachhaltig am Markt nicht mehr einsetzbar ist. Wenn also beispielsweise eine Gesellschaft wie die DEPFA Bank plc einfach nicht mehr am Markt die Möglichkeit hat, ihr Geschäftsmodell, welches bedeutet, langfristige Refinanzierungen zu 50 Prozent kurzfristig zu refinanzieren, aufrechtzuerhalten, dann ist das der Grund, dieses Geschäftsmodell - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das auch unterjährig?

Zeuge Holger Techet: Das auch unterjährig. Deswegen ist ja beispielsweise im Zwischenabschluss zum 30.09.2008 der Goodwill auch abgeschrieben worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Schönen Dank. - Ich leite nun über zur CDU/CSU für die zweite Berliner Stunde, sofern sie denn benötigt wird. Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, wir haben noch einige Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Doch noch? - Mir wurde anderes signalisiert. Aber okay.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aufgrund bestimmter Aussagen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Weil wir dann natürlich auch nach der ersten namentlichen Abstimmung mit der öffentlichen Befragung von Herrn Techet noch weitermachen müssen. Ich sage das nur. - Aber Herr Dautzenberg, bitte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Techet, im Geschäftsbericht 2008 auf Seite 70 heißt es:

Die internationale Finanzkrise in Kombination mit dem Refinanzierungsmodell der DEPFA BANK plc, Dublin, haben die Hypo Real Estate Group in eine existenzbedrohende Lage gebracht. ... Seit Akquisition der DEPFA BANK plc im Jahr 2007 hatte die Hypo Real Estate einen relativ hohen Anteil kurzfristiger Refinanzierungen, während Aktiva vor allem langfristiger Natur sind und waren.

Dann heißt es auf Seite 71:

Das Liquiditätsrisiko ist derzeit eines der entscheidenden Risiken für das Fortbestehen der Hypo Real Estate Group.

Soweit noch mal zu diesen Feststellungen.

Deshalb meine Frage: Waren Ihnen als Abschlussprüfer Unterlagen, Szenarien, Berechnungen zur Übernahme der DEPFA plc bekannt - beispielsweise durch Goldman Sachs?

Zeuge Holger Techet: Diese Unterlagen kenne ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie nicht?

Zeuge Holger Techet: Kenne ich nicht, nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wären sie für Sie relevant gewesen, auch für die Abschlussprüfung, wenn man sie Ihnen gegeben hätte?

Zeuge Holger Techet: Ich sage mal, sie wären eine Informationsbasis gewesen. Während der Prüfung ist es natürlich so, dass wir uns weitere Informationen beschaffen und auch die Informationen, die uns zur Verfügung stehen, mit anderen Informationen gegenspiegeln. Insofern würde ich sagen, die Vorlage dieser Unterlage, was auch immer da drin steht, hätte keinen Einfluss auf meinen Bestätigungsvermerk gehabt, weil wir uns die Daten, die ich benötigt habe, um einen Bestätigungsvermerk abgeben zu können, im Rahmen der Prüfung beschafft haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und Sie haben auch keine Kenntnis darüber, dass der Vorstand Hypo Real Estate selber Gold-

man Sachs beauftragt hat, im Grunde Berechnungen und Erhebungen zur Übernahme von DEPFA plc zu machen?

Zeuge Holger Techet: In diese - ich sage mal - Tätigkeiten vor Erwerb der DEPFA war ich als Abschlussprüfer nicht involviert.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und wenn es die gegeben hat, gehören die mit zum Umfang einer Vollständigkeitserklärung?

Zeuge Holger Techet: Die Vollständigkeitserklärung deckt alle Unterlagen ab. Und alle Unterlagen, die notwendig sind, um den Jahresabschluss richtig beurteilen zu können, sind dem Wirtschaftsprüfer vorzulegen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und wenn sie auch Goldman Sachs vorgelegen haben, würden Sie darin ein Versäumnis sehen, dass sie Ihnen nicht vorgelegt worden sind?

Zeuge Holger Techet: Da müsste ich die Unterlagen zunächst einmal sehen. Wie ich schon sagte, haben wir die Erkenntnisse, die ich benötige, um den Abschluss beurteilen zu können, uns im Rahmen der Prüfung verschafft.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und würden Sie im Nachhinein sagen, dass Sie auch alle Unterlagen hatten, um damals zu diesen Erkenntnissen zu kommen?

Zeuge Holger Techet: Ja. Also auch aus heutiger Sicht würde ich sagen, die Unterlagen, die ich hatte - - Ich habe keine neuen Erkenntnisse, dass ich da, wenn ich in irgendeiner Form etwas anderes gehabt hätte, zu einem anderen Urteil gekommen wäre.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Willsch für die CDU/CSU.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Techet, nehmen Sie an den Aufsichtsratssitzungen der Hypo Real Estate teil?

Zeuge Holger Techet: Wir nehmen nicht an allen Aufsichtsratssitzungen teil. Wir nehmen nur an den Aufsichtsratssitzungen teil, zu denen wir geladen werden. Das sind in der Regel die, in denen die Jahresabschlüsse bzw. Zwischenabschlüsse besprochen werden.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): An welchen haben Sie im ersten Halbjahr 2008 teilgenommen?

Zeuge Holger Tetchet: Ich kann mich erinnern: 14.03. war das wohl, 25.03., 26.03. und dann die Daten, an denen wir unsere Review Opinion abgegeben haben. Aber die Daten habe ich jetzt gerade nicht im Kopf, da müsste man die Bescheinigungen anschauen. Darüber hinaus ist es natürlich so, dass wir die Aufsichtsratsprotokolle jeweils einsehen. Das heißt, wenn wir in der Prüfung sind, ist eine Prüfungshandlung, dass man sich hinsetzt und die Aufsichtsratsprotokolle liest. Die werden dann quasi fortgeschrieben. Wir haben auch keine Kopien gezogen. Die wesentlichen Erkenntnisse werden bei uns fortgeschrieben.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ihnen war ja die Tatsache der Sonderprüfung bekannt, die Sonderabschreibung im Januar sowieso, die war ja nun öffentlich bekannt gemacht worden.

Zeuge Holger Tetchet: Sie meinen die Abschreibung auf die CDOs?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Genau, ja.

Zeuge Holger Tetchet: Ja klar, die war mir bekannt. Denn wie ich vorhin schon gesagt hatte, waren wir auch - sage ich mal - im Vorfeld im Hinblick darauf, ob wir diese Bewertung für nachvollziehbar und plausibel halten, mit involviert.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Und die Sonderprüfung im Februar/März, die dann in dem Prüfungsgespräch am 31. Juli ihren Abschluss fand, die war Ihnen ja auch bekannt?

Zeuge Holger Tetchet: Die war mir bekannt, ja. Ich sagte ja, dass ich mit den Prüfern vor Ort mehrmals Kontakt hatte, um Erkenntnisse auszutauschen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Aber diese Erkenntnisse führten nicht dazu, dass Sie Ihr Testat noch mal infrage gestellt hätten, das Sie erst im März erteilt haben?

Zeuge Holger Tetchet: Nein, weil die Erkenntnisse, die ich aus den Gesprächen hatte - - Ich kann jetzt auch nicht sagen, wer da wen befruchtet hat, wir waren ja - sage ich mal - in unserer Prüfung weiter. Wir haben die Prüfungsergebnisse besprochen. Und aus meiner Sicht sind die wesentlichen Kernelemente der Prüfungsfeststellungen identisch.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Und waren Sie bei dieser Besprechung am 31. Juli auch dabei, bei dem Prüfungsgespräch?

Zeuge Holger Tetchet: Zwischen der Bundesbank und der - -

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): BaFin.

Zeuge Holger Tetchet: Nein, da war ich nicht anwesend.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch Fragen der CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann leite ich über zur FDP. Gibt es da noch Fragen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe eine Frage, und zwar zu den Immobilienkrediten, die die Hypo Real Estate hält. Das sind ja zum Teil Immobilienkredite, die von der HVB kommen. Es wird immer wieder gesagt, es seien keine privaten Immobilienkredite.

Zeuge Holger Tetchet: Keine privaten?

Dr. Volker Wissing (FDP): Genau. Da habe ich eine Verständnisfrage. Denn wir haben einerseits diese Aussage schon mehrfach gehört: Es sind also nur gewerbliche Immobilienkredite. Es gibt auch Unterlagen, in denen steht, dass es deutsche gewerbliche und wohnwirtschaftliche Darlehen sind. Wir haben auf der anderen Seite auch schon einen Anwalt gehört, der sagt, er wird Kleinanleger vertreten, die Forderungen gegen die HRE geltend machen wegen Schrottimmobilienkrediten. Das sind so einzelne Eigentumswohnungen in Ostdeutschland. Das passt ja irgendwie nicht zusammen, weil das für mich keine gewerblichen Immobilienkredite sind. Kann es sein, dass das einfach nur ein Missverständnis ist, dass man unter dieses Stichwort gewerbliche und wohnwirtschaftliche Darlehen auch solche

von Kleinanlegern fasst, die eine fremdgenutzte Eigentumswohnung erworben haben? Wissen Sie etwas darüber?

Zeuge Holger Techet: Ja, na klar. Wie fange ich da jetzt an? - Es wurde ja bei der Abspaltung ein Immobilienportfolio quasi auf die Gruppe übertragen. Und das waren, wie Sie gesagt haben, zum größten Teil - 60 bis 70 Prozent - Immobilienkredite in Deutschland. Da waren auch kleine gewerbliche Kredite oder auch Privatkredite dabei. Diese kleineren Kredite waren aber nicht - sage ich mal - im Fokus der Gruppe. Deswegen wurden nach Abspaltung, schon beginnend im Jahr 2004, jeweils einzelne Portfolios von der Hypo Real Estate Group verkauft. Hypo Real Estate Group hat beispielsweise den ersten Verkauf sogenannter Non-Performing Loans, also rückständiger Darlehen, im Jahr 2004 durchgeführt; das war damals ein Portfolio mit 3,5 Milliarden. Im gleichen Jahr dann noch mal mit 400, sodass in 2004 allein rund 4 Milliarden von diesen nicht im Fokus stehenden Krediten bereits verkauft wurden. Und diese Entwicklung hat sich auch in den nächsten Jahren vollzogen. Beispielsweise hat Real Estate auch in 2007 - das können Sie im Bericht nachlesen - so ein Portfolio veräußert. - So weit zu diesem Thema. Also, diese nicht strategischen Portfolios wurden immer wieder verkauft.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie etwas zu dem Gesamtvolumen der verkauften Portfolios sagen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: 3,6 an Lone Star, 700 Millionen an Cerberus.

Zeuge Holger Techet: Ja, das ist - - Also Lone Star waren circa 3,5, 3,6 Milliarden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und ING-DiBa?

Zeuge Holger Techet: Das war das Letzte in 2007. Das waren ungefähr 4 Milliarden, glaube ich. Ich habe es nicht genau im Kopf, müsste man noch mal nachschauen.

Vielleicht zu dem Thema wohnwirtschaftlich: Wohnwirtschaftlich werden auch Investorenprojekte bezeichnet, wo ein Investor beispielsweise 2 000 oder 5 000 Wohnungen kauft. Das sind auch wohnwirtschaftliche Kredite in dem Verständnis der Real Estate

Group, wenn es einzeln dargelegt wird, wie die Aufteilung nach Objektart ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Noch eine Frage: Wie beurteilen Sie eine Anforderung der Bankenaufsicht gegenüber einem Kreditinstitut, regelmäßig Berichte über Risikofähigkeit und Kapitalausstattung vorzulegen, etwa über Hotspot-Berichte? Würden Sie das als eine gewisse Sorge der Bankenaufsicht bewerten, dass die Kapitalausstattung des Unternehmens gefährdet ist?

Zeuge Holger Techet: Also, im Laufe des Jahres 2008 wurden von der Aufsicht zu Themen, die gerade in den Medien veröffentlicht waren, immer wieder von verschiedenen Banken - das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, weil ich mehrere Banken betreue - verschiedene Themen abgefordert. Es waren dann also - ich nenne mal Spanien als Beispiel - spanische Immobilien, oder es waren einzelne Adressen, die da abgefragt wurden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und dass es regelmäßig passiert ist, lässt das Rückschlüsse auf eine gewisse Sorge der Bankenaufsicht zu?

Zeuge Holger Techet: Ich sage, das lässt eine Sorge der Bankenaufsicht zu. Sie erkennt, dass ein Risikofeld besteht, und versucht dann, nähere Informationen zu diesem Risikofeld von den Banken einzufordern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich werde gleich die Befragung unterbrechen im öffentlichen Bereich, weil wir sonst nicht mehr fertig werden. - Bitte.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Techet, können Sie uns etwas sagen zu der Entwicklung an diesem Krisenwochenende? - Wir haben ja noch zehn Minuten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, um 20.25 Uhr müssen wir los.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie etwas sagen zu der Entwicklung des Krisenwochenendes, wie diese Verhandlungen gelaufen sind, oder wissen Sie da gar nichts drüber?

Zeuge Holger Techet: Sie meinen das Wochenende 27./28.?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Zeuge Holger Techet: Da habe ich eigentlich alles erzählt. Ich war in dem Raum, ich war vor Ort, aber ich habe an keiner einzigen Verhandlung teilgenommen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, aber es hätte ja sein können, dass man Ihnen berichtet hat oder Sie Informationen bekommen haben: Das ist der Stand.

Zeuge Holger Techet: Nein. Da kam relativ wenig Information rüber.

Dr. Volker Wissing (FDP): Alles klar, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr? - Jetzt noch die Frage: Die SPD-Fraktion? - Keine Fragen mehr. Die Linke? - Keine Fragen mehr. Bündnis 90/Die Grünen?

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!))

- Dann Herr Dr. Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Frage, die ich vorhin gestellt habe, was es sonst noch an Verbindungen gibt, war ich jetzt überrascht, weil ich in dem Prüfbericht etwas anderes lese, nämlich dass es im Rahmen des Kaufprozesses sozusagen noch andere Finanzierungen aus der Gruppe gab, dass es sozusagen neben dem Aktientausch auch eine Barkomponente gibt und dass die aus der Gruppe finanziert ist, was auch eine Verflechtung ist.

Vorher hat ein Zeuge - das ist der zweite Teil meiner Frage - davon gesprochen, es habe auch Wertpapieremissionen gegeben, die die beiden Teile der Gruppe, den deutschen und irischen Teil, so voreinander gebracht haben, dass man dann die DEPFA retten musste. Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie das präzisieren könnten.

Zeuge Holger Techet: Da müsste ich schon wissen, welchen -- Ich kann bestätigen, dass es eine Barkomponente gab; ich habe vorher nicht gedacht, dass Sie das darunter subsumieren. Es wurde ja ein Aktientausch gemacht und darüber eine Barkomponente, das ist vollkommen richtig. Dieses Geld wurde natürlich bei den Banken aufgenommen und dann an die Hypo Hol-

ding weitergeben. Damit wurde dann der Kaufpreis zum Teil bezahlt. Das ist korrekt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, da gibt es eine Kreditbeziehung zwischen dem deutschen und dem irischen Teil der neuen HRE-Gruppe. Verstehe ich das richtig?

Zeuge Holger Techet: Nein, nein, es ist ja so: Sie haben ja immer einen Aktionär. Und dieser Aktionär hält eine DEPFA-Bankplc-Aktie. Und jetzt wollen Sie von diesem Aktionär die Aktie kaufen und sagen: Okay, du bekommst für eine Aktie der DEPFA Bank plc eine Aktie der Hypo Real Estate Group, und ich zahle noch 5 Euro drauf. - So ist das zu sehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo kommen die 5 Euro her?

Zeuge Holger Techet: Die 5 Euro nimmt der, der das kaufen möchte, am Kapitalmarkt auf. Das wird aber gezahlt an den Aktionär der DEPFA; das hat nichts damit zu tun, dass ich der DEPFA Geld gebe, sondern der Aktionär verkauft die Aktie. Die Hypo Real Estate Group hat die Aktie von dem Aktionär der DEPFA Bank plc gekauft.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und damit ist es ein einmaliger Liquiditätsabfluss von einem Teil der bisherigen HRE Gruppe und hat dann keine weitere Bedeutung mehr für die Zukunft.

Zeuge Holger Techet: Und das ist aber auch kein Liquiditätsfluss an die DEPFA-Gesellschaft, sondern an einen -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern an einen Aktionär.

Zeuge Holger Techet: - externen Dritten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wenn noch weitere Fragen bestehen sollten, müssen wir die Befragung des Zeugen Herrn Techet fortsetzen, weil ich ansonsten an dieser Stelle unterbrechen muss, Herr Dr. Schick. Wir haben um 20.32 Uhr die Abstimmung, hat man mir gesagt. Und die Zeit benötigen wir, um dort die Karte zu holen. Dann unterbreche ich an dieser Stelle.

(Zuruf der Abg. Nina Hauer (SPD))

- Ich kann es doch nicht ändern.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir können das doch in einem anderen Sitzungsraum weiterführen, oder?)

- Wir müssen sowieso wieder hierhin kommen, weil jetzt alle ihre Sachen hier lassen, um dann gemeinsam mit den Sachen umzuziehen, weil wir es auch nicht mehr schaffen, mit den Sachen erst in den Raum 2.300 zu gehen.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann müssen wir sowieso hierher zurück!)

Das heißt, ich unterbreche an dieser Stelle, und wir setzen dann die Befragung von Herrn Techet unmittelbar fort - unmittelbar, darum bitte ich wirklich.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber nicht hier, sondern in 2.300!)

- Doch, an dieser Stelle. Dann kann jeder seine Sachen nehmen und hinübergehen, und dann werden wir die Befragung der nächsten Zeugen im nichtöffentlichen Teil zwischen den sonstigen Pausen durchführen. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von
20.25 Uhr bis 20.48 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich setze nunmehr die soeben durch die Abstimmung unterbrochene Befragung des Zeugen Herrn Techet in öffentlicher Beweisaufnahme fort und erteile das Wort dem Kollegen Dr. Schick, der noch ein Restkontingent von 4:32 Minuten hat. Herr Dr. Schick, bitte sehr.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wir hatten schon mehrfach die Frage nach einer möglichen Patronatserklärung zwischen den Konzernteilen gehabt, und ich habe das immer noch nicht abschließend beantwortet gehört. Gibt es eine oder gibt es keine zwischen Töchtern der HRE-Gruppe oder zwischen Holding und Töchtern?

Zeuge Holger Techet: Es gibt Verflechtungen zwischen HRE-Töchtern und auch mit der Holding. Ich kann Ihnen die aber aus

dem Stegreif jetzt nicht darlegen. Die habe ich jetzt gerade nicht im Kopf.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch die Existenz einer möglichen Patronatserklärung nicht?

Zeuge Holger Techet: Ich kann, wie gesagt, aus dem Kopf - - Ich bringe es gerade einfach nicht zusammen; es tut mir leid.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade. Nein, weil das eine wichtige Information ist. Vielleicht ist es ja der Grund dafür, warum der deutsche Steuerzahler sich mit einer irischen Bank rumschlagen muss. - Wollen Sie versuchen, es aus Ihren Unterlagen hervorzuholen? Oder wollen Sie das nicht versuchen?

Zeuge Holger Techet: Da kann ich es nicht finden; denn wenn es die Patronatserklärung zu diesem Zeitpunkt gegeben hat, dann wäre sie rauskonsolidiert, also konsolidiert. Sprich: Eine Patronatserklärung zwischen - ich sage mal - Gruppen und Einheiten innerhalb der Gruppe - - werden im Rahmen der Konsolidierung rauskonsolidiert. Deswegen kann ich sie darin jetzt auch nicht erkennen. Und ich bringe es jetzt einfach im Kopf nicht zusammen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo können wir die finden?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vielleicht durch die Befragung von Herrn Wieandt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also: Wo kann ich die finden? Herr Krüger weiß es schon, aber ich noch nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, ich auch nicht. „Vielleicht durch die Befragung von Herrn Wieandt“ - das war eine scherzhafte Zwischenbemerkung -, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich habe deswegen ja auch scherzhaft zurück - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - der ja noch auf unserer Liste steht. - Entschuldigung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Frage ist: Wo finde ich denn Informationen darüber? Weil: In den Unterlagen, die Sie haben und die wahrscheinlich ähnliche sind, wie wir sie haben, können wir es offensichtlich jetzt nicht einfach herauslesen, und Sie können es mir auch nicht sagen, und die anderen Zeugen konnten es auch nicht.

Zeuge Holger Techet: Sie könnten sich die Einzelabschlüsse anschauen und dort schauen, ob da Unterbilanzpositionen sind. Wie gesagt, kann ich das hier nicht machen. Ich wollte es zwar. Das ist aber Konzern. Da würde es sich herauskürzen. Aber im Einzelabschluss können Sie es sehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ist 2003 bei der Abspaltung die Qualität der übertragenen Hypotheken - und dahinter stehen Immobilien - geprüft worden? Oder ist das nicht geprüft worden? Wenn ich richtig informiert bin, sind Sie auch damals schon für HRE zuständig gewesen.

Zeuge Holger Techet: Ich war damals Prüfer, als die Abspaltung vollzogen war. Wir waren als Abschlussprüfer im Rahmen des Vertrages genannt und haben zum 31. Dezember 2003 die Jahresabschluss- und Konzernabschlussprüfung der Hypo Real Estate Group vorgenommen und haben dort auch im Rahmen der Jahresabschlussprüfung für Belange der Jahresabschlussprüfung eine Kreditprüfung, eine Prüfung des Kreditgeschäfts, durchgeführt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt diese Prüfung konkret? Was wird da geprüft? Was kann ich damit rausfinden? Also: Wären da mögliche zu Hochbewertungen einzelner Immobilien aufgedeckt worden oder nicht?

Zeuge Holger Techet: Im Rahmen dieser Kreditprüfung für Zwecke der Jahresabschlussprüfung werden die Prozesse geprüft, also die Verfahren, wie dort beispielsweise Bewertungen von Immobilien durchgeführt werden, wie die Kunden, ich sage mal, ins Monitoring reinkommen. Auf Basis dieser Kenntnisse aus den Prozessen werden dann noch Einzelfallprüfungen durch-

geführt - einzelner Objekte, die unter Risikogesichtspunkten ausgesucht werden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen mehr? - Wenn ich das richtig addiere, heißt das, dass seitens keiner Fraktion mehr Fragen an den Zeugen Herrn Techet in öffentlicher Sitzung bestehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Axel Troost
(DIE LINKE))

- Sie hatten mir eben alle entsprechende Signale gegeben. - Wenn ich das weiter sehe, muss ich die Frage stellen: Bestehen an den Zeugen Herrn Techet noch Fragen in nichtöffentlicher Sitzung?

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich habe jetzt noch Fragen! Dann müssen wir sie eben in nichtöffentlicher Sitzung stellen!)

- Nein. Die Frage ist: Haben Sie noch eine Frage in öffentlicher Sitzung, die uns die Befragung des Zeugen in nichtöffentlicher Sitzung ersparen würde?

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann versuche ich das in öffentlicher Sitzung!)

- Ja, natürlich. Dann gehe ich noch einmal durch, bis ich wieder bei den Linken bin, und erteile Ihnen das Wort, Herr Troost. Bitte.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ach, Sie sind schon durch!)

- Ja, klar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie denn auch den Abspaltungsbericht nach Umwandlungsgesetz dann für Ihren Einstieg bei HRE mit zugrunde gelegt?

Zeuge Holger Techet: Wir haben alle notwendigen Unterlagen, die wir für die Prüfung benötigt haben, verwendet.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Weil: Uns ist aufgefallen, dass Ernst & Young eine Werthaltigkeitsprüfung nach § 12 nicht gemacht hat - mit dem Argument: Es bleibt ja alles - ich sage es mal in meinen Worten - in der Familie; deswegen braucht man die Werthaltigkeit gar nicht zu prüfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bei der Abspaltung meinen Sie jetzt?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Bei der Abspaltung selbst. - Die Frage ist ja nur: Mussten Sie das dann selber machen, als Sie bei HRE mit der ersten Prüfung eingestiegen sind? Oder hat Sie das nicht gestört?

Zeuge Holger Techet: Die Bilanzierung der Werte erfolgte unter Fortführung der Buchwerte. Wir haben diese Werte, wie ich es gerade eben schon erläutert habe, für Zwecke unserer Jahresabschlussprüfung im Rahmen unserer normalen Kreditprüfung, was die Kredite angeht, aber auch die sonstigen Themen, geprüft.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt aber, im Einzelnen dann aber nicht geprüft, was die Werthaltigkeit angeht?

Zeuge Holger Techet: Die Einzelfallprüfungen werden risikoorientiert in Stichproben durchgeführt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat Sie irgendwie irritiert, dass es im Jahr 2003 eine Bad-Bank-Diskussion um die HRE gegeben hat?

Zeuge Holger Techet: Gut; da ist die Frage: Was versteht man unter einer Bad Bank?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Damals wie heute, dass da Müll entsorgt wird.

Zeuge Holger Techet: Für mich hat sich das Ganze so dargestellt, dass ein gewerbliches Immobilienportfolio abgespalten wird. Dieses Portfolio hat im Wesentlichen deutsche Immobilien beinhaltet - wie ich vorhin schon sagte, würde ich einmal schätzen, 60, 70 Prozent; habe es aber nun nicht mehr genau im Kopf. Es waren dann auch ausländische Immobilien dabei - UK, also Großbritannien, und Frankreich insbesondere. Wenn ich es richtig im Kopf habe, wurde im Nachgang auch noch ein amerikanisches Portfolio in diese Gruppe reingekauft.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und insgesamt, was Abschreibungsbedarfe angeht: Es wurden ja 590 Millionen „Mitgift“ für poten-

zielle Verluste gegeben. War das aus Ihrer Sicht eine vernünftige Größenordnung?

Zeuge Holger Techet: Das war eine Größenordnung bzw. die Größenordnung - - Ich sage mal, es war zunächst einmal ein Umstand, der für solche Themen nicht unüblich ist. Das heißt also, im Rahmen solcher Abspaltungen werden in der Regel irgendwelche Risikoschirme gegeben. Und die Höhe der Risikoschirme ist ja bekannt. Sie haben es ja auch richtig genannt. Dieser Risikoschirm wird auch in voller Höhe gezogen, was auch allgemein bekannt ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt ja noch nicht, dass er groß genug war. Er war nach zwei Jahren aufgebraucht. Die Frage ist: War er zu gering dimensioniert? Oder war er ausreichend? Oder war es eher zu wenig und deswegen eben auch schon so schnell weg?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Oder war er zu üppig?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja. Ich meine ja: zu groß, ausreichend oder zu gering?

Zeuge Holger Techet: Dazu kann ich jetzt in der öffentlichen Sitzung nur sagen, dass die 590 Millionen ja in zwei Teilbeträgen zu ziehen waren. Der eine war 460 Millionen - das ist aber auch bekanntes Thema -, und der andere war 130 Millionen. Die wurden in den Jahren 2003 und 2004 vollständig gezogen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sind denn aus genau diesen Kreditbeständen danach noch deutlich große Abschreibungsbedarfe festzustellen gewesen?

Zeuge Holger Techet: Das kann ich jetzt aus dem Stegreif nicht sagen. Da müsste man überlegen, was man jetzt als Verhältniszahl dagegenstellt. Es ist natürlich klar, dass eine Bank wie die Hypo Real Estate Group auch in der Folge natürlich Wertberichtigungen gebildet hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wenn man aber einmal unterstellt, dass ein Teil der Kredite, die in den 90er-Jahren von der Hypo-Vereinsbank vergeben worden sind, immer

noch in den Portfolios drin sind, dann kann es doch auch sein, dass die jetzt sozusagen platzen, nachdem die HRE eine öffentliche Bank ist.

Zeuge Holger Tetchet: Vielleicht hilft das weiter: Die HRE Bank - also die Bank, die damals als Tochtergesellschaft das deutsche Immobilienvermögen, also die Immobilien, übernommen hat oder die sie quasi auf den Büchern hatte - war ja in den Jahren 2003 und 2004, wie es die Bank auch veröffentlicht hat, in Restrukturierung. Der Abschluss dieser Restrukturierung, kann man sagen, war der Verkauf dieser beiden Portfolien, die ein Abgeordneter von Ihnen gerade schon genannt hatte, an die beiden Opportunity Funds. Mit dem Thema waren aus Sicht der Bank die Altlasten im Wesentlichen abgearbeitet. Die Bank hat dann ja auch irgendwann Ende 2004 das Ende der Restrukturierung öffentlich bekannt gegeben und dann auch 2004 wieder das Neugeschäft angefangen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Heißt „aus Sicht der Bank“ nicht nur des Vorstandes, sondern auch von Ihnen als Wirtschaftsprüfer, also dass das realen Hintergrund hat? Man kann das ja nach außen verkaufen.

Zeuge Holger Tetchet: Nein, natürlich, klar. Ich meine, die Prüfungen wurden verkauft; ganz klar. Das haben wir auch so klar attestiert, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Es gibt keine Fragen mehr.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einmal kurz nachhaken! Entschuldigung! Es geht ganz schnell!)

- Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte um Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich werde gleich wieder zur nächsten namentlichen Abstimmung unterbrechen, wenn wir nicht passend fertig werden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich erspare damit noch eine weitere Runde in nichtöffentlicher Sitzung.

Ich hoffe nämlich, dass wir das öffentlich hinkriegen.

Ich habe vorhin nach der Barkomponente bei dem Kauf gefragt. Auf Seite 19 des Prüfungsberichts fällt das Wort „Kreditaufnahme“. Sie haben vorhin gesagt: Da ist nichts, was länger bleibt. - Deswegen möchte ich einfach, dass wir da nichts Falsches im Protokoll stehen haben oder ich etwas falsch verstanden habe, dass Sie mir das noch mal erklären. Ich habe gefragt: Gibt es da irgendwelche Beziehungen zwischen Töchtern?

Zeuge Holger Tetchet: Würden Sie mir sagen, auf welches Dokument Sie sich jetzt beziehen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hypo Holding, Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2007 und Lagebericht, Seite 19.

Zeuge Holger Tetchet: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da fällt das Wort „Kreditaufnahme“.

Zeuge Holger Tetchet: Würden Sie mir noch sagen, in welchem Abschnitt?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zeile eins. - Ich kann Ihnen auch - -

Zeuge Holger Tetchet: Habe ich jetzt den falschen? - Entschuldigung, welche Seite war das? Seite 19?

(Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) legt dem Zeugen Unterlagen vor)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Für das Protokoll: Der Abgeordnete Schick legt dem Zeugen Tetchet die entsprechende Passage zwecks Begutachtung vor.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es gibt das gleiche Dokument mit unterschiedlichen Seitenzahlen!)

Zeuge Holger Tetchet: Ich würde jetzt da keinen Widerspruch sehen. Mir ist jetzt vorgelegt worden eine Seite aus dem Prüfungsbericht der Hypo Holding, Einzelabschluss.

Deswegen war ich da verwundert, weil ich nur den Konzern hatte. Und dort wird eben noch mal - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Moment! Ist der eingestuft?

(Zurufe: Ja!)

- Dann können wir die Sitzung hier beenden. Wir können Vorhalte aus eingestuftem Sachen nur in nichtöffentlicher Sitzung machen. - Ich schließe hiermit die öffentliche Zeugeneinvernahme.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Dann müssen
wir es nichtöffentlich machen!)

- Ja, okay.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Tut mir leid! Ich
wollte das vermeiden!)

- Gut. - Dann ist das hiermit erledigt.

Herr Tschet, dann darf ich Ihnen erst einmal für Ihre öffentliche Zeugeneinvernahme danken. Sie werden in nichtöffentlicher Sitzung noch weiter befragt werden.

Die Reihenfolge ist jetzt wie folgt: Wir haben noch den Zeugen Wolter in nichtöffentlicher Sitzung; wir haben noch den Zeugen Jakob in nichtöffentlicher Sitzung; wir haben noch den Zeugen Schnitzler in nichtöffentlicher Sitzung; wir haben Sie in nichtöffentlicher Sitzung; und wir haben dann noch den Zeugen Wiechens in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung. Aus bestimmten stenografischen Gründen und Abhörgründen kann das Ganze auch nicht in diesem Raum erfolgen, sondern nur im Raum 2.300.

Da nun auch wieder das rote Licht leuchtet, bitte ich darum, dass wir jetzt zumindest noch in Raum 2.300 umziehen und anschließend an der nächsten namentlichen Abstimmung teilnehmen, um dann in der darauffolgenden Abstimmungspause den Zeugen Wolter als Ersten, wie es abgemacht war, nichtöffentlich zu vernehmen.

Die einzige Frage wäre: Bekomme ich von Ihnen jetzt eine Mitteilung, ob Sie auf den Zeugen Wiechens verzichten oder nicht? - Benötigen Sie den Zeugen Wiechens als zweiten Wirtschaftsprüfer noch, oder können wir ihn entlassen? Das ist die Frage.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ja, gut; dann in Ordnung, ganz in Ordnung. Nur, ich sage dann hier: Ich setze das Ende der Sitzung schätzungsweise halb drei bis drei fest. - Ich danke Ihnen.

(Unterbrechung der öffentlichen
Sitzung: 21.01 Uhr)

(Wiederbeginn der öffentlichen
Sitzung: 0.55 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Gerd Wiechens**

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich begrüße Sie, Herr Wiechens, auf das Herzlichste. Sie haben leider etwas länger warten müssen als geplant.

Gleichwohl möchte ich kurz darauf verweisen, dass über das Protokoll der Zeugeneinvernahme durch Sie eine Tonaufnahme erstellt werden wird, die allerdings nur den Zweck hat, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Falls gewünscht, besteht die Möglichkeit, binnen zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Sollte der Ausschuss im Rahmen Ihrer Vernehmung irgendeinen Verschluss-sachengrad - Vertraulich oder Geheim - beschließen, besteht für Sie die Möglichkeit einer Einsichtnahme im Deutschen Bundestag.

Ferner begrüße ich Herrn Dr. Daniel Krause. Herr Wiechens hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Sie, Herrn Krause, als Rechtsbeistand hinzuziehen. Ich darf Sie daher ganz kurz bitten, sich dem Ausschuss mit einem Satz vorzustellen.

RA Dr. Daniel Krause: Mein Name ist Dr. Daniel Krause. Ich bin Rechtsanwalt hier in Berlin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen. - Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie selbstverständlich den Zeugen beraten dürfen, jedoch kein eigenständiges Rede- und Fragerecht haben. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage auch keine inhaltlichen Hinweise geben. Natürlich steht es Ihrem Mandanten frei, eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung jeweils mit Ihnen zu beantragen.

Folgende allgemeine Belehrungshinweise noch, Herr Wiechens: Beweisthema, Beweisbeschluss zum Untersuchungsauftrag und der U-Auftrag selbst sind Ihnen übersandt worden.

Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, das heißt, Ihre Aussagen müssen vollständig und richtig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Verstöße hiergegen sind nach § 153 Strafgesetzbuch ahndbar mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.

Sofern irgendwelche Auskünfte Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung oder einer Ordnungswidrigkeitenverfolgung aussetzen könnten, sind Sie nach § 22 Untersuchungsausschussgesetz ferner berechtigt, die Aussage zu verweigern.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen einer besonderen Geheimhaltung unterliegen, bitte ich einfach um Hinweis. Dann müsste der Ausschuss Ihre diesbezügliche Befragung in einem nicht-öffentlichen Teil fortsetzen.

Jetzt brauche ich nur noch zwei Angaben, und zwar einmal: Nach dem Untersuchungsausschussgesetz haben Sie die Möglichkeit, ausschließlich auf Fragen zu antworten, die Ihnen seitens meiner Kollegen und dann auch von mir gestellt werden würden; Sie haben aber auch die Möglichkeit, ein Kurzstatement zum Beweisthema abzugeben, je nachdem, wie Sie das wünschen.

Zeuge Gero Wiechens: Ich möchte gerne ein Kurzstatement abgeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. - Dann bitte ich Sie um Ihren vollständigen Namen. Gero Wiechens, nehme ich an?

Zeuge Gero Wiechens: Gero Wiechens ist richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und dann eine ladungsfähige Anschrift, die auch Ihre Dienstanschrift sein kann.

Zeuge Gero Wiechens: Das ist KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ...[Anschrift hier nicht wiedergegeben].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Dann bitte ich Sie jetzt, das Statement abzugeben.

Zeuge Gero Wiechens: Gerne. - Ich bin Wirtschaftsprüfer bei KPMG, bin dort im Bereich Bankenprüfung tätig und im Zusammenhang mit der HRE seit Dezember 2008 als verantwortlicher Abschlussprüfer involviert. Ich bin dort tätig geworden, nachdem der Wunsch aus der HRE an uns herangetragen worden ist, den verantwortlichen Abschlussprüfer zu wechseln, sodass ich zu diesem Zeitpunkt die Verantwortung für das Mandat übernommen habe. Ich habe mich dann im Dezember dem Vorstandsvorsitzenden, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Prüfungsausschussvorsitzenden jeweils vorgestellt. Wir haben intern die Übergabe des Mandats von Herrn Techet, der zuvor hier gesprochen hat, auf mich durchgeführt, sodass ab Ende Dezember, komplett ab Januar die volle Mandatsverantwortung bei mir lag.

Hinsichtlich der Aufgabe als Wirtschaftsprüfer: Insbesondere für den Abschluss zum Stichtag 31.12.2008 ging es zum einen darum, eine Aussage zu treffen und als Ergebnis der Prüfung festzuhalten, ob der Jahresabschluss und der Lagebericht im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften der Rechnungslegung aufgestellt worden ist, und dies abschließend zu beurteilen. Darüber hinaus gibt es dann bei Kreditinstituten als weiteren Prüfungsgegenstand aufsichtsrechtliche Tatbestände, sprich Meldungen hinsichtlich Eigenmittel, sprich Funktionsfähigkeit des Risikomanagements, aber auch Gegenstand Geldwäsche, Compliance und andere aufsichtsrechtliche Sachverhalte.

Das Ergebnis dieser prüferischen Tätigkeit wird in zwei Dokumenten festgehalten: zum einen die Aussage hinsichtlich der Sachgerechtigkeit der Rechnungslegung in dem Testat. Dies kann mit Zusätzen oder Ergänzungen verbunden werden, wie es dann auch für den Abschluss zum 31.12.2008 mit einem zusätzlichen Hinweis auf Bestandsgefährdung gemacht worden ist. Das zweite Instrument ist der Prüfungsbericht, in dem im Wesentlichen die Feststellungen zu dem zweiten Teil, den ich erwähnt habe, nämlich Risikomanagement, aufsichtsrechtliche Meldungen, Geldwäsche etc. festgehalten werden. Dort werden dann detailliert Aussagen über Funktionsfähigkeit oder auch über Feststellungen und Empfehlungen gemacht.

Hinsichtlich des Auftrages des Untersuchungsausschusses wird zu einem Großteil gefragt, welche Behörden was wann wussten. Ich hatte mit der Bundesbank Kon-

takt im Januar 2009. Dort habe ich mich vorgestellt. Das war ein von mir initiiertes Meeting, in dem wir neben der Prüfungsplanung nicht weiter mit Tiefgang über die Prüfung der HRE gesprochen haben. Es war ein Kennenlernetreffen.

Ein weiteres Gespräch hat dann im Mai 2009 stattgefunden. Das war ein Routinegespräch, um über den Abschluss und den Prüfungsbericht zum 31.12.2008 zu sprechen. Grundlage für dieses Gespräch war unser ausführlicher Prüfungsbericht einschließlich Testat.

Hinsichtlich SoFFin gab es ein Meeting bei der SoFFin im März 2009, in dem es dann um die Unterstützungsmaßnahmen der SoFFin hinsichtlich Liquidität und Kapital gegangen ist. Ergebnis dieses Meetings ist am 28. März die Absichtserklärung gewesen, die die HRE und die SoFFin unterschrieben haben und die auch der Öffentlichkeit bekannt ist.

Mit dem BMF gab es keinen Kontakt.

Hinsichtlich der einzelnen Punkte des Untersuchungsausschusses: I. Hinsichtlich der Strukturen und Kommunikationswege ist es so, dass ich aufgrund meiner Tätigkeit ab Dezember 2008 für die HRE zu diesem Zeitraum nicht involviert war und mir auch keine Kommunikationswege zwischen BMF, Deutscher Bundesbank und BaFin für diesen Zeitraum bekannt sind.

Hinsichtlich II. möchte ich eingehen auf II.2. Da gab es im weiteren Sinne Berührungspunkte, wenn man unter dem Begriff „Berichte über die Prüfung“ auch unsere Prüfungsberichte umfasst. Da gab es sozusagen die Versendung der Jahresabschlussprüfungsberichte 2008 an die Bundesbank und an die BaFin und entsprechend dann die aufsichtsrechtlichen Gespräche.

Hinsichtlich II.4., nämlich die Risiken der öffentlichen Hand, würde ich verweisen wollen auf das Gespräch bei der SoFFin und die Absichtserklärung, sodass zumindest in diesem Zusammenhang von mir eine Tätigkeit, Gespräche, Prüfungshandlungen durchgeführt worden sind.

Hinsichtlich III., die Einbeziehung von Finanzholdings in die Finanzaufsicht: Zu diesem Thema habe ich keinerlei Gespräche geführt.

So viel als mein Eingangsstatement.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen, Herr Wiechens. Da wir uns in einem etwas fortgeschrittenen

zeitlichen Rahmen befinden, möchte ich gleich der FDP, und zwar Herrn Wissing, das Wort erteilen. - Dann möchte ich Herrn Dautzenberg - nein, Herrn Willsch für die CDU/CSU-Fraktion das Wort erteilen. - Auch nicht? - Okay. Dann erteile ich Herrn Dr. Troost, Fraktion Die Linke, das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die erste Frage. Mich würde interessieren: Warum ist denn überhaupt die Prüfung ausgewechselt worden? Gab es eine Angabe von Gründen?

Zeuge Gero Wiechens: Es gab keine - sage ich mal - detaillierten Angaben von Gründen. Es ist an uns als Gesellschafter der Wunsch herangetragen worden im Zusammenhang mit dem Neubeginn - es gab einen komplett neuen Vorstand, es gab einen komplett neuen Aufsichtsrat -, auch auf Prüferseite - sage ich mal - neue Prüfer verantwortlich in der Kommunikation mit Vorstand und Aufsichtsrat einzusetzen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren Sie denn „nur“ mit dem Abschluss 2008 befasst, oder haben Sie sich insgesamt das ganze Jahr 2008 einschließlich Verlauf in die Krise im Nachhinein noch einmal angeschaut?

Zeuge Gero Wiechens: Die Prüfung bezieht sich auf den Stichtag 31.12.2008. Es gibt Sachverhalte, die natürlich das ganze Jahr betreffen. Als Erstes haben Sie auf der Rechnungslegungsseite natürlich eine Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008 zu betrachten, und hinsichtlich der Teilgebiete, die ich eben als Besonderheit von Bankenprüfungen dargestellt habe, nämlich die aufsichtsrechtlichen Sachverhalte, sind diese auch zeitpunktbezogen, sprich für das Jahr 2008 zu prüfen. Insofern habe ich mir die auch für das Jahr 2008 angesehen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Fragen wie Inkompatibilitäten zwischen EDV-Systemen und vielem anderen mehr, haben Sie sich damit auch befasst?

Zeuge Gero Wiechens: Ja, und auch entsprechend im Prüfungsbericht dargestellt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben sich auch das, was Bundesbank und BaFin im Laufe des Jahres 2008 an

Mängeln festgestellt haben, angeschaut und geguckt, ob an der Beseitigung gearbeitet wird?

Zeuge Gero Wiechens: Ich würde die Frage in zwei Teile gliedern wollen. Als Erstes haben wir uns natürlich auch unabhängig von dem 44er-Bericht der Bundesbank das Risikomanagement angesehen, wenn Ihre Frage darauf abzielt. Der Prüfungsgegenstand des 44er-Berichtes der Bankenaufsicht war ja die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements, das Einhalten der Mindestanforderungen an das Risikomanagement. Wir haben uns natürlich auch mit diesem Prüfungsbericht beschäftigt und sind von der Bankenaufsicht gebeten worden, eine sogenannte Nachschauprüfung zu machen, um festzuhalten, welche der dort aufgeführten Mängel, kategorisiert nach F 1, F 2, F 3, zum Stichtag 31.12. abgearbeitet worden sind, teilweise abgearbeitet worden sind oder nicht abgearbeitet worden sind. Auch das haben wir in unserem Prüfungsbericht zum 31.12.2008 dargestellt und festgehalten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und auch mit der Bankenaufsicht kommuniziert?

Zeuge Gero Wiechens: Dieser Prüfungsbericht ist an die Bankenaufsicht gegangen. Diese - sage ich mal - Nachschauprüfung hinsichtlich des 44er-Berichtes der Bankenaufsicht war auch Gegenstand des von mir erwähnten bankenaufsichtlichen Routinegesprächs im Mai 2009.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sind nach dem 15.09.2008 noch einmal Prüfungen der Vermögensposition der HRE, was Werthaltigkeit, zum Beispiel was das 50-Milliarden-Rettungspaket angeht, gemacht worden? Also die Besicherungen, die da zugrunde gelegt worden sind.

Zeuge Gero Wiechens: Werthaltigkeiten von Vermögensgegenständen werden immer zu einem Stichtag gemacht, nämlich zum Jahresende, 31.12.2008. Das war sozusagen für alle Vermögensgegenstände und auch Verbindlichkeiten der HRE Prüfungsgegenstand.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren diese 50 Milliarden nach wie vor realistisch, oder gab es Abschreibungsbedarf?

Zeuge Gero Wiechens: Jetzt ist die Frage, was genau Sie unter Vermögensgegenständen unter diesen 50 Milliarden meinen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das, was in die Besicherung der Kredite hineingesammelt worden ist im Laufe des Geschäftsjahres.

Zeuge Gero Wiechens: Was ja zum großen Teil Geschäftsanteile waren.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gero Wiechens: Wir haben uns natürlich auch die Geschäftsanteile angeschaut. Wir haben uns nicht angeguckt, ob die Sicherheiten für dieses Rettungspaket sozusagen noch werthaltig sind. Wir machen ja keine laufende Kreditprüfung oder Sicherheitenprüfung von Kreditgebern der HRE, ob deren Sicherheiten noch werthaltig sind. Das ist ja originäre Aufgabe der anderen Seite, nämlich der kreditgewährenden Institute bzw. des Bundes. Wir haben uns sozusagen angeschaut: Sind die Vermögensgegenstände der HRE noch werthaltig und, wenn ja, zu welchem Betrag sind sie dann mit dem sachgerechten Betrag im Abschluss angesetzt worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr, Herr Troost? - Dann gebe ich Herrn Jörg-Otto Spiller für die SPD-Fraktion das Wort.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Wiechens, ich möchte doch noch einmal auf die etwas ungewöhnliche Tatsache zurückkommen, dass während des Geschäftsjahres der Wirtschaftsprüfer gewechselt wird. Ich habe das nicht richtig verstanden. Was war der Grund dafür?

Zeuge Gero Wiechens: Der Grund war, dass im November die HRE, beginnend im Oktober mit dem Dr. Wieandt, mit dem Dr. Franzmeyer und dem Herrn Krings, einen neuen Vorstand bekommen hat. Im November hat die HRE dann auch einen neuen Aufsichtsrat bekommen. Aufgrund dieser Neubesetzung der Organe der Bank war es dann auch der Wunsch, dass ein verantwort-

licher Abschlussprüfer die Prüfung leitet, der sozusagen auch diesen Neuanfang symbolisiert bzw. mitgehen kann, der da einfach mit einem frischen Blick auf die Dinge auch die Prüfung für das Jahr 2008 zu Ende bringt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Formal, wenn ich das richtig sehe, unterzeichnet die KPMG als Gesellschaft das Testat. Die wird vertreten durch zwei Wirtschaftsprüfer. Oder ist das so, dass Sie persönlich, der Sie mehr oder weniger zufällig einer solchen Gesellschaft angehören, dieses Testat erteilen, oder ist es die Gesellschaft KPMG?

Zeuge Gero Wiechens: Beauftragt von der Hauptversammlung wurde die Gesellschaft, die KPGM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. In Deutschland unterschreibt neben einer Gesellschaft immer ein Wirtschaftsprüfer mit seinem Namen. Das ist in Deutschland einfach so geregelt im Unterschied zum angelsächsischen Rechtsraum, wo die Gesellschaften unterschreiben.

Wir als KPMG haben eine Regelung intern getroffen, dass grundsätzlich zwei Wirtschaftsprüfer das Testat unterschreiben. Theoretisch wäre vom Gesetz her *eine* Unterschrift ausreichend. Wir haben das als Policy so geregelt, dass halt zwei Wirtschaftsprüfer für die Gesellschaft unterschreiben.

Jörg-Otto Spiller (SPD): War denn nach Ihrem Eindruck ein Motiv oder ein Grund für die Entscheidung des Aufsichtsrates, Sie anstelle Ihres Vorgängers zu beauftragen, dass die Bestätigungsvermerke, die zuvor erstellt worden sind, überhaupt nicht eingegangen sind auf die existenzgefährdenden Risiken des Unternehmens? Wenn man jetzt den Bestätigungsvermerk vom 9. April 2009 liest und ihn vergleicht mit dem Vermerk, der ein Jahr zuvor gemacht worden ist oder aber auch noch im Quartalsbericht Mitte 2008, da liegen ja Welten zwischen.

Zeuge Gero Wiechens: Es ist weder aus dem Vorstand noch aus dem Aufsichtsrat jemals ein Vorwurf an die unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer für die von Ihnen erwähnten Testate bzw. prüferischen Bescheinigungen 31.12.2007, 30.06.08 gemacht worden.

Hinsichtlich der fachlichen Frage Bestätigungsvermerk: Der Bestätigungsvermerk oder auch die prüferische Bescheinigung über die Durchsicht zum Halbjahres-

finanzbericht beurteilt, ob die Rechnungslegung sachgerecht abgebildet ist. Hinsichtlich der Risiken, die Sie angesprochen haben, ist in diesem Testat oder der prüferischen Bescheinigung überhaupt nicht einzugehen. Das ist im Prüfungsbericht zu machen. Das wurde im Prüfungsbericht zum 31.12.2007 auch schon intensiv gemacht. Von daher ist es nicht das Argument der Vergleichbarkeit zum 31.12.2007. Für dieses Testat war damals nicht erkennbar, dass ein Zusatz wie zum 31.12.2008 notwendig war. Er ist dann auch damals nicht anzubringen gewesen.

Von daher gibt es einfach zwei unterschiedliche Zeitpunkte. Entsprechend ist dann auch unterschiedlich zu beurteilen, ob es einen Zusatz oder keinen Zusatz gibt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Sowohl der Bestätigungsvermerk zum Geschäftsbericht 2007 als auch Ihrer zum Geschäftsbericht 2008 beziehen sich nicht nur auf den Jahresabschluss, sondern beziehen sich ausdrücklich auch auf den Lagebericht. Ein ganz wesentlicher Bestandteil des Lageberichtes ist die Darstellung der Risikolage und der Liquiditätslage. Es trifft doch einfach nicht zu, was Sie gesagt haben, dass Sie sich mit dem Lagebericht nicht befasst haben. Das Testat bezieht sich auf den Lagebericht.

Zeuge Gero Wiechens: Es ist völlig richtig, dass sich das Testat auf den Lagebericht bezieht. Mir ging es darum, dass Einzelheiten und detaillierte Darstellungen zu Feststellungen und Empfehlungen hinsichtlich des Risikomanagements, auf das Sie ja abzielen, in den Prüfungsberichten gemacht worden ist. Mit dem Testat wird gesagt, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, der im Einklang mit dem Jahresabschluss steht, ein zutreffendes Bild von der Vermögens- und Finanzlage und der Ertragslage und der Lagebericht von der Lage der Gesellschaft und auch von den Chancen und Risiken widerspiegelt. Aber das Sollobjekt, gegen den Sie den Jahresabschluss und den Lagebericht halten, sind die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Welche Funktion hat denn der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers in dem nach dem Aktiengesetz veröffentlichungspflichtigen Geschäftsbericht eines Unternehmens?

Zeuge Gero Wiechens: Das Testat gibt Auskunft darüber, ist eine Stellungnahme darüber, inwieweit die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, der Anhang und auch der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Wenn diese Bestandteile den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Jahresabschluss sachgerecht abgebildet ist und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage abgibt, dann gibt es einen sogenannten positiven Bestätigungsvermerk. Das heißt also, es wird gesagt - positiv ausgedrückt -, dass der Einklang besteht. Der Lagebericht ist davon genauso umfasst: dass auch im Lagebericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften die Angaben gemacht worden sind.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Hat sich denn der neue Aufsichtsrat dazu geäußert, ob er die von Ihren Vorgängern - ganz ähnlich, wie Sie das selbst gemacht haben - gewählten Formulierungen, dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss stehe und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittele - - dass das offenbar nicht zugetroffen hat, was die vorangegangenen Berichte anging? Da war ja von einer realistischen Einschätzung der Risiken, wie sich im Nachhinein herausstellt, eigentlich nichts zu spüren.

Zeuge Gero Wiechens: Zielt jetzt Ihre Frage darauf, was der Aufsichtsrat dazu gesagt hat, oder, ob der Abschluss im Einklang mit den Risiken stand?

Jörg-Otto Spiller (SPD): Der Wunsch der Gesellschaft, den Wirtschaftsprüfer zu wechseln, kann doch wohl nur vom Aufsichtsrat gekommen sein und nicht vom Vorstand. Es setzt doch wohl nicht der Vorstand den Wirtschaftsprüfer ein.

Zeuge Gero Wiechens: Nein. Es gab, wie ich es eben schon einmal gesagt habe, keinerlei - zu keinem Zeitpunkt und bis heute nicht - Aussagen des Aufsichtsrats, aber auch nicht des Vorstandes, dass mit dem Abschluss 2007 irgendwelche Fehler verbunden seien oder mit dem Halbjahresfinanzbericht zum 30.06.2008 irgendwelche Fehler verbunden seien, auch nicht persönliche Fehler der verantwortlichen Wirtschaftsprüfer für diese gerade genannten Abschlüsse.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und in der KPMG hat es auch keine Debatten darüber gegeben?

Zeuge Gero Wiechens: Es gibt keinerlei interne Debatten über dieses Thema. Wenn ich das Wort Debatte mit Vorwurf ergänzen kann: auch die nicht.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben gehört, dass das zentrale Problem die Liquiditätssituation bei der DEPFA war, was zur Rettung der Hypo Real Estate geführt hat. Gab es neben dem Liquiditätsproblem bei der DEPFA auch ein Problem mangelnder Kapitalisierung bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe und, wenn ja, ab wann?

Zeuge Gero Wiechens: Die erforderlichen Eigenmittelausstattungen der Hypo Real Estate waren zu dem Zeitpunkt der DEPFA-Übernahme, zum 31.12.2007, sie waren aber auch noch zu den Quartalsstichtagen 31.03., 30.06. und 30.09. gegeben. Sie waren auch noch zum Abschlussstichtag 31.12.2008 erfüllt. Also in dem Sinne und in dem Zeitablauf der Ereignisse ist sozusagen die Unterkapitalisierung, auf die Sie gerade abgezielt haben, nicht Gegenstand der Insolvenz bzw. der Schieflage der Hypo Real Estate.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann würde man denn von einer Unterkapitalisierung sprechen?

Zeuge Gero Wiechens: Das Aufsichtsrecht definiert gewisse Eigenkapitalquoten und damit natürlich auch in absoluten Beträgen Eigenmittel, die vorzuhalten sind. Die Grenzen sind so, dass Eigenmittel insgesamt in Höhe von 8 Prozent in sogenannten risikogewichteten Aktiva vorzuhalten sind. Dann gibt es das sogenannte Kernkapital, neu-deutsch jetzt Tier 1 Capital, was mindestens 4 Prozent entsprechen muss. Das sind die aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Entsprechend diesen Vorgaben ist Ihre Frage zu beantworten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn ich von Unterkapitalisierung rede, dann bezieht sich das auf diese aufsichtlichen Kennziffern, die Sie gerade genannt haben?

Zeuge Gero Wiechens: Das ist bei Kreditinstituten das Kriterium.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jetzt von den Bilanzstichtagen gesprochen. Hat es von dem einen zum anderen im Jahr 2008, zwar oberhalb der aufsichtlichen Norm liegend, aber trotzdem eine Verschlechterung gegeben?

Zeuge Gero Wiechens: Das kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht beantworten. Das muss ich nachschauen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das mit den Unterlagen, die Sie dabei haben, tun?

Zeuge Gero Wiechens: Ich könnte mal kurz reinschauen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Es gibt hier eine Anhangangabe in dem Abschluss, der die Quartalsübersicht darstellt, nämlich auf Seite 190 des Konzernabschlussprüfungsberichts, und darin konkret der Jahresabschluss. Da gibt es eine Fußnote 87, Quartalsübersicht. Da ist die Kernkapitalquote aufgeführt zum vierten Quartal 2007 und dann über die Quartale 2008. In der gibt es eine gewisse Volatilität. Es sind 8,5 Prozent zum 31.12.2007, 7,8 Prozent erstes Quartal 2008, 8 Prozent dann zweites Quartal, 6,7 im dritten Quartal und 6,2 im vierten Quartal; das heißt jeweils über der von mir angesprochenen 4-Prozent-Quote. Das ist in dem Abschluss, den die Hypo Real Estate veröffentlicht hat, nachzulesen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte Unterlagen anders gelesen und das mit der Unterkapitalisierung anders zugeordnet. Darauf müssen wir nachher vielleicht noch einmal in vertraulicher Sitzung eingehen.

Ein anderer Fragenkomplex. Hätte man nicht eigentlich auf den Goodwill DEPFA schon per 31.12.2007 in den Büchern HRE Holding eine Abschreibung vornehmen müssen, nachdem man im Zuge der Finanz-

marktkrise gesehen hat, dass sich gerade an dem, wo die DEPFA ihr Geschäftsmodell hat, relevant etwas ändert, nämlich an den Refinanzierungsmöglichkeiten und den Ertragsmöglichkeiten daraus?

Zeuge Gero Wiechens: Die DEPFA-Akquisition wurde ja am 2. Oktober 2007 vollzogen. Zu dem Zeitpunkt wurden die Vermögensgegenstände Schulden, auch Eventualverbindlichkeiten, zuvor nicht angesetzte immaterielle Vermögenstatbestände komplett neu bewertet. Dann wird sozusagen diesem Wertansatz der Kaufpreis entgegengestellt. Die Residualgröße ist der Goodwill. Das heißt, diese Größe wurde in Höhe von 2,4 Milliarden am 02.10.2007 aktiviert. Grundlage waren Wertgutachten. Dann ist es völlig richtig, dass man natürlich zu einem Bilanzstichtag, wie vorhin auch ausgeführt, für alle Vermögenswertgegenstände noch einmal die Werthaltigkeit überprüft.

Aber es war jetzt gerade einmal etwas weniger als drei Monate nach der Akquisition. Zu dem Zeitpunkt hatte sich hinsichtlich des Geschäftsmodells und hinsichtlich der Überlegungen, auch strategischen Überlegungen hinsichtlich der Akquisition noch nicht so viel geändert, sodass entsprechende - ich sag jetzt mal - Planungsrechnungen noch nicht darauf hingewiesen haben, dass der Goodwill nicht mehr werthaltig war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es solche Ansätze dafür, das zu korrigieren, nach dem ersten oder dem zweiten Quartal gegeben? Wir sehen ja eine massive Verschärfung der Finanzkrise und durchaus erste Probleme bei einem Staatsfinanzierer wie der Düssel Hyp, sodass man sich ja fragen kann, ob das noch so werthaltig ist, wie man das in den rosaroten Zeiten davor gesehen hat.

Zeuge Gero Wiechens: In diese Diskussion war ich nicht involviert. Als ich im Dezember 2008 das Mandat übernommen hatte, waren der Goodwill und die weiteren immateriellen Vermögensgegenstände bereits abgeschrieben, weil zum 30.09.2008 diese Abschreibung erfolgt ist. Das heißt, es war für mich jetzt von der prüferischen Seite nicht relevant, ob das schon zum ersten, zweiten oder dritten Quartal hätte sein müssen. Ich glaube auch nicht, dass es zu dem Zeitpunkt hätte erfolgen müssen. Insofern

war das jetzt prüferisch: Für den Jahresabschluss ist die Abschreibung erfolgt.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Die Zeit ist um. Ich darf nunmehr fragen, ob es in der zweiten Runde weitere Fragen gibt. Die CDU/CSU? - Keine Fragen. Die FDP? - Keine Fragen. Die SPD schüttelt auch den Kopf. - Herr Dr. Troost auch nicht. - Herr Schick, dann sind Sie wieder dran.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Was ich noch nicht verstanden habe: Der Bund hat sich ja praktisch die Aktien der Tochtergesellschaften als eine Sicherheit geben lassen. Wir haben jetzt gelernt, es gibt verschiedene Verflechtungen zwischen verschiedenen Tochtergesellschaften. Ich lese es auch so, dass praktisch, sobald der eine kippt, eigentlich alle kippen. Was für einen Wert haben dann diese Aktien der Tochtergesellschaften für den Fall, dass die Hypo Real Estate pleitegehen würde? Man muss dann ja sowieso davon ausgehen, dass alles irgendwie den Bach runtergeht.

Zeuge Gero Wiechens: Was gemacht worden ist zum Stichtag 31.12.2008, ist: Für den Einzelabschluss der HRE Holding AG sind die Wertansätze der Beteiligungen überprüft worden, jetzt nicht mehr auf Konzernebene, sondern auf Einzelabschlussenebene. Sie haben sozusagen die Holding als Mutterunternehmen. Dann sind darunter - ich nenne es jetzt einmal so - die drei wesentlichen Beteiligungen HRE Bank, DEPFA Pfandbriefbank und die DEPFA Bank plc in Dublin. Der Wertansatz dieser Beteiligungen wurde entsprechend überprüft, und in dem Jahresabschluss, den die HRE Holding AG nach HGB veröffentlicht hat, sehen Sie eine Abschreibung auf diesen Beteiligungsbuchwert. Insofern gab es eine Wertüberprüfung zu diesem Stichtag, und Sie sehen dann sozusagen auch die Wertansätze für diese Beteiligung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das gilt praktisch für alle Tochtergesellschaften, weil die alle dem Bund als Sicherheiten übertragen worden sind? Hat man das bei jeder praktisch überprüft? Oder gibt es da Ausnahmen?

Zeuge Gero Wiechens: Das ist gemacht worden für die Einzelabschlüsse, in denen

die Beteiligungen der Töchter aufgehängt worden sind und für die dann jeweils Jahresabschlüsse aufgestellt worden sind. Ich habe jetzt sozusagen die drei signifikanten Töchter der HRE Holding AG erwähnt, weil ich diesen Abschluss auch unterschrieben habe. Auf der Ebene ist das dann gemacht worden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich hatte davor noch eine andere Frage gestellt, sozusagen um einschätzen zu können: Wie muss ich das denn bewerten, dass der Bund da etwas an Sicherheit hat? Denn so eine Sicherheit ist ja nur dann für den Bund wichtig, wenn seine Vertragspartner Hypo Real Estate Holding in Schwierigkeiten kommt. Dann greife ich auf Sicherheiten zurück. Ansonsten bedient er das, was er mir zugesagt hat, selber.

Wenn die Hypo Real Estate Holding pleitegeht, was ist dann noch von den Tochtergesellschaften übrig? Also, welchen Wert haben diese Sicherheiten jetzt nicht aus der Perspektive der Holding, sondern aus der Perspektive des Bundes? Ich glaube, dass wir mit Zitronen gehandelt haben, weil im Fall einer Pleite von diesen Tochtergesellschaften nichts mehr übrig wäre. Da ist meine Frage - -

(Nina Hauer (SPD): Es gibt aber keine Pleite!)

- Hier gibt es eine andere Einschätzung. Aber das sollte Sie nicht beunruhigen.

(Nina Hauer (SPD): Gibt es eine Pleite oder nicht?)

- Nein, nein, nein, ich glaube, das ist eine relevante Frage.

Zeuge Gero Wiechens: Das ist eine hypothetische Frage, weil das auch nicht Gegenstand der Aufgabe des Wirtschaftsprüfers ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie sind aber auch Experte und können sagen, was da passiert ist.

Zeuge Gero Wiechens: Sie stellen ja eine hypothetische Frage, was zu einem gewissen Zeitpunkt - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Wiechens, Sie sind als Zeuge geladen, nicht als Experte, nicht als Sachverständiger - das muss ich der Korrektur halber hin-

zufügen -, als Zeuge, der einen bestimmten fachlichen, sachlichen Hintergrund hat - das ist unbestritten -, aber eben nicht als Sachverständiger. Diese Unterscheidung machen wir im Untersuchungsausschussbereich. Das wollte ich einfach nur, damit das nicht falsch ins Protokoll gerät, korrigieren.

Herr Schick, Sie haben noch etwas von Ihren sieben Minuten.

Zeuge Gero Wiechens: Was heißt das jetzt für die Frage?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt für die Frage, dass ich die Antwort noch immer nicht richtig verstanden habe. Sie haben ja meine Frage wahrgenommen und können wahrscheinlich dazu etwas sagen.

Zeuge Gero Wiechens: Meine Frage ging dahin, was der Unterschied zwischen Zeuge und Sachverständiger ist. - Ihre Frage zielt ja darauf hinaus, was zu einem gewissen Zeitpunkt x diese Sicherheiten wert sind. Die Aufgabe des Wirtschaftsprüfers ist ja, zu einem Stichtag, der genau definiert ist, 31.12.2008 oder auch an einem Quartalsstichtag, zu sagen, wie die wirtschaftlichen, finanziellen Vertragsverhältnisse eines Unternehmens, eines Konzerns sind. Von daher glaube ich, dass ich sozusagen keine Antwort auf Ihre Fragen geben kann, weil sie erstens eine hypothetische Frage ist und zum anderen auf einen ganz anderen Zeitpunkt abzielt, als auf den, für den ich tätig bin.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. - Die Wertpapiere, die bei dem zweiten Rettungsvermerk von 60 Milliarden Euro als Besicherung genutzt wurden, stehen die nach wie vor ganz normal in den Bilanzen der Holding oder von Tochtergesellschaften der Holding, oder sind die jetzt woanders gebucht, also in eine Zweckgesellschaft oder einem Treuhänder übertragen, sodass sie in der Bilanz gar nicht mehr auftauchen?

Zeuge Gero Wiechens: Die sind nach wie vor in der Bilanz der Einzelunternehmen, weil Sie auf Konzernebene sozusagen Beteiligungsbuchwerte gegen das anteilige Eigenkapital eliminieren. Das ist aber jetzt Rech-

nungslegung und führt wahrscheinlich zu weit.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich glaube, ich habe das Notwendige verstanden. Danke. - Wenn die als Besicherung benutzt worden sind, wie ist dann diese Besicherung sichergestellt? Ich habe verstanden, dass sie zur Besicherung eines Kredits von einem Konsortium verwendet worden sind. Wenn die ganz normal bei der Hypo Real Estate auf der Bilanz liegen, wie kann dann das Konsortium aus Banken und Versicherungen, welches das als Sicherheit genommen hat, darauf zugreifen?

Zeuge Gero Wiechens: Das ist jetzt eine juristische Fragestellung, wie und in welcher Form die abgetreten, übereignet etc. worden sind.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Gero Wiechens: Ich sage jetzt mal: Für eine Bilanzierung sind die Anteile ja nach wie vor da. Für einen Konzernabschluss sind sozusagen die Konzernbeziehungen nach wie vor da. Entsprechend ist sozusagen die Frage Sicherheit und Übereignung losgelöst zu betrachten von Aufstellung eines Konzernabschlusses, Aufstellung eines Einzelabschlusses und Beurteilung der Werthaltigkeit der Beteiligungsansätze in diesen Abschlüssen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Wiechens. - Jetzt hatte sich Herr Dautzenberg gemeldet.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, darf ich vielleicht auch für meine Fraktion eine geschäftsleitende Bemerkung machen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gerne.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nachdem wir Herrn Schick ein großes Fragerecht im öffentlichen Teil eingeräumt haben, sollten wir die Beweisaufnahme im öffentlichen Teil abschließen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns selber beschränken wollten und nicht in noch weiteren Nachtsitzungen das fortsetzen wollten, weil auch die Kollegen

und ich selbst morgen Termine haben. Ich selbst habe morgen früh um 8 Uhr das Finanzmarktgremium und um 11 Uhr eine Rede- und Verpflichtung im Bundestag. Wenn Herr Schick und Kollegen aus anderen Fraktionen noch einen nichtöffentlichen Teil möchten, sollten wir uns auf eine Berliner Stunde beschränken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich unterstütze diesen Vorschlag. - Frau Hauer unterstützt ihn auch. - Herr Schick, Sie haben auch genickt. Dann stelle ich fest: Die öffentliche Beweisaufnahme bezüglich der Einvernahme des Herrn Wiechens ist beendet.

Ich stelle ferner fest: Einvernehmlich beschließt der Ausschuss, die öffentliche Einvernahme von Herrn Wiechens im nicht-öffentlichen Teil auf eine Berliner Stunde zu beschränken - mit dem Fragerecht der Fraktionen untereinander, wobei ich davon ausgehe, dass die Fraktionen selbst in eigener Selbstdisziplin entscheiden, ob sie Fragen zu stellen haben oder nicht.

Dann darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Wiechens, für Ihre Bereitschaft danken, im öffentlichen Teil zur Verfügung zu stehen.

Ich bitte gleichzeitig, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung:
1.40 Uhr)

Deutscher Bundestag
16. Wahlperiode
2. Untersuchungsausschuss
Eing.: 20. Juli 2009
Sekretariat: 2,1 2.U



Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss der
16. Wahlperiode

Herrn
Prof. Dr. Hans Tietmeyer

out f. audg. Prot.

10/20/2

Sehr geehrter Herr Meyer!
Beigefügt sende ich die von mir
herausgegebene Fassung zurück. Ich hoffe,
dass meine Korrekturen beson. auch
Mit freundlichen Grüßen
Thomas Meyer 17/7.09

Berlin, 9. Juli 2009
Geschäftszeichen: PA26

Anlage: 1

Leiter des Sekretariats

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-39217
Fax: +49 30 227-30084
2.ua@bundestag.de

Dienstgebäude:
Dorotheenstraße 88
10117 Berlin

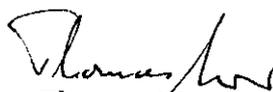
**Stenografisches Protokoll der 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am Donnerstag, dem 2. Juli 2009;
Zusendung des Protokollteils Ihrer Vernehmung**

Sehr geehrter Herr Professor Tietmeyer,

anliegend erhalten Sie den Protokollteil Ihrer Vernehmung in der öffentlichen Sitzung vom 2. Juli 2009.

Wie Ihnen in der Sitzung bereits vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, haben Sie die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen - nach Zugang des Schreibens - Korrekturen und Ergänzungen an dem Protokollteil vorzunehmen. Diese werden dann der endgültigen Fassung des Protokolls beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Thomas Meyer

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen. - Herr Tietmeyer, zwei Bemerkungen. Die eine, bevor wir zur Sache kommen, ist: Nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie die Möglichkeit, aus Ihrer Sicht zu dem Beweisthema zusammenhängend ein Statement, eine Zusammenfassung, eine Erklärung abzugeben. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich dafür zu entscheiden, dass Sie ausschließlich auf meine Fragen bzw. die meiner Kollegen aus dem Ausschuss antworten möchten. Haben Sie dazu eine Entscheidung getroffen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Sie einverstanden sind, würde ich ein paar einleitende Bemerkungen machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr gerne.

(Zuruf: Bitte das Mikrofon benutzen!)

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich bitte um Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist vollkommen in Ordnung.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sehen Sie, ich kenne den Deutschen Bundestag zwar schon lange, aber noch nicht in dieser Umgebung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ferner darf ich Sie bitten, Herr Tietmeyer, das Mikrofon ein wenig zu sich heranzuziehen, weil wir ansonsten Schwierigkeiten hätten, Ihren Ausführungen zu folgen.

Zunächst zur Person: Wenn Sie mir bitte Ihren vollständigen Namen und eine laudungsfähige Anschrift nennen möchten.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mein Name ist Hans Tietmeyer. Ich wohne in Königstein-Falkenstein, Reichenbachweg 15 b. Sie haben mich richtig angeschrieben, und ich habe den Brief erhalten. Insofern kann ich das nur bestätigen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann danke ich Ihnen. Es war auch mehr fürs Protokoll als aus Unkenntnis des Sekretariats. - Dann bitte, Herr Tietmeyer, Ihr Statement.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich wollte nur ein paar Bemerkungen machen. Zunächst bedanke ich mich für die Begrüßung und auch für die Belehrung über die Aufgabe des Ausschusses. Ich habe das übersandte Mandat natürlich sorgfältig gelesen und habe mich dann gefragt: Was kann ich eigentlich dazu leisten? Denn ich bin seit Ende 1989 nicht mehr im Bundesministerium der Finanzen tätig und habe auch keinen Kontakt/dahin ~~wie sollte ich, und warum sollte ich auch?~~, und zweitens: Seit dem September 1999 bin ich nicht mehr in der Bundesbank tätig, sondern bin außer Diensten, sozusagen als ein Pensionär.

So habe ich weder Kenntnisse ~~das will ich sagen~~ über Vorgänge in und zwischen den Häusern, noch habe ich Kontakte zu den für die Aufsicht Zuständigen gehabt. Ich habe lediglich im Oktober 2008 zwei kurze Telefongespräche mit Herrn Weber und Herrn Zeitler geführt. Dabei ging es jedoch nur um deren Einschätzung zu dem Hilfspaket für HRE und zur vorgesehenen Mitwirkung der Bundesbank an der vorgesehenen Übergangsfazilität von 200 Milliarden.

Zur Hypo Real Estate selbst hatte ich im Übrigen nur eine recht kurze Beziehung. Ich war zwar rund sechs Monate Mitglied im dortigen Aufsichtsrat - ich bin nämlich am 27.05.08 gewählt worden und am 16.11.08 zurückgetreten -, ich hatte jedoch eigentlich nur knapp zwei Monate engeren Kontakt mit den Vorgängen bei Hypo Real Estate, und zwar in der Zeit zwischen der Sitzung am 22./23. September bis zu meinem Rücktritt.

Ich will erläutern, warum das der Fall ist. Ich bin, wie ich schon sagte, am 27.05. durch die Hauptversammlung gewählt worden. Die erste Aufsichtsratssitzung fand am 24.06. in München statt. Dabei wurde über vieles gesprochen; es ~~war ein~~ relativ positiver Bericht über die Entwicklung der Bank. Dabei wurde auch über das DEPFA-Kreditportfolio gesprochen, mit Hinweis auf ein positives Refinanzierungsprofil, aber keinerlei Hinweisen auf Probleme. Ich habe noch mal im Protokoll nachgesehen. Ich kann jedenfalls nicht entdecken, dass/dort irgendein Hinweis ~~war~~.

Dagegen war die zweite Aufsichtsratssitzung am 22. September 08. Ich brauche

Tietmeyer
Tietmeyer
Tietmeyer

Tietmeyer

1

Hypothek

Hypothek

Tietmeyer
Tietmeyer
Tietmeyer

asked by senior and important personality from the banking community to remain in his position. In his view the supervisory board was not always appropriately informed, especially not before 22nd of September.

ins

Und dann habe ich gesagt:

He reiterated his independent decision to step down and clarified that in his view he acted appropriately at all times.

Und dann haben sich auch die anderen Herren - Korteweg, Heintzeler, Kolbeck, van der Ende und Quinn - diesem Rücktritt angeschlossen. Das gilt auch für Professor Casper, der das schon am Tag vorher aus USA mitgeteilt hatte.

Wichtig ist mir, dass in dieser Sitzung auf unsere Initiative hin/festgelegt wurde - und ich zitiere -:

Für mich

The supervisory board in its present composition shall receive a copy of the report on the investigation against the management board as initiated in October.

1-1 of
Für 11. November
12. 2008
Frankfurt

Um es deutlich zu sagen: Uns lag daran, dass wir sozusagen durch eine neutrale Instanz eine Information über diese Untersuchung bekommen, wie weit das Management richtig gehandelt hat oder nicht. Ich muss sagen: Bis heute habe ich allerdings keine Information darüber erhalten. Ich wende mich im Augenblick auch gar nicht dorthin.

1-1 of

So viel zu meiner Tätigkeit bei HRE.

Möglicherweise werden Sie mich ja auch noch fragen wollen, wie meine Beziehungen zur DEPFA waren. Da will ich/nur so viel sagen: Zunächst einmal habe ich nach meinem Ausscheiden aus der Deutschen Bundesbank kein einziges Mandat angenommen, weil es in der Bundesbank eine Karenzfrist für zwölf Monate gibt.

Für mich

Erst nach Ablauf der zwölf Monate habe ich dann ein Angebot angenommen, und zwar bei DEPFA/Man hatte mich dort gebeten, und ich bin dort Mitglied geworden. Aber es kam dann schon im Jahre 2002 zu einer Trennung zwischen der alten DEPFA -- nicht der Trennung der alten DEPFA, sondern Aufspaltung der alten DEPFA in zwei Gesellschaften: Aareal auf der einen Seite, die in Wiesbaden blieb, und DEPFA plc, die nach

Für mich
Wiesbaden

H-1 of

Dublin ging. Man hatte mich dann gebeten, ~~nicht in den Aufsichtsrat, sondern~~ als Non-Executive Board Member zur DEPFA plc in Dublin zu gehen.

1-1 of
H-1 of

Jetzt will ich zunächst nur so viel zur DEPFA-Entwicklung sagen: Zunächst einmal gab es in den Jahren 2002 bis 2004 eine sehr gute Performance, und zwar besser als der Durchschnitt der europäischen Banken. 2005/2007 gab es ein ~~bis~~ geringere Ergebnisse. Das war sicher auch das Ergebnis der relativ flachen Zinskurve. Dann haben wir im Jahre 2006/2007 mehrfach eine Strategiediskussion gehabt. ~~Auch die Non-Executive Members haben sogar in einer Sondersitzung darüber nachgedacht: Ist es eigentlich richtig, die DEPFA plc weiter so zu führen? Und wir kamen zu dem Ergebnis: Nein, wir müssen hier ernsthaft wohl doch breiter ansetzen. Die DEPFA plc, so gut sie ist, ist aber verwundbar. Und genau das ist der Punkt.~~

1-1 of
die Zinskurve
gleich

1-1 of

H-1 of
H-1 of

Wir haben dann einen Auftrag an Goldman Sachs gegeben, und zwar im Frühjahr 2007. In einer Sondersitzung des Boards im Juli 07 wurde dann dem Vorschlag von Goldman Sachs zugestimmt. Übrigens: Das Projekt hieß damals „Symphonie“ (?). Und das Interessante - so ist das ja immer bei solchen Dingen, da ~~wird~~ dann ja ein Name gesucht - ist: Dann werden die Namen bewusst auch ein bisschen verzerrt. Da hieß Hypo Real Estate „Händel“ - in dieser „Symphonie“ (?) ist das natürlich eine besonders aparte Geschichte, und die DEPFA hieß „Debussy“. Man musste immer, wenn man etwas las, genau daran denken: Wer ist das eigentlich/wer da gemeint ist?

1-1 of
das Man
muss
hat

H-1 werden
= Debusman
= jener
= j

1-1 of

Wie auch immer, das Ergebnis war Zustimmung zu diesem Vorschlag. Den Vorschlag von Goldman Sachs habe ich mir noch mal genau angesehen, mit all den Argumenten für/gegen, Untersuchungsergebnissen, Due Diligence usw. ~~low~~. Wir haben dann gesagt: Okay. Wir sind damit einverstanden, dass es zu diesem Merger kommt. - Übrigens gab es ~~bei~~ auch insgesamt zwölf Kontakte von Goldman Sachs mit verschiedenen anderen Banken.

H-1 of

H-1 zu mir

Ich selbst will sagen - und das ist für mich schon wichtig -: Am 5. Oktober 2007 habe ich dann mein Mandat bei DEPFA niedergelegt ~~selbstverständlich, denn das endete dann ja~~. Ich bin ~~seit~~ dem 5. Oktober 07 bis formal zum 27. Mai 08 - „formal“ sage ich deswegen, weil ich dann ~~dort~~ als Aufsichtsratsmitglied gewählt wurde ~~Ich habe ihnen~~

1-1 of
H-1 zu mir

H-1 bei HRE
H-1 of

H 11
H mirge: b. h. i. g. u. b.
nur informiert worden, dass das vorgesehen wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, war die Tatsache entscheidend, dass man erstens möglichst in den englischsprachigen Bereich hineinwollte. Man wollte in den internationalen Bereich hinein. Dann wurde natürlich auch gesagt: Die Steuersituation für die Bank ist dort offenbar noch immer günstiger. Sie wissen ja, dass Irland ein Steuerprivileg angeboten hatte, was hinterher allmählich abgebaut wurde. Aber mir ist nicht bekannt gewesen, dass es irgendwo aufsichtsrechtliche Gründe oder so etwas/r. Jedenfalls ich habe davon nie etwas gehört.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also die möglicherweise laxere - das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen - oder gar irische Aufsicht ist nicht als Argument sozusagen - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jedenfalls ist das bei mir nicht gelandet. Ich bin darauf nie angesprochen worden, und für mich war das auch kein Thema.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gab es denn während Ihrer Zeit Ihnen bekannte Beanstandungen der irischen Aufsicht gegenüber der DEPFA plc?

H 11
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mir nicht/bekannt, nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihnen nicht bekannt. - Als nun im Jahre 2007 das Marktumfeld schwierig wurde, wie hat denn der Aufsichtsrat darauf reagiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wann?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: 2007. Sie sagten, Sie hätten sich einmal zusammengesetzt, weil Sie gesagt hätten, aus Ihrer Sicht sei das DEPFA-Modell in sich gesehen korrekt, allerdings nicht, wie Sie eben auch hinzugefügt haben, in inversen Zinssituationen. Ab 2007 wurde das Marktumfeld ja - so sehe ich das jedenfalls - ein wenig angespannter oder enger. Was ist da passiert? Haben Sie da als Aufsichtsrat reagiert, haben Sie da zu dem damaligen Vorstand gesagt: Mach weiter so? Oder welche Möglichkeiten der Umsteuerung haben Sie dort gesehen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Zunächst einmal sage ich: Wir haben darüber nachgedacht, das Strategiekonzept ein bisschen weiterzuentwickeln. Da kam das Thema: Sollen wir nicht statt nur in die Staatsfinanzierung auch in die Infrastrukturfinanzierung hineingehen? Das war die andere Frage: international. H 11 H 11

Aber es kam dann die Frage: Sind wir eigentlich auf Dauer nicht doch gefährdet? Denn es gibt ja Dexia und Fortis; das waren ja die beiden großen anderen. Sind wir auf Dauer nicht gefährdet, wenn wir uns nicht mit jemand anders in einem größeren Verbund bewegen? Deswegen/das Mandat an Goldman Sachs, nun zu versuchen, ob und welche möglichen Partnerschaften oder Kooperationen es im Einzelnen gibt. Ich könnte Ihnen sogar sagen, wie das Mandat an Goldman Sachs aussah. T. d. u. m. g.

Jetzt weiß ich es nicht mehr genau, ich hatte es - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Aber wie auch immer, dort hatten wir genau gesagt, welche Punkte geprüft werden sollten. Die haben dann insgesamt mit einer ganzen Reihe von Banken informelle Kontakte aufgenommen und haben uns dann die gesamte Unterlage hier präsentiert, indem sie auch die Kontakte mit der gesamten Liste der Banken aufgezeigt haben. Das war sozusagen - unsere Zielrichtung war eine breitere: Die Bank aus dieser Isolierung oder aus dieser Staatsfinanzierung und der Abhängigkeit von den Bankenverhältnissen in einen größeren Verbund hineinzubringen, um stärkere Balancen zu haben. Das war eigentlich die Motivation, die wir hatten. Ich gestehe, dass ich persönlich etwas überrascht war, als Goldman Sachs dann mit dem Vorschlag „Hypo Real Estate“ kam. Das hatte bei mir jedenfalls nicht auf den Vorstellungen gestanden, die ich hatte, sondern da standen einige Londoner Banken. H 11 H 11

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Grundsätzlich war bis 2007 auch Identität zwischen Vorstand und Aufsichtsrat in der Auffassung: Ja zur kurzfristigen Refinanzierung?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja. Wir haben diese Problematik aber gesehen und haben sie auch diskutiert. Dann wurde uns aber immer wieder gesagt, dass man vor

H 11
H 11
T. d. u. m. g.

T. d. u. m. g.

T. d. u. m. g.

H 11
H 11
T. d. u. m. g.

H 11
H 11
T. d. u. m. g.

T. d. u. m. g.

allem mit flexiblen Finanzierungen, mit flexiblen Refinanzierungen und flexiblen Finanzierungszusagen operierte. Wir haben mehrfach darüber gesprochen: Ist das nicht eine riskante Geschichte?

Nun muss ich allerdings sagen: Niemand hat zu dieser Zeit daran geglaubt, dass die Geldmärkte insgesamt so kollabierten, wie sie dann kollabiert sind. Nun, darüber könnten wir jetzt lange reden, und darüber könnte ich Ihnen gerne einen Vortrag halten, wie es denn eigentlich zu dieser Krise gekommen ist, warum es denn dazu gekommen ist. Dann sind wir aber bei einer ganzen Reihe von ganz anderen Themen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Jetzt noch eine Geschichte zum Abschluss des Komplexes DEPFA. Ich habe gleich noch ein, zwei weitere Fragen, Herr Tietmeyer. Wir, sprich: der Ausschuss, hören heute noch einen Zeugen namens Stéphane Wolter. Herr Stéphane Wolter hat in einem Interview mit *Spiegel-Online* am 17. Juni Folgendes gesagt - Herr Stéphane Wolter ist nach eigenen Angaben Risikocoordinator bei der HRE gewesen; das muss ich da vielleicht noch hinzufügen -:

Mit dem Kauf der DEPFA war das Umfallen der HRE programmiert. Die Welle an kurzfristigen Verbindlichkeiten war schon beim Erwerb der irischen Tochter so stark, dass man nur noch beten konnte: Hoffentlich trocknet der Geldmarkt für die DEPFA nicht aus.

Teilen Sie diese Auffassung? Oder können Sie dazu Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kenne ja nicht die Situation von HRE. Jedenfalls kannte ich sie zu dieser Zeit überhaupt nicht. Ich dachte, die HRE hätte eine solche Finanzierung, die davon nicht abhängig sei; deswegen ja auch der Verbund mit DEPFA und HRE. Ich sage noch einmal: DEPFA hatte ein, wie ich glaube, sehr gutes Portefeuille. Das heißt, die Risikolage im Portefeuille - alle Risikoberichte, die ich gesehen habe, haben das gezeigt - war nicht ernsthaft gegeben, sondern die Problematik war die Finanzierungsstruktur. Die hing natürlich von der Marktentwicklung ab. Aber wenn sozusagen zwischen den dortigen Zinsen und den Zinsen dort -

(Der Zeuge macht eine Handbewegung)

- in der Tat eine Flexibilitätsregelung ist, dann ist das auch kein Risiko. Nichtsdestotrotz, wir haben gesagt, ~~wir brauchten eigentlich~~ wir sind verwundbar, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Profitentwicklung. Wir sind verwundbar, und deswegen ist es günstig, in einen größeren Kontext hineinzukommen. - Das war ja der Auftrag an Goldman Sachs.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Jetzt noch mal ein oder zwei Fragen zu Ihrer Tätigkeit bei der Hypo Real Estate. Der Ausschuss hat sich schon mehrfach auch mit Fragen - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vielleicht darf ich noch mal eben sagen: Die strategischen Optionen, die wir aus dem letzten Board Meeting von DEPFA hatten, und die wir dann in Auftrag gegeben haben, waren Joint Venture/Add On Acquisition, Mergers of Equal, Strategic Partner/Sale. ~~So, und dann wurde es im Grunde diese dritte Variante. Da ist es so, dass~~ sich vor allen Dingen Goldman Sachs ~~darauf~~ konzentriert hat. Ich wollte das nur sagen. Der Auftrag war nicht nur ein Merger mit irgendeinem, sondern wir hatten sehr wohl eine breitere Geschichte im Kopf, wobei ich schon gesagt habe, dass ich zunächst überhaupt nicht an Hypo Real Estate gedacht hatte. Nun gebe ich aber gerne zu, dass mir Hypo Real Estate zu dieser Zeit auch gar nicht sehr bekannt war; denn das war ja eine relativ neue Bank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. - Jetzt noch ein oder zwei Fragen zur Hypo Real Estate. Wann - Sie haben eben auch die zeitlichen Eckpunkte Ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit dort geschildert - wurde eigentlich der Aufsichtsrat über eine Sonderprüfung bei der Hypo Real Estate informiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe -- Ich weiß nämlich nicht einmal, ob ich sogar im September/davon erfahren habe oder ein paar Tage später. Da müsste ich jetzt genau nachsehen. Aber mit Sicherheit wusste ich nichts vorher, vor dieser berühmten Offenlegung im September. ~~Der~~ Abend dieser, wenn Sie so wollen, dramatischen Offenlegung der HRE-Liquiditätsprobleme - - Ich

Tietmeyer H-U

H best. ist, H-U

11 / 7 und gerne at unkl. H-U H-U

Tietmeyer H-U

Tietmeyer H-U

H-U das Problem

H-U 2. September 2008

H-U Ich meine das

bin nicht sicher, ob schon in dieser Sitzung etwas gesagt worden ist oder in einer der späteren Sitzungen. Das weiß ich nicht *genau*.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Jetzt gibt es eine hypothetische Frage - das weiß ich -, aber einem ehemaligen Bundesbankpräsidenten darf man sie vielleicht stellen. Hätte das Wort „Sonderprüfung“ von vornherein Ihre Alarmglocken klingeln lassen, oder hätten Sie gesagt: „Sonderprüfung ist etwas, was ich in meinem Leben auch schon zigfach kennengelernt habe“, um zu schauen, was denn letzten Endes dabei rumkommt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Mindestens hätte ich nachgefragt, wenn ich das Wort „Sonderprüfung“ gehört hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber ich habe das Wort „Sonderprüfung“ vorher nicht gehört. *Ich weiß nicht, wann ich mich nicht erinnern.*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Sie haben das Wort „Sonderprüfung“ nicht gehört. - Okay.

Ich weiß nicht.
Fin
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vorher/Entschuldigung, nach der dramatischen Nachtsitzung und/oder den dann folgenden Telefonkonferenzen, da kam das dann, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das habe ich auch so verstanden, Herr Tietmeyer, dass nach dem Zeitpunkt des ersten Rettungspaketes bzw. der vorbereitenden Daten die Frage der Sonderprüfung bekannt war. Wissen Sie denn noch aus Ihrer Tätigkeit, wie denn dann der Vorstand versucht hat, die Vorschläge, die Anweisungen, die Anforderungen der Banken auf sich umzusetzen? Hat es da auch Aussagen von Herrn Funke oder seinen Kollegen gegeben, wenn sie dann zu der Sonderprüfung etwas sagten? Oder haben sie einfach gesagt: Da ist alles im grünen Bereich?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe - ich weiß gar nicht genau, in welcher Sitzung - gehört, dass diese Sonderprüfung so gewesen sei, dass das nichts Tiefgehendes, Ernsthaftes, Weitergehendes ist, sondern

dass eine Reihe von Kritiken da sind, aber dass man sich darüber einig sei, dass man diese Kritiken schnell beseitigen könnte und wollte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ist Ihnen denn auch bekannt, dass Herr Fell, der damalige Finanzchef der HRE, noch am 25. September in einer Analystenkonferenz die Refinanzierungslage der Bank, also der HRE, als stabil bezeichnet haben soll? Haben Sie davon etwas gehört?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich ~~da~~ die Zeitung gelesen habe. Ich weiß nur eines: dass ich am 22.09. abends jedenfalls zum ersten Mal über die dramatische Situation bei HRE informiert wurde. *H2 in die*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Hat man Sie dann auch darüber informiert, dass die HRE bereits seit Februar wöchentlich und ab März täglich Liquiditätsberichte an die Bankenaufsicht übersenden musste?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, jetzt muss ich sagen: Das wurde uns ~~dann~~ immer in den Telefonkonferenzen mitgeteilt. Ich habe ja den Antrag gestellt: Ich möchte sogar eine Kopie dieses täglichen Berichtes haben. Leider kam der dann ~~1-1~~ *H später* hinterher wieder so/zwei, drei Seiten. Da habe ich gesagt: Nein, ich will eine einseitige Information haben. Die habe ich als solche - ~~kann ich mich nicht erinnern - nie bekommen. Ich habe immer Kopien des internen Liquiditätsstatus bekommen.~~ *1-1* *und* *Ich kann mich nicht erinnern* *Hand*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ist Ihnen während - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber wie gesagt, erst ~~immer~~ *1-1* später, in der dramatischen Situation. Ich rede jetzt über Oktober.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ja, okay.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich rede jetzt über Oktober.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen. - Jetzt noch eine Frage: Ist Ihnen während Ihrer HRE-Tätigkeit auch

rüber, wie dieses Problem bei der HRE und ob dieses Problem bei der HRE gelöst worden ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, dazu weiß ich gar nichts.

Dr. Volker Wissing (FDP): Was wissen Sie - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Dazu kann ich nur sagen, dass ich die Presse gelesen habe und natürlich auch immer wieder mal was gehört habe. Das war ja einer der Gründe, weswegen ich habe das eben angedeutet -, als der Name HRE als Partner für DEPFA oder als Übernehmer von DEPFA in Frage kam, es jedenfalls bei mir ein bisschen klingelte. „Ist das alles schon gelöst oder nicht?“, das war ja meine Frage. Ich habe mich dann noch mal im Aufsichtsrat erkundigt beim Management von DEPFA, und die haben mir gesagt: Das ist, soweit wir erfahren konnten - und auch die Goldman-Sachs-Leute haben das gesagt -, alles geregelt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und haben die Ihnen auch erklärt, wie das geregelt wurde?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß es nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie haben auch nicht nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, verzeihen Sie bitte. Das war ja nun ein Vorgang, der völlig anders war, nämlich die Frage, wie eigentlich hier die Aufgliederung zwischen den beiden Münchner Banken und den neuen Banken stattfand. Ich bin da überhaupt nicht involviert gewesen. Mich interessierte nur: Trägt die Hypo Real Estate noch alle Lasten? Und danach habe ich gefragt. Da wurde mir gesagt: Nein, das ist geklärt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie schätzen Sie das heute ein?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Weiß ich nicht. Verzeihen Sie, ich bin kein Wirtschaftsprüfer, um das genau zu sagen, wie die Bilanz dieser beiden Institutionen aussieht. Das kann ich nicht sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie in der Zwischenzeit noch mal mit Leuten gesprochen, die Ihnen Informationen hinsichtlich der alten Risiken der HRE gegeben haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie nach dem Zusammenbruch noch mal mit Leuten gesprochen oder mit Personen gesprochen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich darüber noch mal mit jemandem gesprochen habe. ~~Weiß ich nicht!~~

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, Sie wissen nichts darüber, ob diese Risiken heute noch bestehen oder nicht?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann das nicht sagen. Ich habe darüber keine Informationen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Professor Tietmeyer, können Sie uns darlegen, weshalb ein Zusammenbruch oder eine Insolvenz der DEPFA die HRE mit in den Abgrund gerissen hätte?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Was soll ich - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Weshalb hätte eine Insolvenz der DEPFA die gesamte HRE in den Abgrund gerissen? Weshalb war das nicht möglich?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~Ob es die gesamte HRE~~ - Erstens war es ja nun Bestandteil f- Entschuldigung bitte, sie war zwar eine rechtlich eigenständige Institution, aber sie gehörte voll und ganz der Hypo Real Estate. Insofern wären sozusagen alle Schulden letztlich dann immer auf die Hypo Real Estate übertragen worden. Das ist die eine Geschichte. Aber die zweite Geschichte ist - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich dazwischenfragen: Gab es eine Patronatserklärung oder Ähnliches, die das - -

dann später tägliche Liquiditätsberichte von der HRE über die DEPFA angefordert. Kann man sagen, dass das eine - - Wie muss man das verstehen? Ist das eine Zuspitzung der Situation, eine Dramatisierung der Situation, wenn man auf tägliche Liquiditätsberichte zugeht?

H-1 Aufw...
H-1
H-1 den
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jedenfalls steht man dann unter besonderer ~~Sicht- und~~ ~~Einsichts~~ ~~bemühungen~~. Das ist ja auch richtig, und das verstehe ich ja auch. ~~Ich sage ja,~~ Ich habe davon nach ~~dieser~~ Vorgängen im Herbst 2008 erfahren, und ich habe dann darum gebeten, dass auch wir diese Liquiditätsberichte bekommen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Professor Tietmeyer, wenn wir - nur zur Begrifflichkeit - über HRE sprechen, ist das dann immer auf die Holding bezogen, oder ist das auch auf die einzelnen Beteiligungsgesellschaften bezogen, auf die unter der Holding?

H-1
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~Darf ich~~ ~~noch mal oben~~ Ich habe es akustisch nicht verstanden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Der Begriff „HRE“ wird ja immer verwandt. Ist damit definitorisch ausschließlich die Holding gemeint, oder betrifft das auch die einzelnen unter der Holding befindlichen Beteiligungsgesellschaften, die auch Banken sind?

H-1
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe über die Beteiligungsgesellschaften keine näheren Informationen, sondern ich - ~~ich!~~ - habe ~~nur oben etwas~~ von der Holding gehört.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und das, was im Grunde Ihre Aufsichtsrats Tätigkeit angeht, bezog sich auch rein auf die HRE Holding?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja. Wir haben immer das Management gefragt, und das Management musste uns Auskunft geben. Das ist selbstverständlich. Das ist ja die Funktion eines Aufsichtsrates.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich wollte nur diese Klarstellung, damit es da keine Vermischung hinsichtlich der Begrifflichkeit gibt, was HRE ist. - Sie betonten eben: Wir haben die beiden Bereiche DEPFA plc und HRE-Holding-Aufsichtsratsmitgliedschaft als zwei Komplexe betrachtet. - Sie haben gesagt, das erste Mal als Aufsichtsratsmitglied hätten Sie im Herbst, also im September, von den Liquiditätsschwierigkeiten erfahren. Von daher kann ich davon ausgehen, dass zu dem Zeitpunkt den Aufsichtsratsmitgliedern der Prüfungsbericht Bundesbank und auch BaFin noch nicht bekannt war.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Er war mir nicht bekannt, und bis heute habe ich ihn ~~noch~~ nicht gesehen. Später ist dann darüber berichtet worden, dass es so etwas gibt ~~und~~ ~~dass es das gibt~~. Aber ich habe vorher nie etwas davon gewusst. *H-1*
H-1

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich dann zurückkommen darf - und Sie haben sich ja auch zur Informationspflicht des Managements sehr kritisch geäußert -, würden Sie darin also auch von Ihrer Sicht aus ein Versäumnis sehen, dass Sie darüber im Aufsichtsrat nicht zeitnah informiert worden sind?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich will es so sagen: Ich gehe davon aus, dass ein Aufsichtsrat normalerweise regelmäßig informiert wird. Ich hatte den Eindruck - das habe ich in meiner Schlusserklärung auch gesagt -, dass die Information nicht so war, wie ich sie mir jedenfalls gewünscht hätte; das will ich sehr deutlich sagen. Das wurde am deutlichsten dadurch, dass ich von der Liquiditätsproblematik und schon gar von all den Untersuchungen, die von den Aufsichtsbehörden schon initiiert waren, überhaupt erst etwas nach dem ~~Dezember~~ ~~treffen~~ erfahren habe. *H-1*
H-1

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil Sie in Ihrer Eingangsbemerkung schon präzise bestimmte Punkte Ihrer Tätigkeit beschrieben haben, erübrigen sich einige Fragen. - Ich will aber jetzt mal zu dem Komplex DEPFA plc kommen. Ist Ihnen bekannt oder haben Sie Erkenntnisse darüber, ob da jemals - sagen wir mal - das Geschäftsgebaren der DEPFA plc - Sie haben ja besonders darauf hingewiesen, in der Aktivseite lag im Grunde nicht das Problem, sondern es war die Pas-

macht haben. Ob dabei die Risiken alle richtig gesehen worden sind, darüber kann man lange streiten.

Nur, ich war überrascht. DEPFA hatte nach meiner Meinung auf der Asset-Seite eine positive Geschichte. Bei DEPFA gab es im Grunde nur die Frage der Marktfinanzierung: Funktioniert die dauerhaft? Das ist die eigentliche Frage. Jetzt sage ich mal: Je steiler die Kurve, umso größer ist normalerweise der Profit; je flacher die Kurve, umso weniger. Eine inverse hätte Probleme gemacht. Aber über eine längere inverse Entwicklung hatte niemand bei uns ernsthaft spekuliert. Ich kann mir keine längerfristige inverse Zinskurve vorstellen. ~~Wenn es nur eine deflationäre, um es mal so zu sagen - /~~ Das muss ja eine Deflationssicht sein.

*Zinskurve
Kämpferische
Risikobewertung
H. jedoch
T. auch
H. V.*

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich darf aber noch mal nachfragen --

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Ben Bemanke jetzt hier wäre, der hätte das früher vielleicht möglicherweise anders gesehen, aber er würde es heute mit Sicherheit genauso sehen. Aber das ist eine andere Sache.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich darf noch mal eben nachfragen: Wir hatten schon einen Vorgang Mitte des Jahres auch in Deutschland - die IKB -, wo erkennbar wurde, dass bestimmte Geschäftsmodelle schwieriger wurden und zu dem Zeitpunkt auch die Refinanzierungsseite, was kurzfristig anbelangt, schon in Schwierigkeiten kam. Ist das auch in diesem Gutachten oder bei Ihren Beratungen schon mit einbezogen worden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, wir müssen jetzt separieren. Die Diskussion innerhalb der DEPFA war eine Sache. Die andere war, dass wir zu einer Beschlussfassung kamen: Wir müssen prüfen, ob wir nicht in einen größeren Verbund (die DEPFA) hineinbringen können. Die Frage ist: Was ist der richtige größere Verbund? Da hatte dann die Goldman Sachs den Auftrag bekommen, und die haben diesen Vorschlag, nachdem sie alle anderen Vorschläge nicht weiter verfolgt haben, so verfolgt.

*Finanzen
Lime
Wirtschaft
Kombi in die
H. V.*

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber wäre die Reduktion zulässig, dass man für den größeren Verbund die Braut besser schmücken musste, als sie von der Faktelage und von der Marktlage her gegeben war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die DEPFA meinen Sie?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Die DEPFA ist nicht ~~Wieso sollte sie denn die DEPFA~~ Goldman Sachs hatte ja auch vollen Zugang zu den DEPFA-Unterlagen. Das sind ja alles neutral. Ich könnte Ihnen jetzt übrigens, weil ich das in dieser Mappe zufällig gefunden habe ~~F~~ UBS hatte eine - ich glaube, insgesamt 67 Seiten - Untersuchung über die DEPFA gemacht, und zwar mit Datum vom 4. Juli, und kommt übrigens zu dem Ergebnis: Rating: Buy ~~to f..~~ (akustisch unverständlich) und dann Price Target: 16 Euro.

*H. für ein
Zeile ich schon
genau nicht
werden.
T. Anzeichen
F. nicht
UBS-Analyse
zeigen.
H. bzw.*

Dann gibt es eine Stellungnahme von der WestLB, die nicht ganz so optimistisch ist, aber auch zu dem positiven. Ich könnte Ihnen jetzt im Einzelnen daraus vorlesen und daraus zitieren, welche Analysen die zugrunde legten. Es gibt noch ~~ein~~ mir vorliegende ~~von~~ Standard & Poor's und von Sal. Oppenheim.

*Ergebnis
Held.
Lorenz
H. mit
T. Analysen*

Das heißt, die alle hatten zwar im Kopf: Die DEPFA ist möglicherweise nicht mehr so profitgünstig, wie sie in den Jahren zuvor war. Aber sie kamen alle nicht zu dem Ergebnis, dass da irgendwo ein Problem ist, sondern die Frage war nur: Wie ist die Einschätzung der Gewinnentwicklung und damit die Einschätzung der Marktentwicklung ~~des~~ Equity am Markt?

*H. über
Aktie.*

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist Ihrer Kenntnis nach dieses Gutachten von Goldman Sachs auch der Aufsicht bekannt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich gehe davon aus.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank. - Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Professor Tietmeyer, ich habe auch in der Befragung des Aufsichtsratsvorsitzenden versucht, dies zusammenzukriegen. Das Geschäft mit der DEPFA wurde ja im Sommer 07 besprochen, wurde im Oktober dann eingetütet. Da hatte sich ja nun schon einiges getan. IKB hat der Kollege Dautzenberg angesprochen, Northern Rock war zwischenzeitlich verstaatlicht worden, und das Interbankengeschäft war schon erheblich angespannt und zurückgegangen. Es war schwieriger, zwischen den Banken Geld zu kriegen; das Vertrauen war weg. Gab es darüber keine Diskussionen in den DEPFA-Gremien?

nicht. Ich kann nur sagen: Für uns - für den DEPFA-Aufsichtsrat oder DEPFA ~~Non-Executive~~ Board - war im Grunde die Frage mit der Julisitzung abgeschlossen. H=J ✓

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Gut, die Vorteilhaftigkeit des Mergers ist ja eher gestiegen durch die Umstände. Insofern bestand für die DEPFA-Aufsicht kein Handlungsdruck.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Professor Tietmeyer, ich möchte jetzt noch mal zum Komplex HRE, also Hypo Real Estate Holding, kommen. Sie deuteten eben in Ihrem Eingangsstatement an, dass Sie, was die erste Rettungsaktion anbelangt, telefonisch zugeschaltet waren, und hatten auch gesagt, dass Sie - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Moment, Hypo-Real-Estate-Rettungsaktion?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, die erste.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Oder habe ich das falsch verstanden?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, am 22.09. abends - - Wir hatten an sich eine Aufsichtsratssitzung am 23.09. *geplant*.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aufsichtsratssitzung, ja.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 22. hatten wir eine Vorbesprechung. Und in dieser Vorbesprechung sind wir informiert worden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Sie deuteten an, dass Sie nach Ihrer Auffassung den privaten Bankenbereich als denjenigen angesehen haben, der an sich die Rettung hätte herbeiführen müssen. Welche Kenntnis haben Sie, woran das gescheitert ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: „Müssen“ habe ich nicht gesagt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~Verzeihung~~ im DEPFA-Gremium deswegen gar nicht mehr, weil wir ja das Mandat ~~jetzt~~ ^{im Juli} gegeben hatten: ~~Es kann so jetzt umgesetzt werden. Ich kann Ihnen das Datum noch sagen.~~ Das Datum war: Am 20.07. gab es eine Sonder-sitzung. Dort wurde die Zustimmung zum Projekt „Symphonie“ ^(?) gegeben vom Board. In diesem Vorschlag stand drin, dass die Umsetzung stattfinden soll in den nächsten - da wurde ein genauer Terminplan festgelegt - zwei Monaten. Der eine endete schon Ende September, der andere endete ~~1., 2.~~ ^{1. oder 2.} Oktober. ~~Es ist verwirklicht worden, / 2~~ soweit ich weiß - ~~formalisiert ganz am Schluss~~, in den ersten Oktobertagen.

Es ist richtig, dass zu dieser Zeit schon die ersten Nervositäten an den Märkten in Gang gekommen waren, die ersten Nervositäten. Northern Rock ist nicht das ^{Thema} gewesen, sondern es kam im Grunde zunächst natürlich von den USA: die Subprime-Problematik. Deswegen hat es ja zunächst ~~jetzt~~ ^{jetzt} ~~springe ich wieder über auf die Zentralbanken / eine Liquiditätsaktion im August schon~~ der Zentralbanken gegeben. Das ist richtig.

Aber ich will deutlich sagen: Wir hatten ja das Mandat gegeben, ~~dieses~~ ^{dieses} zu exekutieren, und ich habe nicht gesehen, dass von einer Seite - sei es Hypo Real Estate oder DEPFA - irgendetwas blockiert worden ist. Es stand übrigens da drin: Rückzugsmöglichkeiten sind gegeben; da muss man aber soundso viel zahlen in der Übergangsphase, in der Phase zwischen der Entscheidung und der Umsetzung.

Also, wieweit die Makroliquiditätsentwicklung in den internen Diskussionen dann noch eine Rolle gespielt hat, weiß ich

H=J
H=J
Board
Tietmeyer
H=J

H=J Anfang
H=J

Zentralbank

H=J
H=J

H=J oben
Wohin man
suchen - kann
schief

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sollten.

*im
Minuten*
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe gesagt, dass ich es für richtig halten würde, möglichst bald mit den anderen Banken in eine Diskussion einzutreten, ob es nicht eine gemeinsame Aktion geben könne. So war es ja auch vorgesehen, denn es sollte am nächsten Tag - deswegen fand diese Sitzung nicht mehr weiter statt - dieses Gespräch in Frankfurt stattfinden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie, woran das gescheitert ist?

*Frankfurt
Finanzminister
wobei der
F. über
aus dem
Rechner*
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Darüber bin ich dann/hinterher ~~F~~ Im Detail weiß ich das nicht. Ich weiß nur, dass die Bereitschaft ~~im~~ Laufe der Zeit/ im Laufe der nächsten Tage eher geringer wurde. Es hat dann natürlich auch Gespräche gegeben. Es hat dann auch Untersuchungen gegeben. Da gab es dann wohl auch auf der Bankenseite Reserven, weil man glaubte, dass die Risiken bei Hypo Real Estate doch so groß seien, dass man das allein nicht machen konnte. So ist das dann Stück für Stück gegangen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie darüber, wer im Grunde die Berechnungen und das Volumen für die Hilfsaktion ermittelt hat?

H-U
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Mir ist nur in Erinnerung, dass irgendwann einmal der Name Wieandt genannt worden ist, dass er den Auftrag gehabt hätte, seitens der Deutschen Bank ~~na~~ bei der Hypo Real Estate näher nachzuschauen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ich will daran anknüpfen. Wie ist im Aufsichtsrat die Tatsache diskutiert worden, dass zwischen erster und zweiter Runde plötzlich dieser Mehrbedarf auftaucht? Das ist ja für ein Haus sozusagen ein schlechtes Urteil. Die ermitteln einen Bedarf, und dann geht ein Frem-

der mal rein und sagt nach einer Woche: So- undso viel brauchen wir in Wirklichkeit.

*ich
Anfragen
haben*
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass das keineswegs bei den Mitgliedern ~~-~~ das waren alles Telefonkonferenzen - positive Reaktionen ausgelöst hat. Im Gegenteil: Als wir davon erfuhren, hat das ja dann dazu geführt, dass ich gesagt habe: Jetzt will ich aber jeden Tag eine Liquiditätsanalyse haben. Ich möchte ~~geme~~ wissen, was eigentlich los ist. - Das ist auch der Hintergrund meiner Bemerkung, die ich aus dem Protokoll vorgelesen habe, dass ich mich nicht immer voll informiert gefühlt habe. Ich weiß nicht, ob es mit anderen im Aufsichtsrat Gespräche gab; das kann ich nicht sagen. Aber ich kann nur sagen, bei den Runden - ich habe immer nur an den runden Runden teilgenommen,

(Heiterkeit)

*Hamborn
Hoff*
~~sozusagen~~ an den Telefonrunden - hatte ich nicht den Eindruck, dass ich immer genau informiert bin, sondern ich hatte ~~immer~~ den Eindruck: Du wirst informiert dann, wenn das Kind schon fast im Brunnen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ob wir es früher hätten ändern können, ist noch eine ganz andere Frage, Entschuldigung bitte. Die nächste Frage muss man stellen. Ob eine frühere Information was geändert hätte, ist eine andere Sache. Aber ich zögere nicht, zu sagen, dass ich mich nicht immer voll und adäquat informiert gefühlt habe. Dies habe ich gesagt, und dies war einer der Gründe, weswegen ich auch nachdrücklich dafür eingetreten bin, eine Untersuchung zu machen, wieweit der Vorstand in der Tat seinen Auskunftspflichten und Informationspflichten nachgekommen ist, durch eine neutrale Instanz.

*Finanz
man*
Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer, und erteile nunmehr dem Kollegen Herrn Dr. Troost, Die Linke, das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich weiß nicht, ob Sie mit der neutralen Instanz möglicherweise uns gemeint haben. Vor dem Hintergrund dessen, was wir schon wissen, kann man in der Tat sagen: Sie sind immer

zu den runden Geburtstagen eingeladen worden. Bei den anderen - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß nicht, wo ich das Wort „neutrale Instanz“ - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die Frage noch einmal zur Zeit DEPFA: Waren bei den Aufsichtsratssitzungen der DEPFA auch die Wirtschaftsprüfer anwesend, oder war das jeweils nur der Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Im Normalfall natürlich nicht. Im Normalfall waren es der Vorstand und der Aufsichtsrat, aber ich sagte schon: Wir hatten, als das Going-Concern-Thema anstand, in der Tat allerdings dann die Leute gebeten, dieses zu prüfen und uns ihre Meinung zu präsentieren. Professor Klaus (?) war mehrfach da, um sie zu unterstützen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und hat die KPMG auch bei der DEPFA eine Rolle gespielt - sei es prüfend, sei es beratend?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich jetzt nicht; das kann ich nicht sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wer hat denn für die HRE das Gutachten Kaufpreis DEPFA gemacht? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat das zu dem Zeitpunkt keine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich war ja gar nicht. Für mich ist das Thema HRE erst Ende Juli zweitausend und - 2008 relevant geworden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie waren ja noch Aufsichtsrat der übergehenden Bank. Insofern kann es ja sein, dass das da eine Rolle gespielt hat.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe darüber nie was gehört, wenn aber ein Blick bei DEPFA schon Oktober 2007 war.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Als Sie dann in den Aufsichtsrat der HRE berufen worden sind - noch vor der ersten Sitzung - : Sind Sie aber nicht irgendwo mal informiert

worden? Es waren ja bewegte Zeiten, gerade im ersten Vierteljahr.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ich habe überlegt, ob ich überhaupt ein Mandat annehmen sollte. Aber die hatten mich dann gebeten, und da habe ich gesagt: Okay, wenn es denn sein muss.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber es gab keine Informationen, -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): - dass die Bundesbank und die BaFin Sonderuntersuchungen gemacht haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. Ich hatte über HRE natürlich alle Informationen, die ich hier in den neutralen Analysen habe. Diese hatte ich, und diese Einschätzung hatte ich auch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber ich meine, der Vorstand muss ja mit Ihnen gesprochen und gefragt haben: Wollen Sie das übernehmen? Es hätte ja sein können, dass man da in irgendeiner Form Unterlagen oder einen Situationsbericht bekommt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, es ist so: Die hatten ja schon in den Verhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften sich darüber unterhalten, dass eine Vergrößerung des Aufsichtsrates stattfinden sollte. Dann wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre, in diesen vergrößerten Aufsichtsrat/hineinzugehen. Dann wurde allerdings die Vergrößerung durch die von DEPFA nominierten Vertreter reduziert, einfach deswegen, weil in der Zwischenzeit dann Flowers kam. Dadurch mussten dann wieder einige zurücktreten; das ist ein besonderes Thema.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, mir geht es nicht so sehr um die Größe, sondern ob es sozusagen - - Vor der ersten Sitzung haben Sie gar nichts bekommen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann gab es die erste Aufsichtsratssitzung, am 24.06., das haben Sie gesagt.

1-1 mir die Boardmitglieder

H haben dann die HRE Wirtschaftsprüfer

Für diesen Zeit in HRE Wirtschaftsprüfer

1-1 das

1-1 in die HRE Wirtschaftsprüfer

1-1 Mann hat

1-1 bei HRE

*H in einer
vorherigen
Besprechung:
funke*

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe in der Hauptversammlung sehr genau zugehört und sehr genau gehört, dass es dort auch Kritik gab an der Publikationspolitik des Managementvorsitzenden, des CEOs Funke, in der Hauptversammlung. Dass er nämlich ~~hoff~~ so nebenbei eine Verlustsituation oder eine Abschreibungsnotwendigkeit bekannt gegeben hatte, das wurde in der Hauptversammlung ja auch heftigst kritisiert. Aber das habe ich mir alles nur angehört *hümmen*.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber dann war die erste Aufsichtsratssitzung am 24.06. Wer war denn da anwesend, außer dem Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Jetzt muss ich --

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich frage das vor dem Hintergrund, dass wir gehört haben, dass bei systemrelevanten Banken sie war da noch nicht eingeschätzt, aber angeblich spielte das ja gar keine Rolle - zum Beispiel die BaFin immer bei den Aufsichtsratssitzungen mit dabei saß.

*H of
Tietmeyer
F. die*

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, eindeutig nicht. Denn ich kann Ihnen sagen, wer dabei war; ~~denn~~ ich habe die Minutes hier vom 24. Juni 2008. Da war Herr Viermetz, da war Herr Pohle, da war der Herr Francesco Ago, da war der Professor Casper, dann der Dr. Heintzeler, der Herr Antoine Jeancourt-Galignani ~~den kenne ich gar nicht~~, dann war ~~Dr. Thomas Kolbeck~~ Pieter Korteweg, den ich übrigens gut kannte, weil er früher einmal Staatssekretär im Finanzministerium in Holland war.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber institutionelles? War weder BaFin noch KPMG da?

Trost

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann Ihnen da nur sagen: Members of the Management Board. Da kann ich Ihnen genau die alle vorlesen, die dabei waren, sonst nichts.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich meine, das Normale ist doch in einer Aufsichtsratssitzung - ich war selbst auch in einer großen

Bausparkasse im Aufsichtsrat -, dass es einen Bericht gibt über das, was seit der letzten Sitzung passiert ist. Da hätte doch irgendwie berichtet werden müssen, dass man ein Sondergutachten beim Wirtschaftsprüfer in Auftrag gegeben hat.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, aber dieses habe ich doch nicht -- Ich habe Ihnen das doch schon gesagt, dass ich ~~jedenfalls~~ diese Information nicht bekommen habe. *Tietmeyer
Hans wie
wollen
Hümmen*

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, ich sagte ja: In dieser Aufsichtsratssitzung ist dann im Prinzip überhaupt nichts über das berichtet worden, was alles im Umfeld mit der Hypo Real Estate, mit Sonderprüfungen, mit Gesprächen mit der BaFin und Vorstand gemacht worden ist?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe keine Information. Ich habe zum ersten Mal, dass es überhaupt Gespräche gegeben hat, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Am 22.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: - ~~nach dem~~ *H in* September erfahren.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber, wie schon gesagt, man muss zumindest einmal festhalten, dass der Aufsichtsrat da in der Tat überhaupt nicht informiert worden ist über die Situation dessen, was im ersten Vierteljahr oder halben Jahr gelaufen ist.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Andere Mitglieder haben übrigens auch zu Protokoll gegeben, dass sie sich jedenfalls bis zum 22. ~~oder 23.~~ 09. nicht hinreichend informiert gefühlt haben. *H of*

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren Sie denn nach dem 22. in dieses Rettungswochenende selbst in irgendeiner Form einbezogen, oder wurde da Kontakt zum Aufsichtsrat gehalten?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein. ~~Das~~ *Einbe:* war ja das folgende Wochenende. ~~Für~~ *wo geht
wäre es
wäre
H 24* insoweit, als wir dort Telefonkonferenzen hatten. Ich erinnere mich noch, dass eine vor 12 Uhr stattfand, und wir glaubten eigentlich, dass es jetzt eine Lösung gibt. Dann wurde uns gesagt: Es gibt keine Lösung, es bricht alles zusammen. - Dann wurde plötzlich ge-

H-1 Telefonkonferenz
zurück
berichtet
sie
H-1 M
sagt: Nein, stopp. Es kommt gerade die Nachricht, dass es doch eine Lösung geben kann. - Dann wurde die ~~Sitzung aufgegeben~~ und wurde dann, glaube ich, um 1 Uhr nachts per Telefon wiederaufgenommen. ~~Se~~ ~~ist das~~. Wir wurden dann informiert, dass das Rettungspaket durchgegangen ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Würden Sie denn im Nachhinein sagen: So ein Aufsichtsrat - - Die berufen Sie ja nicht nur wegen dem Namen, sondern weil sie wussten, dass Sie ein erfahrener Banker sind, den man möglicherweise mit Sachverstand für Lösungsmöglichkeiten - -

F von dem
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Banker war ich nie, Zentralbanker.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber schon mit allen Kontakten und allem, was sozusagen damit zusammenhängt. Glauben Sie, wenn der Aufsichtsrat früher informiert gewesen wäre, zum Beispiel im Juni, dass man dann in anderer Form hätte Einfluss nehmen können?

S September
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht. Aber ich muss sagen, ein Aufsichtsrat sollte, jedenfalls nach meiner Meinung, immer voll zeitgerecht vom Management informiert werden, wenn es um so ernste Dinge geht. Mit dieser Information bin ich nicht voll zufrieden gewesen. Ich sage bewusst: Nach dem 23. ~~war es deutlich anders.~~

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Da war es zu spät!)

H-1 Faktion
- Ja gut, ~~Verzeihung~~, aber da war sozusagen das Kind im Brunnen. ~~Aber so ist es~~ *H-1 M*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer, und übergebe das Wort jetzt an Frau Nina Hauer für die SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Tietmeyer, haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die DEPFA Sie gefragt hat, ob Sie im Aufsichtsrat mitwirken würden?

H-1 M
10 Tpt.
H-1 M
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~Ich~~ ~~glaube~~ - Das weiß ich nicht, ich kann ja nur fragen, wer bei DEPFA/sonst noch im Aufsichtsrat drin war. ~~Das war eine Zusammen-~~ ~~setzung~~ Zum Beispiel war der frühere Außenminister von Luxemburg, Poos, da

drin, zum Beispiel war da drin Frau Professor Ruane, eine Ökonomieprofessorin, dann war mein früherer Kollege, der frühere irische Notenbankpräsident O'Connell da drin. Ich könnte jetzt durchgehen. Das heißt, es war eine Mixtur von verschiedenen Leuten mit verschiedenen Erfahrungshintergründen. Diese sollten sozusagen ihre Erfahrungshintergründe in diesen, nicht Aufsichtsrat - ich sage noch einmal -, Non-Executive Board - - Sie wissen, das System sieht dort anders aus. Sie sollten sozusagen Kenntnisse, Informationshintergründe insgesamt bringen, aber natürlich keine Indiskretionen, sondern Kenntnisse.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich denn in dieser Zeit - Sie haben ja da 2002 Ihren Platz eingenommen - bis zu Ihrem Ausscheiden immer gut informiert gefühlt vom Vorstand?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Über die Grundlinien der Arbeit in der DEPFA sind wir, glaube ich, gut informiert worden; aber ich gestehe, dass die Non-Executive-Direktoren ~~mehr sozusagen~~ die Einschätzung der gesamten Funktionsfähigkeit der Märkte zum Gegenstand hatten: Wo soll insgesamt das Engagement von DEPFA hingehen, in welche Bereiche ~~des~~ öffentlichen/hineingehen? Soll es auch Entwicklungsländer einbeziehen, Emerging Countries, Industrieländer? Also, alle diese ganzen Fragen: Wo soll eigentlich das tätig sein? Aber die Details, etwa des Geschäftes, sind natürlich nicht behandelt worden, sondern man kriegte ~~gelegentlich nicht gelegentlich, sondern~~ regelmäßig einen Risikoreport: Wie ist die gesamte Situation? Wir haben dann auch diskutiert und haben auch dem Vorstand hin und wieder mal Hinweise gegeben: Leute, da müsst ihr ein bisschen aufpassen.

Nina Hauer (SPD): Und was ist dann passiert, wenn Sie solche Hinweise gegeben haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich hatte den Eindruck, dass das sehr wohl ernst genommen wurde und dass dann in der nächsten Sitzung gesagt wurde: Aus den und den Gründen tun wir das. Oder: Aus den und den Gründen sind wir zu ~~dem~~ Ergebnis gekommen. - Es war, wenn Sie so wollen, eine Dialogsituation.

Tietmeyer

H von alle

10 Finan
zierung

DEPFA

H-1 M

H-1 M
an dem

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn, als deutlich wurde, dass das Marktumfeld sich verändert, beim Vorstand nachgefragt, >

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein.

Nina Hauer (SPD): Was das für Konsequenzen haben kann für das Geschäftsmodell der DEPFA?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~Aber eine Sekunde~~ Die Marktsituation hat sich fundamental/im Jahre 2008 verändert. Vielleicht darf ich noch mal daran erinnern, dass ich da aus dem DEPFA weg war.

Nina Hauer (SPD): Also, Sie haben nie gefragt: Was passiert denn, wenn jetzt die Situation eintritt, wo auf dem internationalen Finanzmarkt kein Geld mehr zu kriegen ist? Oder: Was passiert, wenn es gravierende Veränderungen im Marktumfeld gibt? Solche Fragen haben Sie nicht gestellt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wir haben immer gefragt: Wie ist die Refinanzierungssituation? ~~Wie ist das?~~ Wir haben/immer in jeder Sitzung ~~sozusagen uns~~ über die Refinanzierungssituation unterhalten. Ich sagte schon: Als die ~~steilere~~ Kurve/war, war die Situation viel günstiger. Als die flacher wurde, wurde der Profit ~~ein bisschen~~ schwächer, aber die Refinanzierung stand nie zur Debatte. Warum? Weil die Märkte voll funktionierten, und DEPFA eine gute Reputation an den Märkten hatte.

Nina Hauer (SPD): Sie sind als ehemaliger Bundesbankpräsident auch sozusagen Präsident der Aufsicht gewesen. War Ihnen denn bekannt, dass die irische Aufsicht nach anderen Regeln funktioniert als die deutsche? Oder haben Sie da nachgefragt, ob es Berichte gibt von der Aufsicht, ob geprüft wurde oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß nicht, ob ich speziell gefragt habe. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwo eine kritische Bemerkung bekommen habe. Aber ich darf dazu sagen, dass mein früherer Kollege O'Connell ~~da drin~~ saß. Der und Professor Ruane waren natürlich mit der irischen Situation, mit der irischen Aufsichtssituation voll informiert und hatten damit zu tun/Er war auch übrigens Vorsitzender des Audit Com-

mittees und hat uns dann auch immer berichtet über das Audit Committee. Aber ich habe nie eine kritische Bemerkung/gehört.

Nina Hauer (SPD): Was war denn Ihre Motivation, dann in den Aufsichtsrat zur HRE zu gehen, als diese Übernahme beschlossene Sache war?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die Motivation? Ich weiß gar nicht, welche/Aber ich bin jedenfalls gefragt worden, und ich habe gezögert, habe dann aber gesagt: Na ja, schön, okay, ich kann es machen.

Nina Hauer (SPD): Stand denn der Grund, warum Sie gefragt wurden, auch mit Ihrer vorigen Rolle bei der DEPFA im Zusammenhang?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, ~~Verzerrung, ich sagte ja~~. Es war in dem Vorschlag von Goldman Sachs ja drin, dass der Aufsichtsrat erweitert werden sollte, und da sollten einige Leute aus dem DEPFA Non-Executive Board ~~oder Non-Executive Board Members~~ mit hineinkommen. So ist das dann ja auch geschehen. Aber durch den Eintritt von Flowers fielen dann wieder einige Positionen weg. Insofern war das eine ganz normale Geschichte.

Nina Hauer (SPD): Aber als Sie dann bei der HRE waren und sich dann das Marktumfeld verändert hat: Haben Sie da nachgefragt, ob die DEPFA bei dieser Marktsituation Auswirkungen auf die Situation der HRE selber haben kann? Haben Sie das weiterverfolgt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: ~~In dieser Situation habe ich~~ Ich kann mich nicht erinnern, ob ich da speziell gefragt habe, aber ich weiß, dass ich immer genau zugehört habe, welche Informationen ich bekomme. Dann wurde übrigens auch über die DEPFA ~~mal~~ berichtet - ich müsste im Protokoll genau nachsehen - in ~~dieser einer~~ Sitzung. Aber da wurde nichts/Kritisches gesagt.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja profunde Kenntnisse - -

Finanzrefinanzierungsmöglichkeit

Finanzhochrechnungsbed.

H=1, 1/2

H=1, 1/2

H=1, 1/2

H=1/2 über enthalten

*H=1, 1/2
Tiet
Insofern*

*Finanz
H=1/2
Tiet
H=1/2
Finanzhochrechnungsbed.*

*H=1/2 über enthalten
Boards
H=1/2 enthalten
Tiet*

H vor ell
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Es wurde immer berichtet, wie der Integrationsprozess jetzt weiterläuft.

Nina Hauer (SPD): Und wie lief der?

H M
T nicht
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Da gab es natürlich auch personelle Konsequenzen und personelle Änderungen. Dann wurde gesagt, dass es nicht ganz leicht ist, das jetzt hier zusammenzubringen usw. usw. Aber das war die eine, die administrative Seite, so will ich sagen. Die Finanzierungsseite ist - ich sagte es schon - ~~hier~~ vor dem September seitens des Managements / ernsthaft angesprochen worden.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich denn nicht von selber Sorgen darum gemacht, wie sich bei diesem Marktumfeld die DEPFA in der HRE entwickeln würde?

H M
T schon
T nicht
relativ
H schon
H jetzt
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, natürlich haben wir generell ~~Nicht die DEPFA, sondern wir haben insgesamt~~ gefragt: Wie sieht das denn insgesamt aus? Aber ich sagte, dass wir ~~immer~~ beruhigende Erklärungen bekommen haben: Es ist nichts, was besonders problematisch ist, sondern das läuft ~~bei~~ - Ich sage immer, bis zu dem Punkt im September. Und das war ja für mich die große Überraschung. Ich glaube übrigens, das war es für uns alle.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie von der Sonderprüfung durch die Bundesbank und die BaFin nichts wussten. Wussten Sie denn, dass es im Juli ein Gespräch der BaFin mit dem Vorstand gegeben hat? Ist darüber berichtet worden?

H ich kann
T mich
Aber
schon
T nicht
wissen
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ~~unmittelbar~~ nicht. ~~Alles das im September~~. Im September sind wir informiert worden, dass so was ~~ist~~, und da ist bei mir der Kragen geplatzt, ~~und~~ ich war sehr ärgerlich, dass ich jetzt erst nicht nur über die Liquiditätssituation, sondern auch darüber etwas erfahre, dass es hier schon Interventionen oder Diskussionen oder Prüfungen gegeben hat. Das alles habe ich jedenfalls nicht vorher erfahren.

Nina Hauer (SPD): Was haben Sie dann gedacht, als nach dem ersten Rettungspaket auch noch ein zweites notwendig wurde, weil

die HRE offensichtlich da auch Dinge verschwiegen hat?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Da ist meine innere Wut gestiegen, ja.

(Heiterkeit)

~~Was soll ich Entschuldigung, bitte.~~ *T nicht sagen?*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein, ist in Ordnung, vollkommen in Ordnung.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Entschuldigung, so ist das nun einmal. Stellen Sie sich vor, Sie werden im September abends spät über eine dramatische Situation informiert, und dann im Laufe der Zeit kommt immer noch mehr ~~wird es sozusagen mehr~~ Verzeihung, ~~dass~~ ich da Freude gehabt habe, kann ich nicht sagen. *H M*

Nina Hauer (SPD): Was ist denn der Grund dafür, dass in der Einladung zur Hauptversammlung der HRE, die jetzt im August stattfindet, vorgeschlagen wird, dass die Entlastung von Ihnen als Mitglied des Aufsichtsrats vertagt werden soll?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, das weiß ich nicht. *T nicht*

Nina Hauer (SPD): Was vermuten Sie? Haben Sie da nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich bin ja überrascht, dass ich bisher ~~Wir~~ hatten ja dieses Mandat gegeben, dass ~~dieses~~ das Verhalten des Managements durch eine neutrale Instanz untersucht wird. Als wir unsere Ämter niedergelegt haben, haben wir gesagt: Wir gehen davon aus, dass wir über die Ergebnisse informiert werden. - Bis heute habe ich keine Information bekommen. *T nicht*
darauf
gehört
H M

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, ich habe ~~seit der Zeit~~ nicht nachgefragt. Entschuldigung, ich gehe davon aus, dass ein Beschluss, der gefasst ist, dann auch umgesetzt wird. Ich muss gestehen, dass ich darauf warte, dass ich diese Information bekomme. *H M*

Nina Hauer (SPD): Als dann nach Lehman in den folgenden Tagen immer klarer wurde, dass der HRE in dieser schwierigen Situation geholfen werden muss: Können Sie dies teilen, oder haben Sie das nachvollziehen können?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich habe das akustisch nicht verstanden.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie nachvollziehen können, warum die Bundesregierung der Meinung war, dass die HRE mit dem ersten Rettungspaket gerettet werden muss?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das habe ich verstanden und auch für richtig gehalten. Ich hätte mir gewünscht, dass die Banken das alleine gemacht hätten, dass es ohne staatliche Hilfe möglich gewesen wäre. Aber das war offensichtlich nicht möglich, weil entweder die Risiken zu groß waren oder die Banken nicht/bereit waren; das weiß ich nicht. Nur eines ist sicher: Dass der Hypo-Real-Estate-Fall ein systemischer Fall ist, ist für mich keine Frage; denn ein Kollaps der Hypo Real Estate hätte den deutschen Pfandbriefmarkt mit all den Konsequenzen, die damit verbunden wären, erheblich belastet. In der Tat: Das wäre ein schlimmer Vorgang gewesen, und möglicherweise wären einige andere, die ja auch in dem Bereich tätig sind, dann nicht mehr überlebensfähig gewesen.

Nina Hauer (SPD): Können Sie nachvollziehen, dass dann die beiden Aufsichtsbehörden, also die Bundesbank, die ja auch mit einiger Autorität ausgestattet ist, und die BaFin, die Verhandlungen mit den privaten Banken über ihren Anteil am Rettungspaket geführt haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, das habe ich jetzt ~~weiß ich nicht~~. Wer soll?

Nina Hauer (SPD): Können Sie nachvollziehen, wie dann dieses Rettungspaket zustande kam, dass die BaFin und die Bundesbank mit den privaten Banken in Verhandlungen getreten sind?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann nur sagen: Zunächst hatten wir den Eindruck, es soll ein Rettungspaket der Banken werden.

Das hatte ich unterstützt, dass dieser Weg gegangen würde. Dann zeigte sich offenkundig, dass ~~entweder~~ die Gruppe der Banken nicht mehr bereit war, den vollen Weg/zugehen, und dass auf der anderen Seite das Loch größer wurde. Da trat dann mit Recht die Frage auf: Staatliche Garantie: Ja oder Nein? Dann kam die SoFFin-Frage usw. ~~(sow)~~ Ich habe das für richtig gehalten, dass SoFFin hier eingetreten ist/ und dass entsprechend das Management ausgewechselt wurde, ist ebenso richtig, wie ich glaube, und dass man versucht, die Dinge zu lösen. Insofern: Ich habe nichts an dem staatlichen Handeln in Bezug auf Hypo Real Estate auszusetzen.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie sich selber manchmal gefragt, warum Sie nicht bis September, als ja schon darüber berichtet wurde, wie die Situation an den internationalen Finanzmärkten ist, genauer nachgefragt haben, welche Auswirkungen diese Marktsituation auf die DEPFA hat und was das für die HRE bedeuten kann?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, wir haben in der ~~einen~~ Sitzung, die wir hatten, am 24. Juni, natürlich insgesamt über die Lage gesprochen. Aber es wurde uns nichts ~~auch auf Anfragen wurde uns nichts~~ über eine besonders kritische Situation mitgeteilt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es seitens der SPD-Fraktion noch weitere Fragen? - Das ist nicht der Fall. - Dann erteile ich nunmehr Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Tietmeyer, Sie haben vorher für die Zeit ab dem 22. September 2008 gesagt: Da gab es Gespräche, da gab es Untersuchungen, und dann ist Stück für Stück deutlich geworden ist, dass die privaten Banken das nicht machen könnten. - Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns einmal präzise sagen könnten, welche Gespräche, welche Untersuchungen es gab, und an welchen Schritten diese - sozusagen - Nichtmöglichkeit einer privaten Rettungslösung für Sie deutlich wurde.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, ich habe diese Verhandlungen nicht geführt.

H-1
Fallen

H-1
Eben

Tietmeyer
Tietmeyer

H-1

H-1

Ich nicht
verstanden

Ich bin immer nur per Telefon informiert worden über das, was dann gelaufen ist von dem ersten Frankfurter Gespräch an bis zu dem - Wir sprechen jetzt über den Herbst 2008.

H) mir immer
Reise:
früher.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich Sie bitten, das, was Sie aus diesen Telefonaten wissen - denn Sie haben vorher gesagt: Da gab es Gespräche und Untersuchungen -, uns hier mitzuteilen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, gut, wenn Sie wollen. Ich kann Ihnen nur sagen: Was dort in den Telefongesprächen jeweils die Stichworte waren, die habe ich mir deswegen notiert, weil es darüber nämlich Protokolle gibt. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Protokolle nicht auch einsichtig sind. Es gibt Protokolle über jegliche - Das waren ja immer Konferenzen per Telefonkonferenz. Darüber gibt es natürlich auch Protokolle. Da steht das alles drin, worüber wir informiert worden sind und wie wir reagiert haben.

1-1 nicht
Konferenzen
1-1/2

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht könnten Sie die dem Ausschuss einfach direkt zur Verfügung stellen; denn wir haben sie bisher nicht vorliegen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, Verzeihung, es ist nicht meine Sache. Dann bitte ich Sie, diese Unterlagen bei Hypo Real Estate anzufordern.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich vorschlagen, dass wir die Regelung, die wir ja schon einmal angesprochen haben - wenn ich mich richtig erinnere, war das der § 29 -, nutzen, um das einfach gleich zu klären; denn sonst haben wir ja wieder einen langen Vorlauf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Tietmeyer, Herr Schick hatte Ihnen einige Fragen gestellt, und Sie können ja auf die Fragen aus Ihrer Kenntnis oder durch Einsichtnahme in die Protokolle antworten, so dass wir hier da nun auch weiterkommen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Okay, wir können jetzt durch die ganzen Protokolle durchgehen. Oder wie?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Einfach das, was Sie Ihrer Ansicht nach für notwendig oder für richtig zur Beantwortung halten.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kann Ihnen sagen - das habe ich mir hier nämlich notiert -, was in den jeweiligen Konferenzen zwischen Ende September - Die Sitzung, in der wir zum ersten Mal informiert wurden, war am 22.09. Dann hat es am 28.09. eine /Sitzung/ gegeben. Dort wurde nur über das Mandat ans Management zur Unterzeichnung der ausgehandelten dreistufigen Fazilität diskutiert. Diese Fazilität wurde uns mitgeteilt und wurde uns gesandt, und wir haben dann zugestimmt.

Fein
Mitte
November
2008 ja:
laufen i
H) Telefon
Konferenzen
H) 1/2

Dann am 03.10.: Bericht über Effekte des Downgradings zu „BBB+“, Statements und Complete Standstill am Repo- und Geldmarkt. Da ist uns dann die dramatische Situation an den Märkten noch mal voll klargemacht worden. Aber wir hatten keine andere Möglichkeit, wir konnten das nur zur Kenntnis nehmen.

Trenn
Telefon
H) 1/2

Am 05.06. dann: Bericht über drohende Insolvenz. Dann: Unterbrechung durch einen BaFin-Anruf über mögliche - nicht ich, sondern das haben sie uns mitgeteilt, dass es einen BaFin-Anruf gäbe, Lösungen. Und später wurden wir dann über das offizielle Statement des BMF informiert. Danach: Auftrag an Management über einen detaillierten Bericht und meinerseits eine Mahnung zur Abstimmung der Kommunikationspolitik mit dem BMF; das habe ich in der Tat noch dazu gesagt. Ich habe gesagt: Ich halte es für wichtig, dass jetzt nicht unterschiedliche Positionen nach draußen gegeben werden; denn wenn man in einer Marktsituation wie dieser ist, dann kann natürlich jedes halbe schiefe Wort ein Problem auslösen.

1) über Teile
für Konf:
fines
H) 1/2

06.10.: Personalien. Sofortige Entlassung von Herrn Funke, nachdem zuvor Herr Heide-Ottosen zurückgetreten war, sowie / das sage ich / ein Auftrag unsererseits zur Untersuchung des Handelns als CEO - er betrifft -

H) 1/2
H) 1/2

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, davon - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: - den Kauf der DEPFA, die Integration der DEPFA, zeitgerechte Information des Aufsichtsrates, Handeln während der Liquiditätskrise - und meinerseits die Bitte an das Management um

*Später
Tietmeyer*
einen täglichen Bericht über Liquidität und Rettungspaket; davon habe ich dann/immer Kopien bekommen.

Am 07.10. - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, mich würde das nur bis zu diesem Zeitraum für den Moment interessieren.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Okay.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Das heißt, zwischen dem 22.09. und dem 28.09. gab es keine Sitzungen oder telefonischen Informationen?

*H. man
H. of
H. Wunsch*
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, am 22.09. war die Aufsichtsratssitzung, am 23.09. war das Treffen in Frankfurt, und ich kann mich nur erinnern, dass ich am 28.09. abends erstens die dramatische Meldung bekam: Es gibt Schwierigkeiten. - Dann gab es wieder keine. Dann - nachdem ~~sie~~ uns ~~diese~~ die dreistufige Fazilität vorgelesen hatten - haben wir dem Management das Mandat gegeben, dass das Management zustimmen könnte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war diese Mandatserteilung genau?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das war am 28.09.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Uhrzeit?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich weiß jetzt nicht. Die erste Runde der Diskussion war zwischen 23.45 Uhr und 24 Uhr. Dann ging es weiter von 0.45 Uhr bis 3.45 Uhr.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sie sehen also: eine lange Telefonkonferenz.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen berichtet worden und wissen Sie deshalb, bei welchen Instituten der HRE-Vorstand nach der Pleite von Leh-

man Brothers versucht hat, Liquidität zu beschaffen, und welche da abgelehnt haben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht genau. Ich weiß nur, dass der Hauptkontakt immer mit der Deutschen Bank stattgefunden hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber von anderen Kontakten wissen Sie nichts?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorher bei der Frage, wie das DEPFA-Problem eigentlich zu einem deutschen Problem wird, gesagt, dass sämtliche Schulden der DEPFA von der HRE zu tragen gewesen wären. Meines Wissens würde dann ja nur der Geschäftswert abgeschrieben, wenn die Insolvenz der Tochter ist. Oder gibt es da andere - - Sie haben ja gesagt: Von der Patronatserklärung wissen Sie nichts. - Aber für uns ist ja die Frage: Warum wird ein irisches Problem ein deutsches, ein wichtiges Problem? - Sie waren an beiden Stellen tätig. Deswegen möchte ich da gerne noch mal was lernen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Von mir können Sie - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich viel lernen; das glaube ich.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das glaube ich nicht, dass Sie viel lernen können. Als Bundestagsabgeordneter ist man natürlich in besonderer Weise qualifiziert. - Ich bitte um Verständnis, dass ich das jetzt nicht im Detail weiß. Da müsste ich jetzt in dem genauen Abschluss nachschauen, wie diese Haftungs~~geschehen~~ *1-1 regelung* genau aussehen, wenn da was passieren würde. Aber eines will ich sehr deutlich sagen, nämlich, dass immer der deutsche Pfandbrief tangiert würde. Es gibt noch einige andere Banken in Deutschland, die in besonderer Weise davon abhängig sind. Das ist die systemische Seite, die man bitte nicht unterschätzen darf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Tietmeyer. - Ich erteile

nunmehr in der zweiten Runde dem Kollegen Herrn Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion das Wort, wobei ich darauf hinweisen möchte - das ist mir von SPD und CDU signalisiert worden -: Beide beabsichtigen offenbar nicht, das Zeitkontingent voll auszunutzen. - Es geht also wohl nur noch um ein oder zwei Restfragen. - Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das kommt im Grunde auch auf die Antworten an. - Herr Professor Tietmeyer, Sie haben eben aus der Sitzung des Aufsichtsrats vom 22.09. zitiert, was sich auf die Anwesenheit bezog. Haben Sie Kenntnis darüber, ob Vertreter der BaFin jemals - auch in der kritischen Phase - an Aufsichtsratssitzungen teilgenommen haben?

*immer
kommen
mit
Fin
min
Zeit als
Aufsicht-
ratsmit-
glied bei
HRE*

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: An Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe/nicht. Und ich habe an allen teilgenommen. Aber ich gestehe: Es gab nur drei ordentliche Sitzungen in München im Sinne der persönlichen Anwesenheit, und alles andere waren Telefonkonferenzen. - Nun kann ich mir nicht vorstellen, dass sie jemanden zugeschaltet haben, den sie hinterher nicht in den Minutes aufgeführt haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage deshalb - -

Hf
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aus den Minutes geht für mich deutlich hervor, dass es immer nur die Mitglieder des Aufsichtsrates ~~waren~~ und nur die Mitglieder des Managements waren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage deshalb, weil sie ja nach § 44 Abs. 4 des Kreditwesengesetzes die Möglichkeit dazu hatten, und seit einem gewissen Zeitpunkt war ja auch die Hypo Real Estate Holding als systemische Bank eingeschätzt, und es gab ja auch - darauf haben Sie hingewiesen - am 24.06. erste Hinweise, zumindest für Sie als Aufsichtsratsmitglied, dass es eine Prüfung gegeben habe und die Prüfungsergebnisse noch mitgeteilt würden.

*In der
meiner
Erinnerung*
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung/nicht am 24.06. *Erinnere* am 22.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): 22.09.?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 22.09.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. - Zweite Frage: In der Sitzung am 22.09. bekamen Sie als Aufsichtsratsmitglied auch Kenntnis darüber, dass es einen Auftrag - so haben Sie es eben zitiert - des Bundesfinanzministeriums gab. Was war Inhalt dieses Auftrages? Wodurch wurde der zur Kenntnis gegeben?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ein Auftrag des Finanzministeriums?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, das sagten Sie eben. Da gab es das Auftrags-schreiben, das Schreiben als Auftrag - so hatten Sie eben zitiert.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, es ist mir nicht bewusst, dass es einen Auftrag des Finanzministers gegeben hätte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Des Finanzministeriums.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, wir wurden später informiert, dass es früher schon Kontakte gegeben hatte und dass es dort auch Gespräche gegeben hatte; das ist richtig. Wir wurden darüber immer später informiert. Aber erstens haben wir selbst mit dem Finanzminister sowieso nicht Verbindung aufgenommen, aber ~~ob das Finanzministerium~~ *Hf* dass es überhaupt Interventionen seitens des Finanzministeriums oder der Aufsicht gegeben hatte: Das alles habe ich - ich sage es noch einmal - nach dem 22.09. überhaupt erst erfahren. Bis dato wusste ich nicht, dass es so was gab.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Eine dritte Frage - Herr Professor Tietmeyer, da beziehe ich mich auf die Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden Viermetz -: Hat es in dem Zeitraum zwischen erster und zweiter Rettungsaktion von der HRE am 30. September ein anwaltliches Schreiben zu den Aussagen des Finanzministers gegeben? Wurde darüber auch der Aufsichtsrat informiert?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe den Text nicht gesehen. Ich kann mich erinnern, dass Herr Viermetz es irgendwann mal genannt hat, ja. Aber Herr Viermetz hat *selbst* wohl

einen längeren Brief an den Finanzminister geschrieben - aber ich weiß nicht mehr genau, wann -, in dem er die gesamte Problematik einmal aufgezeigt hat. Den hat er an den Finanzminister geschrieben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Erinnerungsvermögen ist sehr gut; das war nämlich am 29. September, als er persönlich auch den Finanzminister angeschrieben hat. Haben Sie Kenntnis über den Inhalt dieses Schreibens?

H-U
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe das jetzt erfahren, ja, weil ich mir den Brief mitgeholt habe. Habe den Brief mit in Kopie erhalten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und haben Sie Kenntnis über den Inhalt?

H-U
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, Verzeihung/ich habe ihn inzwischen gelesen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und teilen Sie den Inhalt?

H-U
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Also, ich habe nicht etwas dazu zu sagen, was die Meinung von Herrn Flowers im Detail ist.

Viermetz oder Herr
Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war ein Brief von Herrn Viermetz.

Für die Meinung enthält er sich sicher
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Die Meinung von Herrn Viermetz im Detail.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gab es denn noch einen Brief von Herrn Flowers?

grabenfall
H-U
Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Nein, nein, mir nicht bekannt. Herr Flowers fragte mich immer nur - das weiß ich noch -: Wen muss man in Deutschland eigentlich ansprechen? - Da habe ich ihm gesagt: Das Erste und Richtigste ist, wenn es eine bankeninterne Lösung gibt. Wenn es das nicht gibt, dann würde ich es in der Tat für richtig halten, dass Bundesbank und Bundesfinanzministerium angesprochen werden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann gebe ich weiter an die Fraktion

der FDP. Herr Dr. Wissing, haben Sie noch eine Frage?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, ich habe noch kurze Nachfragen. - Sie sprachen vorhin von einer Mahnung zu geordneten Kommunikation. Was war der Auslöser dafür, und gegenüber welchen Personen haben Sie diese Mahnungen ausgesprochen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ja, der Hintergrund war, dass es mir wichtig erschien, dass jetzt nicht der eine oder andere der Pressesprecher von HRE oder wem auch immer an die Öffentlichkeit geht und sich dann möglicherweise ein Dialog zwischen diesen Statements und anderen Statements ergibt. In einer solchen Situation ist es wichtig, dass man sich über die Kommunikation völlig einig ist und dass da nicht unterschiedliche Nuancen und unterschiedliche Akzente gesetzt werden - Wertungen, oder was auch immer. Ich habe das früher in der Tat mal so genannt: Die Finanzmärkte brauchen verbale Disziplin der Handelnden. *H-U*

Dr. Volker Wissing (FDP): War die Äußerung des Bundesfinanzministers von einer geordneten Abwicklung mit diesen Anforderungen vereinbar?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe dazu keine Meinung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sprachen von einem Treffen am 23. September. Wer hat an dem Treffen teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sprachen vorhin von einem Treffen am 23. September 2008. Wer hat an diesem Treffen teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Am 23. September? - Verzeihung, da weiß ich nicht, wer da teilgenommen hat. Ich weiß nur: Wir haben am Abend vorher die für den 23. vorgesehene Sitzung absagen müssen; denn Herr Funke und - ich weiß nicht, wer sonst noch - die Frau von Oesterreich - oder wer auch immer - und der Herr Flowers wollten nach Frankfurt, um ein Gespräch mit den Bankenvertretern zu führen. Wer genau teilgenommen hat, weiß ich nicht. *Funke*

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie hatten vorhin gesagt, es war so, dass ab dem 22. die Probleme sich verschärften, weil immer mehr klar wurde: Die Löcher sind größer, und die Bereitschaft der privaten Banken, die Probleme zu lösen, nimmt ab. - Ist es für Sie vor diesem Hintergrund folgerichtig, dass das Bundesfinanzministerium erst am 28.08. in die Verhandlungen eingegriffen hat?

(Daniela Raab (CDU/CSU):
Neunten!)

- Entschuldigung, am 28.09.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das kann ich wirklich nicht beurteilen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, aber Sie kennen ja die Fakten sehr genau, Sie kennen die Abläufe sehr genau.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich kenne doch nicht das Verhältnis zwischen BaFin und Finanzministerium. Das ist nicht meine Sache, wie das genau gelaufen ist. Das weiß ich auch nicht. ~~Weiß ich nicht~~

1-4

Dr. Volker Wissing (FDP): Keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Der Kommunikationsweg zwischen den verschiedenen Institutionen ist nicht meine Sache. Das weiß ich nicht. Ich kenne die nicht genügend.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Dann erteile ich nunmehr der Kollegin Nina Hauer für die SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Tietmeyer, ich muss Sie das noch mal fragen: Sie kannten die DEPFA, Sie waren im Aufsichtsrat der HRE, und Sie haben ja profunde Fachkenntnisse im Bereich Finanzmärkte. Auch bevor Sie offiziell informiert worden sind: Haben Sie sich da Sorgen über die Situation im August, im September auf den Finanzmärkten und darüber gemacht, welche Auswirkungen das auf das Geschäftsmodell der DEPFA haben würde? Haben Sie sich Sorgen und Gedanken darüber gemacht, was da passieren könnte?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich habe das auch verfolgt, aber ich gestehe: Mein Fokus lag ganz woanders, nämlich darauf, wie die Finanzmärkte insgesamt sich weiterentwickeln; das war mein Thema. - Aber ich gebe zu: Ich bin kein Handelnder, aber ich habe das mit großem Interesse verfolgt, und ich habe mich natürlich sehr gefragt, woher die gesamte Krisensituation kommt. Darüber könnte ich jetzt lange, lange, lange reden. Vielleicht darf ich nur den einen Satz sagen: dass ich selbst schon im Jahre 1999, bevor ich aus meinem Amt ausgeschieden bin, den Vorschlag gemacht habe, das Financial Stability Forum international zu gründen. Leider hat die amerikanische Seite blockiert, dass das über G 7/G 8 hinaus in Richtung G 20 geht, was heute beschlossen ist.

Forum
Tietmeyer

Nina Hauer (SPD): Aber - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Entschuldigung bitte. Das ist ein ganz anderes Thema; das weiß ich wohl. Aber ich will damit nur sagen, dass mein Fokus und meine Fragestellung insgesamt waren: Wie geht das an den gesamten Finanzmärkten weiter usw.? Ich habe natürlich auch immer im Hinterkopf gehabt: Wie geht das bei der Finanzplanung? Aber ich gestehe, dass ich eines nie geglaubt hätte, nämlich den vollen Zusammenbruch der Geldmärkte. Das habe ich nicht geglaubt. Dies ist in der Tat, wenn Sie so wollen, der Vorgang Lehman Brothers.

HRE
weiter

Nun kann man lange darüber streiten, und auch dazu könnte ich Ihnen wieder vieles f- Darüber habe ich auch mit Tim Geithner, den ich nun wirklich gut kenne, oft gesprochen. Ich könnte Ihnen darüber vieles sagen, aber wie auch immer: Es gab einen Zusammenbruch, und mit dieser Hypothese des Zusammenbruchs der Finanzmärkte, der kürzerfristigen Märkte, habe ich nicht gerechnet und hat keiner gerechnet.

Herrn
H. H. H.
H. H. H.
nach etc.

Insofern habe ich diese Hypothese auch nie als Grundlage für meine Beurteilung der Probleme bei DEPFA gesehen. Ich habe bei DEPFA zwar Profitbegrenzungskonsequenzen gesehen - das wohl -, indem sozusagen der Zinsanstieg am kurzen Ende stattfindet, aber dass der Markt überhaupt nicht funktionierte, dass man keine Geschäfte mehr machte, damit habe ich - das will ich ganz deutlich sagen - nicht gerechnet.

Tietmeyer
H
H
H
mit einem
Wort

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Tietmeyer

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch weitere Fragen?

Nina Hauer (SPD): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Keine Fragen mehr der SPD-Fraktion. - Dann übergebe ich jetzt an Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich habe eigentlich auch nur zwei Aspekte. Zum einen stellen Sie immer nur auf die Zinsentwicklung ab. Das ist zwar richtig, aber auf der anderen Seite war das Problem ja anscheinend, dass die Refinanzierung immer kurzfristiger wurde. Dass es auch bei der Staatsfinanzierung immer eine Fristentransformation gibt und dass das die Aufgabe der Banken ist, ist klar. Aber dieses Extrem zwischen durchschnittlicher Laufzeit - -

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Aber das hängt doch mit dem Verlauf der Kurve zusammen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber es setzt auch immer voraus, dass ich laufend eben immer solch kurzfristige Kredite auch bekomme - und das vor dem Hintergrund eines sich zumindest in Turbulenzen befindlichen Kapitalmarktes, auch wenn man Lehman so nicht vorhersagen konnte.

Ich wollte Sie jetzt nur noch einmal, weil der Kollege Dautzenberg das ja auch scheinbar fast gar nicht fassen kann - - Es ist völlig klar, dass eigentlich doch die Bundesbank oder die BaFin an Aufsichtsratssitzungen eines solch wichtigen Unternehmens wie der HRE - im DAX 30 - teilnimmt. Also den Kontakt zwischen Aufsichtsrat und Aufsicht gab es überhaupt nicht?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: An einen direkten Kontakt kann ich mich nicht erinnern. Nun hat auch nicht der Aufsichtsrat nach meiner Meinung den direkten Kontakt zu führen, sondern zunächst einmal - wenn es Kontakte gibt - muss das mit dem Management ^F- und das Management hat den Aufsichtsrat zu informieren. Darüber sind wir überhaupt nicht informiert worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber eigentlich ist der Anspruch - das ist uns hier oder auch in Anhörungen im Finanzaus-

schuss zumindest gesagt worden - von Bundesbank und BaFin, dass man bei systemrelevanten Banken natürlich auch bei Aufsichtsratssitzungen anwesend ist und dort zumindest mal hört, was der Vorstand so erzählt.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Ich erinnere mich, dass wir früher, als DEPFA noch zusammen war ^F- Da gab es auch mal eine schwierige Phase. Da hatte der Aufsichtsratsvorsitzende in der Tat den Prüfer - ich glaube es war von der Bundesbank oder BaFin; ich weiß nicht mehr genau - eingeladen, und der hat seine Meinung dazu gesagt. Okay, das kann auch so sein. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass je in Dublin oder an den - jetzt muss ich es ^{so} sagen - drei Sitzungen der HRE jemand teilgenommen hat von den Aufsichtsbehörden. Das wäre aber, wenn es denn notwendig gewesen wäre, Sache des Managements ^{oder} gewesen, die einzuladen, ^{und} des Vorsitzenden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Bzw. der Aufsicht selbst.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Verzeihung, aber wir haben es hinterher erst -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es spricht aber gegen die Aufsicht. Die Aufsicht selbst muss sich melden.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Wenn Sie in der Sitzung sind, können Sie erst feststellen, wer da ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, das stimmt. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Keine weiteren Fragen, Herr Troost. Dann übergebe ich an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut, ich danke Ihnen, Herr Schick. - Jetzt gibt es noch zwei Kleinigkeiten, und zwar ist mir einmal seitens der CDU und ferner seitens der SPD signalisiert worden, dass noch je eine Frage dort ist. Von daher gehe ich einmal noch in diese Minirunde hinein, wobei ich

*1. mal Prüfer
in Aufsicht
rat hatte
von
H-T
H-mal
einmal*

*Tages chechen
H-T
nicht
nicht*

natürlich, wenn einer von Ihnen aufgrund dessen eine Zusatzfrage hat, das entsprechend aufrufen werde. - Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir hatten unsere Zeit eben auch nicht ausgeschöpft.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nur eine ganz kurze Frage noch, Herr Tietmeyer, weil Sie es eben erwähnt haben: Zu welchem Zeitpunkt hat Herr Flowers Ihnen diese Frage gestellt: An wen muss man sich wenden, wenn?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen. Das muss aber in der Frühphase gewesen sein, als er das erste Mal dabei war. Das kann sein im September oder Anfang Oktober, ich weiß es nicht mehr genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): September oder Oktober 2008?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: 2008, ja. ~~Dann war es einfach so -~~ Die Bemerkung war einfach: Wen muss man in Deutschland überhaupt ansprechen in einer solchen Situation? Ich habe gesagt, da ich immer plädiert hatte dafür, zunächst eine gemeinsame Bankenlösung zu haben. ~~Erst als sich zeigte, dass das überhaupt nicht mehr ist, da stellte sich die Frage, da kam er und fragte mich: Mit wem soll man denn reden? Da sagte ich -- Nicht „erst“ - Entschuldigung - er hatte mich schon zu Beginn gefragt. Da hatte ich sehr deutlich gesagt: In Deutschland ist es wichtig, dass wir zunächst einmal eine bankeninterne Lösung hinkriegen, und deswegen rate ich im Augenblick, jetzt nicht sofort an die Politik heranzugehen.~~

Er hatte ja wohl Erfahrungen in anderen Ländern, dass es dort offenbar richtiger ist, sofort an die Politik heranzugehen. In der Tat, ich bin dezidiert der Meinung, dass zunächst einmal eine solche Situation von der Banking Community selbst genommen werden muss, ganz abgesehen davon, dass die über den Einlagensicherungsfonds immer noch drin ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Verstehe ich Sie richtig: Wenn an die Politik, dann im Grunde an das zuständige Ressort?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Bitte?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn an die Politik, dann an das zuständige Ressort - das war Ihre Empfehlung?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Sicher, aber ich habe keine Empfehlung abgegeben mit ~~den~~ ^{für} Gesprächen, sondern ich habe nur gesagt: Ich hielte es nicht für klug, sofort an die Politik heranzugehen, sondern lasst uns erst versuchen jetzt, ~~als~~ diese Dramatik auf dem Tisch lag. ~~Insofern~~ ^{insofern} habe ich das auch gestützt, was damals das Management noch wollte an diesem 22.09. Da wollte das ja ein Arrangement treffen mit der Banking Community. Es zeigte sich, dass das auf Dauer nicht haltbar war und nicht reichte - sei es, weil die Banking Community nicht genügend sicher war, dass sie es schaffen könnte oder schaffen wollte. Das weiß ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gut. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr seitens der CDU-Fraktion. Die FDP. - Herr Wissing, bleibt es? - Dann die SPD. Es fragt Frau Nina Hauer oder Herr Reinhard Schultz.

Nina Hauer (SPD): Ich habe eine Frage. Herr Tietmeyer, die BaFin und die Bundesbank dürfen an Sitzungen des Vorstandes teilnehmen, aber sie müssen nicht. Ist Ihnen bekannt, dass das in den Jahren davor üblich war, ob die BaFin oder die Bundesbank regelmäßig an Vorstandssitzungen teilgenommen haben?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, ~~weiß ich nicht.~~ ^{Zeuge Tietmeyer}

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sonst noch eine Frage? - Herr Schultz von der SPD-Fraktion.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Ich will dieselbe Fragen noch etwas breiter stellen. Herr Dr. Tietmeyer, Sie haben ja nun

H
FB
Ich habe
Z
U
Um es
eben
mich
daran
fragte,
Jan

für
nach dem
T. Wissing
mit
den
Banken
zu reden
H/1/1

Jan

auch Erfahrung mit Aufsicht über viele, viele Jahre gehabt. Ist es überhaupt üblich, dass neben den direkten Kontakten, die die Aufsicht mit Vorständen in der Regel hat, die Aufsicht an Aufsichtsratssitzungen teilnimmt, es sei denn auf Aufforderung, auf Bitte des Vorstandes oder wenn wirklich Maßnahmen ergriffen werden? Also, ich kenne so einen Fall, dass es bei der WestLB der Fall war. Da ging es aber um eine klare Intervention, auch an einem regulatorischen Wochenende - entweder oder -, weil die Eigentümer nicht spurten. Können Sie mal darstellen: Was ist das Normale, und was ist das Ungewöhnliche?

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Erstens. Ich habe an Aufsichtsräten in der Bankenwelt erst nach meinem Ausscheiden, nach der Karenzzeit überhaupt teilgenommen. Das heißt, ich kann Ihnen, was vorher gewesen ist, überhaupt nicht sagen; das weiß ich nicht. Was dann diese Zeit angeht, kann ich nur sagen - das habe ich eben gesagt -: Bei Aareal erinnere ich mich, dass an einer Aufsichtsratssitzung dort die ~~beiden~~ Prüfer auf Einladung teilgenommen haben. Ich habe sonst in Aufsichtsräten, in denen ich gewesen bin /- Aber ich bin auch nicht in mehreren Aufsichtsräten gewesen. Ich war im Internationalen in einigen Aufsichtsräten; aber sonst nicht. Mir ist nicht bekannt, dass dann die Prüfer dort teilnahmen oder eingeladen waren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch weitere Fragen seitens der SPD?

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):
Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann ist das okay. - Dann übergebe ich noch einmal vorsorglich an Herrn Dr. Troost. Keine Fragen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Dr. Schick ist nicht da. Ich nehme an, dass auch er keine Fragen hat; er hat eben eine entsprechende Handbewegung gemacht.

Herr Tietmeyer, dann ist Ihre öffentliche Befragung hiermit beendet. Fragen für einen nichtöffentlichen Sitzungsteil haben sich

auch nicht ergeben. Von daher darf ich mich von Ihnen für heute verabschieden, möchte jedoch darauf hinweisen, dass nach den Vorschriften des Untersuchungsausschussgesetzes formal Ihre Vernehmung als Zeuge erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Vorangehen wird natürlich das schon prozedural eingangs Erwähnte: Sie erhalten ein Protokoll über Ihre Zeugenvernehmung mit der Möglichkeit, dieses binnen zwei Wochen zu korrigieren oder gegebenenfalls zu ergänzen.

Ansonsten darf ich mich für Ihre Anwesenheit hier bedanken und Ihnen einen angenehmen Nachhauseweg wünschen.

Zeuge Dr. Hans Tietmeyer: Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen einen guten Erfolg Ihrer Arbeit und ein Ergebnis, das hilft, die künftigen Entwicklungen klarer zu machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Danke schön.

Hfj
L, aber nicht erlebt

Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode 2. Untersuchungsausschuss
Eing.: 23. Juli 2009
Sekretariat: <i>OWP</i>



Deutsche Bundesbank · 80281 München

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss der
16. Wahlperiode
z. Hd. Leiter des Sekretariats
Platz der Republik 1
11011 Berlin

f. and. g. Prot. · 40 23/2

Hauptverwaltung

Ludwigstraße 13
80539 München

Telefon: 089 2889-5
Telefax: 089 2889-3598

hv-muenchen
@bundesbank.de
www.bundesbank.de

SWIFT MARK DE FF

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Name, Telefon/Telefax

Datum
22.07.2009

**Stenografisches Protokoll der 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 2. Juli 2009; Zusendung des Protokollteils meiner Vernehmung**

Sehr geehrter Herr Holz,

anliegend sende ich Ihnen die vorläufige Fassung des stenografischen Protokolls meiner Vernehmung am 2. Juli 2009 (öffentlicher Teil). Meine wenigen Änderungswünsche habe ich handschriftlich im Protokoll vermerkt.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE BUNDESBANK
Hauptverwaltung München
Regionalbereich Banken und Finanzaufsicht


Klaus Jakob

ren Banken und Versicherungen auch ohne Sicherheit Geld aufnehmen konnte.

Das Geschäftsmodell der DEPFA bestand also zu einem Teil darin, letztlich Erträge dadurch zu generieren, dass man sich in erheblichem Umfang kurzfristig refinanzierte; denn die kurzfristige Refinanzierung war auch wiederum günstiger als eine längerfristige. Dieses Geschäftsmodell war bestimmt risikoreich, wie man im Nachhinein natürlich auch gesehen hat; aber es war auch nicht unrealistisch von vornherein. Es machte die DEPFA und damit auch die Hypo-Real-Estate-Gruppe insgesamt aber sehr anfällig für Störungen am Geldmarkt.

Die Geld- und Kapitalmärkte, nicht nur in Deutschland, sondern international, waren zu der Zeit, ab Mitte 2007, wegen der anhaltenden Finanzkrise gestört, und zwar in der Weise gestört, dass längerfristige Refinanzierungen immer schwieriger wurden, und wenn welche realisiert werden konnten, dann nur zu extrem schlechten Konditionen, also extrem hohen Zinsen.

Dieser Prozess immer schwieriger werdender längerfristiger Refinanzierungen setzte sich im Laufe der Finanzkrise weiter fort. Er führte dazu, dass bei allen Banken, die auf die Refinanzierung auf dem Geldmarkt und Kapitalmarkt angewiesen waren, die Refinanzierungsstruktur tendenziell immer kurzfristiger wurde - ein schleichender, aber anhaltender Prozess. Der Geldmarkt zwischen den Banken, das heißt der kurzfristige Teil dieser Refinanzierung, funktionierte zwar noch, aber nur mit Laufzeiten schwerpunktmäßig im Tagesbereich oder bis zu drei Monaten.

Mit der Lehman-Insolvenz am 15. September 2008 und dem allgemeinen und abrupten Vertrauensverlust zwischen den Banken stoppte die kurzfristige Refinanzierung am Geldmarkt, auch gegen Sicherheiten, fast vollständig - eine Situation, die es vorher an den Finanzmärkten noch nie gegeben hatte -, sodass von da an die Tage für die Zahlungsunfähigkeit der Hypo Real Estate gezählt waren.

Die Liquiditätsnöte nach dem Lehman-Debakel, nach der Lehman-Insolvenz, waren jedoch nicht nur auf die Hypo-Real-Estate-Gruppe beschränkt, sondern betrafen existenziell auch andere Institute in anderen Ländern. Zum Beispiel gerade an diesem ersten Krisenwochenende der Hypo Real Estate vom 26. bis 28. September 2008 [sic] wurden gleichzeitig in anderen Ländern mit

vergleichbaren Instituten ebenfalls Krisengespräche geführt, so mit der Dexia, der belgisch-französischen Bankengruppe, die sich auch im Wesentlichen um die Staatsfinanzierung kümmert, aber auch mit dem Fortis-Konzern, dem großen Bank- und Versicherungskonzern, der in Belgien und den Niederlanden, zum Teil auch in Luxemburg, eine überragende Rolle für das Finanzsystem in diesen Ländern spielt, sowie auch der Hypothekenbank Bradford & Bingley in Großbritannien.

Alle diese Fälle weisen ein vergleichbares Geschäftsmodell wie die DEPFA aus - das ist der Grund, warum ich das hier erwähne -, insbesondere eine kurzfristige Refinanzierung. Auch diese Institute konnten nur mit staatlicher Hilfe aufgefangen werden, da sie für die Finanzmärkte in diesen Ländern eine ebenso bedeutsame Rolle spielten wie die Hypo Real Estate. Die Liquiditätsnöte nach der Lehman-Insolvenz - das möchte ich durch diese Erwähnung eigentlich damit nur feststellen - waren also kein isoliertes deutsches Problem, sondern sie betrafen auch andere Institute im Ausland.

Zurück zu dem Thema „Kreditstopp nach der Lehman-Insolvenz“. Es war absehbar, dass nach dieser Lehman-Insolvenz der bestehende Kreditstopp zwischen den Banken und der ausgetrocknete Kapitalmarkt nach und nach auch andere deutsche Institute in Schwierigkeiten gebracht hätten. Deswegen wurde ja schließlich der Sonderfonds für Finanzmarktstabilität geschaffen - eine in dieser Situation äußerst nötige und vollkommen richtige Entscheidung.

Doch nun, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, möchte ich mich der eigentlichen Frage noch weiter nähern, der Frage nämlich: Warum konnte die Bankenaufsicht in Deutschland die Liquiditätskrise und Zahlungsunfähigkeit konkret der Hypo Real Estate nicht verhindern? Am 29.10.2007 wurde der BaFin und uns die Übernahme der DEPFA durch die Hypo Real Estate formell angezeigt. Dieser Begriff „angezeigt“ beleuchtet schon einen problematischen Punkt. Der Erwerb der DEPFA war nur anzeigepflichtig. Es gibt keine Zustimmungspflicht der Aufsicht für Beteiligungen von Kreditinstituten an anderen Kreditinstituten. Die Bankenaufsicht - damit meine ich BaFin und Bundesbank - konnte die Übernahme nur zur Kenntnis nehmen und sie ab der vollzogenen Übernahme auch in das

bankaufsichtliche Visier nehmen. Das taten wir auch.

Bereits am 05.11.2007 führten wir ein Aufsichtsgespräch mit den leitenden Personen der Hypo-Real-Estate-Gruppe, in dem von unserer Seite auch die Refinanzierungsstruktur der DEPFA angesprochen wurde. Einzelheiten zu diesem Gespräch kann ich allerdings jetzt in öffentlicher Sitzung nicht sagen, sondern das könnte ich in dem vertraulichen Teil machen. So viel sei aber gesagt: Die Aussagen der Vertreter der Hypo Real Estate zur Refinanzierungsstruktur der DEPFA deckten sich mit den wenig später auch öffentlich bekannt gegebenen Zahlen. Gleiches gilt auch für den vorhandenen Liquiditätspuffer und die angabegemäß problemlose Refinanzierung über die EZB und über den besicherten Geldmarkt und schließlich auch den Hinweis, dass die Refinanzierung der DEPFA in den schwierigen Zeiten der Finanzmarktkrise sehr robust und problemlos dargestellt werden konnte, insbesondere wegen deren hoher Qualität der Aktiva. Aufgrund der vorhin schon dargelegten Situation, nämlich des guten Ratings der DEPFA und der bisher problemlosen Refinanzierung der DEPFA am Geld- und Kapitalmarkt, erschien uns diese Aussage zum damaligen Zeitpunkt plausibel.

Dann kam der 15. Januar 2008. Am 15. Januar 2008 gab die Hypo-Real-Estate-Gruppe ihr vorläufiges Jahresergebnis 2007 bekannt und informierte dabei über starke Belastungen der Ertragslage aufgrund eines Wertberichtigungsbedarfs bei US-amerikanischen Collateralized Debt Obligations, also besicherten Schuldverschreibungen, CDOs. Diese Verluste, die in ihrer Höhe von 390 Millionen Euro, verglichen mit anderen Größenordnungen anderer Banken, noch relativ überschaubar waren, überraschten gleichwohl den Markt, da die Hypo-Real-Estate-Führung bisher immer kommuniziert hatte, sie habe keinerlei Probleme mit der Subprime-Krise in den USA - ein Eindruck, den die Hypo-Real-Estate-Gruppe auch bei mehreren Gelegenheiten gegenüber der Bankenaufsicht vermittelt hatte.

Aufgrund dieser überraschenden Bekanntgabe setzte die BaFin kurzfristig ein Aufsichtsgespräch mit dem Vorstand der Hypo Real Estate Holding an am 22. Januar 2008. Dort wurde unter anderem die unzureichende Information der Bankenaufsicht durch die Hypo Real Estate kritisiert und ein umfassender Finanz- und Risikobericht der

Hypo-Real-Estate-Gruppe angefordert, der erstmals auch die DEPFA plc beinhalten sollte.

Dieser angeforderte Bericht stellte die Finanz- und Risikolage umfassend dar, trug das Datum 28. Januar 2008 und ging uns zeitnah nach diesem Datum zu. Er stellte also erstmals die verschiedensten Risikobereiche der Hypo Real Estate umfassend dar, einschließlich deren Liquiditätssituation.

Wir haben diesen Bericht sehr sorgfältig analysiert. Dabei ergaben sich eine ganze Reihe von Unklarheiten und Fragen, auch zur Liquiditätssituation. Diese Unklarheiten und die allgemein bekannte kurzfristige Refinanzierungssituation der DEPFA veranlassten uns, ab Ende ^{Februar} 2008 einen wöchentlichen Liquiditätslimitreport der Hypo-Real-Estate-Gruppe anzufordern, und kurz danach, ab 11. März 2008, hatten wir ihn täglich angefordert.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs zum Thema „Sonderprüfung bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe“. Bereits in 2007 - genauer gesagt: am 8. Juni 2007 - hatten wir für die Hypo-Real-Estate-Gruppe eine Sonderprüfung durch uns vorgeschlagen, und zwar sollte sich diese auf die Risikosteuerung der gesamten Hypo-Real-Estate-Gruppe beziehen. Die Übernahme der DEPFA unterstrich eigentlich das Erfordernis dieser Prüfung.

Diesen Vorschlag, den wir der BaFin übermittelt hatten, hat sich die BaFin zu eigen gemacht und diese Prüfung in die Prüfungsplanung 2008 aufgenommen. Nach den überraschenden Verlusten in amerikanischen CDOs, die ich bereits erwähnte, Mitte Januar 2008, veranlasste jedoch die BaFin, die Prüfungsplanung kurzfristig umzustellen. Die Prüfung wurde auf den 18. Februar 2008 vorgezogen und als Schwerpunkt der Prüfung die Bewertung sogenannter strukturierter Produkte vorgegeben. Das heißt, im Schwerpunkt sollte es bei der Prüfung darum gehen, Asset-Backed Securities, hypotheckenbesicherte Wertpapiere und daraus abgeleitete strukturierte Wertpapiere wie CDOs näher zu untersuchen, und zwar hinsichtlich der Vollständigkeit der erfassten Wertpapierpositionen, der Zeitnähe der Bewertung, der Richtigkeit und Plausibilität der Bewertung und des korrekten Ausweises in der Bilanz. Dies waren die Schwerpunkte der Sonderprüfung bei der Hypo Real Estate und beim DEPFA-Teilkonzern in Dublin. Daneben sollten auch einzelne Aspekte des Risiko-

ihre Liquidität zunächst für sich und legte sie lieber niedrig oder unverzinslich bei der Zentralbank an, statt sie anderen Banken unbesichert oder auch gegen Wertpapiere herauszugeben. In einer solchen Situation hätte man zusehen können, wie entsprechend der individuellen Vorlaufzeit eine Bank nach der anderen zahlungsunfähig wird. Eine solche Systemkrise kann nur abgewendet werden, wenn die Zentralbanken einspringen und ihre Funktion als unendlicher Geldspeicher, als Lender auf Last Resort wahrnehmen, so, wie sie es ja auch tatsächlich getan haben.

Aber noch einmal zu der Frage: Hätte man die Hypo-Real-Estate-Krise bankaufsichtlich verhindern können? Die Frage richtet sich nach den Handlungsmöglichkeiten der Bankenaufsicht. Ich hatte bereits zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt, wie die Aufgabenteilung zwischen BaFin und Bundesbank ist. Bankaufsichtliche Handlungen, Maßnahmen, Anordnungen sind Aufgabe der BaFin. Die Bundesbank klärt die Sachverhalte auf, analysiert sie, bewertet sie und berichtet sie an die BaFin. Ich denke, dass die Bundesbank ihre Aufgabe in der Sachverhaltsaufklärung und -analyse hier vollständig erfüllt hat. Aber auch hinsichtlich der BaFin möchte ich sagen, dass ihr in dieser Situation keine bankaufsichtlichen Möglichkeiten gegeben waren, auch nicht aus unserer Sicht.

Bankaufsichtliche Eingriffe in die Geschäftstätigkeit einer Bank sind nur möglich, wenn es hierzu eine Rechtsgrundlage gibt. Bezüglich der Liquidität - das ist ja das Thema bei der DEPFA - ist es aber so, dass bankaufsichtliche Liquiditätsanforderungen - die gibt es im KWG und in der Liquiditätsverordnung - nur pro Einzelinstitut einzuhalten sind, nicht gruppenweise, also nicht für die gesamte Institutsgruppe, wie zum Beispiel die Hypo-Real-Estate-Gruppe. Die deutschen Institute der Hypo-Real-Estate-Gruppe, die der deutschen Bankenaufsicht unterlagen, hielten die bankaufsichtlichen Anforderungen, wie sie in der Liquiditätsverordnung niedergelegt sind, ein. Hier konnte man also keine Ansatzpunkte für bankaufsichtliche Maßnahmen ableiten. Die DEPFA plc mit ihren weiteren Konzerntöchtern unterlag und unterliegt bis heute nicht dem KWG und auch damit nicht dessen Liquiditätsanforderungen.

Wie schon erwähnt, gibt es für die Gruppe insgesamt keine Liquiditätsanforderungen, sodass diese auch nicht eingefordert werden konnten. Einziger Ansatzpunkt der deutschen

Bankenaufsicht bezüglich der Liquidität der Hypo-Real-Estate-Gruppe - genauer gesagt der DEPFA - war und ist der § 25 a KWG, der nicht nur von den Einzelinstituten eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ein angemessenes Risikomanagement verlangt, sondern - mit gewissen Einschränkungen - auch auf Gruppenebene. Das heißt, es gibt Anforderungen bezüglich der Erstellung, Analyse und Berichterstattung des Liquiditätsrisikos, die auch auf der Gruppenebene gelten.

Die Erfüllung dieser Anforderungen haben wir, soweit es der Prüfungsauftrag hergab, im Rahmen unserer Sonderprüfung geprüft, auch in Dublin, wie man ja inzwischen weiß. Hierbei haben wir erhebliche Mängel aufgedeckt, deren Behebung die BaFin von der Hypo Real Estate angemahnt hat. Mit anderen Worten: Was an bankaufsichtlichen Handlungsmöglichkeiten gegeben war, wurde meines Erachtens bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe auch genutzt.

Die zutreffende Schlussfolgerung, die man aus dieser Erkenntnis ziehen muss, ist die, dass das bankaufsichtliche Instrumentarium offensichtlich nicht ausgereicht hat, um diese Krise der Hypo Real Estate zu verhindern. Aus meiner Sicht besteht eine Regelungslücke bezüglich der Liquiditätsanforderungen, und zwar sollten diese Liquiditätsanforderungen auch für die gesamte Institutsgruppe gelten. Hinzukommen sollte auch eine Überarbeitung der Liquiditätsvorschriften dahin gehend, dass nur solche Wertpapiere als Liquiditätsreserve angesetzt werden können, die im Notfall tatsächlich auch bei der Zentralbank als Sicherheit eingereicht werden können.

Darüber hinaus wäre meines Erachtens - das, betone ich, ist hier meine private Meinung, meine persönliche Einschätzung - - Des Weiteren wären meines Erachtens individuelle Zusatzanforderungen an die Liquidität und das Eigenkapital von Instituten erforderlich, und zwar bezogen auf deren individuelle Risikosituation. Das ist deshalb erforderlich, um diese Institute, die eine individuell zum Beispiel erhöhte Risikosituation verglichen mit anderen Instituten aufweisen, in eine aufsichtlich für geboten gehaltene Richtung zu bewegen. Diese individuellen Zuschläge sind im aktuellen Gesetzentwurf zur Ergänzung des KWG meines Wissens vorgesehen.

Damit möchte ich an dieser Stelle meine einleitenden Bemerkungen schließen und

Durststrecke zu überleben -- ist also der Zeitpunkt auch unterschiedlich, bis zu dem diese zahlungsunfähig zu werden drohen. Dann ist meines Erachtens auch erst möglich zu sagen, dass der Staat zu diesem Zeitpunkt eingreifen soll. Sonst würde er ja eingreifen, bevor ein akuter Liquiditätsbedarf besteht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es richtig, dass die Berechnungen der Worst-Case-Szenarien bei der Hypo Real Estate ergeben haben, dass das weniger als eine Woche, weniger als sieben Tage gedauert hätte, bis man vor der Insolvenz stand?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich musste mich jetzt kurz beraten, ob ich das hier bekannt geben darf.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, ich verstehe das.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die Dauer der Zeit, bis zu dem die Liquiditätsströme negativ wurden, bewegte sich, wie ich schon erwähnte, im Rahmen von 10 bis 15, maximal bis 20 Tagen. Der von Ihnen erwähnte Zeitraum unter 10 Tagen war aus meiner Sicht eher erkennbar nach der Lehman-Insolvenz, hat sich da erst gezeigt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, beginnend von Lehman wusste man, es dauert weniger als 10 Tage, bis man in der Insolvenz ist?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das kann man so ad hoc -- Also, auf der Basis dieser --

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich will es anders formulieren, weil ich glaube, wenn ich so absolut frage, können Sie sich schwer festlegen. Ich will sagen: Mit hoher Wahrscheinlichkeit war man nach Lehman innerhalb von weniger als 10 Tagen vor dem Moratorium gestanden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Auf der Basis dieser Szenario-Rechnungen, deren Ergebnisse uns ja gemeldet wurden, konnte man diesen genauen Termin nicht vorher-

sagen, weil es, um den vorherzusagen zu können, konkretere Informationen braucht, weil im Rahmen dieses Worst-Case-Szenarios bestimmte Annahmen ja getroffen werden, die sich so realisieren können oder auch nicht. Da muss man die konkrete Realisierung dieser Parameter - wie zum Beispiel Ziehung von Liquiditätsfazilitäten - wirklich konkret eruieren. Hinzu kommt, welche Anstrengungen zum Beispiel das Institut unternommen hat, um vielleicht noch weitere Liquiditätsreserven zu schöpfen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber aufgrund der Erfahrungen mit anderen ähnlich refinanzierten Instituten weltweit war naheliegend, dass der Staat jedenfalls im Falle des Worst-Case-Szenarios eintreten muss? Das habe ich so richtig verstanden?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es war absehbar, dass die Hypo Real Estate nach der Lehman-Insolvenz zahlungsunfähig -- dass die Zahlungsunfähigkeit droht. Das wurde von der Hypo Real Estate auch so kommuniziert. Ob der Staat jetzt tatsächlich die Hypo Real Estate auffängt oder nicht, das kann ich aus meiner Sicht ja nicht einschätzen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Klar.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich persönlich hielte es auf jeden Fall für erforderlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie sagten, Sie hätten eine Ausweitung der Liquiditätsanforderungen nach dem KWG auf die ganze Gruppe für erforderlich gehalten.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das hielte ich für eine gesetzliche Ergänzung eigentlich für zielführend.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ab wann?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das kann man jetzt eigentlich nur im Nachhinein betrachten, indem man sagt: Was hätte man anders machen können, um den Zusammenbruch der Hypo Real Estate zu verhindern?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich meine, das ist ja eine Regelungslücke, über die wir jetzt sprechen. Haben Sie jemals davon Kenntnis erlangt, dass man dem Bundes-

Fer

Stand des systemrelevanten Instituts erfolgte erst am 26. Juni 2008.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, ob es von der BaFin und auch im Bundesfinanzministerium da schon früher Überlegungen gab?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Davon habe ich nur in der Presse gelesen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Persönlich ist Ihnen das nicht bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist mir nicht persönlich bekannt, nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es für ausgeschlossen, dass das so ist?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist eine spekulative Frage. Ich kann es natürlich nicht ausschließen. Aber das ist mir nicht bekannt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie betonten ja, Hauptverwaltung war erst 2007 zuständig. Aber welche Erkenntnisse bekamen Sie zu diesem Zeitpunkt auch vom Zentralbereich, gerade zur Einordnung Hypo Real Estate auch als eine unter Risiko zu betrachtende Bank?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Von unserer Zentrale für die - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War auch die laufende Aufsicht ja doch - -

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Also inwieweit die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemrelevant einzuschätzen wäre. Wir kennen natürlich andere systemrelevante Banken und wie die gekennzeichnet sind. Wenn Sie vielleicht darauf hinauswollen. Daran haben wir bei unserem Vorschlag orientiert, die Hypo-Real-Estate-Gruppe als systemrelevant zu klassifizieren. Es gibt aber aus meiner Kenntnis keine - sagen wir mal - Vorgaben der Zentrale oder ganz konkrete Kriterien, denen wir da hätten folgen müssen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber welche Hinweise bekamen Sie denn vom Zentralbereich, bevor Sie Ihre Sonderprüfung begannen zur Frage Hypo Real Estate und mit dem Auftrag der Sonderprüfung?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Auf welche Art Hinweise spielen Sie da an?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich frage, ob es überhaupt Hinweise gab. Ich meine, wenn Sie danach fragen, welche Art, muss es ja welche gegeben haben.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es ist so, dass unsere Zentrale gar nicht in die laufende Aufsicht der Hypo-Real-Estate-Gruppe eingeschaltet ist, in das Operative. Was jetzt die konkrete Prüfung angeht, ist es so, dass wir unsere Prüfungsvorschläge zu einem bestimmten Termin im Jahr unserer Zentrale unterbreiten, und die Zentrale leitet diese Vorschläge an die BaFin weiter.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wir bekamen zur Organisation der Aufsicht hier ja auch die Auskunft, dass Prüfungsergebnisse der Zentrale mitgeteilt werden, damit die nach normalen Standards, die sich die Bundesbank setzt, auch ablaufen. Von daher müssten ja auch schon Erkenntnisse in der Zentrale vorgelegen haben, bevor die Zuständigkeit zu Ihnen kam, zur HRE, und sie hätten ja dann auch Grundlage für die Sonderprüfung sein können.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Sämtliche Erkenntnisse aus unseren Prüfungen werden zentral bei der Zentrale gesammelt. Es gibt eine entsprechende IT, in der das eingepflegt ist. Diese IT ist für alle Regionalbereiche zugänglich, sodass alle Regionalbereiche auch über alle Feststellungen im Rahmen von Prüfungen informiert sind.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie sich diese Grundlage oder diese Informationsquelle bei Beginn der Sonderprüfung auch zu eigen gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Für unsere konkrete Sonderprüfung, die sich mit der Bewertung strukturierter Produkte und von CDOs beschäftigte, hat es eine geringere Rolle gespielt, weil diese Form einer Prüfung erstmals von der Deutschen Bundesbank durchgeführt wurde und es sozusagen keine vergleichbare Prüfung schon gab, aus der wir jetzt Erkenntnisse hätten gewinnen können.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber die Sonderprüfung wurde ja neben Prüfung

Funs

strukturierter Produkte ergänzt noch durch die Frage der Risikoprüfung. Welche Erkenntnisse lagen da vorweg vor?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die erstreckte sich auch - das ist richtig - in einem Teilbereich auf das Risikocontrolling. Für die konkrete Prüfung haben wir jetzt eigentlich keine gesonderten Erkenntnisse dazu herangezogen, die uns aufgrund bisheriger Prüfungen durch uns nicht schon bekannt gewesen wären. Es ist ja so, dass wir das Risikocontrolling jetzt nicht erstmals geprüft haben, sondern ja auch bei einer ganzen Reihe von anderen, auch größeren Instituten, die in unserem Bereich ansässig sind, sodass wir auch aus unmittelbarer Kenntnis diese Erkenntnisse für die Prüfung bei der Hypo Real Estate verwerten konnten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wann haben Sie den Bericht bzw. den Zwischenbericht und den Bericht zur Sonderprüfung - das war ja vom 24.06. und Zwischenbericht vom 17.03. - erhalten, und was haben Sie daraufhin veranlasst?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Den Zwischenbericht habe ich unmittelbar nach seiner Ausfertigung erhalten, genauso wie die BaFin. Auf der Basis dieses Zwischenberichtes gab es eine Telefonkonferenz zwischen uns und der BaFin, das heißt [Beteiligung der Prüfer] meine Person, meines Wissens - da bin ich mir nicht mehr ganz sicher - auch Herr Schnitzler mit verschiedenen Kollegen der BaFin. Aus unserer Sicht gab es dazu auf der Basis des Zwischenberichtes keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, sondern wir haben an die BaFin berichtet und haben dann unsere Prüfungen weiter fortgesetzt und anschließend den endgültigen Bericht erstellt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Vorgesetzten haben Sie davon unterrichtet, wann, und wie haben Ihre Vorgesetzten darauf reagiert?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Da bin ich jetzt persönlich überfragt, weil ich den Bericht selbst nicht weitergeleitet habe, sondern der Prüfungsleiter dieser Prüfung, Herr Eder. Ich könnte natürlich, wenn es gewünscht ist, in den Unterlagen nachsehen lassen und eruiieren lassen, an welche Vorgesetzte von mir -

das können ja dann nur Mitarbeiter der Zentrale gewesen sein - dieser Zwischenbericht weitergeleitet wurde.

Vielleicht eine allgemeine Aussage dazu: In der Regel ist es so, dass wir alle Informationen, die in irgendeiner Form nennenswert erscheinen, zu systemrelevanten Banken oder in dem Beispiel auch bei der Hypo Real Estate, bevor sie formal systemrelevant wurde, an die Zentrale schicken, sowohl an die Abteilung für mikro- und makroprudentielle Aufsicht, B 2, wie auch an die Prüfungsabteilung. Ob das in diesem konkreten Fall auch geschehen ist, das müsste ich halt nachschauen lassen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gerne. - Uns ist durch Zeugenaussagen bekannt, dass innerhalb der BaFin die Hypo Real Estate schon früher als systemrelevant angesehen wurde, ehe man sich aufgrund der Prüfungsrichtlinie, der Aufsichtsrichtlinie gemeinsam mit der Bundesbank auf ein Datum nachher verständigt hat. Deshalb die Frage: Ist es üblich, wenn die BaFin selber sie schon als systemrelevant sieht, dass sie sich dann über den langen Zeitraum der Prüfung, der Sonderprüfung selbst an Ihrer Prüfung nicht beteiligt hat, allein durch Anwesenheit? Ist das zutreffend?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich kann nur bestätigen, dass die BaFin nicht der Prüfung beigetreten ist; aus welchen Gründen, ist mir nicht bekannt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War auch niemand der BaFin auch nur für Tage bei Ihrer Sonderprüfung anwesend?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Meines Wissens nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Deshalb frage ich, ob das dann üblich ist, wenn man es selber so einschätzt.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Vielleicht noch ergänzend: Eine Mitarbeiterin der BaFin nahm an einem - wir nennen das - Faktenabgleich teil. Das ist eine Besprechung nach Abschluss der Prüfung, in der gegenüber der Geschäftsleitung des geprüften Institutes alle Feststellungen noch mal dargestellt werden. An dieser Besprechung nahm eine Mitarbeiterin der BaFin teil.

unter
fr

bei der DEPFA in Dublin auch die Liquiditätssituation konkret durch uns geprüft worden ist, was ich aber verneint habe.

Nina Hauer (SPD): Wer hat Sie das gefragt?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist mir nicht mehr Erinnerung.

Nina Hauer (SPD): Aber darüber hatten Sie keine Informationen, weil das Teil der irischen Aufsicht war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Es war nicht Teil des Prüfungsauftrages, dass wir die Liquiditätssituation prüfen. Wie gesagt, die war uns schon vorher bekannt, und die Mängel beim Liquiditätsrisikocontrolling führten aus meiner Sicht nicht dazu, dass sich die Liquiditätslage der Hypo Real Estate in irgendeiner Form änderte oder hätte besser darstellen können.

Nina Hauer (SPD): Und hätten diese Mängel, die bei der Sonderprüfung festgestellt worden sind, denn beim zweiten Rettungswochenende geholfen, das zu verhindern, oder hatte das andere Ursachen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein. Die Erkenntnisse oder die Mängel, die bei der Sonderprüfung festgestellt wurden, spielten eigentlich weder beim ersten Krisenwochenende noch beim zweiten Krisenwochenende eine relevante Rolle. Sie waren nicht maßgeblich für die Liquiditätsschwierigkeiten der Hypo Real Estate nach der Lehman-Insolvenz.

Nina Hauer (SPD): Sie haben ja vorhin gesagt, dass sich die privaten Banken hätten beteiligen sollen. Sind Sie der Meinung, dass das so, wie die Bundesregierung vorgegangen ist, dass sie erst versucht hat, eine möglichst weitgehende Lösung mit den Banken herzustellen, der richtige Weg war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das ist eine politische Frage und letztlich eine Frage der Durchsetzbarkeit. Ich kann nur meine private Meinung als Steuerzahler dazu äußern, dass ich natürlich für sinnvoll halte, dass die Banken hierzu auch einen Beitrag leisten.

Nina Hauer (SPD): Hätte sich denn, wenn Sie sich an diese Prüfungen und an die beiden Prüfberichte, also den Zwischenbericht und den Sonderprüfungsbericht, erinnern, aus diesen Berichten politischer Handlungsbedarf ergeben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Ich denke, aus diesen Berichten, aus dem Sonderprüfungsbericht und aus dem Zwischenbericht, hat sich kein politischer Handlungsbedarf ergeben oder war kein politischer Handlungsbedarf erkennbar.

Nina Hauer (SPD): Es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass die BaFin das so gesehen hat? Oder ist Ihnen bekannt, dass jemand aus der Bundesbank das der BaFin gesagt hat?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Politischer Handlungsbedarf? - Ist mir nicht bekannt. Wir haben die Erkenntnisse aus unserem Prüfungsbericht der BaFin mit einem Übersendungsschreiben übermittelt und im Prinzip, bezogen auf das Einzelinstitut oder auf die Hypo-Real-Estate-Gruppe, Vorschläge gemacht, wie den Feststellungen aus dem Sonderprüfungsbericht begegnet werden sollte und wie das Institut die abstellen sollte. Aber wir haben meines Wissens keine Vorschläge gemacht, die in den politischen Rahmen gehen.

Nina Hauer (SPD): Sie sind ja zuständig für die laufende Aufsicht. Ein Abgeordneter dieses Ausschusses hat in einem *Spiegel-Online*-Interview gesagt, die HRE sei seit ihrer Gründung 2003 eine problematische Bank und dennoch bis zum September 2008 weitgehend unbeaufsichtigt gelassen worden; dafür müsse der Steuerzahler nun mit Milliardenbeträgen geradestehen. - Teilen Sie diese Auffassung, dass die HRE weitgehend unbeaufsichtigt war?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Nein, ich teile diese Auffassung nicht; dürfte wohl nicht überraschen. Aber sie ist natürlich in einem Teilbereich, bezogen auf die DEPFA plc in Dublin, nicht der deutschen Aufsicht unterliegend. Insofern wird sie auch nicht von uns beaufsichtigt.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

fes

Frage

selber dokumentiert. Wir hatten praktisch für uns die Stellung die Bewertung so abgegeben, dass der § 25 a KWG in den von uns geprüften Bereichen aus unserer Sicht hier nicht eingehalten war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Deshalb noch mal die Frage: Hat denn die BaFin daraus etwas veranlasst an die Bundesbank, dem dann näher nachzugehen, was Sie selber nach § 25 a festgestellt haben?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Im Rahmen der normalen Prüfungsmängelverfolgung ist es ja unsere Aufgabe, dass wir das analysieren, was das Institut dann meldet, das heißt die erledigten Feststellungen, Zwischenberichte über die Erledigung von Mängeln, und darüber der BaFin wieder berichten. Das war - würde ich sagen - stillschweigend mit der BaFin vereinbart, weil das absolut Usus ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat die BaFin Vorgaben zum Umgang mit Zinsänderungsrisiken gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Darüber ist mir nichts bekannt. Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wäre es aber angemessen gewesen, in der Entwicklung des Kapital- und Geldmarktes so was zu veranlassen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Das Problem bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe, genauer bei der DEPFA, war ja ein Problem der sehr kurzfristigen Refinanzierungen, weniger ein Problem des Zinsänderungsrisikos. Insofern haben wir jetzt nicht das Problem bei den Zinsbindungsfristen und beim Zinsänderungsrisiko gesehen, sondern beim Liquiditätsrisiko.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wie ist die BaFin mit der erkennbar riskanten kurzfristigen Refinanzierung bei der HRE Ihrer Kenntnis nach umgegangen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Die BaFin wurde von uns praktisch täglich informiert. Wir haben diese Zahlen von der Hypo Real Estate noch etwas aufbereitet und haben entsprechend, wenn es erforderlich war, angezeigt erschien, diese auch kommentiert.

Konkrete Reaktionen kann ich nur insofern bestätigen, dass wir natürlich eigentlich permanent mit der BaFin in Kontakt sind, regelmäßig uns austauschen und Gespräche, auf Referatsleitererebene zum Beispiel, über eventuelle Schlussfolgerungen stattfinden, die aus bestimmten Erkenntnissen zu ziehen sind. Konkrete Anforderungen der BaFin bezüglich Liquidität sind mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt der Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

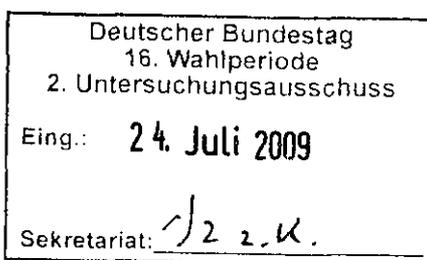
Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Jakob, ich wollte noch mal fragen, wie das mit den Stresstests ist. Sie haben ja vorhin gesagt, dass das frei gestaltbar war bzw. dass sie nicht überall gleich waren. Etwas früher hatten Sie gesagt, dass das Eintreten des Worst Case eigentlich ausgeschlossen wurde. Ich frage mich nach dem Sinn von solchen Tests, wenn man, sozusagen wie beim Eiskunstlauf, die beste und die schlechteste Note wegstreicht und dann nur noch die mittlere Wertung hat. Glauben Sie, dass da einfach zu viel Trott drin war, dass man gesagt hat: Hat schon immer geklappt, wird auch weitergehen?

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Bei wem war dieser Trott drin, bei der Hypo Real Estate oder bei uns oder bei der BaFin?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Bei der Aufsicht vor allen Dingen, also durch Sie oder eben auch durch BaFin wahrgenommen, dass man gesagt hat: Gut, wir machen halt diese Tests; aber Worst Case tritt eh nicht ein.

Zeuge Klaus-Dieter Jakob: Der Worst Case ist eigentlich natürlich eine Hypothese. Wenn die sich realisiert, werden im Zweifel alle Institute illiquide. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Deswegen, sagen wir mal, kann das nicht der Erkenntniswert dieser Szenarien sein, sondern der Erkenntniswert liegt darin, dass der Zeitraum, bis zu dem ein Institut illiquide wird, unterschiedlich lang ist.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ja. Sie kriegen also Angaben über Restlaufzeiten sozusagen in diesem Worst Case.



Deutsche Bundesbank · Ludwigstrasse 13 80539 München

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss der
16. Wahlperiode
Herrn Holz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hauptverwaltung

Ludwigstrasse 13
80539 München

Telefon: 089 2889-5
Telefax: 089 2889-3598

hv-muenchen
@bundesbank.de
www.bundesbank.de

SWIFT MARK DE FF

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Name, Telefon/Telefax

Datum
22.07.2009

**Stenografisches Protokoll der öffentlichen Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
am 02.07.2009**

Sehr geehrter Herr Holz, sehr geehrte Frau Kahlert,

anliegend erhalten Sie das Protokoll meiner Vernehmung in öffentlicher Sitzung vom
02.07.2009 mit geringfügigen Korrekturen bzw. Anmerkungen zurück.

An dieser Stelle: Kompliment für die hervorragende Protokollierung in dieser fachspezifischen
Materie.

Für Rückfragen stehe ich gerne zu Ihrer Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE BUNDESBANK
Referatsleiter Laufende Aufsicht 1

Karl Schnitzler

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann habe ich nur noch eine letzte Bitte. Dann bin ich für den Augenblick wunschlos glücklich. Sprechen Sie bitte mit möglichst kräftiger Stimme, und gehen Sie bitte nah an das Mikrofon heran. Es gibt manchmal gewisse akustische Schwierigkeiten in diesem Raum.

Zeuge Karl Schnitzler: Okay. - Dann starte ich mit meinem Statement.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wunderbar.

Zeuge Karl Schnitzler: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin bei der Hauptverwaltung München der Deutschen Bundesbank zuständig für die Leitung des Referats Laufende Aufsicht I. Diese Funktion habe ich seit Anfang 2007 inne. In genanntem Referat werden die systemrelevanten Banken, Kreditbanken und Spezialinstitute in Bayern beaufsichtigt. In meinem Zuständigkeitsbereich fällt somit auch die Hypo-Real-Estate-Gruppe. Zuvor, von Mitte 2003 bis Ende 2006, war ich als Sachgebietsleiter im selben Referat zuständig für die Beaufsichtigung der systemrelevanten Banken in Bayern, also HVB, HypoVereinsbank, und Bayerische Landesbank.

Im Folgenden möchte ich als Basis für Ihre Fragen kurz - nur in einigen Ansätzen - die Tätigkeit der Laufenden Aufsicht beschreiben und danach aus meiner Sicht die wichtigsten Stationen in der bankaufsichtlichen Begleitung der Liquiditätslage der HRE-Gruppe seit dem Erwerb der DEPFA plc darstellen.

Zu meiner Funktion bei der Hauptverwaltung München. Was macht die Laufende Aufsicht dort? Die Laufende Aufsicht umfasst die Auswertung aller eingehenden Informationen und darauf aufbauend deren Bewertung hinsichtlich aktueller und potenzieller Risiken. Wir werten insbesondere die Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfer aus, analysieren die Jahresabschlussunterlagen der Banken und das bankaufsichtliche Meldewesen und führen Aufsichtsgespräche mit den Instituten. Bei uns laufen auch Informationen auf, die unsere Prüfer im Rahmen von bankgeschäftlichen Prüfungen gewinnen. Bei Bedarf ~~und~~ weiterer Sachverhaltsaufklärung holen wir ergänzende Informationen ein bzw. führen diesbezügliche Aufsichtsgespräche

mit den Instituten. Bei systemrelevanten Instituten generell und auch bei problembehafteten nicht systemrelevanten Instituten begleiten wir die Institute sehr eng, indem etwa Risikoberichte der Institute, regelmäßige Ertragszahlen, laufende Liquiditätsreports oder regelmäßige Informationen über die Entwicklung der Kapitalausstattung je nach Bedarf angefordert und ausgewertet werden. Die in der laufenden Überwachung gewonnenen Erkenntnisse und Bewertungen fassen wir zu einem Risikoprofil zusammen. Hierbei geht es einmal um den Umfang der eingegangenen Risiken, aber auch um die zur Steuerung der Risiken eingesetzten Risikomanagementsysteme.

Basierend auf dieser Vorarbeit ist die BaFin dagegen für alle aufsichtsrechtlichen Maßnahmen gegenüber den Instituten zuständig. Das heißt, sie erlässt Verwaltungsakte im Falle des Falles.

Gerade bei den systemrelevanten Instituten oder auch problematischen Instituten, die besonders intensiv überwacht werden, sind wir im laufenden Kontakt mit der BaFin. An dieser Stelle möchte ich gerne betonen, dass die Zusammenarbeit mit dem für die HRE zuständigen Fachreferat immer sehr konstruktiv und sich gegenseitig ergänzend und befruchtend war. - So viel in aller Kürze als grobe Umschreibung der Tätigkeit in meinem Referat.

Dann komme ich zu den wichtigsten Stationen in der Beaufsichtigung der HRE seit Übernahme der DEPFA plc im Oktober 2007.

Bekanntlich wurde die Liquiditätskrise der HRE-Gruppe durch die im Oktober 2007 erworbene DEPFA plc ausgelöst. Ich will deshalb im Folgenden schildern, was die wesentlichen Abläufe, insbesondere mit Blick auf das Liquiditätsrisiko, waren.

Am 23.07.2007 haben die HRE Holding und die DEPFA plc in einer Presseerklärung die beabsichtigte Übernahme der DEPFA durch die Hypo Real Estate Holding bekannt gegeben. Nach dem Vollzug der Übernahme Anfang Oktober hat die Hypo Real Estate mit Anzeige vom 29.10.2007 den Erwerb des DEPFA-Teilkonzerns der Aufsicht angezeigt. Eine aufsichtliche Genehmigung war hierfür nicht notwendig. Das KWG sieht hier nichts vor.

Unmittelbar nach der Übernahme der DEPFA haben wir dann am 05.11.2007 ein Aufsichtsgespräch mit der HRE geführt. Dabei haben wir auch die Liquiditätssituation angesprochen. Wie die HRE zwei Tage

später, am 07.11., im Rahmen einer Analysenkonferenz informierte, setzte sich das Funding des DEPFA-Teilkonzerns mit Stichtag 30.09. zusammen aus 44 Prozent an gedeckten Schuldverschreibungen - in Deutschland würde man sagen: Pfandbriefe -, 7 Prozent aus Long-Term Senior Unsecured - also aus langfristiger, aber ungedeckter Refinanzierung -, und zu 23 Prozent aus Repo-Finanzierungen - das sind kurzfristige Geldmarktaufnahmen, die aber besichert sind - und 26 Prozent aus ungesicherten Geldmarktfinanzierungen. Damals also schon bereits die bekannte Aufteilung etwa 50 zu 50 kurzfristige und langfristige Refinanzierung bei der DEPFA plc. An Liquiditätspuffer aus notenbankfähigen bzw. Repo-fähigen Papieren wurden 45 Milliarden Euro genannt.

Auf unsere diesbezüglichen Fragen machte die HRE damals insbesondere geltend, dass die DEPFA plc als Staatsfinanzierer vom hohen Bestand an Staatstiteln profitiert, die für Refinanzierungszwecke eingesetzt werden können und die in der damaligen Marktsituation in dem Sinne wertvoll waren. Ein kurzes Zitat aus der damaligen Analystenkonferenz:

DEPFA funding proved ^vvery robust during the liquidity crisis due to the high quality of assets

- das ist der Aspekt, den ich erwähnte -

and the direct access to institutional investors.

Diese Angaben waren für uns durchaus nachvollziehbar; denn nach der ersten Welle der Finanzmarktkrise, die ja im August 2007 begonnen hatte, flüchteten die Anleger in Qualität. Die DEPFA konnte hier mit ihrem umfänglichen Aktivgeschäft im Staatsfinanzierungsgeschäft, das ja sehr risikoarm ist und insbesondere damals als noch sehr viel risikoärmer betrachtet wurde als heute, punkten. Im Übrigen haben auch die Ratingagenturen die DEPFA plc damals besser bewertet als die HRE, obwohl in der Folgezeit die DEPFA plc letztlich der Auslöser für die Illiquidität war.

Übrigens hat die DEPFA plc diesen Ratingvorteil nicht nur damals gehabt, sondern bis nach den Rettungswochenenden behalten, sodass die Ratingagenturen auch im gesamten Vorfeld das so eingeschätzt haben.

Für starke Verunsicherung an den Märkten sorgte die HRE-Gruppe dann am 15.01.2008 mit der Veröffentlichung ihres vorläufigen Jahresergebnisses 2007, das geprägt war durch einen Wertberichtigungsbedarf bei CDOs - Collateralized Debt Obligations; das sind gewisse Arten von strukturierten Produkten - in Höhe von 390 Millionen Euro. Daraufhin setzte die BaFin ein Aufsichtsgespräch mit der Hypo-Real-Estate-Führung an, an dem ich teilgenommen habe und das am 22.01.2008 stattfand. Bei diesem Aufsichtsgespräch ging es überwiegend um das Themenfeld strukturierte Produkte und daraus resultierende Risiken, weil hier noch Unklarheiten bestanden. Insbesondere deshalb wurde ein umfassender Finanz- und Risikobericht angefordert. Den haben wir dann ausgewertet. Bei Analyse dieses Berichts ergab sich für uns eine ganze Reihe von Hinweisen und Fragestellungen auch zur Liquiditätssituation. Dies veranlasste uns, ab Ende Februar 2008 von der HRE-Gruppe ein wöchentliches Liquiditätsreportwesen anzufordern. Wir haben dann diese Pflicht am 11.03. auf täglich erweitert.

Weiterhin haben wir diese Informationen, die wir aus der Auswertung dieses Risikoberichts erlangt haben, genutzt, um die seit dem 18.02.2008 bereits laufende MaRisk-Prüfung, die ohnehin das Liquiditätsrisikomanagement als einen Teilaspekt hatte, zielgenauer und verstärkter durchzuführen. Wir haben diese Informationen also in die laufende MaRisk-Prüfung eingespeist.

Was lässt sich allgemein zur Liquiditätssituation zum damaligen Stand - ich sage einmal: circa März - sagen? Generell ist festzustellen, dass die Geld- und Kapitalmärkte damals, im Februar/März 2008 und auch in den Folgemonaten, Störungen unterworfen waren. Längerfristige ungedeckte Refinanzierungen, also Bankschuldverschreibungen, waren sehr schwierig ^{zu bekommen} ~~zu bekommen~~, und wenn, dann nur mit kürzeren Laufzeiten und schlechteren Konditionen. Auch bei gedeckten Kapitalmarktpapieren, also Pfandbriefen, gab es Absatzprobleme, wenn auch Transaktionen immer wieder gelangen. Hierbei war der Absatz von Namenspfandbriefen etwas einfacher. Probleme gab es eher im Bereich der Jumbo-Pfandbriefe. Gleichwohl konnte zum Beispiel die DEPFA-Pfandbriefbank aber noch am 22.07.2008 einen Jumbo über 2 Milliarden Euro platzieren.

Diese begrenzte Ergiebigkeit im langfristigen Bereich führte dazu, dass eigentlich alle

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Troost von der Fraktion Die Linke das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie waren von Anfang an für die HRE zuständig, auch bei der Abspaltung?

Zeuge Karl Schnitzler: Nein, damals war ich nicht für die HRE zuständig, sondern da war ich Sachgebietsleiter für die systemrelevanten Banken, und damals war die HRE noch keine systemrelevante. Damals war ich noch zuständig für die HVB und die BayernLB.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt, zur Abspaltung und Gründung der HRE können Sie hier jetzt gar nichts sagen?

Zeuge Karl Schnitzler: Zur Gründung der HRE im eigentlichen Sinne nicht, zur Abspaltung schon, weil ja natürlich von der HVB abgespalten wurde, und insofern in der Beaufsichtigung der HVB auch die eine oder andere Info dann natürlich bei uns aufgetaucht ist.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie die Unterlagen, die zur Abspaltung dann geführt haben, sozusagen eingesehen? Haben Sie da geschaut, ob die vollständig sind, ob das, was da eingereicht worden ist von Ernst & Young, vollständig war?

Zeuge Karl Schnitzler: Ich muss sagen: Ich war ja ab Mitte 2003 für dieses Sachgebiet zuständig. Insofern muss ich den Disclaimer vorausschicken, dass vielleicht vorher irgendwas passiert ist, was ich jetzt nicht weiß. Aber mir ist nicht bekannt, dass man diese Unterlagen angeschaut hätte. Es ist auch nicht -- Die Bankaufsicht hat auch hier keine Zuständigkeiten. Wir haben keine Zustimmungspflicht. Wir konnten dieser Abspaltung nicht zustimmen; wir konnten sie auch nicht ablehnen. Insofern war sie für uns letztlich aus geschäftsstrategischen Aspekten heraus interessant.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich sage nur mal hier in öffentlicher Sitzung: Wenn da ein wesentlicher Punkt, nämlich die Ermitt-

lung des Wertes des abgespaltenen Teiles, nicht erfolgt ist durch den Wirtschaftsprüfer, dann ist das schon zumindest relevant. Aber ich verstehe ja; Sie haben ja gesagt, Sie sind da nicht drin. Sie sind auch nicht drin, was die erste Deckungsstockprüfung 2005 angeht? Weil wir doch Informationen haben, dass man im Prinzip, nachdem das eingeführt wurde, auch nach hinten sozusagen noch mal eine richtige Stichprobe gemacht hat.

Zeuge Karl Schnitzler: Ich weiß, dass es 2008 eine Deckungsstockprüfung gab, die, glaube ich, bis 2005 zurückreichte, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist klar.

Zeuge Karl Schnitzler: - und noch mal die eine vorher. Von der weiß ich. Wie weit die zurückreichte, kann ich nicht sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Na gut. - Wie ist denn überhaupt Ihr Vertrauen insgesamt zum Vorstand der HRE gewesen in den letzten eineinhalb Jahren?

Zeuge Karl Schnitzler: Sie meinen, zum Altvorstand?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Selbstverständlich.

Zeuge Karl Schnitzler: Zum Altvorstand. Vertrauen: Was ich dazu sagen kann, ist, dass der Vorstand immer kooperativ war in der Zusammenarbeit mit uns, also jetzt nicht zögerlich war, sondern unsere Informationswünsche schon auch anerkannt hat und zum Beispiel - wir haben vorher dieses Thema Finanzholdinggesellschaft / Gesetzesänderung angesprochen - niemals sich zurückgezogen hat auf die Position: Wir als Finanzholdinggesellschaft - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich will noch mal drei Punkte konkret nennen, ob Sie das sozusagen irritiert hat oder nicht.

Das eine war ja überhaupt die Auslösung der Sonderprüfung. Da hat der Vorstand gesagt: Bei uns gibt es keine Probleme mit strukturierten Produkten. - Und dann stellt sich heraus, es gab sie doch. Das war ja zumindest so etwas wie ein erster Vertrauensbruch. Dann haben wir eben festge-



KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ganghoferstraße 29
80339 München
Postfach 20 11 44
80011 München

T 089 9282-00
F 089 9282-2000
www.kpmg.de

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode 2. Untersuchungsausschuss Eing.: 04. Aug. 2009 Sekretariat: <i>001</i> <i>to 1/8</i>
--

31. Juli 2009

*f. andg. Fassung
des Protokolls*

Protokoll der 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 2. Juli 2009

Holger Techet, Beweisbeschluss 83

Geschäftszeichen: PA26

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie meine Korrekturen und Ergänzungen zu vorbezeichnetem Protokoll.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Techet

Anlage

**Korrekturen und Ergänzungen zum Protokoll der 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
am 2. Juli 2009**

1. Seite 126, linke Spalte, 2. Absatz, 2. Satz:

In dem Satz „...Das eine war beispielsweise, dass beide Hypotheken im Umfang...“ ist das Wort „beide“ ersatzlos zu streichen.

2. Seite 126, rechte Spalte, 1. Absatz, 1. Satz:

In dem Satz „...beginnend Mitte April meiner Erinnerung nach, eine Prüfung...“ ist das Wort „April“ durch: „Februar 2008“ zu ersetzen.

3. Seite 129, rechte Spalte, 6. Absatz:

In dem Satz „...es gab Asset-Backed Securities, die im Deckungsstock waren und...“ ist hinter dem Wort „Deckungsstock“ einzufügen: „für öffentliche Pfandbriefe“. Im Weiteren ist in dem selben Satz das Wort „Hypotheken“ zu ersetzen durch: „deckungsfähige Forderungen“.

4. Seite 129, rechte Spalte, 8. Absatz:

In dem Satz „...ja, genau, durch Grundschulden“ ist zu ersetzen „durch deckungsfähige Forderungen für öffentliche Pfandbriefe“.

5. Seite 133, rechte Spalte, 2. Absatz:

In dem Satz „...ich hatte schon vorhin ausgeführt, dass der Markt sich in Wellenbewegungen dargelegt hat hinsichtlich der Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte...“ ist das Wort „dargelegt“ zu ersetzen durch: „entwickelt“ und im Weiteren die Worte „der Entwicklung“ ersatzlos zu streichen.

6. Seite 138, rechte Spalte, 2. Absatz, letzter Satz:

In dem Satz „...aufgrund Ihrer Assets und der liquiden Assets überbrücken konnte“ sind die Worte „Assets und der“ ersatzlos zu streichen.

7. Seite 148, linke Spalte, 4. Absatz, 2. Satz:

In dem Satz „...ich meine, die Prüfungen wurden verkauft“; ist das Wort „Prüfungen“ zu ersetzen durch „Portfolien“.